

Landtag Rheinland-Pfalz**Plenarprotokoll 13/101**

13. Wahlperiode

101. Sitzung**Mittwoch, den 19. Januar 2000****Mainz, Deutschhaus**

Gemäß § 127 GOLT werden folgende Abweichungen von der Geschäftsordnung beschlossen:

- a) Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung (Drucksachen 13/4660/5057/5067) sowie über die Anträge (Drucksachen 13/4482/4622) erfolgen in der 103. Sitzung nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2000/2001. Die Ausschussüberweisungen der Gesetzentwürfe in erster Beratung (Drucksachen 13/5151/5159/5218/5219/5222) erfolgen zum Abschluss der Beratungen des jeweiligen Einzelplans, bei dem sie aufgerufen werden. 7529
- b) Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt. 7529
- c) Über die Entschließungsanträge wird erst nach der Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt. 7529

Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung Rheinland-Pfalz für Innovation

7529

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

- Drucksache 13/5121 -

Der Wahlvorschlag - Drucksache 13/5121 - wird einstimmig angenommen.

7529

Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 (LHG 2000/2001)	7529
Gesetzentwurf der Landesregierung	
- Drucksache 13/4800 -	
Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	7529
- Drucksache 13/5200 -	
Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses	7529
- Drucksache 13/5201 -	
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7529
- Drucksachen 13/5245/5315 -	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU	7529
- Drucksache 13/5305 -	
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.	7529
- Drucksache 13/5347 -	
Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entschließungen -	7529
- Drucksachen 13/5238 bis 13/5241, 13/5299 bis 13/5303, 13/5308 bis 13/5314, 13/5316 bis 13/5346, 13/5348 bis 13/5352 -	
Anträge der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Entschließungen -	7529
- Drucksachen 13/5249 bis 13/5266, 13/5304 -	
Antrag der Fraktion der SPD - Entschließung -	7530
- Drucksache 13/5267 -	
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entschließung -	7530
- Drucksache 13/5268 -	
Anträge der Fraktion der CDU - Entschließungen -	7530
- Drucksachen 13/5273 bis 13/5297 -	
Antrag der Fraktion der F.D.P. - Entschließung -	7530
- Drucksache 13/5298 -	
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 1999 bis 2003	7530
- Drucksache 13/4801 -	

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung -

7532

dazu: Landesgesetz zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5218 -
Erste Beratung

7532

Landesgesetz zu dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5219 -
Erste Beratung

7532

Nach Beratung im Rahmen des Einzelplans 02 werden die Gesetzentwürfe
- Drucksachen 13/5218 und 13/5219 - jeweils an den Medienpolitischen
Ausschuss - federführend - und an den Rechtsausschuss überwiesen.

7602

Einzelplan 05 - Ministerium der Justiz -

7602

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Martin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Karl August Geimer, Nicole Morsblech und Christine Schneider.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	7529, 7532, 7542, 7551, 7560
Vizepräsident Schuler	7568, 7577, 7582, 7586, 7587, 7588, 7591, 7593, 7594
Vizepräsident Heinz	7598, 7600, 7602, 7603, 7606, 7609, 7610, 7613, 7617
	7620
Bauckhage (F.D.P.)	7591
Berg (CDU)	7602, 7609
Böhr (CDU)	7532
Braun, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7588
Creutzmann (F.D.P.)	7587
Frey, Dr. (F.D.P.)	7603, 7613, 7617
Gölter, Dr. (CDU)	7594
Grütmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7610, 7617
Hering (SPD)	7582, 7587
Jullien (CDU)	7577
Kuhn (F.D.P.)	7560
Mertes, J. (SPD)	7542
Mertes, Dr. (SPD)	7530
Redmer (SPD)	7606
Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7586, 7593, 7601
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7551
Beck, Ministerpräsident	7568
Martin, Minister der Justiz	7617
Mittler, Minister der Finanzen	7598

**101. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 19. Januar 2000**

Die Sitzung wird um 9.01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 101., 102. und 103. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, am 30. Dezember ist der frühere Justizminister, unser Kollege Peter Caesar, gestorben. Wir haben ihn zu Grabe getragen. Ich denke, es ist richtig, wir gedenken seiner.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen.)

Ich bedanke mich.

Der Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, dass der Nachfolger von Herrn Caesar Herr Augustin ist, den ich ganz herzlich im Landtag begrüße.

(Beifall im Hause)

Gestatten Sie mir einige Hinweise zur Tagesordnung. Die Beschlussempfehlung zu Punkt 4 der Tagesordnung, Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften, wurde fristgerecht am Freitag, dem 14. Januar 2000 verteilt.

Änderungsanträge, Entschließungsanträge und Ähnliches werden bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten gesondert aufgerufen.

Mit der Feststellung der Tagesordnung sollte gleichzeitig gemäß § 127 der Geschäftsordnung folgende Abweichung von der Geschäftsordnung des Landtags beschlossen werden:

Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlusabstimmung - das sind die Tagesordnungspunkte 3 bis 5 - sowie über die Anträge - Tagesordnungspunkte 11 und 12 - erfolgen am Freitag nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2000/2001. Die Ausschussüberweisungen der Gesetzentwürfe in erster Beratung - dabei handelt es sich um die Tagesordnungspunkte 6 bis 10 - erfolgen zum Abschluss der Beratungen des jeweiligen Einzelplans, bei dem sie aufgerufen werden.

Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch

über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt.

Über die Entschließungsanträge wird erst nach der Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt.

Meine Damen und Herren, gibt es Anträge oder Bedenken zur oder gegen die Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

**Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung
Rheinland-Pfalz für Innovation
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/5121 -**

Wer stimmt zu? - Das ist einstimmig.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 (LHG 2000/2001)
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/4800 -
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Haushalts-
und Finanzausschusses
- Drucksache 13/5200 -**

**Bericht des Haushalts- und
Finanzausschusses
- Drucksache 13/5201 -**

**Änderungsanträge der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksachen 13/5245/5315 -**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/5305 -**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/5347 -**

**Anträge der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Entschließungen -
- Drucksachen 13/5238 bis 13/5241, 13/5299 bis 13/5303,
13/5308 bis 13/5314, 13/5316 bis 13/5346 und
13/5348 bis 13/5352 -**

**Anträge der Fraktionen
der SPD und F.D.P.
- Entschließungen -
- Drucksachen 13/5249 bis 13/5266 und 13/5304 -**

Antrag der Fraktion der SPD

- Entschließung -
- Drucksache 13/5267 -

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Entschließung -
- Drucksache 13/5268 -

Anträge der Fraktion der CDU

- Entschließungen -
- Drucksachen 13/5273 bis 13/5297 -

Antrag der Fraktion der F.D.P.

- Entschließung -
- Drucksache 13/5298 -

dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 1999 bis 2003

- Drucksache 13/4801 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Josef Peter Mertes, das Wort.

Abg. Dr. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses über die Beratungen zum Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 vortragen. Lassen Sie mich jedoch zunächst einige Vorbemerkungen zum Verfahren der Haushaltsberatungen in diesem Jahr machen.

Die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2000/2001 wurden erstmals und zunächst probeweise neu gestaltet. Grundlage hierfür waren Empfehlungen der Enquete-Kommission „Parlamentsreform“ und darauf aufbauende Beschlüsse des Ältestenrats.

Wesentlicher Inhalt der Neugestaltung ist die Beteiligung der Fachausschüsse. Der Haushalts- und Finanzausschuss soll nicht mehr der einzige Ausschuss sein, der über den Haushalt berät. Vielmehr werden die für die Einzelpläne jeweils zuständigen Fachausschüsse in die Beratungen mitberatend eingebunden.

Der Landtag bezweckt mit dieser Einbindung der Fachausschüsse, neben den rein fiskalischen Aspekten die fachpolitischen Kriterien bei der Verteilung der Haushaltsmittel stärker zur Geltung zu bringen, als dies bei dem früheren Verfahren möglich war. Dadurch soll auch eine verstärkte fachliche Effizienz- und Effektivitätskontrolle der Programme, mit deren Durchführung die Regierung beauftragt wird, durch das Parlament ermöglicht werden.

Der am 11. Oktober 1999 vorgelegte Entwurf des Landeshaushaltsgesetzes für die Jahre 2000 und 2001 wurde auf die-

ser Grundlage vom Landtag in seiner 94. und 95. Sitzung am 20. und 21. Oktober 1999 beraten und zusammen mit dem Finanzplan für die Jahre 1999 bis 2003 - Drucksache 13/4801 - an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse - mitberatend - überwiesen.

Zu den Sitzungsterminen der Ausschüsse verweise ich auf den schriftlichen Bericht, der Ihnen in der Drucksache 13/5201 vorliegt.

Ohne die Auswertung des neuen Verfahrens in diesem Bericht vorwegnehmen zu wollen, kann doch festgestellt werden, dass die umgestalteten Haushaltsberatungen erfolgreich verlaufen sind und die anfangs, vor Beginn der Beratungen befürchteten organisatorischen Schwierigkeiten, die mit der Einbindung der Fachausschüsse verbunden sein können, ausgeblieben sind.

Ich komme nun zu den inhaltlichen Beratungen zum Doppelhaushalt 2000/2001. Hier bildeten die neuen Regelungen im Haushaltsgesetz zur Budgetierung einen Schwerpunkt.

Vor dem Hintergrund der parallel stattfindenden Beratungen zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, in der die Grundlagen für eine flexible Haushaltswirtschaft unter gleichzeitiger Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts festgeschrieben werden sollen, wurden auch in das Landeshaushaltsgesetz neue Regelungen aufgenommen. Bereits im Regierungsentwurf wird der Modellversuch zur Budgetierung in eine allgemeine und auf Dauer angelegte Regelung überführt. Damit verbunden ist eine Erweiterung der Deckungsfähigkeit von den ursprünglich allein erfassten Personalausgaben auch auf die meisten Sachausgaben der Obergruppen 51 bis 54 und auf die Investitionsausgaben der Obergruppen 81 und 82 innerhalb eines Kapitels.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, diese in der Regierungsvorlage enthaltenen Regelungen im Hinblick auf das Budgetrecht des Parlaments zu konkretisieren und zu ergänzen. Insbesondere empfiehlt er, dass der Haushalts- und Finanzausschuss die vorgesehene Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit von Ausgaben zur Sicherung einer zweckentsprechenden Verwendung von Haushaltsmitteln im Einzelfall begrenzen oder aufheben kann. Außerdem hat der Ausschuss die Berichtspflicht der Landesregierung gegenüber dem Parlament konkreter gefasst und Stichtage für die Berichterstattung festgelegt.

Neben diesen Änderungen des Landeshaushaltsgesetzes hat der Haushalts- und Finanzausschuss auch eine Reihe von Ansatzänderungen im Haushaltsplan beschlossen und eigene Akzente gesetzt. Unter anderem in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, Innere Sicherheit und Gewaltprävention wurden - auf der Grundlage der Anträge der Fraktionen der SPD und F.D.P. sowie eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ansätze im Regierungsentwurf erhöht.

Einige dieser Anträge wurden zu gemeinsamen Anträgen aller Fraktionen erhoben, einige weitere Anträge der Fraktionen der SPD und F.D.P. deckten sich mit Anträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Im Übrigen fanden jedoch die Anträge der Fraktion der CDU, etwa zu einem eigenen, vom Regierungsentwurf abweichenden Multimediaprogramm oder zu einer Arbeitszeitberatung für Arbeitnehmer, sowie die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die unter anderem verschiedene Maßnahmen der Integrationspolitik und eine verstärkte Förderung von Energiesparmaßnahmen und von regenerativen Energien betrafen, keine Mehrheit.

Die Ansatzänderungen im Einzelnen ergeben sich aus der Beschlussempfehlung - Drucksache 13/5200 -. Ich möchte daher im Folgenden nur auf einige wenige Änderungen eingehen.

Gemeinsames Anliegen aller Fraktionen des Landtags war die haushaltsmäßige Umsetzung der Beschlüsse des Landtags zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich. Auf Initiative der Fraktionen der SPD und F.D.P. wurden daher an verschiedenen Stellen im Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Sport - und im Einzelplan 09 - Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen - zusätzliche Mittel für diese Aufgabe gemeinsam beantragt und einstimmig eingestellt.

So sollen im Bereich des Ministeriums des Innern und für Sport jeweils 20 000 DM pro Haushaltsjahr für die Fortbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich veranschlagt werden. Des Weiteren werden für die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei in diesem Bereich jeweils 20 000 DM jährlich zur Verfügung gestellt. Außerdem empfiehlt der Ausschuss, einen Betrag von jeweils 10 000 DM jährlich für die Erarbeitung von Interventionsstrategien der Polizei und für Untersuchungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Polizei und der auf diesem Gebiet tätigen freien Träger bereitzustellen.

Im Bereich des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen hat der Ausschuss eine Verstärkung der Zuschüsse zu den Personalkosten der Frauenhäuser um jährlich 170 000 DM beschlossen, um den erhöhten Bedarf an ambulanten und präventiven Beratungsgesprächen finanzieren zu können. Weitere 120 000 DM pro Haushaltsjahr mehr soll den rheinland-pfälzischen Notrufen für Präventionsarbeit zukommen. Außerdem sollen die Zuschüsse zu einer Anlauf- und Beratungstelle für Frauen aus der Dritten Welt - Stichwort Solwodi - um 10 000 DM jährlich erhöht werden.

Darüber hinaus wurden im Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Sport - noch weitere Ansatzerhöhungen beschlossen. Im Polizeibereich empfiehlt der Ausschuss, die erforderlichen Voraussetzungen für die Einstellung von Angestellten zu schaffen, die die Polizeibeamtinnen und -beamten von so genannten polizeifremden Tätigkeiten entlasten sol-

len. Des Weiteren soll das Einstellungskontingent für Kommissaranwärterinnen und -anwärter um 79 auf nunmehr 225 Stellen verstärkt werden. Mehrheitliche Zustimmung im Ausschuss fand außerdem ein weiterer Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P., zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für Polizeibeamtinnen und -beamte im mittleren Dienst zu schaffen.

Einen Schwerpunkt der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss und im mitberatenden Innenausschuss bildeten schließlich auch die Maßnahmen zur haushaltsmäßigen Umsetzung der Neuorganisation der Landesverwaltung. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Ermächtigung der Landesregierung, die für die aufgelösten Bezirksregierungen eingestellten Mittel und Stellen im Haushaltsjahr 2001 in die für die neuen Dienststellen vorgesehenen Kapitel der jeweiligen Einzelpläne umzusetzen.

Auf Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss, das Parlament in die Entscheidung über die Umsetzung einzubinden und das Umsetzungskonzept im Einzelnen von der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses abhängig zu machen. Dadurch soll dem Budgetrecht des Parlaments Rechnung getragen werden. Weiter gehende Vorstellungen der Oppositionsfraktionen, die auf eine möglichst vollständige Etatisierung der Umsetzung abzielten, fanden dagegen keine Mehrheit.

Im Einzelplan 04 - Ministerium der Finanzen - empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss, den Ansatz für Wohngeld im Haushaltsjahr 2001 deutlich zu verstärken. Bund und Land stellen jeweils 15 Millionen DM mehr zur Verfügung, um die Wohngeldleistungen für einkommensschwache Haushalte zu erhöhen.

Im Bereich des Einzelplans 06 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit - wurde aus einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Zuschüsse an den Landesverband Deutscher Sinti im Jahr 2000 um 30 000 DM und im Jahr 2001 um 35 000 DM zu erhöhen, eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen, die die einstimmige Zustimmung fand.

Im Einzelplan 14 - Ministerium für Umwelt und Forsten - wurden auf der Grundlage eines Antrags der Fraktionen der SPD und F.D.P. die Mittel für die Umsetzung der Agenda 21 jährlich um 200 000 DM auf 1,2 Millionen DM pro Haushaltsjahr erhöht.

Einen weiteren Schwerpunkt der Beratungen bildete der Einzelplan 15 - Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung -. Der Ausschuss beschloss auf der Grundlage gleich lautender Anträge aller Fraktionen einstimmig, die Mittel zur Förderung der Studentenwerke für den Betrieb von Mensen und für die Essenzuschüsse für Studentinnen und Studenten jährlich um 800 000 DM aufzustocken.

Ebenfalls ein gemeinsames Anliegen der Fraktionen war es, die Zuschüsse an anerkannte Volkshochschulen und Landes-

organisationen der Weiterbildung zu den Kosten für den Erwerb von Schulabschlüssen zu erhöhen. Im Jahr 2000 sollen daher 200 000 DM und im Jahr 2001 300 000 DM mehr im Haushalt eingestellt werden.

Auf der Grundlage eines Antrags der Fraktionen der SPD und F.D.P. beschloss der Ausschuss des Weiteren mehrheitlich, 800 000 DM pro Haushaltsjahr für Maßnahmen der Systembetreuung an Schulen bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, trotz dieser ausgabewirksamen Ansatzänderungen weist der Doppelhaushalt 2000/2001 auch nach den vorgetragenen und den weiteren Beschlüssen des Haushalts- und Finanzausschusses eine gegenüber dem Regierungsentwurf unveränderte Steigerung der bereinigten Gesamtausgaben von 1,5 % im Jahr 2000 und 1,3 % im Jahr 2001 auf.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Ausschuss seinen Gestaltungswillen durch Umschichtungen innerhalb des Haushalts zum Ausdruck gebracht hat und die eine oder andere Priorität anders setzt, als dies in dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf ausgewiesen war. Außerdem könnten, was sehr hilfreich war, im Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzen - zu erwartende Mehreinnahmen etatisiert werden, die insbesondere im Zusammenhang mit den Neuerungen des Landesgesetzes über Lotterien und Ausspielungen stehen.

Die Mehreinnahmen, die nach der aktuellen Steuerschätzung vom November 1999 für das Jahr 2000 erwartet werden, blieben dagegen bei den Beschlüssen des Haushalts- und Finanzausschusses außen vor. Diese Reserven werden unter anderem dazu beitragen, die insbesondere im Jahr 2001 zu erwartenden Steuerausfälle infolge der geplanten Steuerreform aufzufangen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend als Beratungsergebnis feststellen: Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Finanzplan des Landes für die Jahre 1999 bis 2003 - Drucksache 13/4801 - zur Kenntnis genommen. Er empfiehlt dem Landtag die Annahme des Regierungsentwurfs der Landesregierung - Drucksache 13/4800 - und der Einzelpläne unter Berücksichtigung der sich aus der Beschlussempfehlung - Drucksache 13/5200 - ergebenden Änderungen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen nun zur Grundsatzausprache. Ich rufe dazu auf:

Einzelplans 02

- Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung -

Dazu liegen folgende Gesetzentwürfe vor, die mitberaten werden:

Landesgesetz zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5218 -
Erste Beratung

Landesgesetz zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5219 -
Erste Beratung

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte mir vorstellen, dass es derzeit Themen gibt, die in einer breiten Öffentlichkeit noch mehr Interesse finden als der rheinland-pfälzische Landtag und der rheinland-pfälzische Haushalt. Meinerseits will ich auch gar nicht verhehlen, dass ich mich in den letzten Tagen nicht nur mit dem rheinland-pfälzischen Haushalt beschäftigt habe. Aber gleichwohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landeshaushalt Rheinland-Pfalz verdient alles andere als Desinteresse. Wenn man sich näher mit ihm beschäftigt, ist er ein durchaus interessanter Gegenstand der politischen Auseinandersetzung, zumal er vor seiner Einbringung - auch während seiner Einbringung - als die große finanzpolitische Wende in Rheinland-Pfalz angekündigt war.

Am Anfang sah es auch danach aus. Vielleicht war es sogar einmal ernsthaft so geplant. Jedenfalls kann man das glauben, wenn man sich den Zweiten Haushaltsaufstellungserlass vor Augen führt, der allerdings schon aus grauer Vorzeit datiert, vom 27. April des vergangenen Jahres. Aus diesem Haushaltsaufstellungserlass geht jedenfalls hervor, dass die Landesregierung zumindest damals ganz offensichtlich die Absicht hatte, mit dem Sparen Ernst zu machen. Das hat sie auch mit großer öffentlicher Publizität so verkündet.

Es war beabsichtigt, die nicht gesetzlich festgelegten Ausgaben im Jahr 2000 um den, ich meine, nicht stolzen, aber doch bemerkenswerten Betrag von 387 Millionen DM zu vermindern; die nicht gesetzlich festgelegten Ausgaben im Jahr 2001 sollten um den noch stolzeren Betrag von 546 Millionen DM verringert werden. Dies bedeutet im Zeitraum dieses Doppelhaushalts, also in den Jahren 2000 und 2001, eine Verringerung der nicht gesetzlich festgelegten Ausgaben um 933 Millionen DM.

Das war ein löblicher Vorsatz. Dieser Vorsatz hat es der Opposition sehr schwer gemacht, Kritik zu üben; denn in der Tat ist

Sparen zurzeit das Gebot der Stunde und wird es auf absehbare Zeit auch sicher bleiben.

Nachdem dieser Zweite Haushaltsaufstellungserlass im Kabinett verabschiedet wurde, ist es dann allerdings ganz anders gekommen. Statt 933 Millionen DM zu sparen, haben die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen den Haushalt um mehr als 600 Millionen DM aufgebläht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von Dauer war dieser Mut zum Sparen nicht. Es war sozusagen ein virtuelles Sparen, mit dem wir uns ein paar Wochen im vergangenen Jahr beschäftigt haben. Wieder einmal wurde der Mund zu voll genommen.

(Beifall der CDU)

Dann begann das alte Spiel. Ich kürze das ab, denn irgendwann wird es langweilig, von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung immer in aller Ausführlichkeit das vorzutragen, was ich jetzt nur in der Form von Stichworten tue. Aber es muss wenigstens gesagt werden.

Es begann das alte Spiel: Statt zu sparen, statt diesen Mut zum Sparen wirklich zu behalten, wurde getrickst und geschummelt. Bei den Personalausgaben gab es kurzerhand eine Kürzung von 113 Millionen DM für das Jahr 2000 - mit dieser Zahl beziehe ich mich auf die Vergleichsbasis des Zweiten Haushaltsaufstellungserlasses. Die Personalausgaben wurden um 113 Millionen DM gekürzt, obwohl einige hundert Lehrer mehr eingestellt werden sollten und damit im Landeshaushaltsplan entsprechend erfasst werden müssten. Also mehr Beamte für weniger Geld? Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss schon ein wahrer Zauberkünstler sein, der das bewirken kann. Aber bei näherem Hinsehen erkennt man es als faulen Zauber, der uns da präsentiert wird. Mehr Beamte für weniger Geld - das geht nicht, weder in einem Haushaltsplan noch in der Wirklichkeit.

(Beifall der CDU)

Dann die Zinsen - das ist eine beliebte Größe, daran können wir uns noch selbst erinnern, wie das damals war. Damit kann man ein bisschen jonglieren.

Die Zinsen für 2000 wurden um 40 Millionen DM gekürzt. Wir alle wissen aber, dass die Zinsen von dem historischen Tief, auf dem sie sich vor kurzem befunden haben, noch dramatisch weiter purzeln. Deswegen ist diese Kürzung um 40 Millionen DM - das will ich hier ironisch bemerken - alles andere als nachvollziehbar.

Dann dienen wie eh und je die Kommunen als Packesel. Seit zehn Jahren beschäftigt uns dieses Thema, und es wird uns hier nicht loslassen, so lange diese Landesregierung im Amt ist.

(Beifall der CDU)

Bei der Einbringung dieses Haushalts habe ich darauf verzichtet, langatmige bundespolitische Ausführungen zu machen.

Darauf verzichte ich auch heute. Aber in diesem Zusammenhang muss ich diese eine Bemerkung machen, weil das jetzt im Blick auf den Haushaltsvollzug der beiden nächsten Jahre von erheblicher Bedeutung ist, sowohl für uns im Land als auch insbesondere für diejenigen, die dann vor Ort in der Kommunalpolitik die ganze Geschichte ausbaden müssen: der Deal mit dem Bund beim Unterhaltsvorschussgesetz. Das ist eine phantastische Lösung. Bisher haben sich Bund und Länder diese Kosten geteilt, jetzt werden die Kommunen zu einem Drittel mit herangezogen - übrigens mit staatstragenden Begründungen -, aber das kennen wir alles. Künftig dürfen also die Kommunen beim Unterhaltsvorschuss ein Drittel blechen. Die Schulbauten kommen erneut in den Finanzausgleich, dies haben wir schon anlässlich der Einbringung des Landeshaushalts kritisiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister sagte anlässlich der Einbringung - das ist erst wenige Wochen her -: Verschieben ist nicht Sparen. - Ich fürchte, das war wirklich ein Versprecher; denn in Wahrheit gilt für diese Landesregierung: Das Schönste am Sparen ist doch das Sparen auf Kosten anderer, zulasten Dritter.

(Beifall der CDU)

Man gibt selbst den Helden, lässt sich für das hehre Ziel, den Haushalt sparsam zu fahren, loben - die Suppe auslöffeln dürfen dann aber die Städte und Gemeinden.

Ganz zu schweigen von dem, was wir bei den Mindereinnahmen durch die Steuerreform erleben. Die Prognoseberechnung sagt, dass wir im Jahre 2001 850 Millionen DM durch die Mindereinnahmen im Rahmen der von der Bundesregierung beabsichtigten und beschlossenen Steuerreform verlieren. Dazu muss man sich jetzt einmal den Deckungsvorschlag des Finanzministers anschauen. Dieser Deckungsvorschlag besteht aus mehreren Punkten, insgesamt sind es vier.

Der Erste hat mich angenehm überrascht;

(Kuhn, F.D.P.: Ja?)

denn der Finanzminister sagt einen Betrag von 100 Millionen DM durch Selbstfinanzierung der Steuerreform aus der Belegung der wirtschaftlichen Kräfte voraus. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mich an viele Debatten erinnern, in denen diejenigen, die das hier vorgetragen haben, ausgelacht wurden.

(Beifall der CDU -

Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich will aber ausdrücklich sagen: Was vor zwei, drei und vier Jahren richtig war, das bleibt richtig. Ich glaube also daran, dass bei einer Steuerreform - wenn sie denn diese wirtschaftliche Dynamik freisetzt, das will ich jetzt nicht im Einzelnen erörtern - in der Tat ein Deckungsvorschlag in der durch eine

solche Steuerreform erfolgenden Belebung der wirtschaftlichen Kräfte bestehen kann.

Dann kommt eine eingeplante Reserve in den beiden Haushaltsjahren. Das wird jetzt schon ein bisschen dubioser. Für die beiden Haushaltsjahre 2000 und 2001 wird eine Reserve von 300 Millionen DM eingeplant, die nicht nachgewiesen wird. Im Gegenteil, sie wird einfach noch auf die regulären Haushaltsrisiken dieses Doppelhaushalts draufgesetzt. Man will zweimal 150 Millionen DM beim Vollzug dieser Haushalte einsparen. Das hat mich doch etwas stutzig gemacht; denn ich habe in der Zeitung gelesen, dass die Koalitionsfraktionen bei den Beratungen in den zurückliegenden Wochen vor Weihnachten in einem unglaublichen Kraftakt für das Jahr 2000 sage und schreibe 9,3 Millionen DM einsparen wollen.

Sie verüßen sich das ein bisschen damit, dass Sie sich dann im Jahr 2001 noch einmal einen kleinen Zuschlag von 3,2 Millionen DM genehmigen, aber immerhin im Jahr 2001 mit einem unglaublichen Kraftakt 9,3 Millionen DM einsparen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dann sagt der Finanzminister locker, wir sparen im Haushaltsvollzug locker 150 Millionen DM ein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer das glaubt, wird selig.

(Beifall der CDU)

Das sind Relationen, die an Luftbuchungen erinnern. Ich habe vor einigen Wochen anlässlich der Einbringung davon gesprochen - ich hätte mir gewünscht, dass damals der eine oder andere von den Regierungsfractionen oder von der Regierung auf dieses Argument eingegangen wäre; das war leider nicht der Fall -, dass wir am Ende dieses Doppelhaushalts bei einer Gesamtverschuldung des Landes Rheinland-Pfalz von 36 Milliarden DM landen. Ich habe mich bei dieser Zahl nicht verrechnet, aber diese Zahl berücksichtigt nur die Schulden am Kreditmarkt. Deswegen ist sie eigentlich nicht ganz korrekt. Die Gesamtschuldenlast liegt höher; denn neben den Schulden am Kreditmarkt müssen eigentlich um der Haushaltswahrheit willen die Schulden bei den Verwaltungen hinzugerechnet werden, also die Schulden, die das Land beispielsweise beim Bund und in geringerem Umfang auch bei den Kommunen hat; die Schulden des Landes bei der LBB, für die das Land haftet - dafür stehen wir mit unserem Landeshaushalt gerade -, die Schulden des Landes aus Mietkauf und Leasing - das ist eine immer höhere Bugwelle, die wir zu Lasten künftiger Generationen vor uns herschieben, was ich in der Sache nicht kritisiere; wir haben das in der Regel immer mitgemacht, ich stelle das nur fest, weil bei einer korrekten Berechnung der Gesamtschuldenlast des Landes diese Zahl nun notwendigerweise mit eingerechnet werden muss -, die Schulden aus der Krankenhausfinanzierung, die direkt vom Land zu tragen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich das alles zusammennehme - die Schulden, die wir auf dem Kreditmarkt haben, plus die zusätzlichen Komponenten der Verschuldung, die ich jetzt gerade genannt habe -, kommen wir

zum Ende des Jahres 2001 auf der Grundlage des jetzt vorgelegten Haushalts auf eine Gesamtverschuldung des Landes von 40 Milliarden DM. Das ist nicht mehr verantwortbar.

(Beifall der CDU -
Kramer, CDU: Unglaublich!)

Das ist vor allem dann nicht mehr verantwortbar, wenn ich noch einmal die Vergleichszahl des Jahres 1991 in Erinnerung rufen darf. Wir hatten am Ende des Jahres 1991 eine Gesamtverschuldung des Landes Rheinland-Pfalz von 22 Milliarden DM. Das heißt, wenn ich die Zeitspanne von 1947 bis 1991 mit dem Ergebnis einer Gesamtverschuldung von 22 Milliarden DM nehme und dann die zehn glanzvollen Jahre von 1991 bis 2001 mit einer dann am Ende des Jahres 2001 zu verbuchenden Gesamtverschuldung von 40 Milliarden DM nehme, dann ist das schon beachtlich, in zehn Jahren die Gesamtverschuldung dieses Landes zu verdoppeln.

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben jährlich viermal soviel Schulden gemacht wie alle Vorgängerregierungen von 1947 bis 1991 zuvor. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jährlich viermal soviel Schulden gemacht, das ist schon ein bemerkenswerter Tatbestand.

(Starker Beifall der CDU)

Das muss man erst einmal nachmachen, vor allen Dingen, wenn man sich einmal überlegt, was in diesen zehn Jahren passiert ist. Das ist die Frage, die mich, seitdem wir das einmal ausgerechnet haben, eigentlich nicht mehr loslässt. Was ist eigentlich in diesen zehn Jahren so Gewaltiges passiert, dass man möglicherweise diese Verdoppelung der Schuldenlast rechtfertigen könnte? Was von 1947 bis 1991 passiert ist, daran kann sich der eine oder andere sicher noch erinnern oder weiß es zumindest vom Hörensagen, aus welcher Startposition heraus dieses Land gegründet wurde und wie sich dann langsam die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land dargestellt hat. In diesen 43 Jahren gab es die Gründung von drei, oder besser gesagt, fünf neuen Universitäten. Ist in den letzten zehn Jahren eine Institution in Rheinland-Pfalz gegründet worden, die annähernd ein Finanzvolumen wie eine Universität bewegt?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mich nicht erinnern. Was ist sonst an wirklich durchschlagenden Projekten gemacht worden, die beispielsweise an die Zeiten davor anknüpfen? Wenn sich damals in Deutschland jemand über Sozialpolitik informiert hat, hat er nach Rheinland-Pfalz geschaut, oder wenn über Bildungspolitik diskutiert wurde, hat er nach Rheinland-Pfalz geschaut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist denn in diesen zehn Jahren so dramatisch Durchschlagendes gemacht worden, dass diese Gesamtverschuldung von 40 Milliarden DM zu rechtfertigen wäre?

(Beifall der CDU)

Die Wahrheit ist, das Geld ist versickert. Das Geld ist weg. Die Schulden bleiben. Das ist eine tröstlose Bilanz nach zehn Jahren SPD/F.D.P.-Regierung in diesem Land Rheinland-Pfalz.

(Starker Beifall der CDU)

Ich will zu dieser Gesamtbilanz dieser neun Jahre - am Ende dieses Haushalts sind es dann zehn Jahre - nur einmal ein paar Stichworte nennen, sie vielleicht noch einmal ein bisschen in Erinnerung rufen, was denn wirklich die Landesregierung in diesen zehn Jahren im Verhältnis des Landes zu den Kommunen ausgemacht hat. Ich habe gestern die neueste und aktuellste Zahl erfahren. Am Ende des vergangenen Jahres 1998 gab es 680 unausgeglichene kommunale Haushalte in Rheinland-Pfalz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Zahl gab es noch nie in unserem Land. 680 unausgeglichene Haushalte ist ein einmaliges Ergebnis. Der Packesel wird weiter beladen. Ich sprach eben davon. Der Kollege Mertes hat anlässlich einer der vorangegangenen Debatten einmal vom Nettotransfer gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nettotransfer des Landes an die Kommunen ist nicht das Thema, sondern das Thema ist der Nettotransfer im Vergleich zu den Befragungen der kommunalen Haushalte. Da sehen wir in Rheinland-Pfalz ganz schlecht aus.

(Beifall der CDU)

Wir sehen in Rheinland-Pfalz mit dem bekannten Ergebnis ganz schlecht aus. Wir sehen, dass den Städten und Gemeinden die Luft ausgeht.

Dann habe ich mir zum Thema Straßenbau und Infrastruktur Gedanken gemacht. Das sind wirklich bemerkenswerte Entwicklungen, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt. Ich rede jetzt nur einmal von dem Zeitraum 1991 bis 1999. In diesen acht Jahren wurden im Land Rheinland-Pfalz die Mittel für den Landesstraßenbau - man glaubt es kaum; man muss sich das wirklich vor Augen führen - um 115 Millionen DM verringert.

(Dr. Gölter, CDU: Pro Jahr!)

- Pro Jahr!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das spürt man. Das sieht man, wenn man sich den Zustand rheinland-pfälzischer Straßen ansieht. Jetzt ist das Ei des Kolumbus gefunden. Wir haben unseren Augen nicht getraut. Die Landesregierung sagt, im Jahr 2000 seien die Mittel wieder auf 200 Millionen DM aufgestockt. Nun haben wir schon an unserem Verstand gezweifelt, weil wir die 200 Millionen DM im Haushalt nicht gefunden haben, sondern im Haushalt haben wir nur die 113 Millionen DM gefunden, die für den Landesstraßenbau ausgewiesen sind. Dann haben wir nachgefragt. Dann

hat die Landesregierung selbst Auskunft gegeben und darauf hingewiesen, dass neben diesen 113 Millionen DM für den Landesstraßenbau - so weit, so gut, aber immerhin einmal von dem relativ hohen Niveau von 205 Millionen DM ein ziemliches Absacken -, die originär für den Landesstraßenbau zur Verfügung stehen, die Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht für Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Kreisstraßen mit eingerechnet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Auftragsarbeiten machen 87 Millionen DM aus. So kommen wir dann - 113 Millionen DM plus 87 Millionen DM - auf 200 Millionen DM. Das ist eine dreiste Täuschung der Öffentlichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Die Auftragsarbeiten für Bund und Kreise werden als Landesstraßenmittel ausgegeben. Man muss sich das einmal vorstellen. Sie werden als Landesstraßenmittel ausgegeben. Dass sie notwendig sind, bestreitet kein Mensch von uns, aber sie werden als Landesstraßenmittel deklariert. Das ist ein ganz neuer Begriff von Landesstraße, der da von der Regierung eingeführt wird. Ob Bund, ob Kreis, wenn die Straße im Land liegt, ist es Landesstraße, meine sehr verehrten Damen und Herren. So kann man natürlich auch einen Haushalt fahren und entsprechende Zahlen berechnen. Die Wahrheit ist nur, die wirklichen Landesstraßen gammeln weiter vor sich hin. Wahrscheinlich ist das der Grund, warum jetzt eine nicht ganz preiswerte Imagekampagne vorgesehen ist. Auch das kann man im Haushalt nachlesen. Es ist nämlich eine Imagekampagne „Straße und Verkehr in Rheinland-Pfalz“ mit einer Dotierung von 1 Million DM zur PR-mäßigen Besänftigung der Stoßdämpfer rheinland-pfälzischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgesehen, die zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen. Doch die PR-mäßige Besänftigung hilft ihnen nichts.

(Beifall der CDU)

Wissen Sie, das ist so frei nach dem Motto, wenn schon der Tiefbau darbt, dann soll es wenigstens dem Druckgewerbe gut gehen, und dann machen wir eine PR-Kampagne. Nur, ein Problem wird dadurch nicht gelöst.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist das Grundproblem in diesem Land Rheinland-Pfalz, dass die Infrastruktur erodiert.

Wissen Sie, diese Landesregierung hat nicht sozusagen den Wagen mit lautem Getöse gegen die Wand gefahren. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass die Grundlagen langsam erodieren. Ich habe gelegentlich von einem schleichen Prozess der Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes gesprochen. Die Wirtschaftskraft erlahmt. Das Ergebnis ist, dass die Arbeitsplätze schwinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz ist inzwischen auf den letzten Platz aller westlichen Länder abgerutscht, von dem Platz 9 auf den Platz 11.

Ich weiß auch, dass all diese Indikatoren relativ sind. Nur, auf die Addition, sozusagen auf die Gesamtsumme all dieser Indikatoren kommt es an. Darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. Nur, das Abrutschen beim Bruttoinlandsprodukt - hierfür gibt es hunderte von Erklärungsgründen - ist nicht mein Thema. Ich will es nur als ein Datum unter vielen anderen nennen, wo das gesamte Szenario sozusagen eine Perspektive für die weitere wirtschaftliche Entwicklung eröffnet. Es ist das Ergebnis einer anhaltenden, offenkundig strukturellen Wachstumsschwäche, die wir in unserem Land haben.

In den Jahren 1991 bis 1998 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 11,67 % gewachsen, in Rheinland-Pfalz nur um 5,6 %. Dies ist ein weiterer Indikator, der für sich betrachtet sozusagen nicht der Schlüssel zum Verständnis all dieser Entwicklungen ist. Aber in der Addition, in der Summierung mit anderen Indikatoren wirft dies ein Schlaglicht auf das Problem. Das Bruttoinlandsprodukt wächst in Deutschland fast mehr als doppelt so stark wie in Rheinland-Pfalz. Das hat Folgen für die Arbeitsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung ist alles andere als rosig. Auch wenn sie uns bei vielfältigen Gelegenheiten mehr als zufriedenstellend vorgetragen wird, muss man sich die Zahlen einmal vor Augen führen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist im Land Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich von 1995 bis 1998 um 1,4 % gesunken. Die Zahl der Auspendler ist in diesem Zeitraum um 9,4 % gestiegen. Das sind 18 851 Menschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es einmal etwas zugespitzt formulieren: Es ist unser Glück als Rheinland-Pfälzer, dass wir nach wie vor wirtschaftlich starke Ballungsräume um uns herum haben, die entsprechend Arbeitskräfte aus diesem Land Rheinland-Pfalz absorbieren - dies ist eine unschöne Formulierung -, aufnehmen und den Menschen, die hier im Land leben und keine Arbeit finden, dort in den Ballungsregionen um uns herum einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.

Ich sage, es ist ein Glücksfall für unser Land. Nur, es darf doch eine Landesregierung nicht schläfrig machen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass auf ewig und alle Zeiten diese Wirtschaftskraft der Ballungszentren um uns herum erhalten bleibt. Wir müssen aus eigener Kraft etwas tun, um Arbeitsplätze im Land zu sichern.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch unsere zentrale und entscheidende Aufgabe.

Der Anteil der Selbstständigen an der Bevölkerung ist von 1995 bis 1998 von 4,44 % auf 4,18 % gesunken. Das ist ein Verlust von 17 000 selbstständigen Existenzen im Land Rheinland-Pfalz. Das ist ein bisschen mehr als nur 17 000 Arbeitsplätze, die verloren gegangen sind. Das alles ist schon bedenklich genug.

Noch schlimmer ist es bei den Unternehmensneugründungen. Da wird uns bei vielfältigen Gelegenheiten eine Erfolgsgeschichte nach der anderen erzählt. Bei den Unternehmensneugründungen nehmen wir mit dem Land Rheinland-Pfalz einen traurigen letzten Platz unter allen westlichen Ländern ein. Der Zuwachs bei den Eintragungen im Handelsregister je 10 000 Einwohner ist von 4,51 % im Jahr 1991 auf 3,73 % im Jahr 1998 gesunken. Bei den Gewerbeanmeldungen ist es ähnlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sage ich, es muss jetzt Schluss damit sein, dass wir uns einfach darauf verlassen und nur darauf vertrauen, dass die Wirtschaftskraft um uns herum weiter boomt. Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeitsplätze im Land bereitgehalten werden.

(Beifall der CDU)

Das ist unsere Aufgabe und nicht nur die von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ein Thema oder ein Stichwort, das uns verschiedentlich schon beschäftigt hat und das auf den ersten Blick möglicherweise fast sogar als ein bisschen exotisch gelten kann, nämlich die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung. Ich beziehe mich jetzt auf Zahlen der Bundesregierung. Diese sind vielleicht auch in den Augen der Sozialdemokraten authentischer als andere Zahlen.

Bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung hat Rheinland-Pfalz die rote Laterne; nicht ganz, nur Brandenburg knausert noch mehr mit den Mitteln für Wissenschaft und Forschung. Sachsen und Thüringen: 489 DM und 481 DM pro Kopf; Rheinland-Pfalz: 329 DM.

Ich würde das nicht sagen, wenn dies nicht die Arbeitsplätze von morgen wären. Deswegen sage ich, wer bei den Mitteln für Forschung und Wissenschaft knausert, der knausert bei den Mitteln für die Arbeitsplätze von morgen. Deswegen muss es eine Korrektur in diesem Punkt geben und Schluss sein mit der Knausrigkeit, nämlich genau hier, wo es um die Existenzen der Menschen morgen und übermorgen geht. Diese wollen einen Arbeitsplatz, und wir müssen heute die Weichen dafür stellen.

(Beifall der CDU)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund - ich erinnere noch einmal an die Zahl - dieser 20 Milliarden DM und der Aufre-

gung, die entsteht, wenn man die Frage stellt, was mit diesen 20 Milliarden DM passiert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Entwicklungen müssen Sie vor dem Hintergrund dieser 20 Milliarden DM und wie der Schuldenberg in Rheinland-Pfalz innerhalb der letzten zehn Jahre aufgetürmt wurde sehen. Also: Zukunftsweisend ist dies alles nicht. Aber wir müssen keine Sorge haben; denn die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz werden aufgeklärt. Auch hier steht eine neue Imagekampagne bevor.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Wie habe ich gelesen? - Arbeit und Innovation in Rheinland-Pfalz. Diese Kampagne wird uns alles erklären: Warum es so sein muss, warum es nicht besser geht und warum trotz all dieser schrecklichen Zahlen die Zukunft im Land Rheinland-Pfalz gesichert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Imagekampagnen sind keine Beruhigungsspielle, sondern die Lösung von Problemen ist das, was die Menschen von dieser Landesregierung erwarten und nicht teure Hochglanzbroschüren.

(Beifall der CDU -

Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wenn ich eben von Forschung und Wissenschaft sprach, dann ist dies Teil dessen, was man unter Bildungspolitik gemeinhin versteht; denn an der Bildungspolitik entscheiden sich die Arbeitsplätze von morgen. Jetzt rächt sich, dass die Bildungspolitik entgegen allen Beteuerungen über viele Jahre das Stiefkind in der Landespolitik war. Die Liste ist lang. Ich will diese hier gar nicht vortragen. Andere verstehen hiervon viel mehr als ich. Nur, ich will einmal den Bogen schlagen. Das Maßnahmenpaket - dies ist bis heute ein schöner Euphemismus - hat mich beeindruckt, und zwar, dass man ein Paket, das einen so drastischen Bildungsabbau zum Inhalt hat, mit Erfolg als Maßnahmenpaket verkaufen kann. Ich muss sagen, das ist ein wirklicher Erfolg der Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Es erfüllt mich mit Respekt, dass es ihr gelungen ist, diesen Euphemismus durchzusetzen. Das muss ich bei dieser Gelegenheit einmal eingestehen, also vom Maßnahmenpaket bis KOSI 2000 oder KOSI 2010. Das Ergebnis all dieser Schritte, Beschlüsse und Entscheidungen ist, dass die Schüler-Lehrer-Relation mit Ausnahme der Sonderschule - dies will ich ausdrücklich sagen - in Rheinland-Pfalz heute ausnahmslos schlechter ist als 1991. Ich sage noch einmal: mit Ausnahme der Sonderschule. Da ist dies besser geworden. Aber in allen anderen Schularten hat sie sich im Vergleich zu 1991 verschlechtert. Der strukturelle Unterrichtsausfall hat ein Rekordniveau bei den allgemein bildenden Schulen - 1991/1992, also im damaligen Schuljahr, minus 1,3 % und jetzt im Schuljahr 1999/2000 minus 2,7 % - erreicht. Sie müs-

sen jetzt - diese Entscheidung ist Teil dieses so genannten Maßnahmenpakets - die Stundentafelkürzung hinzurechnen. Das ist der Punkt - wenn ich mich recht erinnere, war dies 1993 gewesen -, den Sie alle bei diesen Berechnungen von Unterrichtsausfall berücksichtigen müssen, sozusagen die Legalisierung des Bildungsabbaus, die stattgefunden hat.

Wenn Sie dieses Maßnahmenpaket nehmen, müssen Sie die Stundentafelkürzung aus den Prozentzahlen herausrechnen, die Auskunft über den heutigen Unterrichtsausfall an den Schulen geben, damit Sie eine einigermaßen solide Vergleichsbasis zu der Zahl des Schuljahres 1991/1992 haben, als es diese Stundentafelkürzung noch nicht gab. Wenn Sie sozusagen diese Verzerrung aus der Berechnung herausnehmen, landen Sie heute im Schuljahr 1999/2000 ohne diese Stundentafelkürzung, die diese Regierung vorgenommen hat, bei einem Unterrichtsausfall von 7,7 %.

Meine Damen und Herren, ich habe gestern gelesen, dass der Landesverband der SPD eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung gegründet hat. Ich kann nur sagen, dass diese Gründung neun Jahre zu spät erfolgt ist.

(Beifall der CDU)

Bezüglich der Bildungspolitik ist das Kind längst in den Brunnen gefallen.

Wenn der Bildungsabbau legalisiert wird - ich sprach bereits davon -, verkauft die Landesregierung dieses Vorgehen als eine Reform. Wenn rheinland-pfälzische Sozialdemokraten das Wort Reform in den Mund nehmen, befürchte ich immer das Schlimmste.

(Beifall der CDU -

Billen, CDU: So ist das!)

Meine Damen und Herren, was uns in diesen zehn Jahren als Reform verkauft wird, schlägt so ziemlich dem Fass den Boden aus. Die LBB ist zum Beispiel das Paradestück einer Reform.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Was haben wir über diese Frage in diesem Hause diskutiert! Jetzt liegt der dritte Fehlstart vor, und ich sage Ihnen, dass das nicht der letzte sein wird, wenn an dem ursprünglichen Ziel festgehalten wird, weil das ursprüngliche Ziel in dieser Form nicht zu verwirklichen ist und bisher kläglich am europäischen Wettbewerbsrecht gescheitert ist.

Der eigene Minister der Justiz hat das von Anfang an gesagt, aber auf den wollte sonst niemand hören. Die Befürchtungen standen von Anfang an in der Welt. Meine Damen und Herren, das Vorhaben einer privatrechtlichen Gesellschaft mit einem achtjährigen Auftragsmonopol kann nicht gelingen. Diese Reform ist gescheitert. Dem dritten Fehlstart wird, wenn das Projekt weiter betrieben wird - über den jetzigen Stand eines Eigenbetriebs hinaus -, ein vierter, fünfter und

sechster Fehlstart folgen. Diese Reform ist auf jeden Fall gescheitert, wenn sie überhaupt den Namen einer Reform verdient.

Der berühmte Pensionsfonds - da in der letzten Debatte das Stichwort gefallen ist, wurde die Erwartung geweckt, dass wir uns nicht mehr trauen, unsere Kritik aufrechtzuerhalten - hatte zum 29. November 1999 die grandiose Einlage in Höhe von 310 000 DM. Weshalb? Es ist ein Kreislauf von Schuldverschreibungen. Es ist genauso, wie wir es anlässlich der ersten Diskussion hier vorgetragen haben. Mitnichten ist es ein Fonds, es ist ein Kreislauf von Schuldverschreibungen.

(Staatsminister Mittler: Er wird es nie verstehen!)

- Herr Minister, Sie haben in dieser Hinsicht den Durchblick. Das wissen wir. Gott sei Dank haben Sie den Durchblick. Abends werden dann die Hühner gezählt, und dann haben wir den Durchblick, sogar den doppelten Durchblick.

(Beifall der CDU -
Dr. Weiland, CDU: Er ist
aber der Einzige!)

Es ist also ein Kreislauf von Schuldverschreibungen. Meine Damen und Herren, die nützlichen Folgen daraus will ich gar nicht beschreiben. Das war auch nie das Thema in diesem Hause. Ich bestreite nicht die nützlichen Konsequenzen dieses Systems für die Haushaltsplanung. Ich bestreite nur, dass das der Durchbruch einer Reform ist. Das ist genauso wenig eine Reform wie das, was der Bund analog vor geraumer Zeit gemacht hat. Eine Reform ist das nicht.

Das Thema Bezirksregierungen nennen Sie mit einem riesen Tamtam. Jetzt haben wir 40 Millionen DM zusätzliche Kosten im Kreuz, die diese so genannte Reform kostet, und - man muss nur die Zeitungen lesen - das Chaos ist perfekt. Noch immer weiß niemand, wie viele Beamte welchen Standorten zuzurechnen sind. Meine Damen und Herren, wir schreiben heute den 19. Januar 2000. Noch weiß niemand, welche Beamten welchem Standort - Neustadt, Koblenz, Trier - zuzuordnen sind.

Stattdessen liegen dazu aber 60 Änderungsanträge zum Haushalt vor. Sie sind doppelseitig kopiert. Ich wollte sie heute Nacht noch einseitig kopieren, weil das dann noch eindrucksvoller gewesen wäre, weil das Bündel dann doppelt so dick wäre. Es liegen dazu 60 Änderungsanträge zum Haushalt vor, ein ganzes Paket von „Nullnummern“. Es sind nichts anderes als „Nullnummern“, weil man überhaupt nicht weiß, was geschieht.

(Beifall der CDU)

In den letzten Tagen habe ich mit jemandem gesprochen, der mir Folgendes berichtet hat: In Trier, Koblenz und Neustadt kommen die Kollegen zu ihrem neuen Arbeitsplatz - es müs-

sen also interne Umsetzungen stattgefunden haben, nachdem die Strukturen zerschlagen wurden und neue Funktionen, Aufgaben und Zuständigkeiten über das Land verteilt in Trier, Koblenz und Neustadt zugewiesen wurden -, ihnen wird das Zimmer gezeigt, in dem sie ihre Arbeit erledigen sollen, und sie stellen fest, dass der Schreibtisch besetzt ist. Dort sitzt nämlich ein Kollege, der nicht im Traum daran denkt, den Schreibtisch zu räumen.

(Zuruf aus der SPD)

Meine Damen und Herren, das Chaos ist perfekt, und zwar unter dem Deckmantel der Reform. Bitte diskreditieren Sie diesen Begriff „Reform“ nicht weiter und benutzen Sie ihn nicht mehr.

(Beifall der CDU)

Im Regierungsdeutsch nennt man das übrigens - so habe ich es mir sagen lassen - „vereinzelte Engpässe“.

(Heiterkeit bei der CDU)

Nennen wir es also eine Reform mit vereinzelten Engpässen.

Meine Damen und Herren, ich spreche das Thema „Polizeireform“ an.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Jetzt werden Nachbesserungen bei der Polizeireform von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagen: mehr Stellenhebungen im Haushalt, aber nicht mehr Geld. - Ich will auf den alten Streit über die Polizeireform nicht mehr eingehen, aber ich will Ihnen eine kleine Anekdote erzählen, weil der Herr Minister des Innern und für Sport immer noch ein mannhafter Verteidiger dieser Reform ist. Das kann ich gut verstehen, weil es die Reform dieser Regierung ist.

Es ist keine erfundene Geschichte, obwohl ich sie etwas anonymisiere. Vor einem halben Jahr wurde in einer rheinland-pfälzischen Stadt eine Sparkassenfiliale überfallen und Alarm ausgelöst. Sowohl die Kunden als auch die Angestellten waren sehr erleichtert, als sich der Filiale wenige Sekunden nach der Auslösung des Alarms mit hoher Geschwindigkeit ein Polizeiwagen mit Blaulicht und Martinshorn näherte. Dann waren sie aber tief deprimiert, als der Fahrer des Polizeiautos nicht im Traum daran dachte, an der Filiale zu halten, sondern mit unvermindert hoher Geschwindigkeit weiterfuhr. Dann hat es sage und schreibe eine halbe Stunde gedauert, bis die Polizei eintraf.

Dann hat jemand einem Polizeibeamten, der ziemlich entnervt ankam, die Frage gestellt: Sagen Sie einmal, weshalb hat das so lange gedauert? - Ich lese das Zitat wörtlich vor, damit niemand sagen kann, ich hätte bei dieser Anekdote ein bisschen geschummelt. Der Polizeibeamte sagte: Wissen Sie denn nicht, dass es Freitagnachmittag ist und wir nur eine

Notbesetzung haben? - Meine Damen und Herren, das ist die Polizeireform in Rheinland-Pfalz. Das ist das, was die Regierung immer noch als Reform verteidigt.

Jetzt werden Nachbesserungen bei der Polizei vorgenommen: mehr Stellenhebungen im Haushalt, aber nicht mehr Geld. - Das ist Beförderungspolitik bei der Polizei nach Kassenlage. Leistung spielt in dieser Hinsicht keine Rolle mehr, meine Damen und Herren. Soviel Sand liegt am ganzen Rheinstrand nicht, wie diese Landesregierung benötigt, um ihn den Polizeibeamten in die Augen zu streuen, damit sie nicht erkennen, wie sie durch die Anhebung der Stellenplanung betrogen werden.

(Beifall der CDU)

Ich bin der Meinung, dass das - wenn man den Zeitraum von neun Jahren betrachtet - alles ein bisschen zu wenig und ein bisschen zu bescheiden für zusätzliche 20 Milliarden DM Schulden ist, die in diesen neun Jahren gemacht wurden. Statt alle Kraft auf die eine Frage zu konzentrieren, die nach der Meinung der CDU-Fraktion nach wie vor die entscheidendste Frage und wichtigste Aufgabe zugleich ist, nämlich heute ein Fundament für die Arbeitsplätze von morgen zu legen, haben Sie die Grundlagen neuer Arbeitsplätze vernachlässigt. Meine Damen und Herren, ich kenne in der Landespolitik keine Aufgabe, die annähernd so wichtig und bedeutsam ist wie die Aufgabe, heute Fundamente für die Arbeitsplätze von morgen zu legen! Das ist die entscheidende und zentrale Herausforderung.

(Beifall der CDU)

Wie passt dies damit zusammen, dass eigentlich die Politik und der Staat keine Arbeitsplätze unmittelbar schaffen können? Das ist wohl wahr. Auch wenn diese Illusion gelegentlich von anderen genährt wurde: Das geschieht durch die Verbesserung bei der Infrastruktur und durch Verbesserungen im Bereich der Bildung.

In den letzten Tagen hat der Vorsitzende der Landesvereinigung der rheinland-pfälzischen Unternehmerverbände, Eberhard Schwarz, ein Zitat benutzt. Mir war das bis dahin nicht bekannt. Ich kenne es erst seit wenigen Tagen, aber es bringt die Sache in einer einmaligen Formulierung auf den Punkt. Es ist ein Zitat von Henry Ford, der einmal gesagt hat: „Die Zukunft eines Landes beginnt im Klassenzimmer.“ - Meine Damen und Herren, so ist es. Man kann auch sagen, die Zukunft von Arbeitsplätzen beginnt im Klassenzimmer, und deshalb ist es ein unmöglicher Zustand, dass an rheinland-pfälzischen Berufsschulen beispielsweise 7,2 % des Unterrichts ausfällt. Die Zukunft eines Landes beginnt im Klassenzimmer.

(Beifall der CDU)

In diesem Bereich haben wir unsere Akzente gesetzt: Zukunft für Arbeit, Infrastruktur, Bildung und auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die in diesen Zusammenhang hin-

eingehört, und für neue Technologien unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatz schaffenden neuen Technologien.

Ich habe die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zum Thema „Telearbeitsplätze“ gelesen. Ich verfolge das Thema schon seit einigen Jahren, das auch gelegentlich in diesem Hause eine Rolle gespielt hat. Eine der Fragen, die wir uns stellen müssen, ist es, wie in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz Bedingungen geschaffen werden können, die dazu führen, dass neue Arbeitsplätze entstehen.

Der Bereich Telearbeitsplätze bietet sicher eine nicht geringe Chance für ein Flächenland wie unseres. Auf unsere Große Anfrage zum Thema Medienstandort vom Oktober 1999 antwortet die Landesregierung: Im Bereich der Telearbeitsplätze - wir reden vom Oktober 1999 und nicht vom Oktober 1989 oder 1993 - soll jetzt die Erfassung und Untersuchung möglichst aller in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren erfassten Maßnahmen in der Telearbeit stattfinden. Ich verkürze ein bisschen den Satz, damit Sie seinen unglaublich tiefen Sinn erfassen können. Die Landesregierung antwortet, im Bereich der Telearbeitsplätze soll jetzt die Erfassung aller erfassten Maßnahmen stattfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, entweder bin ich doof, oder ich muss mir an den Kopf greifen. Die Erfassung aller erfassten Maßnahmen ist sozusagen der innovative Fingerzeig der Landesregierung im Bereich der Telearbeitsplätze in Rheinland-Pfalz,

(Beifall der CDU)

abgesehen davon, dass es eine „Verhohnepipelung“ einer Fraktion ist, auf eine Frage der Opposition so zu antworten, dass man die erfassten Maßnahmen erfassen will.

Ich schaue in das neue Multimediaprogramm. Dieses wurde pünktlich am Heiligabend unter den Christbaum gelegt. Telearbeit und Teleservice sind hierin als Leitprojekt ausgewiesen. Der zentrale Satz auf dieser einen Seite lautet: „Die Sensibilisierung für Telearbeit ist unter anderem ein Schwerpunkt von RLP Inform.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Zug ist längst abgefahren. Die Landesregierung wartet noch immer am Bahnsteig, weil sie hofft, der Zug würde verspätet eintreffen. Der Zug ist längst weg und trifft nicht mehr verspätet ein. Die Uhr der Landesregierung ist stehen geblieben. Deswegen hat sie keine Ahnung davon, dass der Zug längst von dannen ist. So ist das in diesem Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Multimedia war jahrelang das bestgehütetste Geheimnis der Landesregierung. Alle sprachen von Multimedia. Wenn man gefragt hat, was plant ihr denn, wurde immer nur gesagt: große Dinge. Ihr werdet euch noch wundern. Große Dinge sind in Vorbe-

reitung. - Jahrelang wurde dieses Geheimnis gut gehütet. Jetzt wird plötzlich von 300 Millionen DM gesprochen.

Ich war zunächst einmal beeindruckt. 300 Millionen DM für Multimedia - Donnerwetter. Ich habe mich einmal erkundigt, für was um alles in der Welt diese 300 Millionen DM eingesetzt werden.

Zuerst wurde gesagt - das ist sozusagen noch in Fortsetzung der Strategien des bestgehütetsten Geheimnisses der Landesregierung -: Das können wir euch nicht sagen, für was wir die 300 Millionen DM brauchen, weil Multimedia eine Querschnittsaufgabe ist. Die 300 Millionen DM verteilen sich quer durch alle Einzelhaushalte. Wo im Einzelnen Multimedia eine Rolle spielt, wird sich zeigen. So präzise können wir das nicht sagen.

Dann ist der Landesregierung eingefallen, dass diese Antwort nicht ganz überzeugend ist. Sie hat uns - wie eben schon bemerkt - pünktlich am Heiligabend diesen Aktionsplan Multimedia 1999 bis 2001 unter den Christbaum gelegt. Das ist ein relativ umfangreiches Heft. Ich begann, mit Spannung dieses Heft zu lesen, weil ich dachte: Na gut, es hat doch irgendwas gefruchtet. Sie haben sich ernsthaft Gedanken gemacht und etwas zusammengestellt, was diesen Namen verdient.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei näherem Hinsehen ist dieser Aktionsplan Multimedia 1999 bis 2001 wirklich sehr bemerkenswert. Ich möchte nur ein paar Lektüreerlebnisse und Lese Früchte zum Besten geben. Einer der zentralen Punkte ist die Beschaffung von Ersatzcomputern für Sekretariate in Verwaltung und Behörden. Hier kann man noch sagen, okay, irgendwo gehört das mit dazu. Das möchte ich nicht kritisieren.

Es gibt eine Fülle pauschaler Hinweise auf Haushaltskapitel. Man fragt sich, was dieses Haushaltskapitel, auf das gerade verwiesen wird, mit Multimedia zu tun hat. Man muss schon die tiefere Einsicht eines Regierungsmitglieds haben, um dahinter zu blicken.

Außerdem wird eine Reihe von Haushaltstiteln gleich mehrfach genannt. Das ist ein netter Trick. Ich glaube, die Haushaltstitel sind neun- oder zehnstellige Ziffern. Wenn zehn Seiten dazwischenliegen, muss man schon ein enormes Zahlengedächtnis haben. Wie heißt dieses Zahlengedächtnis, wenn man sich die Zahlen gut einprägen kann?

(Zurufe von der SPD)

Der Kollege Dr. Mertes scheint eines zu haben.

Lieber Herr Mertes, dann hätten Sie den Haushaltsausschuss aufklären müssen. Innerhalb von zehn Seiten finden sich die gleichen Haushaltstitel wieder. Das ist ein Trick, auf den man erst einmal kommen muss. Des Weiteren wird auf Titel verwiesen, die mit Multimedia beim besten Willen nichts zu tun

haben, beispielsweise die Förderung von Ehrenamt. Das ist, wie wir alle wissen, eine klassische Aufgabe von Multimedia.

(Beifall der CDU)

Man tut sich in puncto Ehrenamt schwer in der Kritik; denn alle sind für das Ehrenamt.

Ich habe etwas festgestellt. Ich habe leider die Zahlen nicht dabei. Vielleicht sage ich es auch gar nicht, bevor ich etwas Falsches sage. Ich glaube, es gibt 3 800 freiwillige Feuerwehren im Land Rheinland-Pfalz. Diese waren im Rahmen der Haushaltsgespräche bei uns und haben sehr über das eine oder andere geklagt, was sie in den letzten Jahren erlebt haben.

Diese haben alle mindestens eine, in einer Reihe von Fällen zwei mit 1,10 DM frankierte Einladungen zum Ehrenamtskongress der Landesregierung bekommen. Ich bin nicht dagegen, dass man diese einlädt, aber bei diesem Kongress handelt es sich um eine reine PR-Aktion der Landesregierung und des Ministerpräsidenten. Man hätte besser das Geld genommen und den freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Damit wäre sehr viel mehr Sinnvolles gemacht worden.

(Beifall der CDU)

Ich komme zurück zum Aktionsplan Multimedia. Eine Reihe von Haushaltstiteln ist mehrfach genannt. Das sind Titel, die mit Multimedia wirklich nichts zu tun haben. Aufgeführt sind außerdem Kostenerstattungen an das DIZ und das Statistische Landesamt. Das ist sehr innovativ. Das ist wirklich toll. Kosten, die sowieso anfallen, bucht man auf dieses Programm.

Das kennen wir übrigens damals vom Konversionsprogramm. Da war das genauso. Man hat einfach im Landeshaushalt geschaut, was sowieso getan wird. Wenn sich irgendwie der Balken so biegen ließ, dass es in die Nähe eines Konversionsgebiets kam, hat man diesen Titel in das Konversionsprogramm hineingeschrieben und kam auf die gewaltige Summe von ebenfalls 300 Millionen DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man alles noch gelten lassen. Es wird aber noch interessanter. Dann kommen die Titel. Beispielsweise im Haushalt des Wirtschaftsministers ist man ganz gespannt, was sich dahinter verbirgt. Man schlägt nach und findet sechs Titel, die auf null gesetzt sind, Ausfüllung Aktionsplan Multimedia Rheinland-Pfalz, Verweis auf Nulltitel im Haushalt des Wirtschaftsministers.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das könnte noch ein Versehen sein. Eines hat mich aber wirklich umgehauen. Niemand hat damit gerechnet, dass sich irgendein Blödmann hinsetzt und diese Titel nachprüft. Wer macht das schon außer einem Haushaltsreferenten einer Fraktion? Es ist schmerzengeldpflichtig, so etwas zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Schärfste ist, dass zuhauf Titel aufgeführt sind, die im Haushalt gar nicht existieren. Sechsmal wird auf einen Haushaltstitel des Innenministers verwiesen, den es gar nicht gibt.

Den Vogel schießt der Finanzminister ab. Dieses Mal sind es nicht die Hühner, sondern die Vögel. Im Haushalt des Finanzministers wird der Beitrag des Finanzministeriums zum Leitprojekt - ich muss das genau vorlesen; denn es ist ein Zungenbrecher; obwohl ich es gestern geübt habe, fällt es mir immer noch schwer - „Elektronische Vorgangsbearbeitung und Work-Flow-Management-Systeme“ mit 31,5 Millionen DM im Jahr 2000 und 28,15 Millionen DM im Jahr 2001 angegeben. Als Beleg wird das Kapitel 04 05 Titel 546 01 genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Titel existiert im Haushalt des Finanzministers einfach nicht. Zählen Sie einmal die Zahlen zusammen: 31,5 Millionen DM bei 100 Millionen DM pro Jahr in diesem Zeitraum 1999, 2000 und 2001. Das heißt, 30 % des Jahresetats Aktionsplan Multimedia Landesregierung Rheinland-Pfalz kommen aus dem Nichts und verglücken in nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt ihn gar nicht. Das ist nun wirklich innovativ.

(Beifall der CDU)

Auf die Weise kann man Multimedia zu einer virtuellen Veranstaltung machen. Das ist vielleicht auch beabsichtigt.

Bei alledem zeigt sich, dass, statt Probleme zu lösen, Imagekampagnen gestrickt werden. Statt Grundlagen für Arbeitsplätze zu schaffen, lässt man den Dingen ihren Lauf. Statt Weichen zu stellen, werden virtuelle Programme erfunden, weil diese alles so schön leicht machen. Man muss nichts einlösen. Man kann in der virtuellen Realität diskutieren.

Am Ende - das ist das traurige Ergebnis - ist das Land von seinen Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten. Ich sprach eben davon, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht der Crash, es ist nicht der Totalschaden, der es uns so schwer macht. Diese Landesregierung hat nicht den Wagen gegen die Wand gefahren. Nein, es ist die Tatsache, dass über Jahre hinweg dieses Land abgeschnitten wird von seinen Entwicklungsmöglichkeiten, weil das, was andere um uns herum machen - man muss sagen alle anderen um uns herum machen -, im Land Rheinland-Pfalz erst viele Jahre später, wenn überhaupt, zum Tragen kommt. Wir rutschen ab, wir fallen zurück, und andere investieren in die Zukunft.

Mir ist in den letzten Tagen eine Karte in die Hand gefallen, die ein großes deutsches Flächenland zeigt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

- Ob das so lustig ist, mag sein. Aber für euch ist das lustig, das kann ich mir schon vorstellen.

Diese ungewöhnliche Karte von einem der größten deutschen Flächenländer zeigt Regionen und Zentren im Bereich von Wissenschaft, Forschung, Technologie und Zukunftsinvestitionen. Dort steht an Regionen und Zentren aufgelistet - in allen Regionen und Teilen des Landes; ich lese ein paar vor -: Bioregio Forschungsnetz, eine andere Region ist ein Zentrum für grüne Biotechnologie. Dann gibt es eine Region Software-Offensive, Neutronenquelle, Umwelttechnik. Da gibt es eine Region für rote Biotechnologie, da gibt es ein Zentrum für angewandte Mechatronik - ich habe erst im Lexikon nachschauen müssen, was das ist -, dann gibt es eine Bio-Med-Tec-Region, ein Forschungsnetz Bioinformatik, ein Forschungsnetzwerk Mechatronik.

Meine Damen und Herren, das ist Zukunft. Das sind Bundesländer, denen es vor 15, 20, 25 Jahren noch schlechter ging als unserem Bundesland, die aber rechtzeitig die Weichen gestellt haben, weil sie wussten, dass man Zukunft nicht gewinnt, wenn man Geld versickern lässt, sondern dass man Zukunft nur gewinnt, wenn man klare Prioritäten setzt.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Kollegen, wissen Sie, es hätte mich gewundert, wenn nicht ein solcher Zwischenruf gekommen wäre. Ich will Ihnen einmal eines sagen: Ich habe mir überlegt, ob ich eine Liste von Dingen mitbringe, die ich denjenigen gern empfehlen möchte, die im Glashaus sitzen und meinen, sie könnten mit dicken Steinen um sich werfen.

(Beifall der CDU)

Ich habe darauf verzichtet. Mir ist eine ganze Reihe von Stichworten eingefallen, Herr Kollege Lewentz, übrigens auch solche, die unmittelbar Ihre Amtszeit bis in die jüngste Vergangenheit hinein betreffen. Auch das wird irgendwann alles auf den Tisch kommen. Das ist nicht mein Thema heute Morgen. Ich finde nur, jeder ist gut beraten, vor der eigenen Haustür zu kehren und im Glashaus sitzend nicht mit dicken Steinen um sich zu werfen. Das ist der einzige Ratschlag, den ich den Kolleginnen und Kollegen der SPD geben will. Dass unsere Situation im Moment nicht traumhaft ist, das muss ich Ihnen nicht vortragen, das können Sie jeden Tag in der Zeitung lesen.

Meine Damen und Herren, das ist allerdings nicht das Thema heute. Heute ist das Thema, dass die Situation unseres Landes alles andere als traumhaft ist,

(Beifall der CDU)

weil die anderen Länder - ich weiß nicht, ob Sie in der Zeitung gelesen haben, was die Baden-Württemberger mit ihren Verkaufslösen machen, soweit ich weiß, mit Zustimmung der dortigen sozialdemokratischen Opposition - das Geld nicht versickern lassen, sondern die Weichen für Zukunftsinvestitionen stellen.

Meine Damen und Herren, „Zukunftsinvestition“ ist ein ganz abstrakter Begriff. In Wahrheit kann man das aber ganz deutsch formulieren. „Zukunftsinvestitionen“ heißt: Arbeitsplätze von morgen. - Das ist unser Thema und leider nicht das Thema der Landesregierung in den letzten Jahren. Dafür sind die Weichenstellungen nicht erfolgt. Deswegen ist unsere Lage alles andere als traumhaft. Deswegen würde ich mir eine Initiative wünschen, wie ich sie eben von einem großen Flächenland vorgetragen habe. Dort entstehen Arbeitsplätze. Das bekommt man nicht hin, wenn man bei Forschung und Wissenschaft nach Brandenburg die rote Laterne aller Bundesländer trägt. Das ist erfolgreiche Politik, es anders zu machen - leider nicht bei uns in Rheinland-Pfalz, einstweilen jedenfalls leider nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende dieses alten Jahrhunderts und am Beginn des neuen Jahrhunderts spricht alle Welt von Aufbruch. Es ist vielleicht auch so, dass wir einen Aufbruch brauchen, in der Politik, in der Gesellschaft, in dieser Umstrukturierungsphase. Ich kann mich an eine Rede erinnern, die Herr Kollege Joachim Mertes hier irgendwann einmal gehalten hat, als er, wie ich fand, sehr zutreffend diese Umbruchphase geschildert hat. In dieser Zeit, die wir jetzt erleben, mit all diesen Veränderungen, in der Arbeitsplätze sozusagen auf den Trampelpfaden sich bewegend nicht gefunden werden, sondern in der man neue Schneisen schlagen muss, da hätte ich erwartet, jedenfalls am Anfang, dass die eine oder andere neue Schneise in der Landespolitik geschlagen wird.

Dieser Haushalt jedenfalls ist kein Aufbruch, aber wir brauchen auch in Rheinland-Pfalz einen Aufbruch. Dieser Haushalt ist genau das Gegenteil. Er ist die Offenbarung, dass diese Regierung zu diesem Aufbruch nicht fähig ist. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich habe noch etwas Erfreuliches nachzutragen. Eine Kollegin und ein Kollege hatten runde Geburtstage. Herr Kollege Geis ist am 27. Dezember 50 Jahre alt geworden. Nachträglich herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Auch Frau Kollegin Thomas hatte Geburtstag. Sie ist etwas jünger.

(Vereinzelt Heiterkeit und
Beifall im Hause)

Als Gäste begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Ediger-Eller, Schülerinnen und Schüler der Erzieher-

klasse der Diakonie-Anstalten Bad Kreuznach sowie Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe (Leistungskurs Sozialkunde) der IGS Ludwigshafen-Oggersheim. Herzlich willkommen im Landtag! Vielen Dank für Ihr Interesse.

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Joachim Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will selbstverständlich auf die Rede des Kollegen Böhr im Laufe meines Beitrags eingehen. Meine Damen und Herren, ich komme natürlich zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Meine Schlussfolgerungen sind: Wir haben es geschafft, den Doppelhaushalt 2000/2001 zu einem Einstieg in den Ausstieg der Nettokreditverschuldung zu machen. Wir sind darüber hinaus in der Lage, die diskutierten Steuerreformen, seien sie von der Bundesregierung, seien sie von der CDU/CSU, seien sie von der F.D.P., zahlenmäßig zu verarbeiten und kommen damit zu der Feststellung: Unser Haushalt steht.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Böhr hat uns noch in seiner Pressekonferenz das Wort der Makulatur um die Ohren geschlagen. Das hat er heute nicht benutzt. Man muss also von einer gewissen Einsichtsfähigkeit auch bei ihm ausgehen, aber er hat sicherlich scharf nachgerechnet. Wir werden noch auf die einzelnen Begriffe eingehen.

Es ist in der Tat bemerkenswert, wie er bestimmte Dinge dargestellt hat. Ich will nur einmal auf die eine Sache eingehen, bei der Sie richtig happy waren, nämlich was im Finanzministerium in dem nicht existierenden Titel in Kapitel 04 05 Titel 546 01 --- Soll ich ihn wiederholen? - Das ist der Titel, um den es geht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, bitte!)

Im Haushaltsansatz wurde dieser Titel in Kapitel 04 05 - Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung - unter dem neuen Titel 546 68 zusammengefasst. Erster Punkt, den wir feststellen: Zumindest irrt Herr Böhr.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich komme zum zweiten Punkt. Wir könnten das so fortsetzen. Es ist eigentlich nach der Pressekonferenz schon widerlegt worden. Herr Böhr irrt.

Ich möchte auf meinen Bereich zurückkommen. Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der trotz der Veränderungen steht. Die Veränderungen, die Herr Böhr genannt hat, hat er auch

sehr zurückhaltend bewertet. Ich glaube, der Finanzminister hat einen guten und umsetzbaren Vorschlag gemacht, was die Zukunft angeht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wenn er das so vorschlägt, obwohl noch kein Gesetz vorliegt und obwohl noch kein Stück Papier genau beschreibt, wie sich das abwickelt, insbesondere wie es sich im Bundesrat abwickelt, wenn er beispielsweise auch die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter als Landesanteil mit bedenkt, dann geht das Land Rheinland-Pfalz - wie ich finde - einen verantwortlicheren Weg als so manches Unternehmen, das darüber nachzudenken hätte.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wenn wir nach 1999 in der Lage sind, eine Rücklage zu bilden, weil wir sparsam gewirtschaftet haben, aber auch mehr Steuern bekommen haben - beides ist der Fall -, dann zeigt dies Handlungsfähigkeit und Voraussicht in der Finanzpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Dies schaffen wir alles, ohne dass wir unseren Weg zur Null-Verschuldung in acht Jahren deshalb heute schon ändern müssen, im Gegensatz zu anderen Ländern. Meine Damen und Herren, das sind die nüchternen Fakten des Generellen zum Haushalt. Das hat diese Koalition gemeinsam geschaffen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ist es denn wirklich grundehrlich vom Oppositionsführer, wenn er in dieser Frage so vorgeht, obwohl er weiß, dass seine Partei und die CSU zur Steuerpolitik in der Norderstedter Erklärung gemeinsam - wenn auch auf anderen Wegen - 50 Milliarden DM Entlastung für die Bundesrepublik haben wollen? - Ist es denn grundehrlich, dann nicht darüber zu reden, dass dies natürlich auch dem Land und den Kommunen Steuerausfälle bringen würde? - Ist das grundehrlich?

Meine Damen und Herren, bei diesem Thema müssen wir schon ein bisschen ehrlicher miteinander umgehen. Alle Parteien - und die Liberalen mögen es mir verzeihen -

(Kuhn, F.D.P.: Es kommt darauf an, was du sagst!)

- Lieber Werner Kuhn, ich appelliere an die Grundtugend der Liberalen, in der Lage zu sein, mit uns darüber zu diskutieren. Wir glauben, dass das Paket von Hans Eichel sauber gerechnet ist und dass es mit dem, was es vorsieht, für Land und Kommunen zumutbar ist. Wir gehen zunächst einmal von diesen Zahlen aus. Es wird sich zeigen - dies sage ich voraus -, was wir insgesamt in der Bundesrepublik in dieser Debatte

am Ende auf die Beine stellen. Wir müssen etwas auf die Beine stellen, weil wir alle der Meinung sind, dass die Volkswirtschaft an Dynamik gewinnen muss und die Wachstumskräfte gestärkt werden müssen.

Es gibt insgesamt eine Übereinstimmung bei allen - da sollte auch Herr Böhr nicht mit Zahlen jonglieren, wenn er ebenfalls unterschreiben möchte -, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger sowie auch für die Unternehmen die Steuerlast senken müssen, und zwar auf Kosten unserer Einnahmen. Ich sage dies heute, damit es einmal ehrlich gesagt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir wissen, dass wir ein Minus an Einnahmen haben, das wir nur schätzen können. Deshalb sind wir auch dem Verfahren des Finanzministers beigetreten, im Laufe des Haushalts, ausgehend von bestimmten Eckpunkten, das einzusparen, was sich tatsächlich nach der politischen Debatte ergibt. Trotzdem werden wir die politischen Schwerpunkte unserer Koalition, nämlich

1. einen überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für Schule und Bildung,
2. mehr Geld für Arbeit und Innovation,
3. Straße und Verkehr,
4. Innere Sicherheit und
5. leistungsfähige Kommunen

noch durchhalten und finanzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir wissen, dass das vor diesem Hintergrund schwieriger wird. Aber es kann sich doch keiner aus dieser Debatte herausstellen und so tun, als wären wir nur das Land und wären nicht innerhalb der Bundesrepublik in diese Entscheidung eingebunden.

Deshalb müssen wir diese Herausforderung annehmen und mit einem strengen Konsolidierungskurs die Haushalte des Landes, aber auch der Kommunen fahren. Da hilft es nichts, zu versuchen, dies in Gut und Böse aufzuteilen. Meine Damen und Herren, diesbezüglich befinden wir uns in einer echten Gemeinschaft, und unser Haushalt beweist das auch.

Meine Damen und Herren, der Haushalt soll die Zukunft beschreiben. Ich habe für das Jahr 2000 viele Prognosen gehört, insbesondere die, dass der Strom ausfällt und kein Wasser mehr da ist. Man solle sich in der Silvesternacht einen Eimer oder eine Badewanne voll Wasser laufen lassen. All dies ist so wenig eingetroffen wie andere Hiobsbotschaften.

Wir haben allerdings Fragen an das neue Jahrzehnt. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht sagen: an das neue Jahrtausend. Die Fragen, die uns beschäftigen, sind: Welche Entwicklungen erwarten wir? - Welche befürchten wir? - Welche erhoffen wir? - Was brauchen die Menschen, um diese Entwicklungen bewältigen zu können, und was leistet dieser Haushalt, um die Menschen in die Lage zu versetzen, damit zurechtzukommen?

Meine Damen und Herren, welche Entwicklungen erwarten wir? Das, was wir weitgehend noch nicht realisiert haben - das wird jetzt etwas langsamer; denn es muss in unsere Köpfe hinein -, ist die Tatsache, der Wandel der Technologie in der Wirtschaft und unserer Arbeitswelt wird noch rasanter vorangehen, als dies uns in allen Büchern beschrieben wurde.

Wir waren am Freitag mit dem geschäftsführenden Vorstand bei der BASF. Dort stehen Steamcracker - ich muss nicht erläutern, was diese Geräte technisch machen -, Riesendinger, die ausgesehen haben wie das Raumschiff Enterprise, dreifach so groß wie diese Anlage des Deutschhauses. In ihr arbeiten 17 Personen im Schichtbetrieb. Der Kapitaleinsatz für eine einzige dieser Anlagen liegt bei 500 Millionen DM.

Was sagt uns das? Das ist das rasante Tempo, von dem wir reden. Das ist die Veränderung, über die wir grübeln. Das ist auch das Problem, das der Kollege Böhr angesprochen hat, nämlich dass in der industriellen Produktion die Frage des Kapitaleinsatzes immer stärker bewertet wird als die Frage des Personaleinsatzes. Im Zuge dieser Entwicklung haben wir natürlich insgesamt in Deutschland und in Europa Veränderungen zu erleiden. Wir müssen die Bereitschaft der Menschen gewinnen, sich auf diese Veränderungen einzulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es wird nicht mit Angstmake gehen, die Bereitschaft dieser Menschen zu erarbeiten.

(Kuhn, F.D.P.: So ist es!)

Es wird nur dadurch gehen - ich möchte nicht sagen, indem wir sie bei der Hand nehmen -, indem wir offen diskutieren, was sich tatsächlich verändert, dass man lebenslang lernen muss, dass man bereit sein muss, neue Technologien zu akzeptieren. Auch das ist etwas, was wir in den 80er und 90er Jahren nicht immer leicht gelernt haben.

Meine Damen und Herren, was wir bislang überhaupt noch nicht in Betracht gezogen haben, was aber für die Landespolitik von entscheidender Prägung sein wird, ist die Prognose, dass wir immer älter werden. Die Gesellschaft wird immer älter. Nun wird jeder sagen, es ist eigentlich ganz klar, dass wir alle älter werden. Aber wenn wir in den letzten 30 Jahren unser Geld als Land dafür ausgegeben haben, heranwachsenden Kindern die Chance zu geben, in den Kindergarten, in die Grundschule und ins Gymnasium zu gehen, so wird dies in

den nächsten 30 Jahren nicht mehr das Thema sein. Vielmehr wird sich die Frage stellen, was geschieht mit uns? Was wird mit uns geschehen? Was werden wir tun?

Es gibt Prognosen, die besagen, dass die 100-Jährigen, die heute etwa 135 000 auf der Welt ausmachen, auf 2,2 Millionen ansteigen werden. Was bedeutet dies für die Sozialpolitik, für das soziale Sicherungssystem, für das Gesundheitssystem, für die Verkehrspolitik, wenn diese Menschen, nämlich wir, in 15 oder 20 Jahren Leistungen abverlangen werden? - Dies wird einen totalen Wechsel der Landespolitik von der „Daseinsvorsorgeschule“ hin zu der Daseinsvorsorge für ältere Menschen mit sich bringen, und diese Menschen werden wir selbst sein.

Die Jüngeren werden uns sagen: Wir sollen immer mehr Leistungen erbringen und finanzieren, um euch das Leben zu ermöglichen. - Das heißt, diese Veränderung wird zu einer Umkehrung der jetzigen Denkmuster führen, sie wird dies sogar erzwingen.

Herr Kollege Böhr, ich gönne Ihnen jetzt die Verdauungszigarette. Sie haben soeben Zahlen aufgeführt, aus denen Sie die Rangfolge dieses Bundeslandes abgelesen haben. Meine Damen und Herren, die Probleme werden in Zukunft nicht mehr mit zusätzlichem Geld gelöst, sondern die Forderung wird sein: Mach mehr aus deinem Geld, mach mehr aus deiner Schulstunde, mach mehr aus deiner Produktionsstunde, mach mehr aus deiner Sozialstunde.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Sie haben oppositionstrefflich - versteht sich - über Schulden resümiert. Ich erspare es mir jetzt, dies sozusagen im Verhältnis zu anderen wichtigen Verfassungsorganen, wie zum Beispiel dem Bund, zu machen. Aber es ist doch das Problem unserer letzten 20 Jahre, dass wir die Probleme von heute immer mit dem Geld von morgen lösen wollten. Genau diese Ablösung im Denken muss stattfinden, dass neue Probleme immer nur mit zusätzlichem Geld gelöst werden können.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir vollziehen diesen Wechsel auch schmerzhaft. Ich weiß auch, dass der eine oder andere - es waren sogar ein paar mehr - in meiner Fraktion gesagt hat: Musst du das so deutlich sagen? - Ich neige manchmal zu einer gewissen Deutlichkeit, weil ich selbstkritisch sage, ich habe an diesem System mitgewirkt. Nun stellen wir fest, wenn wir es einfach fortsetzen würden, würden wir am falschen Ende landen. Wir würden nämlich den nachfolgenden Generationen keine Chance zu selbstbestimmtem Handeln geben. Genau das ist die Botschaft dieses Haushalts. Wir beginnen jetzt im Jahr 2000 damit, den Leuten, die nach uns kommen - es werden welche nach uns kommen -, die Chance zur selbstbestimmten Politik zu geben. Meine Damen und Herren, das ist der Paradigmenwechsel.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wie gesagt, wenn man mitten in der Politik steht, ist das schwierig. Ich sage dies auch zu denen, die uns jetzt zusehen oder uns zuhören. Es ist auch deshalb schwierig, weil der Politiker natürlich wieder gewählt werden möchte. Er möchte mit glänzenden Leistungen, die er geschaffen hat, bestaunt und wieder gewählt werden. Wir gehen einen anderen Weg. Wir sagen zum ersten Mal: Meine Damen und Herren, nicht alles geht. - Das ist kein bequemer Weg.

Dann kommt Herr Böhr hierher und macht wieder einmal den Spagat, den er wieder einmal trefflich geschafft hat. Zuerst wirft er dem Finanzminister vor, er würde gar nicht sparen. Das wäre alles Täuschung. Dann im zweiten Teil des Durchgangs, wenn also sozusagen der Hauptfilm kommt, dann werden die einzelnen Politikfelder aufgeführt, und es wird gesagt, wo zu wenig Geld vorhanden ist, zum Beispiel im Straßenbau. Wir kommen jetzt einmal dazu. Es ist aber dieses Doppelgesicht, von dem wir immer reden.

Ich nehme zum Beispiel den Kollegen Bracht. Es ist mein geschätzter Kollege aus Rheinböllen.

(Dr. Gölter, CDU: Hunsrück-Connection!)

Er hat fleißig gearbeitet und jede Menge Anfragen gemacht. Er fragt nun auch schon in der Überschrift nach dem Finanzierungsstau in der Schulbauförderung und nach der Investitionsförderung in Kindertagesstätten. Überall gebe es Finanzierungsstaus. Sein Vorsitzender sieht, dass nicht gespart wird. Sein Kollege sieht vor Ort in der Lokalzeitung einen Finanzierungsstau. Meine Damen und Herren, so können wir noch eine Zeitlang weitermachen. Die Leute werden es irgendwann einmal mitbekommen. Aber auf die Dauer ist das unseriös, Herr Kollege.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das läuft nicht. Hier in Mainz spielen Sie sozusagen den großen Sparkommissar und hauen den Finanzminister, wenn es geht, in die Pfanne, und draußen in der Lokalzeitung gehen Sie nach dem Motto vor: Wie wollt ihr es denn haben? Wie, da ist noch eine Straße mit einem Loch? Da hat noch keiner etwas getan? - Meine Damen und Herren, ich war in Gemeinden und habe ihnen gesagt: Ihr seid noch nicht dran. - Das muss man lernen. Das ist schwer, auch wenn der Ortsbürgermeister in der SPD ist. Auch dann muss ich ihm sagen: Du bist noch nicht dran, weil deine Straße erst 20 Jahre alt ist. Ich habe welche zu machen, die 40 Jahre alt sind. - Meine Damen und Herren, da fehlt es der Opposition wirklich noch an dem Durchsetzenwollen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

- Rheinböllen auch. Ich würde an Ihrer Stelle ganz vorsichtig sein, Herr Kollege. Fangen wir damit besser erst gar nicht an.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich all die Gemeinden besuche, in denen wir wohnen, ginge das gar nicht. Es bleibt also bei Ihrem bewährten Verfahren: Mehr Geld ausgeben, nein zu Vorschlägen der Reform, oder man kommt zu spät.

Meine Damen und Herren, wir haben eben von Ihnen beim Bereich Multimedia ein „Feuerwerk“ gehört.

(Staatsminister Bauckhage: Was?)

- Ein Tischfeuerwerk.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Manches ist auch nicht richtig gezündet. Aber zugegeben, das Streichholz hat er richtig angemacht. Bei Multimedia ist es so, dass die Landesregierung - dies haben wir beim letzten Mal hier auch dargestellt, ich möchte nicht noch einmal die zwölf Punkte herunterbeten - vom Land Bayern gelobt wird, weil ihr Multimedjakonzept einschließlich des RPL-Netzes leistungsfähiger als das anderer Flächenstaaten ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir geben auch noch mehr aus. Ich habe eben bewiesen, Sie sind einfach einem Irrtum aufgesessen, als Sie sagten, die Haushaltsstelle ist nicht mehr da, da sind null D-Mark. Das passiert. Darüber wollen wir auch nicht länger reden. Nur, wir geben mehr aus. Wir haben sehr frühzeitig unser Netz so ausgebaut, dass es alle Verwaltungen mit hineinnimmt. Dies haben wir im Gegensatz zu anderen gemacht. Wenn man jetzt sagt, wir würden für Multimedia nichts machen, dann muss ich sagen, man kann das Land auch als Opposition nicht ganz herunterreden. Sie haben Kaiserslautern angesprochen. Was machen wir denn an dieser Universität anderes als Multimedia-Forschung? Wer geht denn aus dieser Universität heraus ins Land und bildet neue Unternehmen, die mit ganz frischen Kräften von der Universität herauswachsen wie Pilze im Waldboden? Wo ist denn das? Was ist denn mit dem Westerwald? Was ist mit der armen gebeutelten Stadt Montabaur, die seit 1969 keine Bezirksregierung mehr hat? Es ist die am meisten boomende Wachstumsregion, die wir in Rheinland-Pfalz haben, und zwar eben durch den Multimediaeinsatz von Unternehmen.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Mittrücker, CDU: Trotz dieser
Landesregierung!)

- Wissen Sie, wahr ist, wenn wir keine Unternehmer hätten, Leute mit Mut, die bereit sind - das darf man hier nicht sagen, aber bei uns hätte man einen bestimmten Begriff dafür gehabt -, mehr zu tun, als nur von 8.00 bis um 17.00 Uhr zu arbeiten, dann wäre das nicht möglich. Meine Damen und Herren, das geht aber nur, wenn die Rahmenbedingungen dafür auch geschaffen werden. Sie sind geschaffen worden. Das ist der Unterschied.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das habe ich längst gelernt, das ist auch keine Neuigkeit, Arbeitsplätze werden von Unternehmen, von Handwerkern, von Mittelständlern geschaffen. Der Staat hat Rahmenbedingungen zu setzen. Das ist seine Aufgabe. Darüber brauchen wir erst gar nicht zu diskutieren.

Ich komme zurück zum Multimedienetz. Herr Mittrücker, natürlich kann noch manches besser und optimaler werden. Nach dem Lob von Herrn Stoiber sind wir ganz stolz. Es ist fast unmöglich. All diejenigen, die in der CDU dann und wann das Richtige tun, bekommen auch von Herrn Stoiber kein Lob. Insofern müssen wir mit der Multimediageschichte ganz zufrieden sein.

Wir wissen, das wird der Job-Motor Nummer 1 sein. Er wird die Automobilindustrie überholen. Das hat in Rheinland-Pfalz, was die Zulieferer angeht, eine hohe Bedeutung. Deshalb haben wir diesen Standort ausgebaut. Wenn uns vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft gesagt wird, dass in keiner Region Europas anteilmäßig mehr Leute in der Hochtechnologie beschäftigt werden als bei uns, dann frage ich Sie, was soll ich denn mit Ihrer Karte, Herr Böhr? Sie wollen im Grunde nur unser Land herunterreden, obwohl es oben steht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Neben dem Multimediabereich müssen wir natürlich unsere Anstrengungen im Bereich Arbeit und Infrastruktur fortsetzen. Ich habe eben gesagt, der Staat schafft keine Arbeitsplätze, er muss die Rahmenbedingungen setzen. Ich denke, mit dem Mittelstandsförderungsprogramm liegen wir sehr richtig. Zu nennen ist allein die segensreiche Einrichtung der Investitions- und Strukturbank. Zu nennen sind das Mittelstandsförderungsprogramm, die Fortbildungsprämie und die Wagnisfinanzierungsgesellschaft. Vor fünf Jahren haben wir einmal darüber geredet, jetzt gibt es sie auf Initiative dieser Landesregierung. Wie gesagt, zusammen mit der haben wir ein ganzes Bündel an Angeboten. Ich weiß nicht, wo Sie die Zahlen hernehmen. Es ist natürlich klar, wir beide müssen natürlich auch sozusagen rollengerechte Zahlen finden. Aber ich habe die Rekordzahl von 33 322 Existenzgründungen in Rheinland-Pfalz. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich weiß nicht, wo Sie Ihre Zahlen hernehmen. Es ist natürlich klar, wir alle müssen rollengerechte Zahlen finden. Aber ich habe die Rekordzahl von 33 322 Existenzgründungen in Rheinland-Pfalz. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Rheinland-Pfalz ist ein strukturschwaches Land - wer will denn das bestreiten, wenn er in der Eifel, dem Hunsrück oder der Westpfalz lebt? Wie will man denn erklären, warum wir

2 % unter der Bundesmarge der Arbeitslosigkeit liegen, wenn nicht wegen der Gründung neuer Existenzen, wenn nicht durch einen hohen Handwerkerbesatz, wenn nicht durch den Mittelstand und natürlich auch durch unsere Arbeitsmarktpolitik.

Meine Damen und Herren, eben ist der Satz von dem Kollegen Böhr genannt worden, der lautet: Was würden wir denn tun, wenn nicht die starken Ballungsräume neben uns lägen, also Frankfurt am Main und Luxemburg? - Dazu kann ich Ihnen eine Anekdote erzählen. Schon als 14-Jähriger bin ich mit in die Druckerei gefahren, in der mein Vater in Luxemburg gearbeitet hat. Mein Vater ist ein geborener Trierer, und er hat nach dem Zweiten Weltkrieg immer in Luxemburg als Schriftsetzer gearbeitet, immer nachts. Wissen Sie was? Das hat sich nicht geändert. So einfach ist das. Mein Bruder ist jetzt Buchbinder, er hat sogar eine Luxemburgerin geheiratet, und er wohnt und arbeitet in Luxemburg. Wenn ich meine Verwandtschaft dort betrachte, dann sehe ich, dass die alle dorthin gehen.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Ich kenne Leute, die arbeiten in Luxemburg und kommen aus Hermeskeil. Warum? Was ist daran so schlimm? Wir wollten doch immer über Europa reden!

(Beifall der SPD -
Zuruf von der CDU)

- Sie sind mir ein schöner Europäer! Das ist die im Jahr 1815 vom Wiener Kongress gezogene Grenze.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sonst ist da gar nichts mehr. Wir sind längst, was unsere Nachbarn angeht, auf dem Wege zu einer gemeinsamen Entwicklung in Europa, was die Arbeitsplätze und viele andere Beziehungen angeht.

Liebe Leute, ich erinnere mich, wir haben schon mal miteinander diskutiert, und da haben Sie gesagt, man könne doch nicht dauernd die Exportquote als Kriterium für eine vernünftige Entwicklung nehmen. Sie beträgt in Rheinland-Pfalz über 40 %. Sie sagten, da müsse man nur die BASF herausrechnen, dann wäre es sehr viel weniger. - Was aber glauben Sie, wenn Sie beim Weinbau in Rheinland-Pfalz den Riesling abziehen, wie viel Sie dann noch haben?

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Heiterkeit im Hause)

Diese Art von Rechnung können wir uns sparen, die glaubt keiner.

Wir haben für den Arbeitsmarkt 200 Millionen DM zusätzlich eingestellt. Dabei geht es im Wesentlichen um Weiterbildung, damit die Leute wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

dert werden können. Wenn ich jetzt einmal ein Beispiel aus meiner Heimat bringe: Bei dem Flugplatz Hahn haben das Sozialministerium und das Arbeitsamt Flugzeugmechanikern den Einstieg in den neuen Job ermöglicht - und Flugzeugmechaniker verdienen mehr als 20 DM pro Stunde. Dies zeigt konkret, was wir unter Arbeitsmarktpolitik verstehen: nicht Sozialhilfe auf andere Weise, sondern in neuen Strukturen und Berufen qualifizieren, für neue Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, das gelingt mehr und mehr.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Natürlich haben wir auch für die Existenzgründer sehr viel Geld vorgesehen. Wir halten dies sowieso für eine unserer ganz besonderen Möglichkeiten. Existenzgründer arbeiten mehr als andere. Das ist ganz wichtig, das sollte man auch einmal sagen. Existenzgründer holen meistens auch drei, vier oder fünf Leute in ihr Unternehmen herein, und auch diese arbeiten dort sehr intensiv. Ein solcher Betrieb muss viele Krisen bestehen, er muss zuerst einmal die ersten beiden Jahre hinter sich bringen. Aber wenn er das geschafft hat, dann sind dies die Arbeitsplätze von morgen.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Die Arbeitsplätze von morgen werden nicht die von Mercedes-Benz sein oder von der BASF oder vom VW-Konzern. Wir leben davon, dass es den Mann oder die Frau gibt, der oder die sagt: Ich will es versuchen und nehme auf diesem Weg vier oder fünf Leute mit. - Das ist die Zukunft unserer künftigen Arbeitsplätze.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich muss zugeben: Ob ich das mit der Ökosteuer jetzt wirklich machen soll, das weiß ich nicht. Ich habe das hier stehen. Natürlich, wer Arbeitsplätze will, der muss darüber reden, wie wir die Lohnnebenkosten herunterbekommen. Darüber ist viel geredet worden. Ich sage nur Folgendes: Man kann darüber streiten. Es ist interessant, wie heute, im Jahr 2000, jeder anders darüber streitet als zuvor. Wie viel Papier ist in den früheren Jahren dazu schon beschrieben worden? Zum Beispiel hat Herr Schäuble im Jahr 1997 Folgendes gesagt: „Der Einsatz des Faktors Arbeit muss durch eine Senkung der Lohnzusatzkosten relativ verbilligt werden, der Energie- und Rohstoffverbrauch durch eine schrittweise Anpassung“ - was ist das denn? - „der Energiepreise relativ verteuert werden ... - so lautet die Aufgabe.“

Herr Jullien, aufgewacht!

(Jullien, CDU: Ich bin immer anwesend!)

Herr Jullien findet das alles schrecklich. Das ist von 1997! Das hat Schäuble in seinem Buch „Und der Zukunft zugewandt“ geschrieben.

(Zurufe von der CDU)

Wem sind Sie denn zugewandt, meine Damen und Herren?

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Ich kann nur sagen, Sie machen es sich zu leicht. Sie setzen immer nur darauf, dass wir in der Lage sind, innerhalb von vier Wochen alles zu vergessen, was schon einmal diskutiert worden ist. Das geht so nicht. Wenn Sie ernsthaft einen Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten leisten wollen, dann müssen Sie mit uns seriös darüber diskutieren, ob der Weg der Ökosteuer verträglich oder nicht verträglich ist. Damit das auch gesagt ist: Ich weiß auch, dies wird nicht einfach, gerade dort, woher ich komme.

Ich habe es bereits gesagt: Die Zeiten, in denen wir gefragt haben, wie wollt ihr's denn, das Füllhorn ist voll - die sind herum. Wir müssen eine neue Ehrlichkeit im Umgang mit uns selbst und mit dem Bürger entwickeln.

(Beifall der SPD)

Die Leute haben auch die Erhöhung der Mineralölsteuer um 50 Pfennig in den letzten 16 Jahren bezahlt. Es gab im Trierer Land das gleiche Gegrummel wie jetzt auch. Das Gegrummel der Tankstellenbesitzer besteht zu Recht. Sie haben enorme Umsatzeinbußen. Aber das Trierer Land muss bei dieser Diskussion auch vorsichtig sein. Es ist nämlich das Einkaufszentrum für Lothringen und Luxemburg - auch das gehört mit in die Rechnung. Gehen Sie doch einmal an einem Samstag zu Hertie oder durch die Simeonstraße, da werden Sie schon richtig die Ohren stellen müssen; denn Sie hören nur Luxemburger und Franzosen. Auch das gehört mit zur Wahrheit im Umgang miteinander.

Natürlich macht dieses Thema den Unternehmen große Probleme, die sich jetzt umstellen müssen.

(Jullien, CDU: Das geht gar nicht mehr!)

- Ach, ich empfehle Ihnen das Jahrbuch 1999 von Trier-Saarburg. Darin ist ein großer Aufsatz über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Luxemburg und Trier enthalten. Ich empfehle Ihnen einfach, Ihre Brille zu putzen, das zu lesen und zu verdauen.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P. -
Zurufe der Abg. Jullien und
Schmitt, CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind bei der Bildung. Lebenslanges Lernen wird zur Regel, das lebenslange Behalten eines Arbeitsplatzes wird möglicherweise zur Ausnahme. Das, was noch unsere Lebenserfahrung prägt, an einem Arbeitsplatz bleiben zu können, prägt schon nicht mehr die Lebenserfahrung der 30-Jährigen und schon gar nicht der 20-Jährigen. Der Satz, selbst wenn er von Henry Ford stammt, ist schön: „Die Zukunft eines Landes beginnt im Klassenzimmer.“ Aber wir haben diese Zukunft gemanagt. Dem Bildungsminister, der nur 19 % mehr Schüler hat, haben wir trotzdem in den letzten zehn Jahren 43 % mehr Geld gegeben.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Selbst in den Jahren 1999/2000, in denen die Gesamtausgaben nur um 1,63 % wachsen dürfen, wachsen die Ausgaben im Schulbereich um 7,25 %, im Hochschulbereich um 7,53 %. Meine Damen und Herren, wenn das kein Schwerpunkt ist, dann muss dieses Wort im Lexikon gestrichen werden.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Natürlich wissen wir auch - Herr Lelle freut sich schon darauf, darüber zu reden -, dass wir Probleme mit der Unterrichtsversorgung haben. Darauf haben wir uns mit KOSI 2010 eingerichtet. Ich habe es schon das letzte Mal gesagt, wir dürfen den Lehrern nicht dauernd ungerechtfertigte Vorwürfe über ihre Arbeit und ihre Leistung machen. Aber wir können heute nicht die Lehrer einstellen, die wir im Jahr 2005, 2006 oder 2007 nicht mehr benötigen werden, weil die Schüler nicht mehr vorhanden sind. Zu dieser Wirklichkeit werden Sie sich auch durchringen müssen, es sei denn, es ginge nur um Oppositionsgetöse, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

400 Stellen und noch einmal 100 im nächsten Jahr kommen hinzu. Wir nehmen die Lehrer auch in die Pflicht. Wir bitten sie, dass sie länger arbeiten, um das dann in der späteren Zeit zurückzubekommen. Wir haben die Altersteilzeit eingeführt, also alles innovative Modelle, um mit dem Problem zurechtzukommen. Es wird dennoch da und dort an dieser und jener Schule doch zu Problemen kommen. Wir bemühen uns darum, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Aber wahr ist, das, was wir geleistet haben, wird von anderen Ländern abgekupfert. Es gibt eigentlich kein besseres Kompliment für die Richtigkeit eines Weges, als wenn es andere ebenso machen, wie man es selber macht.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der F.D.P.)

Wir werden in den Anträgen noch etwas für die Studentenwerke, die Volkshochschulen und die Bildungsfreistellung tun, weil wir glauben, dass dort wichtige Aufgaben zu erfüllen sind.

Meine Damen und Herren, die Würde eines Menschen ist unabhängig von seiner Nützlichkeit und von seiner Leistung. So schreiben wir es in einem Programm. Es wird auch in Zukunft Menschen geben, die die Unterstützung der Gesellschaft brauchen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Das haben wir bisher überwiegend durch Geldtransfers gemacht. Mehr Geld ist aber nicht automatisch mehr Gerechtigkeit. Wir brauchen ein Umdenken. Menschen, die in eine Notlage geraten sind, müssen - sofern das möglich ist - wieder in die Lage versetzt werden, ihr Leben und ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu meistern. Dazu haben wir das „Mainzer Modell“ vorgeschlagen und jetzt Herr Kuhn auch. Ohne Streit haben wir darüber dann eine Diskussion geführt. Aber wahr ist, dass dieser Schritt der Landesregierung zum „Mainzer Modell“ der erste Weg ist, den Leuten nicht nur das Geld zu geben, damit sie damit leben können, sondern dass sie aus ihrer Misere herauskommen und in den Arbeitsmarkt zurückfinden, sich wieder weiterbilden können, um auf diese Weise ein besseres und weniger fremdbestimmtes Leben zu führen.

(Beifall der SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch das ganze Geschäft!)

Meine Damen und Herren, wir werden nicht mit jedem und nicht mit jeder diesen Erfolg haben, aber dass wir diesen neuen Weg jetzt suchen und am Ende begehen, das halte ich auch für einen wichtigen innovativen Teil des Landeshaushalts.

Die Initiative „Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich“ haben wir gemeinsam verbessert und gemeinsam getragen. Das geht hin bis zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei, der Fortbildung der Polizeibeamten und überhaupt der Polizei.

Meine Damen und Herren, wie schlecht Sie die Polizeireform reden, das haben wir an einem Dutzend Anlässe mitbekommen. Diese total demotivierte, entfremdete und entleerte Polizei in Rheinland-Pfalz schafft 57 % Aufklärung und liegt damit unter den ersten fünf Ländern in der Bundesrepublik.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der F.D.P.)

Wissen Sie, man kann natürlich dieses Beispiel von der Sparkasse trefflich bringen. Es gibt immer in jeder Organisation auch einmal Probleme, die sich so darstellen. Aber wie eine Gesamtorganisation, ein Organismus - Polizei, 57 % Aufklärungsquote - Durchschnitt ist 50, nur damit das klar ist -, unter den erschwerten Bedingungen der Polizeireform erarbeitet, das beweist eigentlich nur eins: Unsere Polizeibeamten sind im Prinzip zufrieden mit der Landesregierung. Deshalb klappt diese Arbeit auch.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir brauchen dafür in der Tat kein Geld. Wir haben so lange mit dem Innenminister im Haushalt 03 gearbeitet, bis wir das Geld für Beförderungsmöglichkeiten auch für ältere Polizeibeamte gehabt haben. Das geht durch Umschichtung. Das wissen Sie auch. Das hätten Ihnen Ihre Innenpolitiker auch sagen können. Insofern zeigt das auch, dass wir das ernst nehmen. Wir werden in Zukunft - darüber wird sicher noch zu reden sein - natürlich darunter leiden, dass bei der Polizei mehr Leute abgehen, als wir möglicherweise in der Lage sind neu einzustellen, weil jetzt die großen Jahrgänge aus der Zeit der CDU-Landesregierung, als manchmal 400 und 500 Beamte eingestellt worden sind, langsam in die Pensionszeit kommen. Wenn die alle mit einem Schlag weggehen, haben wir riesige Probleme. Das werden wir - ich sage das heute schon vorsorglich - nicht mit einem Schlag in gleicher Weise beantworten können. Wir werden aber Angestellte einstellen, die versuchen, Beamtinnen und Beamte von polizeifremden Tätigkeiten zu befreien.

Meine Damen und Herren, die Bezirksregierung und all die Reformen, die hier jetzt noch einmal vorgetragen worden sind, waren nichts anderes als ein Reflex darauf, dass ich Sie als Neinsager-Fraktion ein wenig an den Ohren gezogen habe. Ich bleibe auch dabei. Immer darin, wenn es hier im Parlament darum ging, auch einmal gegenüber den Wünschen von Betroffenen Nein zu sagen und zu sagen, das ist die Richtung, und wir sind dafür gewählt, auch einmal eine Richtung anzugeben, die vielleicht weniger bequem ist, die vielleicht mit Umzug zu tun hat, die vielleicht damit zu tun hat, etwas Neues zu lernen, waren wir ganz allein.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Roman Herzog hat schon vieles gesagt. Er hat jetzt bei den „Bitburger Gesprächen“ das so trefflich ausgedrückt: Wir sind in den letzten Jahren dem Irrtum aufgesessen, dass alles am schönsten ist, wenn es vom Staat geregelt und von Beamten vollzogen wird. - Wir müssen lernen, dass das auch einen anderen Akzent haben kann, dass man auch einmal darauf verzichtet, etwas hinzugeben, was man eigentlich gar nicht hat. Deshalb wollen wir unsere Staatsorganisation so vernünftig ändern, dass wir eine Gesellschaft und einen Staat bekommen, der wieder mehr bewegt, der wieder mehr Leistung verlangt und der sich auf seine ursprünglichen Aufgaben hin orientiert. Das können sogar die Liberalen mittragen.

(Kuhn, F.D.P.: Ja!)

Die Strukturveränderungen, die wir dort haben, müssen auch danach fragen, ob es eigentlich keine Verbesserungen in der Produktivität von Verwaltungen gibt. Wieso eigentlich nicht? Das Einzige, wo wir es nicht machen - das haben wir eben gesagt -, ist die Schule. Das Einzige, wo wir es nicht machen, ist die Innere Sicherheit. Aber sonst muss der Betrieb

Staat/Verwaltung sich auch seine eigene Produktivität nachrechnen lassen. Dies ist zum Teil ---

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Bitte?

(Creutzmann, F.D.P.: Das gilt aber auch für die Schule und die Polizei!)

- Ja, das gilt so einfach nicht, weil wir natürlich auch 40 Kinder in die Klasse stellen können, und dann wünsche ich das dem Abgeordneten Creutzmann einmal eine Woche lang, und danach reden wir neu.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Billen, CDU: Belehrung des Herrn Mertes für seinen Koalitionspartner!)

Aber wahr ist, die Produktionsreserven sind sicherlich überall zu heben, aber sie sind zu heben. Wir wollen einen Staat, der selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger dazu bewegt, Verantwortung zu übernehmen. Deshalb ist meiner Meinung nach die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Ordnung.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend, wir glauben, dass wir belegt haben, es gibt den Einstieg in das Ziel, künftig ohne Nettokreditaufnahme einen Haushalt des Landes zu fahren, ohne dabei Schwerpunkte zu vernachlässigen, wie ich eben bewiesen habe: Bildung, Innere Sicherheit, Arbeit, Infrastruktur. - Es ist allerdings ein schwieriger Weg. Er ist nicht so glanzvoll wie der Weg, mit Bewilligungsbescheiden durchs Land zu sausen und Bänder durchzuschneiden. Aber zum ersten Mal ist der Abbau der Verschuldung realistisch.

Es ist uns des Weiteren gelungen, gemeinsam mit Unternehmen eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik und eine gute Arbeitsmarktstruktur im Verhältnis zu dem zu organisieren, was wir eigentlich an Möglichkeiten haben. Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung haben in Rheinland-Pfalz ebenso einen hohen Rang wie Innere Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Ich atme jetzt einmal tief durch. Wenn man in diesen Tagen über Politik redet, dann kann man das kaum tun, ohne über die Vertrauenskrise zu reden, die durch den jahrelangen absichtlichen rechtswidrigen Umgang führender CDU-Politiker auf Bundes- und Landesebene durch Parteispenden entstanden ist. Wir sind in Rheinland-Pfalz in doppelter Weise betroffen, einmal durch das Geflecht des früheren Trierer CDU-Schatzmeisters Doerfert und seine Spendenaktivitäten, die gestern und heute in der Presse wieder einen besonderen Höhepunkt erreicht haben, zum Zweiten durch die Unterstützung der rheinland-pfälzischen CDU und einzelner Gliederungen aus Schwarzkassen, bei denen Helmut Kohl, Joachim Hörster und Hans Terlinden als rheinland-pfälzische Namen auffallen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wer öffentlich Verantwortung tragen will, muss besonders strenge Maßstäbe gegen sich gelten lassen - wiederum Schäuble und „Der Zukunft zugewandt“. Ich kann das Originaltitel auch insgesamt vorlesen: „Wer öffentliche Verantwortung tragen will, muss besonders strenge Maßstäbe gegen sich gelten lassen.“ Es ist in der Politik nur die Frage nach den Maßstäben und Verantwortlichkeiten zu stellen.

Herr Kollege Böhr hat in seiner Rede strenge Maßstäbe an die Verantwortlichkeit der Landesregierung und der sie tragenden Koalition angelegt. Das ist sein gutes Recht. Die Maßstäbe, die er als Oppositionsführer an andere legt, muss er sich allerdings auch selbst gefallen lassen, weil er auch der Vorsitzende der Wertekommission der CDU Deutschlands ist.

Ich lese gern seine Aufsätze. Das ist gar keine Frage.

(Dr. Altherr, CDU: Da können Sie nur lernen!)

- Das ist richtig. Ich bin sogar bereit, zu lernen.

Herr Altherr, ob Sie das sind, bezweifeln viele in diesem Hause.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Welches sind die Maßstäbe? - Herr Kollege Böhr hat uns vorgeschlagen, für strafmündige Kinder vor dem 14. Geburtstag, also vor der Grenze der Strafmündigkeit, die Möglichkeit bis zu einem vierwöchigen Arrest zu schaffen. So stand es im „Trierischen Volksfreund“ vom 11. März 1999. Er schlug vor, Eltern straffälliger Ausländerkinder sollte man rascher abschieben - das war am 7. September 1998 - oder die Kriminalität dadurch bekämpfen, dass das Kindergeld gestrichen wird, oder dass es verdachtsunabhängige Schleierfahndung in Rheinland-Pfalz gibt, also jeder ist immer verdächtig.

Meine Damen und Herren, Vorschläge zur Bekämpfung der Geldwäsche oder andere Spielarten der Weiße-Kragen-Kriminalität haben wir nicht gehört. Das ist genau dieser Punkt, der mich dazu veranlasst hat, noch diesen Teil zu meiner Haushaltsrede hinzuzuschreiben, was in diesem Parlament von dem Kollegen jeweils für andere strafverschärfend gefordert worden ist und wie er sich selbst, aber auch seine Kolleginnen und Kollegen mit diesen Maßstäben, die er gern für andere in Gesetz und Ordnung geschrieben hätte, fasst.

Da steht am 6. Januar 2000 im „Generalanzeiger“: Franz Josef Bischof will beobachtet haben, dass die Leute überhaupt nicht verstehen, warum der Kohl das Geld nicht hätte nehmen dürfen. Der Verstoß gegen das Parteiengesetz - so Bischof - wäre ohne Preisgabe der Spender doch nur zu umgehen gewesen, wenn Kohl das Geld rundum abgelehnt hätte, und da sagen die Leute, des hätten ich ach net gemacht.

Michael Billen: Der einhellige Tenor ist doch nur, dass die CDU endlich zu Kohl stehen soll. Die Leute fragen sich, was hat der eigentlich angestellt? - Er hat sich nicht selbst berei-

chert, und er ergänzt, jeder größere Betrieb hat eine schwarze Kaffeekasse. Auf die Frage nach Helmut Kohls Gesetzesverstoß - dieser wird nicht von mir als Sozialdemokrat beschrieben, sondern von Christdemokraten, die sich mit Gesetzen besser auskennen, wie ich es je lernen werde - hat Dr. Adolf Weiland, der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes und auch der Fraktion, gesagt, inwieweit dies ein moralischer Schaden sein wird, hängt natürlich auch davon ab, inwiefern die Vorschriften des Parteiengesetzes eindeutig, inwiefern sie interpretationsfähig oder gar interpretationsbedürftig sind, was bestimmte Formen der Zuwendungen an politische Parteien anlangt. -

Meine Damen und Herren, ich lese das alles ab. Ich will da gar keine Emotionen hineinbringen. Aber das ist die Frage nach Verantwortung. Ich habe schon einmal von diesem Pult aus einen geschätzten Kollegen der CDU über die Verantwortung, die man in bestimmten Fällen zu übernehmen hat, reden hören. Ich sah danach, als ich nach ihm sprach, nicht besonders glücklich aus. Dieses Zitat bringe ich heute nicht. Aber ich frage mich nach der Verantwortung des CDU-Landesvorsitzenden in all diesen Fragen. -

Herr Kollege Böhr, ich frage mich danach, welches Vorbild Sie abgeben, wenn Sie sagen, Helmut Kohl soll die Namen nicht nennen, obwohl Sie, so wie andere wissen, dass dies Rechtsbruch ist. Sie und Ihr Vorbild. Ich habe eben Zitate vorgelesen, die öffentlich vorhanden sind. Sie sind der Vorsitzende der Wertekommission der CDU. Ich frage mich nach der Verantwortung, die Sie tragen, als Herr Doerfert Sie intensiv unterstützt hat, als er zum Schatzmeister gewählt worden ist, als er Geld beigebracht hat. Ich frage mich nach der Verantwortung, die Sie hier eben penibel vorgelesen haben, indem Sie der Landesregierung mit dem Recht des Oppositionsführers gesagt haben, das und das ist nach meiner Ansicht im Haushalt nicht in Ordnung. Aber stellen Sie sich einmal vor, die Gegenfrage würde gestellt werden, ob Sie denn Ihren - darf ich sagen - Laden im Griff haben, wenn Sie Tage und Wochen brauchen, um die Frage zu ermitteln, wo 51 000 DM sind, obwohl die Geschäftsstelle unter dem gleichen Dach, auf der gleichen Etage im gleichen Eingang ist, die Landesgeschäftsstelle und die Geschäftsstelle von Mainz-Stadt. Darf ich diese Fragen auch stellen?

Sie haben am 23. September 1999 hier korrekt gesagt, Sie werden in dieser Geschichte nichts finden können, so, wie Sie in der Geschichte bisher nichts gefunden haben. Sie haben mit einer Strafanzeige, mit einem Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Kollegen Axel Redmer reagiert. Sie haben gesagt, wir hätten eine Rufmordkampagne gemacht.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

Sie sagen, das war Rufmord, was bis jetzt alles gekommen ist.

(Böhr, CDU: Was ist denn gekommen?)

- Wir haben es nicht herausgefunden.

Meine Damen und Herren, wir haben nur das mitgeteilt - auch ich jetzt -, was unwidersprochen in der Zeitung steht.

(Böhr, CDU: Vermutet wird!)

- Ja, also es wird sicher nicht vermutet, dass es 100 000 DM für unseren verehrten Kollegen aus Ludwigshafen gegeben hat. Das ist bewiesen. Es wird sicherlich nicht vermutet, dass noch 325 000 DM auf einem außerordentlich unterschiedlich zu bewertenden Spendenformular nachgeprüft werden müssen. Das war wohl das, was gestern lief.

Herr Kollege Bischel nennt den Kollegen Redmer eine Dreckschleuder. Wenn dann die Wahrheit auf den Tisch kommt, gibt es keine Berufung gegen das Urteil des Landgerichts, und Sie ersetzen die Gewissheit vom 23. September 1999 mit der Hoffnung, dass nichts mehr da sein wird.

Herr Kollege Böhr, glauben Sie, das ist sozusagen die Referenz dafür, an irgendeinem Tag hierher treten zu können, wenn es der Wähler will, Gott noch zur Unterstützung anzurufen und zu sagen, ich will die Gesetze dieses Landes schützen. Das wird schwierig.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

Meine Damen und Herren, heute Morgen hat das Radio uns gesagt, und zwar die Stimme von Herrn Böhr, dass er Verständnis dafür hat, dass der Bundeskanzler als Ehrenvorsitzender zurückgetreten ist, und er sich gegen die Forderung wehrt, dass er als Bundestagsabgeordneter zurücktritt.

Meine Damen und Herren, das Problem ist schlichtweg, dass es kein Problem der CDU im Gesichtsfeld der Menschen von Rheinland-Pfalz ist, sondern dass die Demokratie, wir alle, mit viel Misstrauen beäugt werden.

Meine Damen und Herren, das Problem ist, wenn nicht wirklich von dieser rückhaltlosen Aufklärung jetzt und sofort und mit Konsequenzen begonnen wird, dann nehmen wir alle Schaden.

Ich bedanke mich.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Schülerinnen und Schüler der 13. Jahrgangsstufe des Heinrich-Böll-Gymnasiums in Ludwigshafen-Mundenheim und Schülerinnen und Schüler der Schule für Körperbehinderte in Neuwied-Engers. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Kollegin Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich habe schon befürchtet, dass die heutige Diskussion in Anbetracht der Diskussionen, die zurzeit außerhalb des Parlaments geführt werden, zu einer reinen Haushaltsgespenster-Debatte wird.

Es hat mich schon etwas merkwürdig angemutet, als Herr Böhr sagte: Mich haben in den letzten Wochen zwar andere Dinge beschäftigt, aber heute rede ich über den Haushalt. - Ich sage Ihnen: Gestern saßen nicht nur im Abgeordnetengebäude Trauben von Abgeordneten vor den Fernsehern und haben die Pressekonferenz des CDU-Vorsitzenden verfolgt. Es war auch so, dass uns am Nachmittag und bis in den Abend hinein bei jeder Nachrichtensendung, bei jedem „Brennpunkt“ und sonstigen Sendungen Anrufe erreichten: Hast du das gehört? Hast du das verfolgt? - Wir wurden um Einschätzungen gebeten, und ich kann Ihnen sagen, dass ich nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen und sagen kann: Heute wird der Doppelhaushalt beraten. - Heute muss man nicht nur über den Doppelhaushalt reden, sondern auch über Doppelmoral.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die CDU-Spendenaffäre schwappt nicht nur aus Hessen über den Rhein. Herr Böhr, mit den Ereignissen bezüglich der 100 000 DM von Helmut Kohl für die CDU in Ludwigshafen und die lange Geschichte von CDU-Spendenaffären in Rheinland-Pfalz steckt die CDU Rheinland-Pfalz mittendrin.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Schon zu Zeiten des Ministerpräsidenten Kohl war das Land Rheinland-Pfalz eine erstklassige Adresse für Spendenwaschanlagen. Hier lagen quasi die Wurzeln für illegale Praktiken der Parteienfinanzierung. Es gab Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts - also ein höchstrichterliches Urteil -, und kaum war ein neues Gesetz vorhanden - das hören wir und wissen wir jetzt aus den Meldungen aus Hessen -, ersann die CDU unter Helmut Kohl schon nach neuen illegalen Wegen, Geld in die Partei herein zu holen. Es ging und es geht der CDU um Millionen-Vorteile in der Auseinandersetzung um die politische Macht, ohne ein Unrechtsbewusstsein bei führenden Vertretern dieser Partei.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abg. Nagel, SPD)

Gerade diejenigen, die keine Gelegenheit ausgelassen haben, als Saubermänner für Recht und Ordnung einzutreten - egal ob das Herr Kanther war, ob das Vertreter auf Bundesebene oder Vertreter der CDU aus diesem Lande waren -, und die keine Gnade für Drogenabhängige kennen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit nach Polizei und mehr

Grenzkontrollen rufen, sind es, die uns heute das Eins-a-Lehrbuchbeispiel für kriminelle Machenschaften und Machtgeschachere liefern.

Ich beziehe mich dabei auf eine Aussage des Jura-Professors Albrecht aus Frankfurt. Ich zitiere ihn aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Januar 2000. Er sagt: „Alle Vorschriften, die unter Bundesinnenminister Kanther im Zusammenhang mit Organisierter Kriminalität in das Strafgesetzbuch und in die Strafprozessordnung verschärfend eingeführt worden sind, richten sich nun gegen ihn selbst.“ – Das stammt nicht aus meinem eigenen Mund. So sieht es ein anerkannter Jurist aus Frankfurt.

In diesem Parteispendenskandal stehen nicht nur Namen wie Kohl, Kanther oder die Namen der Kofferträger Terlinden und Keller in der ersten Reihe. Nein, auch der brave und Kohlgetreue Trierer Christoph Böhr gehört in diese Namensgalerie der konservativen Doppelmoral. Wie oft ist von ihm bereits schonungslose Aufklärung gefordert worden? Herr Mertes hat das bereits angesprochen. Wie viele Debatten über Innere Sicherheit haben wir in diesem Hause geführt? Ich erspare mir die Aufzählung. Was ist mit den schonungslosen Aufklärungen bei den „Bimbos-Spendern“?

Herr Böhr hat vor fünf Millionen Zuhauerinnen und Zuschauern im ZDF Verständnis und Respekt für das Schweigen von Herrn Kohl geäußert.

(Böhr, CDU: So ist es!)

Er hat nach wie vor Verständnis und Respekt für dessen Schweigen, und er zieht die Ruhe in der eigenen Partei der Aufklärung vor. Anders kann ich das, was er gestern nach der Präsidiumssitzung gegenüber der Presse gesagt hat, nicht werten.

Wenn der Untersuchungsausschuss in Berlin die Namen der Spender der Kohl-Spenden nicht herausfindet – so kann ich Herrn Böhr nur verstehen –, bräuhete sich die CDU selbst nicht – auch nicht die Spender – der Öffentlichkeit oder der Justiz zu stellen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der rheinland-pfälzischen CDU: Was ist mit den Doerfert-Spenden? Wo ist die Aufklärung über die Herkunft der Spendengelder, die über das Bekannte und bereits Veröffentlichte hinausgeht? Auch das war angekündigt. Fehlanzeige. Wie erklären Sie möglicherweise zwei unterschiedliche Auflistungen von Spendern für die gestückelte Spende in Höhe von 325 000 DM von Doerfert, so wie sie gestern in der Fernsehsendung „Frontal“ präsentiert wurde? Was unternimmt der Parteivorsitzende und Dienstvorgesetzte Böhr bezüglich der Ludwigshafener Spendenvariante? Nichts! Nein Herr Böhr, nicht nur als Aufklärer und Saubermann geben Sie in Ihrem Verhalten keinen

glaubwürdigen Politiker mehr ab, sondern auch als Parlamentarier, der in der Opposition eine verfassungsgeschützte Rolle als Kontrolleur der Regierung innehat, haben Sie für mich eine große Menge an Vertrauenswürdigkeit verloren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, den Willen der Aufklärung der CDU messe ich nicht daran, ob sie einen Ehrenvorsitzendentitel aberkennt, sondern ich messe ihn daran, ob Sie rechtzeitig und mit rechtlichen Schritten die Aussagen von Kohl und anderen herbeiführen oder weiterhin nur auf Rechercheergebnisse reagieren.

Meine Damen und Herren, Kontrolle und demokratische Legitimation beginnen innerhalb einer Partei. Ich fordere Sie auf, in dieser Hinsicht tätig zu werden.

Ich bin weit davon entfernt, eine Bedrohung für das gesamte Parteiensystem aus dem Fall der CDU zu erkennen. Das sehe ich zurzeit nicht. In dieser Hinsicht unterscheide ich mich vielleicht auch von Herrn Mertes. Meine Damen und Herren von der CDU, dieser Skandal geht mit Ihnen ganz allein nach Hause. Sie werden nichts Vergleichbares finden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das können Sie auch nicht durch einzelne Verfehlungen, die Sie bei anderen entdecken und danach recherchieren, ausgleichen. Dieser Skandal geht mit Ihnen nach Hause.

Bedrohlich für die Demokratie wird es nur, wenn Sie jetzt nicht die Kehrtwende finden und für Aufklärung aus der Partei heraus sorgen, sondern nur auf die Ergebnisse und die Arbeit eines Untersuchungsausschusses und der Staatsanwaltschaft hoffen. Wenn Sie es nicht schaffen, innerhalb der Partei mit einer solch langen Geschichte einen Veränderungsprozess, eine Aufklärung von innen, herbeizuführen, würde das meiner Meinung nach Schaden für die gesamte Demokratie bringen, weil das das Vertrauen in die Selbstreinigungskraft und in die Kontrolle innerhalb demokratischer Parteien erschüttern würde. In dieser Hinsicht sind Sie gefordert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn gesagt, dass es nicht ganz einfach ist, in eine Diskussion über den Doppelhaushalt einzusteigen. Ich werde den Versuch trotzdem unternehmen. Wenn ich auf den zur Verabschiedung anstehenden Doppelhaushalt schaue und die Tagesaktualität außen vor lasse, graust es mir.

Dieser Doppelhaushalt ist nicht nur von seinem Entstehungsdatum her aus dem vorigen Jahrhundert, er ist ein Haushalt der Kontinuität, und zwar der schlechten Art. Ich möchte an die zahlreichen Haushaltstitel erinnern, die unter der Rubrik „Wahlkampf“ zu verbuchen sind, wie die geplante Imagekampagne, die sich durch alle Einzelressorts zieht. Ein weite-

res Beispiel ist das zurechtgeflückte Multimediaprogramm, das die Anschaffung eines Taschenrechners mit der Schaffung eines neuen Subventionstopfes vereint. Ich führe die alten Programme auf, die Sie mit neuen Etiketten wieder in die politische Debatte einführen. Ein Beispiel ist Ihr Programm „Offensive für den ländlichen Raum“. Das sind Beispiele für schlechte Kontinuität in Ihrer Haushaltspolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung schreibt in ihrem Haushalt ihren Burgfrieden fort, den sie untereinander geschlossen hat. Der F.D.P.-Wunschzettel zum Straßenbau, zur unkontrollierten Subvention im Wirtschaftsbereich und eine unzulängliche Reform der Landesverwaltung gehen auf das Konto der F.D.P., aber auch auf ihren Wunschzettel und ihre gewollte politische Profilierung. Dazu gibt es ordentlich schöne Tünche für weitere Einschnitte und fehlende Reformen in der Bildungspolitik und auch noch etwas für die Beschäftigungspolitik - Spielwiese von Herrn Gerster.

Meine Damen und Herren, es fehlen gerade wegen der geänderten Rahmenbedingungen durch die steuerpolitischen Vorhaben der Bundesrepublik strukturelle Änderungen und weitsichtige Änderungen, zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik. Ich sehe nichts, außer, dass Sie sagen, wir müssen Steuereinnahmen, die wir nicht mehr bekommen, gegenrechnen. Ich sehe nicht, wie Sie es machen. Strukturelle Änderungen und Konsequenzen daraus kann ich in Ihrem Haushaltsplan nicht erkennen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Doppelhaushalt wollen Sie für die Jahre 2000 und 2001 einen Start machen. Sie garnieren diesen mit Einsparrhetorik, mit der Sie aber erst langfristig Ernst machen wollen.

Meine Damen und Herren, der Burgfrieden von SPD und F.D.P. wird brüchig. Ich weiß, Herr Mertes, Sie sagen immer, es passt kein Blatt zwischen Sie und Herr Kuhn. Es passt schon einiges dazwischen. Die F.D.P. versucht - das können wir immer wieder verfolgen -, die Bonner Opposition in der rheinland-pfälzischen Regierung durchzusetzen. Die SPD-Minister, Herr Gerster, Frau Martini oder Herr Mittler, haben das Problem, als Sozialdemokraten erkennbar zu bleiben. Herr Zuber baut eine Abschiebeeinrichtung und entzieht dabei den Kommunen die dringend benötigten Mittel, um Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Aussiedlerinnen ein menschenwürdiges Leben zu sichern und attraktive Integrationsangebote zu schaffen. Das alles ist in Ihren Haushaltsplänen zu erkennen, zu lesen und zu entdecken. Die Anforderungen im Jahr 2000 sind enorm.

Meine Damen und Herren, wir müssen einen Doppelhaushalt verabschieden, der das Land für das kommende Jahrhundert vorbereitet. Für uns heißt das:

- Wir wollen mit Klarheit und Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz sorgen.
- Wir wollen eine Politik machen, die die Generationengerechtigkeit zum Ziel hat und nicht nur die folgenden Generationen mit Schuldenbergen belastet.
- Wir wollen soziale Gerechtigkeit zum kritischen Maßstab des Handelns machen, der hohen Erwerbslosigkeit entgegenwirken.
- Wir müssen schon heute Weichen stellen, um die tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft zur Wissensgesellschaft zu bewältigen. Das heißt, wir müssen Qualität und Umfang der Bildungschancen und -angebote verbessern.
- Wir müssen endlich mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen wie Luft, Wasser und Boden, der Natur schlechthin, Ernst machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gemessen an diesen Maßstäben und Zielen tragen Ihre Vorschläge für die Zukunftsgestaltung dieses Landes nicht in die Zukunft. Wer jetzt die Zukunft gestalten will, der darf nicht auf Vergangenheit setzen. Das tun Sie in Ihrem Haushaltsplan.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, keiner im Haus wird der folgenden Feststellung widersprechen, dass nämlich junge Menschen in Rheinland-Pfalz eine gute Ausstattung für ihre Zukunft in der Schule, in der Hochschule und in der beruflichen Ausbildung bekommen müssen. Das bestimmt die persönliche wie die berufliche Perspektive der jungen Menschen. Keiner würde diese Feststellung infrage stellen.

Die Behauptungen der Landesregierung und der SPD- und F.D.P.-Fraktion - wir haben es von Herrn Mertes gehört -, die schulische Ausbildung in Rheinland-Pfalz sei gut, gesichert, im Ländervergleich gut, zusätzliche Lehrer- und Lehrerinnen stellen könnten sich im Ländervergleich sehen lassen, werden noch von dem beliebten Zahlendoppel - Herr Mertes hat es vorgetragen - übertroffen. Im Zeitraum von 1990 bis 1999 gab es einen Anstieg der Schülerinnenanzahlen von 19 % sowie einen Anstieg der Bildungsausgaben in den Schulen von 45 %.

(Mertes, SPD: Das stand in der „FAZ“!
Stellen Sie sich vor!)

- Moment, aber in der Antwort des Bildungsministers auf eine Kleine Anfrage an Herrn Dahm sind nicht mehr 43 %, wie Sie das zitiert haben, sondern 45 % aufgeführt. Er hat nämlich in den Angaben schon die Tarifierhöhungen des letzten Jahres aufgerechnet.

Herr Mertes, genau dieser Sprung macht deutlich, dass dieses Zahlendoppel nicht das wiedergibt, was Sie behaupten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechnen Sie doch einmal herunter, was Sie in den zehn Jahren an Tarifsteigerungen, an strukturellen Steigerungen bei den Personalausgaben hatten. Rechnen Sie einmal nach, was sich über einen Zeitraum von fast zehn Jahren summiert. Rechnen Sie sich einmal aus, wo Sie mit Ihren 45 % landen.

(Itzek, SPD: Es hat viele Nullrunden gegeben!)

- Herr Itzek, Sie kennen die strukturellen Änderungen ganz gut. Alle zwei Jahre gibt es im öffentlichen Dienst die Anpassung der Altersstufe entsprechend.

Sie sollten sich besser eine andere Zahl vor Augen führen, wenn Sie über die Qualität unserer schulischen Ausbildung diskutieren, nämlich dass es für einen Anstieg der Schüler- und Schülerinnenanzahlen von plus 19 % einen Anstieg der Lehrer und Lehrerinnen von plus 10 % gegeben hat. Sie sehen, wo Sie geblieben sind, obwohl Sie Stundenplankürzungen vorgenommen, Arbeitszeitverlängerungen für Lehrer und KOSI 2000 eingeführt haben. Obwohl Sie viele andere Maßnahmen durchgeführt haben, schaffen Sie es nicht, zu einem besseren Verhältnis zu kommen. Das heißt, dass sich in diesen zehn Jahren das Angebot verschlechtert hat.

Herr Mertes, Sie glauben doch nicht, dass die Aufforderung „Machen Sie mehr aus Ihrer Unterrichtsstunde“ diese Lücke füllen kann. Das kann sie nicht.

Meine Damen und Herren, genau diese Diskrepanz findet Ausdruck in der Kritik der Schülerinnen, der Eltern, der ausbildenden Betriebe, der Lehrer und Lehrerinnen an der Praxis und der Qualität der schulischen Bildung. Vor Ort erfahren die Schülerinnen und Schüler und die Eltern den enormen Umfang an Unterrichtsausfall. Das war die Negativschlagzeile Nummer 1 in den letzten Monaten für diese Landesregierung.

Herr Mertes, gehen Sie doch einmal in die Betriebe und nehmen Sie die Rückmeldungen der Ausbilder und Ausbilderinnen ernst. Hier wird nicht nur über geringe EDV-Kenntnisse geklagt. Hier geht es um die Klage, dass es an Grundkenntnissen mangelt. Es geht an das Eingemachte.

Die steigende Zahl von Schülern und Schülerinnen, die die Schulen ohne Abschluss verlassen, müsste doch bei Ihnen die Alarmglocken schrillen lassen. Stattdessen erlebe ich, dass Sie schon damit zufrieden sind, wenn Sie einen Haushaltsschwerpunkt machen. Sie stellen die Frage gar nicht mehr, ob der

ausreicht, um die Anforderungen an die Qualität und die Quantität in unserem Bildungssystem in unseren Schulen zu erfüllen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns und unsere Haushaltspolitik war der Ausbau und die Verbesserung der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz ein großer Schwerpunkt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns gilt der Grundsatz, dass jede Investition in die Bildung eine gute Investition ist, wenn sie mit den notwendigen Reformen verknüpft wird. Glauben Sie doch nicht, dass es uns einfach gefallen wäre, innerhalb dieses Haushaltsgerüsts 70 Millionen DM für 700 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land freizuschaukeln. Das ist uns auch nicht einfach gefallen. Wir setzen die Prioritäten anders. Wir wissen, worauf es ankommt, wenn es um die Gestaltung der Bildungspolitik und der Zukunftschancen dieses Landes geht. Wir brauchen einen klaren Schwerpunkt, und zwar einen tatsächlichen Schwerpunkt und nicht nur einen in Worten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben 60 Millionen DM mehr für eine Bildungsoffensive angesetzt, die dieses Land notwendig hat. Wir wollen damit rund 700 Lehrer und Lehrerinnen zusätzlich zu denen beschäftigen, die Sie einsetzen wollen. Mit den 500 Lehrerinnen und Lehrern, die Sie einsetzen wollten, halten Sie lediglich das reduzierte Niveau. Von einer Bildungsoffensive ist da keine Spur.

Zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung in den Schulen gehört für uns auch ein verbessertes Angebot für behinderte Schüler und Schülerinnen, ein verbessertes Integrationskonzept. Auch dafür haben wir ausreichend Mittel vorgesehen, rund 8 Millionen DM.

Auch für die Bedeutung der Medienkompetenz, so wie sie in allen Debatten immer wieder in den Raum gestellt wird, haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM eingesetzt, damit die PC-Systembetreuung in den Schulen durch Landesmittel unterstützt werden kann und dies nicht noch zusätzlich den Lehrerinnen und Lehrern aufgebürdet wird. Diese sollen für Unterricht und für ihre Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen und nicht für PC-Betreuung.

Meine Damen und Herren, oft habe ich von Ihnen gehört, grüne Bildungspolitik erschöpfe sich nur in einem Mehr an Stellen. Dem ist nicht so, Sie wissen das. In der Vergangenheit haben wir ganz konkrete Anträge und Vorschläge eingebracht. Diese beschäftigen die Fachausschüsse schon seit einiger Zeit. Wir haben einen Antrag zur längst überfälligen Re-

form der Lehrerinnenausbildung formuliert, die in diesem Land zwar vorgenommen war, aber nicht angegangen wurde, weil sich die Koalitionspartner blockieren. Demnächst gibt es eine Anhörung im Fachausschuss zu diesem Thema.

Wir haben zur Stärkung der Umweltbildung in der Schule durch eine ökologische Werkstatt Schulgebäude und zur Förderung des ökologischen Schulbaus Maßstäbe gesetzt. Wir haben Anträge zur Bewältigung des Unterrichtsausfalls, zur Reform der Sekundarstufe II vorgelegt und Vorschläge gemacht, wie die zersplitterte Fort- und Weiterbildungslandschaft der Lehrkräfte reformiert werden kann. Meine Damen und Herren, hier gibt es einen klaren Schwerpunkt. Wir haben Sie klar auf dieses Thema verpflichtet und treiben Sie in dieser Auseinandersetzung auch ein ganzes Stück nach vorne. Wenn es darum geht, jungen Schülern und Schülerinnen gute Schulchancen und Ausbildungschancen zu geben, dann ist es uns diese Arbeit und dieses Engagement auch wert.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, die jungen Frauen und Männer, die nicht nur in der Schule, sondern auch in der beruflichen Ausbildung gute Ausbildungschancen brauchen, sind in Teilen von dieser Landesregierung auch im Stich gelassen worden; denn auch in diesem Jahr haben es die Verantwortlichen, die Landesregierung und die Wirtschaft, nicht geschafft, einen Ausgleich zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu erreichen. Ohne die Leistungen der Unternehmen infrage zu stellen, die Lehrstellen - auch zusätzliche - zur Verfügung gestellt haben, und ohne die zusätzlichen Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen des JUMP-Programms der Bundesregierung außen vor lassen zu wollen, die haben immerhin 1 200 Jugendlichen in Rheinland-Pfalz aus einer zum Teil ausgeweglosen Situation geholfen, bleibt es bei der kritischen Schlussbilanz, dass bis Ende September 1999 fast 1 400 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, dass fast 6 000 Ausbildungswillige durch die Arbeitsverwaltung nicht in einen Ausbildungsplatz, sondern in schulische Angebote vermittelt wurden, dass viele in berufsvorbereitenden Maßnahmen landen, dass viele einen Job annehmen mussten, wenn sie eine Ausbildung gesucht haben.

Für diese Jugendliche sieht es nach wie vor düster aus. Sie verbringen in schulischen Angeboten Warteschleifen, oft nicht mit der entsprechenden Motivation, weil sie eine Ausbildung und nicht noch weiter die Schule besuchen wollten. Die Ausbildungsvorbereitungs- oder Ersatzleistungen, für die der Staat aufkommt, wie auch die Unternehmen, die zusätzliche Ausbildungsplätze und zusätzliche Kosten aufbringen, brauchen eine Gegenleistung der Unternehmen, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nachkommen. Auch hier blockiert die F.D.P. Initiativen der SPD für eine freiwillig organisierte Ausbildungsplatzumlage, die genau in diesem Finanzproblem und in dieser Organisationsfrage ein Problem lösen würde.

Die von Ihnen immer wiederholte Ausbildungslüge ist meiner Meinung nach nur ein Eingeständnis der Macht, mit der die F.D.P. einen Ausgleich blockiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Vorschläge zum Doppelhaushalt sehen vor, dass wir mit Landesmitteln, und zwar mit 21 Millionen DM bzw. 27 Millionen DM zusätzlichen Landesmitteln, ein ergänzendes und eigenständiges Programm auflegen, mit dem im Land Verbundlösungen, auch mit berufsbildenden Schulen, und erweiterte bedarfsgerechte überbetriebliche Ausbildungsplätze, gefördert werden. Damit wollen wir Jugendlichen eine berufliche Perspektive eröffnen, vorhandene Potenziale nutzen und den Ausbildungssektor in Rheinland-Pfalz verbessern. Nicht zuletzt wollen wir damit unseren Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Land ermöglichen und sie nicht auf der Suche nach Ausbildungschancen aus diesem Land vertreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich könnte noch weitere Vorschläge, die wir gerade im Bildungsbereich in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, darstellen, ich will aber zu einem anderen wesentlichen Programnteil kommen, nämlich wie mit ökologischen Innovationen und Investitionen in dieses neue Jahrhundert gestartet werden müsste.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in diesem Jahr durch richtunggebende Entscheidungen in der Steuerpolitik, in der Energiepolitik, in der Forschungspolitik, in der Verkehrspolitik ökologische Verantwortung gezeigt. In Berlin und in Bonn wurde erkannt, dass die Verbreiterung und Förderung von Alternativ-Energien nicht nur einen Weg aus der drohenden Klimaveränderung zeigen kann, sondern dass sich hier ein Markt der Zukunft auftut. Meine Damen und Herren, dass ist eine Erkenntnis, die an dieser Landesregierung völlig vorbeigeht. Umweltschonendere Energiegewinnung wird verknüpft mit Hightech und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Gerade im Mittelstand und Handwerk bieten sich Chancen. Rot-grün holt in Berlin nach, was schwarz-gelb 16 Jahre lang blockiert hat

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und was vernachlässigt wurde, um Energie-Multis und Atomwirtschaft zu schützen. Rot-grün in Berlin zeigt Wege auf, die rot-gelb in Rheinland-Pfalz längst aufgreifen könnte und als Chance nutzen könnte. Mit 200 Millionen DM werden Anlagen zur Energiegewinnung aus Biomasse, Wind, Sonne und Wasser auf Bundesebene gefördert. Es gab vorher schon Förderungen, aber wenn Sie schauen, wie solche Förderungen und Chancen genutzt wurden, dann will ich Ihnen einmal einen Vergleich aufzeigen. Sie vergleichen sich auch gern mit anderen Ländern. In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit drei Biogasanlagen. Die Bayern verfügen über 300 Anlagen. In Rheinland-Pfalz gibt es sieben Biomasse-Heizkraftwerke trotz

Waldreichtum in diesem Land. In Bayern gibt es 236 Anlagen. Bei diesem Vergleich wird deutlich, dass Technologieförderung unter den beiden F.D.P.-Wirtschaftsministern nichts mit den Chancen einer alternativen Energiewirtschaft für die Umwelt und den Arbeitsmarkt zu tun hat, sondern Technologieförderung ist zumeist verkürzt auf die Felder Informationstechnologien und Biotechnologien. Andere nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten, die zahlreiche Arbeitsplätze schaffen können und bei größerer Produktreife Chancen nicht nur auf den Binnen- sondern auch auf den Exportmärkten eröffnen, lassen Sie sich durch die Lappen gehen und an diesem Land vorbeiziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz hat unter der Ägide der F.D.P.-Bremer immer noch die rote Laterne bei den Alternativ-Energien. Das wird sich, zumindest solange wir einen F.D.P.-Wirtschaftsminister haben, nicht ändern. Mit unseren Änderungsanträgen wollen wir die Förderung von regenerativen Energien und Energiesparmaßnahmen um jährlich 16,2 Millionen DM aufstocken. Wir wollen die Landesförderinstrumente anpassen. Wir müssen damit verhindern, dass unser wald- und sonnenreiches Bundesland im Südwesten nicht noch weiter hinter die neuen Bundesländer zurückfällt, sondern die Chancen dieser neuen Technologien nutzt.

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt, dass die Fördermittel in diesem Technologiebereich wesentlich sinnvoller und effektiver eingesetzt sind als die von Ihnen veranschlagten Mittel zur Technologieförderung in weiten Bereichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, die F.D.P. wird wieder sagen, grün und technologiefeindlich. Deswegen werde ich an dieser Stelle schon sagen, wir haben Ihre Haushaltstitel in der Technologieförderung zwischen 10 % und 13 % gekürzt, mit gutem Gewissen, meine Damen und Herren; denn wir haben dort gekürzt, wo in den vergangenen zehn Jahren Unsummen von Fördermitteln über die Technologieförderung hineingeflossen sind, und mit Effekten, bei denen sich die Landesregierung nach wie vor schwer tut, diese darzustellen.

Ich habe gestern in meinem Briefkasten die Antwort des Wirtschaftsministers auf eine Kleine Anfrage gefunden, die ich unter dem Titel „Dauersubvention für das Institut für Mikrotechnik“ gestellt habe, die ich doch sehr aufschlussreich fand, meine Damen und Herren. Er hat in seiner Antwort dargelegt, dass zwischen 12 Millionen DM und 20 Millionen DM Zuschüsse aus Landesmitteln bzw. öffentlichen Mitteln in dieses Institut geflossen sind. Von 1991 bis 1999 ist aus Landesmitteln - ich lasse die Bundesmittel, die EU-Mittel und andere Mittel aus Stiftungen und Ähnlichem weg - eine Gesamtsumme von 145 Millionen DM dafür aufgewendet worden. Allein in durchschnittliche 60 Vollzeitstellen flossen im Jahr zwischen 4,5 Millionen DM und 6,4 Millionen DM.

Herr Bauckhage, nach diesen Daten, die Sie auf die Kleine Anfrage jetzt darlegen mussten, verstehe ich auch, warum die Vertreter Ihres Ministeriums in den Haushaltsberatungen bei jeder meiner Nachfragen nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis des Instituts für Mikrotechnik so gemauert haben.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, in diesem Bereich streichen wir mit gutem Gewissen; denn ich glaube, wenn dieses Institut so gut ist, wie es uns das Wirtschaftsministerium immer glauben machen will - mich erinnert dieses Institut eher an eine abgeschottete Privatuniversität des Wirtschaftsministeriums denn an eine Stelle der transparenten Technologieförderung und des Technologietransfers -.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, nach wie vor von der Sinnhaftigkeit dieses Instituts überzeugt sind, dann dürfte es Ihnen leicht fallen, unseren Anträgen zum Institut für Mikrotechnik zuzustimmen, die die Forderungen beinhalten, die Vergabe von Haushaltsmitteln an die Vorlage eines Geschäftsberichts oder eines Wirtschaftsplans zu binden, den wir allerdings vorher sehen müssen und nicht im Nachhinein, und die Landesregierung zu beauftragen, Geschäftsanteile, Gesellschaftsanteile an Risikokapitalfonds zu veräußern, um den Landeshaushalt von dieser Dauersubvention zu entlasten. Wenn dieses Institut wirklich so gut ist, wie Sie immer sagen, dürfte das kein Problem sein, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem Stichwort „Subvention“ möchte ich noch kurz darauf hinweisen, was an Subventionsberichterstattung von der Landesregierung vorgelegt wurde. Herr Hering sagte bei der Einbringung des Haushalts, dies sei der fortschrittlichste Subventionsbericht in der Bundesrepublik. Er sei besonders ausführlich, und er würde Erfolgskontrolle schon immer beinhalten. Dann blättern Sie einmal durch und schauen, wo tatsächlich Erfolgskontrollen stattgefunden haben. Was nutzt uns ein noch so fortschrittlicher Subventionsbericht, wenn die Regierungsfractionen und die Landesregierung nicht bereit sind, die Ergebnisse und das Zahlenwerk dieses Berichts in die Haushaltsberatungen mit einfließen zu lassen?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch sehr gut an Äußerungen während der Haushaltsberatungen, beispielsweise des Wirtschaftsministers, der sagte: Das geht jetzt wirklich zu weit, wenn wir die Programme im Detail beraten wollen. Ja, meine Güte, wo denn sonst, wenn nicht bei den Haushaltsberatungen? - Dann erst, wenn der nächste Bericht in zwei Jahren vorgelegt wird?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darin gebe ich dem Finanzminister Recht, der bei der Diskussion um die Konzeption des Subventionsberichts gesagt hat:

Mit der Aufstellung eines Subventionsberichtes ist noch nicht eine müde Mark an Subventionen gespart worden. Darin gebe ich ihm Recht, aber dann müssen Sie und die Regierungsfractionen daraus Konsequenzen ziehen und können dieses Thema nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hering hat sich bei der Einbringung des Haushalts auch offen für Überprüfungen von Förderprogrammen, von Projekten mit externem Sachverstand gezeigt. Er hat gesagt, dafür sind wir durchaus offen, wenn es geeignete Bereiche sind. Ich möchte Sie nun beim Wort nehmen und hoffe, dass Sie unserem Antrag zur Subventionskontrolle, der als Entschließungsantrag zum Haushalt gestellt wurde, zustimmen werden.

Meine Damen und Herren, ökologisch verantwortliche Politik muss auch durch eine andere Verkehrspolitik, die auf eine integrierte Verkehrsplanung setzt, in diesem Land erfolgen, eine Verkehrspolitik, die durch eine integrierte Verkehrsplanung, durch Ausbau des Umweltverbundes und durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auch im Bereich der Verkehrsdienstleistungen neue Arbeitsplätze schafft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Sie können Ihr Klischee und Ihr Dauerargument, dessen Sie sich so gerne bedienen, ohne weiteren Straßenneubau folge der wirtschaftliche Niedergang des Landes, auch gleich wieder einpacken. Sie wissen nämlich, dass wir uns weder gegen Unterhaltungs- noch gegen Erhaltungsmaßnahmen von Straßen aussprechen. Im Gegenteil, die Pflege des vorhandenen Straßennetzes hat für uns Vorrang im Verkehrsbereich, wenn wir über Straßenbau und Straßenunterhaltung diskutieren.

Aber weder Ihr vorgelegtes Straßenverkehrsprogramm noch Ihr vorgelegtes Bauprogramm erfüllen den selbst gesteckten Anspruch auf integrierte Verkehrsplanung. Sie planen hier den Straßenbau, dort den Umweltverbund oder dort die Schienenverbindungen und planen sogar eher noch parallel verlaufende Straßen- und Schienenverbindungen.

Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele nennen. Es ist ökologisch, verkehrswirtschaftlich und finanzpolitisch unsinnig, zum einen die Nahestrecke - wie heißt dieser Pendelzug? -

(Mertes, SPD: Pendolino!)

mit dem Pendolino auszubauen und gleichzeitig dazu parallel verlaufend die Bundesstraße in diesem Maße auszubauen. Das Gleiche gilt für die Bundesstraße 10 in der Südpfalz sowie für die Investitionen, die Sie für den Ausbau der Queichtalbahn vorsehen.

Wenn Sie einen Ausbau vornehmen, betreiben Sie das in Parallelform und bauen natürlich gleichzeitig die Konkurrenz

auf den verschiedenen Verkehrsträgern aus. Sie räumen dem Straßenbau bei verkehrspolitischen Entscheidungen unangefochtene Priorität ein. Das tun Sie auch noch einmal explizit mit Ihren Entschließungsanträgen, die Sie vorgelegt haben, und das, obwohl beim Ausbau und bei der Modernisierung von Bussen, Bahnen und Radverkehrsanlagen noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während das Umweltministerium in jedem Waldschadensbericht den Autoverkehr als eine Hauptschadensquelle für die Luftverschmutzung und für die drastischen und folgenreichen Waldschäden angibt, nimmt der Wirtschaftsminister 440 Straßenbauprojekte in sein Bauprogramm auf. Er baut heute mittels privater Vorfinanzierung und lässt die Folgegenerationen bezahlen. Er baut Mammut-Mautprojekte - Stichwort Hochmoselübergang -, eine Transitverbindung ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt in der Region, und er beteiligt sich am Bundesstraßenbau, als hätte er gefüllte Kassen mit 30 Millionen DM. Wie wollen Sie hier zu einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik kommen? - Wie wollen Sie den Umweltgedanken und die Zukunftsvorsorge in diesem Bereich mit solchen Programmen einfließen lassen? - Meine Damen und Herren, das ist keine vorausschauende Verkehrspolitik!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es um den Aufbau einer Verkehrsinfrastruktur für die ganze Bevölkerung sowie für die wirtschaftlichen Unternehmen geht, kann man das nicht in ein Pflichtteil Straße und eine Kür ÖPNV und SPNV aufteilen. So kann man es nicht reduzieren. Von der Datenautobahn bis zum Umweltverbund mit Bahnen, Bussen, mit Fahrrad- und Fußwegen muss ein abgestimmtes Verkehrskonzept entwickelt und ausgebaut werden. Für den Ausbau des Umweltverbunds, der bessere Verkehrsverbindungen auch für diejenigen schafft, die über kein Auto verfügen, haben wir in unserem Haushaltsentwurf jährlich rund 50 Millionen DM mehr eingestellt.

(Kuhn, F.D.P.: Wo?)

Natürlich nehmen wir das an anderer Stelle weg, aber natürlich tun wir dies aus einer klaren Prioritätensetzung, die nicht ideologisch gefärbt ist, sondern die sich an den Herausforderungen der Zukunft messen lässt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie draußen im Lande herumfahren, sehen Sie auch, dass die CDU noch einmal versucht, verantwortungslos und mit falschen Parolen neue Kampagnen gegen die Ökosteuer zu starten. Ich kann dazu nur noch sagen, CDU - nicht mitten im Leben, sondern weit im vorigen Jahrhundert verhaftet.

(Mertes, SPD: Nicht mitten im Leben, vom Tod umfassen!)

Herr Mertes hat schon Herrn Schäuble zitiert, als er sich 1997 dafür ausgesprochen hat, die CDU zu ökologischen Steuervorschlägen durchringen zu wollen. Er sagte: Der Einsatz des Faktors Arbeit muss durch eine Lenkung der Lohnzusatzkosten verbilligt werden und der Energieverbrauch verteuert werden. - Ich kann nur sagen: Richtig, Herr Schäuble. Meine Damen und Herren von der CDU, da kann ich nur sagen, das ist der Weg, den die CDU mit ihren Beschlüssen zur ökologischen Reform gegangen ist,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in der Zeit, als die bloße Idee einer Ökosteuer durch Macht- worte des Ex-Kanzlers Kohl verhindert wurde. Es gab aber- witzige Appelle nach europaweiten Regelungen für umwelt- politische Lenkungsmaßnahmen. Diese sind aberwitzig, wenn sie realisieren, dass zehn von 15 Mitgliedstaaten solche bereits einsetzen oder sie in Vorbereitung haben. Worauf denn noch warten, meine Damen und Herren?

Die Belastungen, die Sie in Ihren Kampagnen und in Ihren Ar- gumentationen aufzeigen, sind auch in einem Flächenland völlig überzogen. Herr Jullien hat uns seine Rechenkünste schon einmal präsentiert, und er wurde dabei ruck, zuck aus- einander genommen.

Mit der ersten Stufe der Einkommensteuerreform und der Er- höhung des Kindergelds steigt der nominale Nettolohn für eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoein- kommen von 60 000 DM, inklusive der ökologischen Steuer- reform, also schon abgerechnet die höheren Benzin- und Stromsteuern. Das Nettolohneinkommen steigt um 3 %. Mei- ne Damen und Herren von der CDU und auch Sie von der F.D.P., ich frage Sie: Was war denn in den letzten Jahren Ihrer Verantwortung auf Bundesebene? Da hatten wir zurückge- hende Nettolohnentwicklungen. Da gab es keinen Aufstieg. Da gab es auch keine Kompensation für die 50 Pfennig Mine- ralölsteuererhöhung, die Sie von 1991 bis 1994 aufgelegt ha- ben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, die F.D.P. hat bei der Rückerstattung an den Tank- stellen, die Sie in Berlin und sonstwo propagiert haben,

(Kuhn, F.D.P.: Ich nicht!)

die Kosten an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt, die Sie ihnen vorher aus der Tasche gezogen haben. Allerdings stehen Sie mit den 7 500 DM - ich glaube, das war der Betrag, den Herr Solms in diese Aktion investiert hat - bei den Bür- gern und Bürgerinnen nach wie vor noch ziemlich in der Krei- de, wenn man einmal umrechnet, was es in diesen Jahren ge- kostet hat, Ihre Mineralölsteuererhöhungen zu finanzieren, mit denen Sie Haushaltslöcher gestopft haben.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist richtig!)

Da lobe ich mir schon den SPD-Finanzminister Mittler, der vom Saulus zum Paulus wurde und plötzlich für eine sachliche Debatte in der Ökosteuerdiskussion das Wort bricht, der ge- nau die Entlastungen, die die Bundesregierung eingeplant hat, auch gegenrechnet und der CDU einiges an Argumenten entgegensetzt. Ich glaube, hier hat es tatsächlich einen Ent- wicklungsschub gegeben. Ich bin gespannt darauf, ob er un- seren Entschließungsantrag zur Ökosteuer als Abgeordneter ebenfalls mittragen wird.

Meine Damen und Herren, es gab einiges von Ihnen, vor al- lem aus der F.D.P., an Geschrei zur geplanten Unternehmen- steuerreform. Ich finde, dass das völlig fehlt am Platze ist. Zu nennen sind die mutigen Entscheidungen, die die rot-grüne Bundesregierung durch die Neugestaltung der Körperschaft- steuer und die Absenkung und Angleichung der Steuersätze für ausgeschüttete wie für einbehaltene Gewinne auf ein- heitlich 25 % erzielen will, das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2001 und eine weitere Absen- kung des Eingangsteuersatzes und des Spitzensteuersatzes. Mit diesen Vorschlägen sind doch Ideen auf den Tisch gekom- men, von denen Sie vor Jahren nur geträumt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben doch immer nur propagiert, dass man die Steuern senken soll. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie das jemals umgesetzt und geschafft haben.

Wir GRÜNEN haben uns in dieser Debatte vehement für die Einführung einer Mittelstandskomponente eingesetzt. Unse- re Forderungen nach einer Verrechnung der Gewerbesteuer, einer früheren Umsetzung der Einkommensteuerreform und einer weiteren Absenkung der Steuersätze haben Eingang in das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept gefunden.

Herr Creutzmann, die Entlastungen von rund 70 Milliar- den DM in den nächsten Jahren und in dem schon laufenden Jahr - dabei entfallen 22 Milliarden DM auf die privaten Haushalte, 11 Milliarden DM auf den Mittelstand - stärken so- wohl die Nachfrageseite als auch die Angebotsseite der deut- schen Wirtschaft. Genau das war ein Ziel, das angestrebt wur- de. Im Gegensatz zu Ihren Vorschlägen und auch zu den Vor- schlägen der CDU sind sie auf sieben Jahre angelegt und an Gegenfinanzierungen gekoppelt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, es sind Vorschläge, an denen es bei Ihnen immer gemangelt hat. Sie sind auch wegen dieser Streckung auf sie- ben Jahre mit einer soliden und berechenbaren Finanz- und Haushaltspolitik vereinbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei sind Sie von der F.D.P. jetzt erst einmal gefragt, denn Sie müssen zunächst einmal auf der Landesseite dafür sorgen, dass die Kehrseite der Entlastung, nämlich die geringeren

Steuereinnahmen, auch im Land verkraftet werden können. Unserer Meinung nach soll gerade die Unternehmensteuerreform damit gekoppelt werden, dass Subventionen in der Wirtschaftsförderung deutlich reduziert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie lassen es offen, wie Sie die geringeren Steuereinnahmen im Haushalt berücksichtigen wollen. Für uns ist deutlich, dass der Wirtschaftsminister bei eindeutig gesenkten Steuersätzen für Unternehmen nicht mehr mit dem Füllhorn durch das Land ziehen darf und auch nicht mehr braucht, meine Damen und Herren. Die steigenden Gewinne sollen doch genau dazu verwendet werden, dass Entwicklungen, Forschungen und Investitionen vorgenommen werden können. Genau das muss die Staatskasse auf der anderen Seite entlasten. Herr Bauckhage, wenn Sie immer von Kürzung der Staatsquote sprechen, dann muss ich Ihnen sagen, jetzt können Sie es in Handeln umsetzen. Jetzt sollten Sie in Ihrem Ressort Taten folgen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt unserer Haushaltsanträge war, dass wir ausreichende Mittel für eine aktive Integrationspolitik und eine Entwicklung hin zur Gleichberechtigung von Einwanderern und Einwanderinnen vorsehen wollten. Der SPD-geführten Landesregierung fehlt der Mut, und es fehlt ihr die Kraft zu einer solchen Politik. Wenn man die Größenordnungen der Mittel ansieht, die zur Verfügung gestellt werden, so hat sie in diesem Doppelhaushalt Abschiebungen an die erste Stelle gesetzt, lange vor den weit verstreuten Haushaltsansätzen, die in fünf Einzelplänen den guten Willen unter dem Aspekt der Integration vielleicht zum Ausdruck bringen sollen.

Meine Damen und Herren, wir lehnen die Erweiterung von Abschiebehaftplätzen durch die Einrichtung der so genannten Landesunterkunft in Ingelheim ab, die allein im Doppelhaushalt mit Investitionen von rund 27 Millionen DM zu Buche schlägt. Stattdessen wollen wir die Integrationsbereitschaft, die in den Kommunen vorhanden ist, nicht am Kostenargument scheitern lassen. Wir wollen die Maßnahmen zurücknehmen, mit denen Sie die Unterstützung der Kommunen für die Integration von Aussiedlern und Aussiedlerinnen, die Erstattung nach dem Landesaufnahmegesetz und anderes gestrichen haben. Wir wollen auch die finanzielle Unterstützung für Kommunen, die besonders viele Aussiedlerinnen und Aussiedler aufgenommen haben und die natürlich vor besonderen Herausforderungen stehen, aufrechterhalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt Gelder für das Abschiebegefängnis einzusetzen, wollen wir die Bereitschaft der Mehrheit der Bevölkerung für Zuwanderinnen und Zuwanderer unterstützen und fördern und wollen die Kompetenzen, Möglichkeiten und Machbarkeiten dessen, was eine Ausländerbeauftragte in einer Leitstelle für

Migration und Flüchtlinge vornehmen kann, stärken und mit entsprechenden Mitteln ausstatten, dies neben den Unterstützungen, die wir für die Nichtregierungsorganisationen vorsehen, die eine ganz entscheidende Arbeit leisten und auch zukünftig leisten müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, über die Seriosität Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik habe ich bei der Einbringung zum Haushalt einiges gesagt. Ich möchte es nur noch einmal in Kürze betonen. Es wird nicht gespart, obwohl in vielen Bereichen gekürzt wird, Herr Mertes.

(Mertes, SPD: Das ist ein Paradoxon!)

Das mag für Sie Grund zum Aufhören sein, aber die Rückführung der Nettoneuverschuldung bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Allein im Jahr 2000 sind wir mit unseren Vorschlägen mit 40 Millionen DM unter dem Verschuldungsvolumen der Landesregierung geblieben. Ausgaben, die bislang aus dem Haushalt finanziert wurden, verschieben Sie in die Zukunft - Stichwort: private Vorfinanzierung von Straßenbau- und Deichbaumaßnahmen oder Maßnahmen im Bereich des Hochbaus - oder die Kredite werden über jemand anderen aufgenommen, wie den Landesbetrieb LBB. Dann tauchen im nächsten Doppelhaushalt Summen in Höhe von 250 Millionen DM nicht auf dem Schuldenkonto des Landes auf oder in ihrer Bilanz der Nettoneuverschuldung, sondern sie tauchen bei der LBB auf. Das ist im Haushaltsgesetz schön in einer kleinen Zeile versteckt.

Meine Damen und Herren, diese Art der Politik ist unseriös. In Ihrer Haushaltspolitik finden Sie noch zwei Topps, Stichwort Bezirksregierungsauflösung. Nach unserer Meinung ist nicht nur Ihr Reformansatz falsch, sondern Sie schaffen es noch nicht einmal, ihn in eine Haushaltssystematik zu bringen. Nach unserer Meinung ist das, was Sie vorgelegt haben, verfassungswidrig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf von der SPD)

Das ist nicht mit diesen Haushaltsvermerken, die Sie sich ausgedacht haben, zu korrigieren.

(Dr. Mertes, SPD: Sie waren in der Sitzung nicht dabei, als das diskutiert wurde!)

- Da war ich sehr wohl dabei, Herr Mertes, und ich hoffe, Sie haben auch die Kommentare des Wissenschaftlichen Dienstes dazu gelesen.

(Dr. Mertes, SPD: Ja, wir haben es genauso gemacht!)

Sie erinnern sich hoffentlich auch an die Begründung des Verfassungsgerichtshofs bei der Entscheidung im Jahr 1997, als

es um die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ging. Dort sagt nämlich der Verfassungsgerichtshof: „Die Landesregierung verletzt ihre Pflicht zur Vorlage eines Haushaltsentwurfs schon dann, wenn sie es unterlässt, absehbare Ausgaben bereits in den von ihr zu beschließenden und beim Landtag einzubringenden Entwurf des Haushaltsplans einzustellen.“

Meine Damen und Herren, das ist keine Flexibilität, die Sie bei Ihrer Veranschlagung der Bezirksregierungs-nachfolgeorganisation anbieten. Das ist kein Durchblick. Das ist es, was Sie hier bieten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lassen wir uns in dieser Form nicht bieten, und deswegen haben wir auch beantragt, für 2001 einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

Meine Damen und Herren, zu den Steuermindereinnahmen in Höhe von 850 Millionen DM, die der Finanzminister für das Jahr 2001 veranschlagt, fand Herr Mertes die Worte, der Vorschlag von Herrn Mittler, dies so zu handhaben und so zu veranschlagen, sei gut. Auch das kann ich nicht sehen. Was Mittler vorschlägt, ist im Prinzip eine globale Minderausgabe im Jahr 2001 in Höhe von insgesamt 200 Millionen DM. Wenn Sie Pi mal Daumen rechnen, dann betragen diese 200 Millionen DM 20 % der gestaltbaren Haushaltsausgaben. Sagen Sie uns einmal, wie Sie das im Haushaltsvollzug bewerkstelligen wollen.

(Dr. Mertes, SPD: Das haben wir sogar
in den letzten Jahren geschafft!)

Machen Sie uns das einmal vor! Im Jahr 1997 haben Sie dafür einen Nachtragshaushalt gebraucht, und das wird auch im Jahr 2001 nötig sein - es sei denn, Sie sitzen das bis nach der Landtagswahl aus und legen erst danach einen neuen Haushaltsplan vor.

(Dr. Mertes, SPD: Seien Sie vorsichtig,
was da alles noch passiert!)

Meine Damen und Herren, das ist ein Unterfangen, das wir so nicht mittragen werden. Das ist ein Blindflug des Finanzministers und der Landesregierung in der Haushaltsplanung. Eine solche Finanzplanung können wir nicht mittragen.

(Zuruf von der Regierungsbank:
Das prophezeien Sie jedes Mal!)

Diese Haushaltsplanung ist ein Blindflug des Finanzministers und der Landesregierung. Eine solche Finanzplanung können wir nicht mittragen. Unsere Schwerpunkte haben wir Ihnen vorgestellt und vorgetragen. Wir werden Ihre Vorschläge nur insoweit, wie sie mit unseren Vorschlägen deckungsfähig

sind, mittragen. Aber den Gesamthaushaltsplan können wir vor diesem Hintergrund und bei diesen Argumentationen nicht mittragen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich freue mich, weitere Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Mitglieder und Freunde der Arbeitsgemeinschaft der SPD 60 plus aus dem Unterbezirk Cochem-Zell

(Beifall im Hause)

und Schülerinnen und Schüler der Adolf-Diesterweg-Schule Ludwigshafen. Herzlich willkommen im Landtag!

Es spricht nun der Fraktionsvorsitzende der F.D.P., Werner Kuhn.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die gedrückte Stimmung in diesem Hause heute Morgen ist fast körperlich spürbar. Aus diesem Grunde möchte ich einige Worte zu den Problemen finden, die uns alle beschäftigen.

Ich denke, es ist keine Zeit dafür, Häme auszuschütten. Das habe ich heute auch nicht so gespürt. Es ist auch keine Zeit für Krokodilstränen. Dennoch denke ich, es gibt nur einen Weg: Unsere erfolgreiche Parteiendemokratie, die Deutschland weit nach vorne gebracht hat, muss vor Schäden geschützt werden, die nicht reparabel sind. Dieser Weg muss gegangen werden. Wir alle - ich hoffe, dass ich alle mit einbeziehen kann - hoffen und wünschen, dass es der großen Volkspartei gelingen wird, zu einer vollständigen Aufklärung dieser Skandale zu kommen, damit sie den Weg in eine positive Zukunft finden wird. Das wünschen wir aus ganzem Herzen, denn wir leiden alle unter dieser Situation. Ich kann die Bürger draußen im Land verstehen, die die Nase voll haben. In den letzten Jahren ist der Parteienverdruss gewachsen - und jetzt auch noch dies.

Ich betone es noch einmal: Aus unserer Sicht gibt es keinen Anlass, mit dieser Problematik unangemessen umzugehen. Der Schaden ist enorm. Aber ich denke, dass die Parteiendemokratie in Deutschland inzwischen so weit gefestigt ist, dass sie auch diese Krise bestehen wird. Natürlich kann man aus Krisen auch lernen, und das ist die Hoffnung, die wir mit dieser Situation verbinden.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal einige Worte zu den Äußerungen meiner Vorredner. Der Kollege Fraktionsvorsitzende der CDU hat heute Morgen - das ist mir aufgefal-

len - eine Vielzahl von statistischen Informationen unterschiedlichster Art mit unterschiedlichsten Bedeutungen in diese Diskussion hineingebracht, um die wirtschaftliche Situation unseres Landes zu beschreiben. Es kam mir so vor - als Kind habe ich das erlebt -, als würde ein Puzzle vor einem ausgeschüttet, das man dann beginnt zusammenzusetzen; in der Regel hat man dabei Erfolg, und es entsteht ein wunderschönes Bild.

(Dr. Mertes, SPD: Wenn es wenige Teile sind!)

Bei diesem Puzzle aber, und das ist das Problem, sind die Teile von so verschiedener Art, dass man beim besten Willen kein einheitliches Bild erhalten kann. Das ist das Problem, vor dem wir uns alle hüten sollten. Dieses Problem entsteht immer dann, wenn wir statistische Zahlen durcheinander mischen - Herr Gölter hat das in Teilbereichen immer wieder kritisiert, auch gegenüber dem früheren Wirtschaftsminister, daran kann ich mich gut erinnern. Wenn man, wie heute Morgen, gehäuft solche statistischen Informationen in den Raum stellt, die unterschiedlich bewertet werden müssen und die nicht immer in die richtigen Zusammenhänge gesetzt werden können, dann sind auch wir nicht in der Lage, dies angemessen zu analysieren und darauf einheitlich zu reagieren und zu sagen, diesem Bild widersprechen wir. Leider kann man mit einem solchen Puzzle nichts anfangen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Das ist das, was mir besonders aufgefallen ist.

Bei Frau Thomas sind mir zwei Denkmuster, Verhaltensmuster aufgefallen. Wir werden ihr das nachher erklären, das ist kein Problem. Das eine Denkmuster ist: Wie schütze ich die gute SPD vor der bösen F.D.P.? Dieser Gedanke lässt Sie nicht mehr los.

(Dr. Gölter, CDU: Herr Kollege, das gleicht sich aus!)

- Sie sagen es anders herum. Jetzt können wir den Vergleich so weiterführen. Der Koalitionspartner hat das gelassen hingenommen, und ich möchte das auch nicht weiter bewerten. Diese Fehleinschätzung einer Koalition ist inzwischen typisch geworden.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Keine Liebeseehe!)

- Was hat sie gesagt? Wir wären nicht ganz geschlossen?

(Dr. Mertes, SPD: Risse!)

- Risse! - Also, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir das so vor Augen führe und mir die Koalitionen anschau, in denen die GRÜNEN mitregieren, dann sehe ich: Da

kloppt man sich, da schreit man sich vor versammelter Mannschaft in Ausschüssen an. Dass es dabei nicht zu Tötlichkeiten kommt, ist verwunderlich.

(Dr. Gölter, CDU: Das sind auch Schmuttelkinder!)

- Da haben Sie auch wieder Recht.

Aber bitte, wenn von dieser Seite aus an dieser Koalition Kritik geübt wird oder so genannte Risse gesehen werden, dann ist das in der Tat absurd. Das werden wir auch durch Fakten belegen, dass das abstruse Vorstellungen sind.

Das dritte typische Muster ist, man verwechselt Investitionen mit Subventionen.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie, wir nicht!)

Das heißt also, ich habe das eben zur Kenntnis genommen.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie verwechseln das, wir nicht!)

- Darf ich vielleicht erklären, wie ich das sehe. Sie wollen im Haushalt Ausgaben für Technologieförderung reduzieren. Das sind für Sie Subventionen. Für uns sind das Investitionen.

(Beifall der F.D.P.)

Das ist der große Unterschied. Alle Ausgaben in diesem Bereich sind für Sie schändlich und müssen reduziert werden. Damit wollen Sie Ihre Schwerpunkte finanzieren. Damit würden Sie in der Tat auch dem Standort Rheinland-Pfalz erheblichen Schaden zufügen.

Dann haben Sie es - das ist Ihr Beitrag zur Infrastrukturpolitik des Landes - auf zwei Straßen abgesehen:

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auf zwei Straßen!)

auf die B 10 und auf die B 41. - Ihr Beitrag zur Strukturpolitik des Landes ist, dass erst einmal der Ausbau schon fahrlässig war. Das darf man nicht tun. Der weitere Ausbau muss verhindert werden. Über Staubildung wird man die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz erziehen. Das ist Ihr pädagogischer Beitrag.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja!)

Sagen Sie das den Menschen vor Ort einmal. Wir werden es tun. Ich weiß nicht, ob Sie den Lückenschluss der A 63, den Sie verhindern wollten, immer noch verhindern wollen. Ich nehme nicht an, dass der Bundesverkehrsminister

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Klimmt!)

Ihnen da folgen wird. Ich kenne ihn gut. Ich hoffe nicht. Er wird es auch nicht tun. Ich weiß nicht, ob Ihre früheren Beschlüsse in diesem Zusammenhang ebenfalls noch Gültigkeit haben. Aber sie können sich darauf verlassen, wir werden dieses der Bevölkerung in den Regionen deutlich machen, was Sie an verquerter Infrastrukturpolitik in diesem Land vorschlagen.

(Beifall der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, zunächst einmal bedanke ich mich an dieser Stelle, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir trotz dieser Atmosphäre und dieser besonderen Situation zur späten Stunde noch Gehör schenken. Wir haben schon einiges hinter uns. Ich werde aber versuchen, einen etwas anderen Ansatz zu finden, um den Haushalt von Rheinland-Pfalz zu bewerten.

Wir alle wissen, es gibt einen Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Ziel dieses Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ist es, in der Europäischen Union ausgeglichene Haushalte anzustreben. Dies hat der Finanzplanungsrat im Juni letzten Jahres als weitergehende Empfehlung beschlossen. Es ist daher europäischer Konsens. Das Land Rheinland-Pfalz nimmt diese Empfehlung aus voller Überzeugung auf, zum einen, weil wir nur so die richtigen Ziele des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts erreichen können, zum anderen wird es uns nur auf diesem Wege gelingen, politische Gestaltungsspielräume für die nächste Generation in Rheinland-Pfalz offen zu halten.

Politik in Rheinland-Pfalz zu gestalten, heißt nicht nur, an die eigene Generation zu denken. Unser Augenhorn gilt den Perspektiven unserer Kinder. Herr Kollege Mertes hat schon darauf hingewiesen, wir müssen über Wahlperioden hinaus konsequente Finanzpolitik machen. In vielen Industriestaaten wurden wesentlich früher als in Deutschland - das ist sehr zu bedauern - finanzpolitische Konzepte umgesetzt, die die Staatsquote zurückführen, die Steuertarife deutlich senken, die öffentlichen Defizite schrittweise abbauen können. Dieser Prozess führte erwiesenermaßen zu mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung. Die Entwicklung in diesen Ländern beweist, dass die Rückführung der Staatsquote - Beispiel Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz -, die deutliche Senkung der Steuertarife - Bundessache - und die Reduzierung öffentlicher Defizite - auch Ländersache - gleichzeitig erfolgen können. In Deutschland haben wir viele Jahre leichtfertig verloren. Das Steuerkonzept der alten Bundesregierung kam zu spät. Das haben wir als F.D.P. schon des Öfteren beklagt. Dann kam die Blockade der Opposition im Bundesrat. Von der neuen Regierung war zunächst zu diesem Thema wenig zu hören. Nun liegen neue Steuerentlastungskonzepte auf dem Tisch, die vom Volumen her durchaus relevant sein können. Wir müssen natürlich bilanzieren. Man muss das im Kontext sehen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ist das jetzt der Vorschlag oder nicht?)

Das ist klar. Aber es liegen Steuerentlastungsvorschläge auf dem Tisch, wie sie auch aussehen und zu bewerten sind. Da gibt es auch Kritik. Herr Kollege Mertes hat es gesagt. Es gibt ein Gesprächsangebot der Regierungskoalition in Berlin an die Opposition. Dieses wird wohl auch angenommen werden. Es gibt unterschiedliche Bewertungen, was die Entlastung von Unternehmen anbelangt. Es keimt also wieder einmal Hoffnung auf, und es steht im Raum, dass wir in Deutschland den Anschluss nicht ganz verpassen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wegen rot-grün jetzt oder weswegen?)

- Bitte?

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wegen der rot-grünen
Bundesregierung?)

- Ich habe das nicht verstanden. Sagen Sie es noch einmal?

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wegen der rot-grünen Bundesre-
gierung verpassen wir den
Anschluss jetzt nicht?)

- Das war jetzt sophistisch formuliert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auf den Punkt gebracht, Herr Kuhn!)

Ich sagte, es gibt eine Option. Ob diese Option hält, ob daraus etwas wird, das wird die Zukunft zeigen. Ich denke, es wäre für den Standort Deutschland von großem Schaden, wenn es nicht zu einer tragfähigen Steuerreform in diesem Land kommen würde.

Noch einmal, wenn Rückführung der Staatsquote, deutliche Senkung der Steuertarife - Konsens inzwischen -, Abbau der öffentlichen Defizite richtig ist, müssen wir auch in unserem Land handeln. Der Finanzplan des Landes sieht demgemäß eine Reduzierung von noch über 2 Milliarden DM Neuverschuldung in 1997 auf null im Jahr 2008 vor.

In der Tat ist jetzt die erste deutliche Treppenstufe hinunter zu null in diesem Haushaltsplan mit eingebaut. Sie ist deutlich erkennbar. Dieses Ziel, in angemessener Zeit null anzustreben, ist nicht nur ehrgeizig, es ist auch ein realistisches Ziel. Wir müssen eisern daran festhalten, natürlich vorausgesetzt, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorausschaubar im positiven Bereich sind. Katastrophen kann niemand voraussehen. Wir hatten Einnahmeeinbrüche in unageahnter Form. Eine normale wirtschaftliche Entwicklung vorausgesetzt, ist dieses Ziel in der Tat auch realistisch. Je eher es erreicht wird und je schneller wir uns im Bund auf eine vernünftige und die richtigen Schwerpunkte setzende Steuerpolitik einigen können, um so besser ist es für uns alle.

Auch eine kurzfristige Belastung durch mögliche Steuerausfälle in den beiden kommenden Jahren, die im Übrigen im Rahmen des Doppelhaushalts - das wurde auch vom Finanzminister und vom Kollegen Mertes dargestellt - kompensiert werden können - dazu gehört natürlich auch der Selbstfinanzierungseffekt -, wird letztlich durch das zu erwartende Wirtschaftswachstum erleichtert. Das Ziel, die Neuverschuldung auf null zu senken, wird durch diesen gedanklichen Ansatz, durch diese Perspektive, natürlich auch erleichtert. Der uns vorliegende Haushaltsentwurf ist solide. Er ist genau so solide wie der vorangegangene Doppelhaushalt, der sogar mit einem Überschuss von 280 Millionen DM abschloss.

Verehrte Oppositionskollegen, ich habe mir die Reden von Ihnen von vor zwei Jahren noch einmal angeschaut. Die müssen Sie noch einmal lesen. Da gehen Ihnen wirklich selbst einmal die Augen auf.

(Dr. Mertes, SPD: So ist es!)

Dieser Pessimismus, diese negative Einschätzung des damaligen Doppelhaushalts, Ihre Voraussagen, davon ist nichts eingetreten. Null ist eingetroffen. Das Gegenteil ist eingetreten.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Was haben Sie nicht alles vorausgesagt. Sie haben heute dasselbe gesagt wie vor zwei Jahren. Nichts ist passiert.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

280 Millionen DM sind solide finanziert. Die Prognosen der Opposition sind zerflossen und zerstäubt. Nichts ist mehr da. Hiervon will man heute nichts wissen. Mit dem neuen Doppelhaushalt wird es genauso gehen. Dieser ist genauso solide finanziert. In zwei Jahren werden wir dies noch einmal wiederholen, und dann bitte ich, doch in der Analyse etwas vorsichtiger zu sein.

Meine Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt beinhaltet eine Reihe von Schwerpunkten. Ein Schwerpunkt ist die Reduzierung der Neuverschuldung. Das ist klar. Aber wir bringen darüber hinaus auch politische Schwerpunkte, und wir zeigen, dass Sparen und Gestalten keine Widersprüche sind.

Zu diesen Schwerpunkten: Verantwortung für die nächste Generation durch eine sparsame Haushaltspolitik und Verantwortung für die heutige Generation durch eine Arbeitsplatz schaffende Investitions- und Strukturpolitik. Dies steht in keinem Widerspruch, wenn man sich auf das Wesentliche konzentriert. Das wird vor allen Dingen im Wirtschaftshaushalt des Ministers Hans-Artur Bauckhage deutlich. Die nach wie vor hohe Investitionsquote, die Förderung neuer Technologien, die die GRÜNEN am liebsten reduzieren würden, die Mittel für die Wirtschaftsförderung, die vor allen Dingen dem

Mittelstand und den Existenzgründern zugute kommen, eine Offensive für den ländlichen Raum und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lassen die Schwerpunktbildung deutlich erkennen.

Trotz massiver Einsparungen wird die Investitionsquote für das Jahr 2000 und für das Jahr 2001 auf 11,6 % gehalten. Das alles ist auch maßgeblich, aber nicht ausschlaggebend für die hohe Exportquote - da gibt es Zusammenhänge -, die ein Motor unserer Wirtschaft ist. Dies ist bekannt und auch maßgeblich für den Abbau von Arbeitslosigkeit.

Da gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine funktionierende Infrastruktur die Grundvoraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung darstellt, wird es im Straßenbau zu einer Erhöhung der Investitionen um mehr als 20 % kommen. Allein durch das Sonder- und Sofortprogramm „Landesstraßen“ werden beispielsweise in den kommenden zwei Jahren rund 26 Millionen DM zusätzlich für den Ausbau und die Instandsetzung von Landesstraßen aufgebracht.

Für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums wird in den beiden Haushaltsjahren aus dem Wirtschaftsministerium zusammengefasst knapp eine Milliarde DM ausgegeben.

Die Mittel für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft sind im Jahr 2000 gegenüber 1999 nochmals um 5,2 Millionen DM erhöht worden und beziffern sich jetzt auf insgesamt 75,8 Millionen DM, Schwerpunktförderung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, höchste Priorität hat auch für die F.D.P.-Fraktion die Unterrichtsqualität an den Schulen. Es ist richtig, 500 neue, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Es ist auch richtig - wir haben einen Antrag eingebracht -, die Dreiviertelverträge für Junglehrer auslaufen zu lassen. Es ist richtig, Investitionen in die Schulen von heute sichern und schaffen die Arbeitsplätze von morgen.

Wir haben über den Entwurf hinaus erreicht, dass zusätzlich 1,7 Millionen DM im Doppelhaushalt in den Multimediabereich für die Schulen fließen. Das ist ein deutliches Signal. Damit gelingt es uns unter anderem noch, in diesem Jahr alle Schulen in Rheinland-Pfalz, die es wirklich wünschen, an das Internet anzuschließen und vor allen Dingen den Einstieg in eine vernünftige Systembetreuung zu schaffen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -

Zuruf des Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird draußen auch deutlich anerkannt werden.

Die Hochschulpolitik des Landes wird sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in der Bundesrepublik sehr positiv bewertet. Ich habe auch einige Bemerkungen im Ohr, die mir nicht gefallen haben.

Wenn Sie sich in anderen Bundesländern über Hochschulpolitik und Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz unterhalten, dann werden Sie Anerkennung erfahren. Bei Menschen, die sich auskennen, die die Länderentwicklung vergleichen können, werden, wenn sie nicht gerade bestimmten Gruppierungen angehören, in der Regel die rheinland-pfälzische Bildungspolitik und vor allen Dingen auch die Hochschulpolitik als mustergültig, als beispielgebend ansehen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Das kann ich ohne jeden Zweifel bestätigen. Das höre ich immer wieder. Das sagt man nicht mir oder irgendjemand anderem zuliebe. Das ist allgemeiner Konsens.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wovon träumen Sie nachts, Herr Kuhn?)

- Bitte?

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie reden wahrscheinlich so in Ihrem eigenen kleinen Zirkel.

Meine Damen und Herren, wenn es kein Geheimnis ist, dass im Bildungsbereich - dies ist wohl so - auch ein enormes Investitionsbedarfspotenzial schlummert, dann könnten wir in unsere Hochschulen noch riesige Mittel investieren. Das gilt für alle Bundesländer. Das gilt für viele Länder der Welt. Da schlummert ein riesiger Bedarf. Das ist klar. Das wissen wir alle. Es muss doch anerkannt werden, dass die rheinland-pfälzische Hochschulpolitik durch ein konzeptionell klar nachvollziehbares Handeln, durch Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und Reformfähigkeit gerade im Hochschulbereich gekennzeichnet ist. Das sind die Dinge, die auch gelobt werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind heute hohe Güter in der Politik. Dies wird im Übrigen auch von den Präsidenten der Hochschulen deutlich hervorgehoben. Herr Dahm, Sie lächeln. Sie sind mein Konzeugete. Die Präsidenten der Hochschulen loben die Hochschulpolitik des Landes. Natürlich hätten gern alle mehr Geld. Aber die Einsicht in die Knappheit unserer finanziellen Mittel ist inzwischen auch gewachsen.

(Vizepräsident Schuler übernimmt
den Vorsitz)

Die Weiterbildung liegt der F.D.P.-Fraktion ebenfalls am Herzen. Das Stichwort „lebenslanges Lernen“ hat Zukunft. Die Ausstattung ist in Anbetracht der Haushaltssituation als durchaus befriedigend zu bezeichnen. Im dritten Bereich, Innovation, wird die kraftvolle Unterstützung der technologischen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erkennbar. Diese war in den vergangenen Jahren äußerst erfolgreich und hat unser

Land deutlich nach vorne gebracht. Da rede ich nicht von anderen Regionen um uns herum. Da werden Technologieregionen um uns herum genannt. Warum nennt man nicht unsere Technologiewachstumszentren, die wir in Rheinland-Pfalz haben? - Kollege Mertes hat zwei davon genannt. Ich komme aus dem Raum Kaiserslautern. Ich kann Ihnen bestätigen, dort herrscht Aufbruchstimmung. Diese Entwicklung um die Hochschule, um die Uni herum, hat zu einer ständig steigenden Zahl hochwertigster Arbeitsplätze geführt. Aber auch insgesamt hat dies dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Raum deutlich zurückgegangen ist. Das ist auch ein Erfolg moderner Konversionspolitik. Konversionspolitik muss man mit Technologiepolitik paaren. Man muss dies in Einklang bringen. Das ist ein Konzept, das Zukunft hat. Dies war erfolgreich.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, inzwischen sind wir so weit, dass diese Förderung zu einer Entwicklungsstufe geführt hat und man schon davon ausgehen kann, hier entwickelt sich eigenständige Dynamik. Natürlich muss diese zunächst angestoßen werden. Aber gerade in diesen Räumen haben wir Eigendynamik, die ohne finanzielle Unterstützung auch zu einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung führen wird.

In diesen Räumen sollten wir - wo auch immer wir diese Fortschritte erzielen - das öffentliche Bewusstsein in dieser Richtung prägen. Vieles ist unseren Mitbürgern noch unbekannt. Wir benötigen ein Selbstbewusstsein in diesen Regionen. Das Selbstbewusstsein ist bereits im Wachsen begriffen. Wir benötigen eine Kooperation zwischen Wissenschaftlern, Technikern und Politikern, aber auch die Medien spielen eine große Rolle. Wir benötigen eine Bündelung dieser Kräfte, um das öffentliche Bewusstsein in diese Richtung weiterzuentwickeln. Dieses Selbstbewusstsein - das ist ein Stück Psychologie - spielt bei der Entwicklung von Regionen durchaus eine ganz große Rolle.

Meine Damen und Herren, ich habe die Schwerpunkte im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau erwähnt: Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, die Weiterentwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten, den Ausbau des ÖPNV, Technologieförderung, Offensive ländlicher Raum, Existenzgründeroffensive und Mittelstandsförderung.

Zu den anderen Politikbereichen mache ich einige kurze Bemerkungen. Die Innere Sicherheit - ich will nicht das wiederholen, was Herr Kollege Mertes gesagt hat - ist für die Koalition - auch für die F.D.P.-Fraktion - von besonderer Bedeutung. Es wurden die erhöhte Zahl der Kommissaranwärter und die Verbesserungen im mittleren Dienst erwähnt. Auch ich bin der festen Überzeugung, dass die Stimmungslage in der Polizei nicht so ist, wie sie von der Opposition beschrieben wird. Natürlich klagt man auch gern gegenüber Oppositionspolitikern. Das ist auch in Ordnung.

Ich selbst habe mich einmal einige Stunden lang mit Polizisten unterhalten, ohne zu sagen, dass ich ein Politiker bin, und habe sie nach ihrer Befindlichkeit gefragt. Sie sagten: Das machen wir gern! Das ist ein toller Job!

(Franzmann, SPD: Worum ging es denn dabei?)

- Es ging um ihre dienstliche Tätigkeit. Sie haben gesagt, dass sie ihre Tätigkeit gern und mit Freude ausüben. Vielleicht sind das Ausnahmen, aber dieses Horrorszenario, das aufgebaut wird, kann man in der Form nicht nachvollziehen. Die Polizei ist in dieser Hinsicht bei den Koalitionsfraktionen in guten Händen. Das wird uns auch immer wieder gesagt und anerkannt.

Natürlich gibt es Probleme, wenn wir zum Beispiel an die Altersstruktur bei der Polizei denken. Hieraus erklärt sich die erhöhte Zahl der Kommissaranwärter. Das ist alles nicht sehr einfach; denn wir müssen auch in der Zukunft einen entsprechenden Korridor offen halten. Das ist auch klar. Man muss auch nichts schönreden; denn Probleme gibt es in allen Bereichen.

Eine besondere Bedeutung hat für uns die Modernisierung der Justiz. Die EDV-Ausstattung der Behörden und Gerichte ist inzwischen weit vorangeschritten. Weitere Ziele sind das elektronische Grundbuch und ein noch schnellerer Datenaustausch.

Im Haushalt des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen haben auch wir darauf hingewirkt, dass für freie Theater und Orchester erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. So sollen Initiativen im kulturellen Bereich gefördert und damit auch das Angebot für unsere Bürger noch reichhaltiger werden.

(Beifall der Abg. Frau Pepper und des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Das ist ein deutliches Zeichen. Die Kunst- und Theaterfreunde haben gerade applaudiert, worüber ich mich freue. Es könnten vielleicht noch einige mehr sein.

Darüber hinaus haben wir uns für die Erhöhung der Mittel für die Kinderschutzdienste eingesetzt. Besonderer zusätzlicher Handlungsbedarf bestand im Bereich der Frauenhäuser und vor allen Dingen im Bereich der Notrufe. Wir haben uns darauf geeinigt, die Ansätze zu erhöhen. Auch die Aufstockung für die Jugendarbeit entspricht dem Wunsch der F.D.P.-Fraktion.

Jetzt noch einige Worte zur Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz, weil der Herr Kollege Mertes das richtig liebevoll angesprochen hat. Das meine ich nicht - so viel zum Thema Risse in der Koalition - ironisch. Wie eingangs dargestellt, benötigen wir in der Bundesrepublik Deutschland natürlich drei Dinge, um wirtschaftliche Dynamik zu erzeugen und um

die Arbeitslosigkeit nachhaltig zurückzuführen: Die Absenkung der Staatsquote, die Reduzierung der Steuertarife und parallel dazu der öffentlichen Defizite. Das ist in Ordnung. Das läuft alles gleichzeitig. In der Bundesrepublik Deutschland haben wir diesbezüglich weitgehend Konsens erreicht, und das ist auch gut so.

Leider Gottes gibt es aber in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Teilen Europas, Bereiche, in denen wir durch Wirtschaftswachstum das Problem der Arbeitslosigkeit allein nicht lösen können. Die öffentliche Diskussion nimmt sich dieses Themas immer mehr an. Es gibt einen Ideenwettbewerb. Das ist auch gut so. Auch in Rheinland-Pfalz werden Ideen entwickelt.

Ich weise zunächst einmal darauf hin, in welchem Bereich das Problem liegt. Herr Minister Gerster hat sehr eindrucksvoll darauf hingewiesen und an einem Beispiel deutlich gemacht, dass zwischen von Sozialhilfe abhängigen Menschen und Menschen in Arbeit im Bereich des Niedriglohnssektors bezüglich des Einkommens erhebliche Lücken klaffen, allerdings nicht solche Lücken, wie sie allgemein vermutet werden, sondern umgekehrt muss die Situation gesehen werden, weil denjenigen, die in Arbeit sind, strukturell bedingt weniger Einkommen zur Verfügung steht, als den Familien, die von der Sozialhilfe leben. Es kann nicht sein - darüber sind wir uns einig -, aber es lohnt sich leider Gottes häufig für Sozialhilfeempfänger nicht, zur Arbeit zu gehen.

Das folgende Beispiel hat mich sehr beeindruckt. Stellen Sie sich vor, dieser Familienvater, der Sozialhilfe bezieht, geht zur Arbeit und muss seinen Kindern sagen: Liebe Kinder, macht euch auf etwas gefasst, euer spärliches Taschengeld wird jetzt gekürzt. Der Vater fängt an zu arbeiten. - Das ist doch pervers. Das geht nicht. Darüber sind wir uns einig. Es lohnt sich für viele Sozialhilfeempfänger nicht, in die Arbeit einzutreten oder zurückzukehren.

Das liegt in der Tat daran, dass es eine Kluft zwischen den Zuwendungen für Kinder, deren Eltern Sozialhilfe beziehen, und dementsprechend niedrigeres Kindergeld für Beschäftigte gibt. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Zuwendungen für Kinder in Sozialhilfe höher sind, weil eine andere Berechnungsgrundlage zu Grunde gelegt wird. Das ist auch in Ordnung.

Wir gehen in Rheinland-Pfalz den einwandfrei richtigen Weg - das ist Teil des Haushalts und deswegen erwähne ich das -, dieses Missverhältnis abzubauen, um die Anreize zu erhöhen, in die Arbeit zurückzukehren. Das ist haushaltsrelevant. Der Kinderzuschlag bei der Annahme von Arbeit macht Sinn. Er baut diese Kluft ab und schafft Anreize, in die Arbeit zurückzukehren.

(Vereinzelt Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist ein Baustein auf dem Weg, zu dem Ziel zu kommen, mehr Beschäftigung und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnsektor zu schaffen.

Eingangs sagte ich bereits, dass in Deutschland, in Europa und weltweit Diskussionen stattfinden. Man kommt häufig zu anderen Ergebnissen. Das will ich jetzt nicht bewerten. Diese Diskussion ist in vielen Bundesländern in vollem Gang.

Es ist nun einmal so, dass das Mainzer Modell im Rahmen des runden Tisches Rheinland-Pfalz-beteiligt werden soll. Das Mainzer Modell enthält neben der Erhöhung des Kindergeldes in Teilbereichen weitere Entlastungselemente für Personen, die im Niedriglohnsektor in Arbeit eintreten werden bzw. wollen. Mit anderen Worten: Der Anreiz, in die Arbeit zurückzukehren, wird erkennbar erhöht. Dieses wurde und wird von der F.D.P.-Fraktion so gesehen und ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Das ist in Ordnung.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Nun wird das Mainzer Modell neben dem Saar-Modell in der Bundesrepublik erprobt werden. Wir hoffen, dass die Stärkung der Ansätze, in die Arbeit zurückzukehren - das ist die Grundsubstanz des Mainzer Modells -, ausreichen wird, um beschäftigungspolitisch durchschlagend Erfolg zu haben.

Es ist kein Geheimnis - das habe ich an dieser Stelle mehrfach gesagt -, dass in diesem Bereich der politische Wille besteht, zu einem von beiden Koalitionspartnern gleichermaßen weiterentwickelten und gestützten Modell zu kommen. Das Modell von Sozialminister Gerster geht sozialpolitisch den richtigen Weg, wird aber - wenn man das als Riss bezeichnet, weiß ich nicht, was ein Riss ist - nach unserer Auffassung bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte nicht den Erfolg haben, den wir uns alle wünschen. Es ist uns aber nach wie vor nicht verwehrt, auch ein gemeinsames Modell auf den Weg zu bringen, das arbeitspolitisch nach unserer Einschätzung mehr bringt. Anreize für den potenziellen Arbeitnehmer sind notwendig. Sie werden aber auch nur dann wirksam, wenn Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor angeboten werden.

(Beifall der F.D.P.)

Was nützen der gute Wille und die beste Motivation, in die Arbeit zurückzukehren, wenn man bei der Suche nach Arbeitsplätzen erfolglos bleibt. Das ist das Element - das kann man auch öffentlich sagen -, das von der Seite der F.D.P.-Fraktion gern in die weiteren Überlegungen mit eingebracht wird. Wir wollen sichern, dass das Angebot an Arbeit deutlich größer wird.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Arbeit im Niedriglohnbereich ist in Deutschland viel zu teuer. Ich denke nicht nur an Unternehmen. Unterhalten Sie sich

einmal mit Eltern, die beide berufstätig sind. Schütteln Sie doch nicht den Kopf. Wie gerne würde der eine oder andere einer anständigen und sinnvollen Beschäftigung nachgehen, wenn die gesamte Belastung nicht dieses riesige Ausmaß wie in Deutschland angenommen hätte.

(Zuruf des Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Am besten hätte ich Sie gar nicht angeschaut. Natürlich ist das so. Wir haben auch im Niedriglohnbereich Barrieren. Arbeit ist zu teuer. Wir müssen darüber nachdenken, wie es gelingt, gerade in diesen Bereichen Arbeitsplätze anzubieten. Das ist das ganze Geheimnis.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Senken Sie doch die Lohnnebenkosten!)

- Wer ist denn dabei, die Steuern und die Lohnnebenkosten zu senken?

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ist in Ordnung. Gehen wir doch einmal ganz redlich von dieser Situation aus.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dann machen Sie eine redliche
Analyse, Herr Kuhn!)

Es gibt auch tarifpolitische Hemmnisse. Das wissen Sie auch. Dieses Feld sollte man verantwortungsvoll politisch beackern. Wir sind alle bereit, miteinander nachzudenken. Es muss so weit kommen, dass wir gerade in diesem Bereich neue Arbeitsplätze für Menschen schaffen, um sie aus der Sozialhilfe herausholen zu können. Das wird die kommunalen Haushalte entscheidend entlasten.

Meine Damen und Herren, die Neuorganisation der Landesverwaltung mit der Abschaffung der Bezirksregierungen soll auch an dieser Stelle Erwähnung finden. Staatliches Verwaltungshandeln muss schneller, einfacher, kundenorientierter, günstiger und damit insgesamt besser werden. Die Anforderungen einer hochtechnisierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sind nicht mehr mit dem Postkutschenzeitalter zu vergleichen. Die Erhaltung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz standen im Mittelpunkt der Reformüberlegung.

Von der Größe mit dem Regierungsbezirk Köln in Nordrhein-Westfalen vergleichbar, haben wir bisher an drei Stellen gleiche Aufgaben wahrgenommen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Effizienz. Aus diesem Grund haben die Koalitionspartner 1996 in ihrer Vereinbarung diesen Beschluss gefasst, die Bezirksregierungen aufzulösen und die Landesverwaltung unter Berücksichtigung der Standorte neu zu organisieren.

Meine Damen und Herren, wir gehen mit dieser Reform einen neuen Weg. Dass dieser bei der Opposition auf Kritik stößt, war uns klar. Dass auch Beteiligte skeptisch waren, ist nicht verwunderlich.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sind!)

Nun wird ab 3. Januar die Reform in die Realität umgesetzt. Das Durchsetzen der funktionalen Bündelung führt zu neuen Strukturen, die nach intensiver Bearbeitung seit dem 3. Januar realisiert werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu bedarf es haushaltstechnisch einer gewissen Übergangszeit. Das ist heute ab und zu thematisiert worden. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird dies begleiten. Ihre Skepsis teile ich nicht. Das bedarf auch einer organisatorischen Einarbeitungszeit, was jedem klar ist, der einmal umgezogen ist oder den Arbeitsplatz gewechselt hat. Eines ist klar geworden: Die Voraussage der Opposition, hier werden nur die Türschilder ausgewechselt, hat sich nicht bewahrheitet. Wir schaffen mit dieser neuen Verwaltungsstruktur Vorbildliches.

Meine Damen und Herren, ich habe Veranstaltungen zwecks der Einführung der Präsidenten und Vizepräsidenten besucht. Ich habe in diesen sehr gut besuchten, fast überfüllten Veranstaltungen festgestellt, --

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Waren Sie auch in Trier?)

- Ich war nicht in Trier, habe mir aber vom Kollegen Heinz berichten lassen. Er berichtet immer sehr sorgfältig. Ich werde auch darauf eingehen.

- - dass die Mitarbeiter zukunftsorientiert sind, ihre Aufgaben in den neuen Direktionen annehmen und voller Optimismus an die Arbeit gehen. Ich möchte insbesondere Herrn Staatsminister Zuber für seine Reden danken, die den Punkt getroffen haben. Es gab keine Schönfärberei. Es wurden keine Probleme außen vor gelassen. Es wurde klar gezeigt, dass wir eine Perspektive haben. Ich hatte den Eindruck - das bleibt wohl unwidersprochen -, dass die Mitarbeiter und die Führung dieser Direktionen gewillt sind, ihre Aufgaben in der Zukunft gewissenhaft wahrzunehmen. Ich bin sicher, dass nach einer Einarbeitungszeit klar wird, dass diese Verwaltungsreform ein voller Erfolg wird.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Liebe Frau Kollegin, ich komme jetzt zu Trier. Es ist auch manchmal eine Frage - ich hoffe, die Kollegen der Medien

werden mir das nicht übel nehmen - des Unterschieds zwischen Wirklichkeit und dargestellter Wirklichkeit.

Liebe Frau Kollegin, wenn Sie dieses Bild

(Abg. Kuhn zeigt ein Bild)

als Symbol für den Zustand der ADD in Trier sehen, ---

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kollegin, erst einmal langsam. Meinen Sie, ich würde ein solches Bild zeigen und wüsste nicht, was ich dazu zu sagen habe. Was ist das?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Künstlerische Freiheit, Herr Kuhn!)

- Künstlerische Freiheit nennen Sie das. Wissen Sie, was mit diesem Bild bewirkt wird? Was ist das?

(Zurufe von der CDU)

Wir sind die eifrigsten Verfechter der Pressefreiheit. Dennoch muss doch klar sein, wie man zu Fehlinformationen kommen kann.

Was wir hier sehen, ist nicht der Zustand während des Umzugs, sondern hier sehen Sie zufälligerweise etwas ganz anderes. Hier sehen Sie die Akten, gesammelt zur Vernichtung, das heißt, ein völlig anderes Bild. Das ist kein Bild über das, was sich bei der Umorganisation der Bezirksregierung abspielt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Vorbereitungen sind exzellent gelaufen. Die Aufgabe ist riesig groß. Es ist auch eine enorme Veränderung, eine Verwaltungsreform, die eine völlig andere Richtung in die Verwaltung bringt, was immer wieder von der CDU bestritten wurde: Türschildchen auswechseln. - Dort geschieht etwas, meine Damen und Herren. Dieser Übergang wird in relativ kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden. Wir sprechen uns noch im Laufe dieses Jahres wieder.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal betonen, dass wir als Koalitionsfraktionen der festen Meinung sind - wenn ich mir die Redebeiträge der Opposition heute angehört habe, bin ich in meinem Eindruck nur bestätigt worden -, dass die Haushaltspolitik der Koalition zukunftsorientiert ist, dass sie grundsollide ist. Die Belege sind auch erbracht worden.

(Bischel, CDU: Das müssen Sie behaupten,
dafür werden Sie bezahlt!)

- Wie ist es bei Ihnen, Herr Bischel. Nehmen Sie mir aber bitte nicht meine persönliche Überzeugung.

(Bischel, CDU: Nein, um Himmels willen!)

Diese Haushaltspolitik zeigt in die Zukunft. Sie setzt die richtigen Schwerpunkte im Interesse nicht unserer Generation, sondern im Interesse unserer Kinder. Die Schwerpunkte Bildung, Technologie, Infrastruktur werden einen Beitrag dazu leisten, das Land Rheinland-Pfalz fortzuentwickeln, und ich denke, dass wir in diesen Tagen zu einem guten Abschluss kommen werden und die Entwicklung von Rheinland-Pfalz auch von diesem Haushaltsplan positiv beeinflusst wird.

Ich bedanke mich.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die vorsorgliche und fürsorgliche Versorgung mit Mineralwasser, da viele von uns in diesen Tagen von einer Erkältung geplagt sind. Ich will von anderem nicht reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich zunächst einmal namens der Landesregierung herzlich bei den Repräsentanten, bei den Sprechern der Koalitionsfraktionen für die Unterstützung der Haushaltslinien der Landesregierung und für die Akzente, die von den Koalitionsfraktionen hinzugefügt worden sind.

Ich möchte nicht anstehen, auch danke schön zu sagen für kritische Anmerkungen, die wir natürlich in unsere Überlegungen und in unsere Prüfungen, ob wir auf dem richtigen Weg sind, einbeziehen, auch wenn sie aus der Mitte der Oppositionsfraktionen kommen. Dass wir am Ende unsere Linie - Herr Kollege Mertes und Herr Kollege Kuhn haben dies ausgeführt - für die stichhaltige, für die richtige halten, werden Sie verstehen. Aber ich sage noch einmal, dies bedeutet nicht, dass wir kritikunempfindlich oder für Anregungen nicht offen wären.

In der Tat ist es so, dass ein solcher Wechsel des Datums - wie beim Jahr 2000 - mit einem so großen öffentlichen Aufmerksamkeit verbunden ist, dass man gut daran tut, auch hinsichtlich der politischen Weichenstellung die Gelegenheit zu nutzen, die eigenen Vorstellungen auf den Prüfstand zu stellen und darüber hinaus die Linien in die Zukunft neu zu überprüfen und wo notwendig und für richtig gehalten auch fortzuschreiben und zu korrigieren.

Wir haben in der Tat - ob dies mit dem runden Datumswechsel verbunden ist oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle - Anlass dafür, unsere Rolle insgesamt in Deutschland und damit auch die Rolle dieses Landes Rheinland-Pfalz im Verbund mit den anderen Bundesländern zu korrigieren und fortzuschreiben. Das bezieht sich auf die internationalen Verpflichtungen, die auf unser Volk gerade in dem abgelaufenen Jahr 1999 zugekommen sind, wie wir es noch vor wenigen Jahren nicht für erwartbar gehalten hätten.

Es bezieht sich aber auch darauf, dass wir in diese internationale Verantwortung unmittelbar eingebunden sind. Das gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik. Es sind zu diesem Zeitpunkt Soldaten und zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr, von Standorten, die in unserem Land beheimatet sind, im Auslandseinsatz. Es geht darum, Werte unserer Verfassung dort aufrechtzuerhalten und zu ermöglichen. Die Grundlage dafür ist erstmalig nach dieser furchtbaren Nazi-Diktatur des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1999 durch den Einsatz von Waffen geschaffen worden. Das fordert uns, das zeigt uns aber auch exemplarisch, dass die Hoffnung, wir könnten uns in unseren Interessen einrichten, in jedem Fall trügt.

Wir erleben, wenn wir nach Ingelheim oder an viele andere Orte in unserem Land schauen, dass wir von Bürgerkriegseignissen, wo immer sie in Europa und darüber hinaus stattfinden, unmittelbar betroffen sind, weil Menschen Zuflucht suchen, weil sie das, was wir ihnen als freiheitliches Land, als freiheitlicher Staat garantieren, Asyl und das Recht, wenn man verfolgt ist oder wenn man von einem Krieg bedroht ist, als Flüchtling unterzukommen, weil wir Ihnen dies signalisieren durch unsere Verfassung und, wie ich hoffe, auch in der Zukunft durch unsere Verfassungswirklichkeit.

Wir haben uns also mit diesen Dingen auseinander zu setzen. Wir haben uns natürlich auch auseinander zu setzen mit der Tatsache, dass die ursprüngliche internationale Bedrohungslage sich völlig verändert hat. Das ist gut, das stellen wir gern fest. Es bleibt aber nach wie vor auch über diesen Datumswechsel hinweg eine große Herausforderung für dieses Land Rheinland-Pfalz. In Bad Kreuznach stehen wir wieder unmittelbar vor einem solchen Schritt, die daraus resultierenden Änderungen in der militärischen Stationierung aufzunehmen, abzufedern und neue Entwicklungsmöglichkeiten wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Art von diesen Entscheidungen betroffenen Teilregionen unseres Landes einzuleiten, das fortzusetzen, was wir mit dem Stichwort „zivilmilitärische Konversionen“ umschreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist und bleibt eine große Herausforderung. Es wurde mehrfach heute unter unterschiedlichen Aspekten besprochen, dass wir in eine wirtschaftliche Herausforderungslage hineingewachsen sind, die sich sehr grundlegend verändert hat. Auch dort gibt es so gut wie keine Nischen mehr, in denen man sich regional oder national einrichten kann, sondern in all diesen Bereichen - zumindest in fast allen Bereichen - stehen wir im internatio-

nen Wettbewerb. Wir müssen und wir wollen diesen Wettbewerb auch erfolgreich aufnehmen und bestehen. Es muss aber auch darauf ankommen - deshalb haben wir uns bei der Vorgabe in diesem Haushalt und bei den Linien, die darüber hinauszeigen, orientiert -, dass wir uns diesen Herausforderungen nicht stellen, ohne uns zu jedem Moment bewusst zu sein, es geht um die Menschen. Die Menschen müssen diese Prozesse mitvollziehen können und ihre Chancen erhalten, diese Entwicklungen dann auch mitgehen zu können und die Herausforderungen, die an sie gestellt sind, dann auch erfüllen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Es muss auch darum gehen, dass wir diese Internationalität, in der wir stehen, für den einzelnen Menschen, für die einzelne Familie, nicht als Bedrohung einherkommen lassen oder den Eindruck erwecken lassen, als seien sie eine Bedrohung. Sie ist ein Risiko, das angenommen werden muss, und wir müssen alles tun, um über die wichtigen Entscheidungsfelder im Bereich der Bildung, im Bereich der Vorbereitung unserer Infrastruktur, im Bereich aber auch der sozialen Strukturen dafür zu sorgen, dass nicht Bedrohung im Vordergrund steht, sondern dass die Chancen erkannt werden, die in einer solchen Entwicklung stecken.

(Beifall bei der SPD)

Darum wollten wir uns bemühen, und ich denke, wenn man die Zahlen betrachtet, muss man sagen, wir haben es ganz erfolgreich getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bekenne mich ausdrücklich dazu - obwohl es nicht mehr so modern zu sein scheint -, dass in diesen Bemühungen die ökologische Verantwortung nicht hintenansteht.

(Beifall bei der SPD)

Dazu möchte ich mich heute ausdrücklich bekennen, und auch dies werden Sie in diesem Haushalt, gegossen in ein Zahlengerüst, wiederfinden, wenn Sie die Zahlen nachvollziehen. Ich glaube, wir dürfen den Begriff der Nachhaltigkeit nicht nur ansprechen, wenn er gerade modern und in aller Munde ist. Vielmehr müssen wir ihn auch dann praktizieren, wenn er etwas schwieriger zu vermitteln ist.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Begriff der Nachhaltigkeit möchte ich einen Aspekt hinzufügen, den ich allerdings mit dem Begriff „Paradigmenwechsel“ für richtig bezeichnet halte. Ich meine das, was wir in diesem Haushalt beginnen und in der Ihnen vorgelegten erweiterten, mittelfristigen Finanzplanung als Zukunftsentwicklungen der Staatsfinanzen in diesem Land Rheinland-Pfalz vorgeschlagen haben.

Es ist richtig und wahr, dass dieses Land Rheinland-Pfalz - sicherlich mehr als so manch anderes gewachsenes Land - in den Jahren nach 1945 eine ungeheuerere Aufbauleistung vollbringen musste. Es ist richtig und wahr, dass dieses Land über eineinhalb Jahrhunderte hinweg Aufmarschgebiet für Truppen war und daher die betroffenen Regionen in eine Nachteilsituation hineingeraten sind. Es musste viel aufgebaut werden, und es war von daher auch berechtigt, dies zu einem Teil über in die Zukunft greifende Finanzierungsformen abzudecken.

Es ist genauso richtig und wahr, dass wir vor nunmehr etwa zehn Jahren die Chance der Deutschen Einheit hatten und diese wiederum mit besonderen Herausforderungen verbunden war. Deshalb war es gerechtfertigt, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in die Zukunft greifend die ursprünglich vorhandenen, plötzlich entstandenen Notwendigkeiten für die Entwicklung der Menschen, die bis zu diesem Zeitpunkt in der DDR leben mussten, anzugehen und dies auch teilweise über Kredite zu finanzieren.

Es wäre falsch, zu sagen, der Prozess der Wiedervereinigung und der Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands sei abgeschlossen. Er ist es mitnichten, und er ist es - wie ich befürchte - noch auf geraume Zeit nicht.

Aber wir dürfen jetzt nicht sozusagen den bequemen Weg wählen und diese Herausforderungen weiterhin über Defizite zu Lasten kommender Generationen finanzieren. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass die Koalitionsfraktionen signalisiert haben, wir werden in diesem Land Rheinland-Pfalz einen Paradigmenwechsel einleiten und werden in wenigen Jahren nicht mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen. Im Gegenteil, wir werden ab 2008 beginnen können - das ist vorsichtig gerechnet -, Schulden wirklich zurückzubezahlen, meine Damen und Herren. Das sind wir den Menschen schuldig.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Verehrter Herr Kollege Böhr, vor diesem Hintergrund muss ich sagen, ich habe es nicht nachvollziehen können, wenn Sie sich in Ihrer Analyse der Situation über die Kreditbelastetheit dieses Landes auch mit der Frage befasst haben, was in den letzten zehn Jahren passiert ist. - Auf der Einnahmeseite dieses Landes, aber auch anderer Länder im Westen, auch der Kommunen, der einzelnen Bürger sowie des Bundes ist Gigantisches passiert.

Ich möchte nicht mit Zahlenspielen anfangen. Wenn ich es auch nicht für zulässig halte, möchte ich dennoch einmal die Dimensionen fiktiv und hochgerechnet nennen. Wenn man so täte, als wäre der alte Zustand noch erhalten - Gott sei Dank ist dies nicht der Fall -, dann hätten wir in den letzten Jahren Einnahmen in einer Größenordnung von eineinhalb bis zwei Milliarden DM pro Jahr mehr gehabt, als tatsächlich vorhanden waren. Wenn Sie dies einmal mit zehn multiplizieren, sind Sie bei den 15 bis 20 Milliarden DM, die Sie reklamiert haben.

Ich möchte das nicht überspannen und nicht überbelasten, was ich da sage; denn es ist eine theoretische Betrachtung, die Gott sei Dank nicht der Realität entspricht. Aber so zu tun, als hätte sich in diesem Zeitraum nichts wirklich Gravie-rendes getan, scheint mir doch nicht angebracht und nicht korrekt zu sein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Entwicklung ist wegen der Konkurrenzsituation geboten, von der ich gesprochen habe, aber auch weil wir uns in diesem Haus über alle Fraktionen hinweg darüber einig sind, dass eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger mit einem Schwerpunkt Familien sowie eine Entlastung der Wirtschaft unabdingbar ist. Wenn ich einmal die Reden an anderer Stelle betrachte und zusammenfasse, und wenn man die Einzelaussagen nebeneinanderstellt, sind wir uns auch darüber einig, dass die Staatsquote nicht steigen, sondern tendenziell eher abgesenkt werden muss, nicht zuletzt auch wegen der Eigenverantwortlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern und der Spielräume, die in unserer Gesellschaft für neue Ideen und neue Initiativen vorhanden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn dies aber richtig ist, dann müssen wir uns in unserem Finanzgebaren in diesem Land Rheinland-Pfalz auf steuerliche Reduktionen in den kommenden Jahren einstellen. Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Bundesfinanzminister den ursprünglichen Vorschlag, dass die unternehmensteuerbezogenen Bestandteile der Steuerreform 2001 einsetzen sollten, von dem wir zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Haushalts noch ausgehen mussten, zwischenzeitlich korrigiert hat. Dies ist nun auf 2000 vorgezogen worden. Herr Finanzminister, in diesem Zusammenhang ist nicht ohne unser Zutun Reformersches vorgeschlagen worden, was die Gesamtstruktur der Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger angeht.

Es gibt unterschiedliche Vorschläge, aber tendenziell, was das Gesamtergebnis - fiskalisch betrachtet - anbelangt, bestehen kaum wirkliche Unterschiede zwischen den Vorschlägen, die die Berliner Oppositionsfraktionen, die unser Koalitionspartner und die die Union machten.

Man kann nun fragen, wie die 40 bis 50 Milliarden DM Entlastung - das ist in der Union noch nicht entschieden - sich auf das Land Rheinland-Pfalz auswirken würden. Wenn ich dies einmal mit der groben Faustformel umrechne, dass etwa 5 % des Steuerausfalls auf Rheinland-Pfalz entfällt, sind wir in einer Größenordnung von Pi mal Daumen 1 Milliarde DM.

Wir gehen davon aus, dass das, was Berlin vorgeschlagen hat, plus einer Reserve in der Größenordnung von ca. 100 Millionen DM für die Gespräche mit den Ländern, die angeboten sind und die auch notwendig sein werden, --- Dies wird letztendlich aller Wahrscheinlichkeit nach im Vermittlungsausschuss entschieden werden. Wir planen dies ein und haben damit fiskalisch Vorsorge dafür getroffen, dass der Diskus-

sionsprozess um die Exaktheit der Steuerreform im Einzelnen dann auch die Überlegungen der hiesigen Opposition oder unseres hiesigen Koalitionspartners aufnehmen kann. Ich finde, das ist eine vorsorgliche Vorgehensweise, die ausdrücklich den politischen Dialog um die Exaktheit des Weges im Einzelnen eröffnet und offen hält, aber eben nicht nach dem Motto handelt, wir schauen einmal weg, bis es dann so weit ist, und dann erschrecken wir vor den Zahlen, die auf uns zukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dem Finanzminister auch ausdrücklich dankbar dafür - dies hat auch Herr Kollege Mertes bereits gesagt -, dass wir auch Vorsorge dafür betreiben, dass wir den Menschen überall auf der Welt, die in der NS-Zeit Zwangsarbeit, Sklavenarbeit leisten mussten, endlich Entschädigung zukommen lassen können.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte unterstreichen, dass wir die Wirtschaft nur noch einmal nachdrücklich auffordern können, ihren Beitrag, zu dem sie sich verständigt hat, auch zu erbringen. Wenn wir dies tun, muss bei uns auch die Bereitschaft bestehen, den Beitrag der öffentlichen Hände nicht in ein öffentliches Gezerre hineingleiten zu lassen. Das wäre unwürdig, und deshalb unterbreiten wir Ihnen auch dazu vorsorglich Vorschläge.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen liegt in einem Antrag zur Entscheidung die haushaltsmäßige Grundlage für diese Operation vor, begleitet durch einen Entschlussesantrag, der die Zahlen im Einzelnen nennt. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir diesen Weg miteinander gehen könnten, dass wir nämlich erstens an der Vorsorge im Haushalt festhalten, die im Haushaltsentwurf in der Größenordnung von 300 Millionen DM angelegt ist, und dass wir zweitens die Chance ergreifen, die uns ein deutlich besserer Haushaltsabschluss für 1999 bietet, als wir dies ursprünglich planen konnten und erwartet haben. Es ist eine Verbesserung in der Größenordnung von 280 Millionen DM. Es sind 210 Millionen DM verbesserte Steuereinnahmen und 70 Millionen DM nicht in Anspruch genommene Ausgabenermächtigungen.

Wir haben Ihnen auch vorsorglich mitgeteilt, dass wir in unserem Haushaltsgebaren so verfahren wollen, dass wir, sollte sich die steuerliche Einnahmesituation nicht so verbessern, wie wir es aufgrund der Konjunkturdaten, die wir mitgeteilt bekommen, erhoffen und wie sie sich bereits im III. Quartal 1999 in den Steuereinnahmen für Rheinland-Pfalz und andere Länder abgezeichnet hat, die entsprechenden Beträge im Haushaltsvollzug aus den variablen Ausgabeermächtigungen, die Sie uns geben, in einer Größenordnung von bis zu 150 Millionen DM je Jahr herausparen werden. Das ist möglich. Wir haben im Jahre 1999 schon fast das Doppelte im Anschlag herausgespart. Wenn ich die 70 Millionen DM, die wir Ihnen als Verbesserung der Haushaltssituation auf der Ausga-

benseite präsentieren können, nehme, dann haben wir im Ergebnis sogar deutlich mehr, nämlich 350 Millionen DM.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das haben Sie doch nicht gespart,
das haben Sie an Mehreinnahmen gehabt!)

- Verehrte Frau Kollegin, 70 Millionen DM sind Ausgaben, die Sie uns als Ermächtigung mit auf den Weg gegeben haben, die wir aber nicht getätigt haben, weil wir unsere Aufgaben an einer Reihe von Stellen effizienter erfüllen konnten. Das ist die Realität.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Selbstverständlich hat die Opposition die Aufgabe, Zahlen und Ansätze, die immer ermittelt werden, die von einer Zukunftsentwicklung ausgehen, die man schätzen muss, kritisch zu hinterfragen. Ich habe aber ähnlich wie der Herr Kollege Kuhn die Haushaltsrede vom Herrn Kollegen Böhr noch einmal nachgelesen. Er hat in allen kritischen Anmerkungen zu den Eckpunkten des Doppelhaushalts 1998/1999 völlig danebengelegt. Er hat gesagt, die Ausgaben seien zu niedrig eingeschätzt, insbesondere hat er die Personalausgaben kritisiert. Wir haben bei den Personalausgaben eine Verbesserung von 150 Millionen DM erreichen können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Böhr hat uns gesagt, wir seien bei den Zinsen zu leichtfertig. Er hat uns gesagt, wir seien bei einer Reihe anderer ausgabenbezogener Positionen sozusagen auf der Seite derjenigen, die sich glücklich rechnen. Dabei drücke ich es noch vornehmer aus, als es gesagt wurde. Nichts davon ist eingetroffen. Realität ist, der Haushalt 1999 schließt 280 Millionen DM günstiger ab, als wir ihn veranschlagt hatten, und nicht entscheidend schlechter, wie Sie es prognostiziert hatten. Also übertreiben Sie es nicht mit der Schwarzmalerei.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wenn gesagt wird - auch das habe ich heute nicht expressis verbis gehört, aber von den vielen Pressekonferenzen und Pressemeldungen zum Doppelhaushalt leite ich dies ab -, im Jahr 2000 spart ihr nicht genug, wenn ihr diese Linie fortfahrt bis zum Jahre 2008, um Geld in die Schuldentrückzahlung hineinführen zu können, dann bitte ich doch um Verständnis, denn es ist noch zu keinem Zeitpunkt eine so große Steuerentlastung in Deutschland gemacht worden wie im Zeitraum dieses Doppelhaushalts, wie immer sie auch im Detail aussehen wird. Parallel dazu werden die Ausgaben so begrenzt, dass die Nettoneuverschuldung noch sinkt. Das hat bisher noch keine Regierung vorher auf den Weg gebracht. Wir bemühen uns darum mit Ihrer Hilfe, wofür ich mich ausdrücklich bedanke.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

1,5 % bzw. 1,3 % Ausgabensteigerung wird uns manches abverlangen. Es wird uns sowohl im Personalsektor als auch in

den Sachausgabepositionen und im investiven Bereich viele von den Neins abverlangen, von denen der Herr Kollege Mertes hier gesprochen hat. Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ausdrücklich sagen, ohne die Grundbereitschaft - ich bin sicher, dass sie diese haben -, diesen Weg mitzugehen, wird man diesen Weg der Konsolidierung über die nächsten Jahre hinweg nicht schaffen. Aber wir sind es uns und den kommenden Generationen schuldig, dass wir ihnen Spielräume belassen, damit sie ihre Welt nach ihren Vorstellungen gestalten können und nicht nur unsere Schuldenlast zu tragen haben.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es ist sicher richtig, dass man an einer solchen Stelle fragt, wo wir denn stehen. Wo müssen wir uns noch besonders anstrengen? Wo sind wir in einer guten oder einer relativ guten Situation? Da habe ich schon ein bisschen schlucken müssen - so muss ich es sagen -, als ich dieses wirklich dunkle Szenario wahrgenommen habe, das Herr Kollege Böhr aufgezeichnet hat. Ich möchte jetzt nicht anfangen, über Statistiken zu streiten. Ich habe andere. Ich stelle jetzt einmal Zahlen gegenüber. Wenn man bestimmte Faktoren hinein- oder herausrechnet, dann sind sie beide richtig und falsch zugleich. Wir sollten aber ein paar Dinge miteinander festhalten. Ich glaube, dass niemand da ist, auch niemand in diesem Hause, dem die weitere Absenkung der Arbeitslosigkeit nicht ein Anliegen ist. Aber wir dürfen doch auch miteinander feststellen, dass durch gemeinsame Anstrengungen aller Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Gewerkschaften in diesem Land Rheinland-Pfalz, aber auch durch unser Zutun im Rahmen unserer Möglichkeiten dieses Land Rheinland-Pfalz trotz Konversion und trotz 70 000 Arbeitsplätzen, die im militärischen Bereich verloren gegangen sind und über 20 000 Arbeitsplätzen im zivilen Bereich bei den Militärs, am Ende des Jahres 1999 an drittgünstigster Stelle aller Bundesländer steht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es ist das Argument genannt worden, da würden welche am Flughafen in Frankfurt arbeiten. Herr Kollege Mertes hat Luxemburg hinzugefügt. Ich könnte Mannheim nennen oder auch andere Städte. Natürlich fahren Leute zum Arbeiten bis nach Köln. Aber schauen Sie sich einmal wirklich die Zahlen an. Richtig ist, dieses Land Rheinland-Pfalz hat die höchste Zuwachsrate der Bevölkerung aller Bundesländer. Richtig ist auch, wenn Sie sich das anschauen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil dieses Zuwachses dadurch zu Stande kommt, dass Familien, häufig junge Familien, aus den benachbarten Ballungsgebieten zu uns ziehen, hier bauen und hier leben wollen, sich hier wohlfühlen, aber natürlich ihren Arbeitsplatz behalten wollen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich finde, das ist ein Kompliment für dieses Land und nicht ein Punkt, um es zu kritisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir Wirtschaftsdaten nennen, dann müssen wir sie auch in der Tat in der Art und Weise nennen, dass wir in der Lage sind, die richtigen Schlussfolgerungen daraus abzuleiten. Es ist gesagt worden, dass Rheinland-Pfalz mit Bremen zusammen die höchste Exportquote aller Bundesländer hat. Das ist zum einen ein Vorteil. Wie wir hoffen, wird es jetzt wieder ein Vorteil sein, wenn wir die steuerlichen und Arbeitsmarkteffekte in den kommenden Jahren betrachten, weil der Export wieder anläuft, weil wir im Bereich der chemischen Industrie, die eine besondere Bedeutung hat, wieder neue Chancen erkennen können, nicht zuletzt im fernöstlichen Bereich, aber auch in anderen Bereichen des Weltmarktes.

Aber in den Zeiten, in denen beispielsweise uns Deutsche als besonders intensive Exportnation die Ostasienkrise entscheidend zurückgeworfen hat, hat natürlich Rheinland-Pfalz mit seiner hohen Exportquote auf diesen Feldern und in diesen Regionen überdurchschnittlich gelitten. Das ist richtig. Was folgern wir daraus? Sicherlich doch nicht, dass wir unsere Exportquote abbauen wollen, aber sicherlich das, dass wir unsere Wirtschaftsförderpolitik, unsere Strukturpolitik so ausrichten wollen, dass sich zusätzliche Standbeine zu dieser klassischen und auch in Zukunft willkommenen industriellen Produktion in diesem Land entwickeln: dies im Bereich der Dienstleistungen, im Bereich der handwerklichen Dienstleistungen, im Bereich des Tourismus und so weiter.

Wir müssen die Strukturen, die wir haben, die hier bestehen und die den landschaftlichen Reiz ausmachen - wie den Weinbau und die Landwirtschaft -, im Rahmen unserer Möglichkeiten stützen und unterstützen, um die Existenz dieser Betriebe zu erhalten. Auch dort, wo wir den Strukturwandel erlebt haben - ich denke an die Schuhindustrie im Raum Pirmasens -, müssen wir versuchen, das, was wir noch erhalten konnten, zu stabilisieren, damit wir möglichst viele Standbeine, möglichst viele Säulen haben, auf denen das Wirtschaftsgebäude Rheinland-Pfalz aufgebaut ist und auf die es sich stützt. Herr Kollege Bauckhage, ich denke doch, man darf sagen, wir sind alle darüber froh, dass wir vermelden können: Es sind über 33 000 neue selbstständige Existenzen in diesem Land entstanden. Wenn das nicht Gründerfreundlichkeit ausdrückt, dann muss mir jemand erklären, warum dann dieser Erfolg zu verzeichnen ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass neben diesen Anstrengungen für den Arbeitsmarkt auch die Anstrengungen im Ausbildungsbereich weiter fortgesetzt werden müssen. Insoweit sehe ich es - das ist auch deutlich gemacht worden - als notwendig an, dass wir neben den Rahmenbedingungen unseren speziellen Beitrag zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik leisten. Ich finde, dass die Fortschreibung des 200-Millionen-DM-Programms im Haushalt von Herrn Kollegen Gerster ein wichtiger Ansatz ist, der auch wichtige Elemente der speziellen Förderung von Frauenselbstständig-

keit und von Frauen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beinhaltet, Frau Kollegin Dr. Götte. Ich finde, dass wir diese Mittel, die auch ESF-Mittel beinhalten, sehr gut in die allgemeinen Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation platzieren können.

Ich finde, es ist eher ein Kompliment für dieses Land Rheinland-Pfalz und für die Kreativität derjenigen, die daran gearbeitet haben, dass wir das Mainzer Modell - wie es inzwischen bundesweit heißt - nicht nur auf den Weg gebracht haben, sondern dass dieses Modell, gemeinsam mit einem anderen, in der Runde der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsspitze der Bundesrepublik Deutschland sowie der Vertreter der Bundesregierung, als beispielhaft ausgewählt worden ist und nun stellvertretend für alle anderen in zwei Ländern erprobt wird, darunter Rheinland-Pfalz. Ich finde, dafür müssen wir uns nicht schelten lassen. Ich glaube, es ist eher das Gegenteil der Fall.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wenn wir das Thema „Ausbildung“ ansprechen, so ist es wahr: Es gibt junge Menschen, die auch am Ende aller Bemühungen keinen Ausbildungsplatz haben.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zu viele!)

- Es sind immer zu viele. Wenn es nur hundert wären, wären es auch zu viele.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es sind aber mehr!)

- Verehrte Frau Bill, ich will nur deutlich machen: Sie wissen, dass wir nicht nur eine Kooperation aller im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich tätigen haben, die an diesen globalen Missständen arbeiten und die sich im Übrigen in der nächsten Woche auch wieder treffen werden, um sich schon jetzt auf das nächste Ausbildungsjahr vorzubereiten.

Auch in diesem Haushalt haben wir wieder 39 Millionen DM verankert, die wir in diesem Bereich gezielt einsetzen, um diese Bemühungen zu unterstützen. Wir haben auch ein großes Dankeschön an all diejenigen abzustatten, die diese Ausbildungsbemühungen in den einzelnen Betrieben, Kammern und anderen Organisationen mit unterstützen und tragen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Daran möchte ich ausdrücklich hier und an dieser Stelle erinnern und dieses Dankeschön dick unterstreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, wir müssen uns aber auch ehrlich eingestehen - ohne mit den Anstrengungen nachzulassen -, dass es einige junge Menschen gibt, denen nur sehr schwer ein Ausbildungsplatz vermittelt werden kann.

Im Reigen der Aktion der Industrie- und Handelskammer Mainz habe ich mich selbst um eine solche Vermittlung bemüht. Was ich dabei erlebt habe, das hätte ich vorher nie geglaubt. Mit einer jungen Dame gab es nicht nur drei Terminanläufe in der Staatskanzlei, bis dann einer zu Stande gekommen ist, es gab nicht nur mehrere Vermittlungen und Terminabsprachen mit dem dann noch gefundenen potenziellen Ausbildungsbetrieb. Am Ende stand aber die Absage, dort hinzugehen und sich vorzustellen, und zwar mit der Begründung der jungen Dame, sie müsse an diesem Tag ihrer Mutter beim Putzen helfen. - Ich sage das gar nicht mit Häme. Dahinter steckt auch die Frage nach den Verhältnissen, in denen ein Mensch aufwächst, ob er die notwendige Einsichtsfähigkeit darin gehabt hat, dass er sich sein Leben verbaut, wenn er solche Möglichkeiten nicht annimmt. Ich will nur deutlich machen, wie schwierig es in vielen Fällen ist und dass wir uns auch um die schwierigen Fälle bemühen. Dafür stehen wir, und dafür haben wir uns auch die finanziellen Grundlagen geschaffen. Dennoch sollten wir nicht in der Illusion leben, dass wir alle diese Fälle wirklich erfolgreich managen können. Wir werden uns aber weiter darum bemühen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, es war und ist richtig, dass wir dieses Einbeziehen der Menschen, dass wir die soziale Komponente unserer Bemühungen in allen Politikfeldern als überwölbend und übergreifend verstehen und uns auch dafür einsetzen.

Deshalb wird es natürlich dabei bleiben, dass wir die großen sozialen Bemühungen auch in den kommenden Jahren fortsetzen, und dafür haben wir die finanziellen Grundlagen in diesem Haushaltsplan veranschlagt.

Wir werden uns weiter darum bemühen, dass die Kindergartenpolitik dieses Landes fortgesetzt werden kann. Die 1 700 Kindergartengruppen und die 14 000 Plätze der letzten Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Natürlich wird sich Frau Kollegin Götte auch darum bemühen, dass darüber hinaus in vielfältiger Weise Angebote geschaffen werden. Aber ich sage auch in aller Offenheit - weil es solche Anträge gibt, auch von der Union, bei denen ich allerdings die Deckung vermisst habe, zumindest, soweit ich die Haushaltszahlen sehen konnte -, dass natürlich die Pflegemutteransätze im Rahmen des Bestehenden fortgeführt werden. Man muss aber trotzdem sehen, dass es einfach Grenzen der Finanzierbarkeit gibt. In dem genannten Bereich wäre mehr wünschenswert, als wir tun können. Es bleibt bei diesem eindeutigen Schwerpunkt, es bleibt bei der Vorgabe, sich darum zu bemühen, ein besonders kinderfreundliches Land Rheinland-Pfalz zu sein und bleiben zu wollen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist das Stichwort der Technologieförderung angesprochen worden und dass

man auch in dem Bereich der Schulen und der Hochschulen in besonderer Weise investieren sollte. Niemand kann ernsthaft dazu sagen, das wäre falsch, oder das wäre eine überzogene Forderung. Aber ich bitte Sie auch an dieser Stelle, einige Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die sich in Zahlen gießen lassen.

Herr Kollege Zöllner war in seiner unnachahmlichen Art, Zahlenkolonnen so aufstellen zu können, dass man am Ende damit auch umgehen kann, behilflich. Das ist nicht immer leicht. Wir werden alle mit Zahlen überschwemmt. Er hat mir eine Zahlenkolonne vorgelegt, die mit dem Jahre 1980 beginnt und mit dem Haushaltsansatz 2001 endet. Dabei handelt es sich um die Ausgabenanteile für Schule und Hochschule am Gesamtetat des Landes. Dies halte ich für einen vernünftigen Parameter, denn auch in den anderen Bereichen sind anteilige Steigerungsraten enthalten, wie Inflation und Kostensteigerung. Dies gilt, obwohl insbesondere im Schulbereich ein besonders hoher Personalkostenanteil und deshalb auch eine besonders große Personalkostensteigerung enthalten ist. Wenn ich die reinen Zahlen betrachte, dann hatten wir im Jahre 1980 einen Anteil der Schulausgaben von 16,8 %. Im Jahre 2001 haben wir einen Anteil von 20,34 % am Gesamthaushalt. Dies ist also eine tendenzielle Aufwärtsentwicklung. Wenn ich die Beihilfeaufwendungen herausnehme, dann finden wir uns auf einem insgesamt niedrigeren Niveau der Gesamtzahlen, aber die Tendenz bleibt erhalten: Die Aufwendungen des Landes Rheinland-Pfalz für die Schule sind tendenziell deutlich stärker gestiegen als der Gesamthaushalt.

Meine Damen und Herren, das darf man sagen, und das muss man sich auch vor Augen führen, damit die Forderungen im Einzelnen nicht sozusagen jeweils im Raum stehen und sie niemand verwerten kann.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die Aufwendungen für Hochschulausgaben lagen in diesem Jahr 1980 bei 5,69 %. Sie werden jetzt in diesem Doppelhaushalt in der Größenordnung von rund 7,1 % sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das möchte ich zu diesem Schreckensszenario sagen, was alles an unseren Hochschulen nicht passiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist schon wichtig, dass wir uns in diesem Zusammenhang in der Tat auch daran erinnern, dass wir, wenn wir die Gesamtbetrachtung anstellen und die Gesamtentwicklungen betrachten, in den letzten Jahren eine Einstellungspolitik an den Schulen gemacht haben, die sich - Stichwort KOSI 2010 - darum bemüht hat - ich finde, mit Erfolg -, auf der einen Seite die unterschiedlichen Entwicklungen bei einzelnen Schularten, die sehr unterschiedliche Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer und auf der anderen Seite die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler auf eine verlässliche Orientierungsebene zu bringen. Wenn man in diesem System, das auch harte Be-

lastungen für Lehrerinnen und Lehrer erbracht hat - beispielsweise Erhöhung des Stundendeputats für die einzelnen, wofür ich mich ausdrücklich bedanke; das ist ein wichtiger Solidarbeitrag zur Funktionalität unseres Gemeinwesens, meine sehr verehrten Damen und Herren -, diese Entwicklung betrachtet, dann hat sie die Grundlage dafür mit geschaffen, dass wir im Jahr 2000 400 zusätzliche Lehrerstellen schaffen können und im Jahr 2001 weitere 100 draufsetzen können.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

So ist dies organisiert worden. Wir haben dafür auch viel Schelte hingenommen, weil die schnelle Entscheidung sicher nach außen bequemer gewesen wäre. Aber in wenigen Jahren sollten wir auch noch bestehen können - egal, in welchem Amt oder in welcher Funktion wir dann sind - vor dem Blick zurück, wenn gefragt wird: „Haben die denn damals Ende der 90er- und Anfang der 2000er-Jahre die richtigen Entscheidungen getroffen oder einfach nur dem Druck nachgegeben und in Schularten Leute eingestellt, die dort nach wenigen Jahren nicht mehr ausgelastet waren, und damit das System finanziell hoch belastet haben und die Möglichkeit, in Oberstufen oder in berufsbildenden Schulen dann Schwerpunkte zu setzen für die, die nach uns kommen, dann überhaupt keine Handlungsspielräume mehr übrig zu lassen? Wenn ich hier ständig vorgerechnet bekomme, was alles zu den Schulden dazuzuzählen wäre - ich will jetzt gar nicht über den einzelnen Punkt streiten, der da vorgeschlagen ist -, nehme ich aber für diese Landesregierung und für die sie tragenden Fraktionen in Anspruch, dass wir über den Tellerrand hinausschauen und uns mancher Kritik aussetzen, weil wir eine Entscheidung zu einem Zeitpunkt treffen, in dem wir sie dann auch auf der Zeitschiene in die Zukunft betrachtet verantworten können, und nicht nur populistischen, manchmal auch wirklich wünschenswerten Vorstellungen folgen, die aber vom Ziel her, wenn man sie an der falschen Stelle zur falschen Zeit trifft, in die Irre führen können.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Thomas, ich will jetzt auch nicht über die Frage der Schüler/Lehrer-Relation sprechen - das ist auch so eine statistische Frage -, aber eins geht natürlich nicht. Sie haben uns hier vorgerechnet, wir hätten die Stundendeputate erhöht, und die Schüler/Lehrer-Relation wäre schlechter geworden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die haben Sie eingeführt, Herr Beck!)

- Das steht natürlich in einem direkten Bezug zueinander. Wenn Sie Lehrer länger arbeiten lassen und dann natürlich in dieser Größenordnung keine einstellen, dann verändert sich die Schüler/Lehrer-Relation.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

- Dann hätte ich Sie missverstanden. Ich lese es gern noch einmal nach. Es mag sein. Aber diese Logik können wir nicht aufmachen. Wenn ich Sie missverstanden habe, dann korrigiere ich es gern.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber das ist mindestens so logisch,
wie die Ausgaben mit den Schüler-
zahlen in Verbindung zu bringen!)

Ich wollte nur, dass wir das sehen. Die Anstrengungen um Effizienz und auch die Anstrengungen um das Personal an den Schulen bedeutet natürlich, dass diese Zahl wenig aussagekräftig ist, wenn es einem um die Unterrichtsversorgung geht. Dann ist sie wenig aussagekräftig.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte zu dem Thema „Soziale Sicherheit“ doch noch die eine oder andere Anmerkung machen, weil ich glaube, dass wir sehr aufmerksam dafür Sorge zu tragen haben, dass die in der Tat merkbaren, oft auch formulierten unterschiedlichen Interessen von Menschen verschiedener Generationsstufen in unserer Gesellschaft oft miteinander in Konflikt gebracht werden oder zu geraten scheinen. Wir müssen sehr sorgfältig das jetzt Notwendige für Bildung und Ausbildung tun. Wir müssen das Notwendige im Bereich des Arbeitsmarktes tun, damit die jungen Menschen eine Chance haben, einzusteigen, damit sie eine Chance haben, sich selbstständig zu machen oder den Betrieb, den sie von den Eltern übernehmen, erfolgreich weiterführen zu können. Darum müssen wir uns bemühen. Das ist gar keine Frage.

Wir müssen sicher auch im Sinne dessen, was Joachim Mertes gesagt hat, jetzt schon die Weichen so stellen, dass an unseren Krankenhäusern - Stichwort: Wie sehen die Abteilungen aus? Wie sehen die Disziplinen aus, die dort vertreten werden, Stichwort: Versorgung älterer Menschen im Pflegebereich, aber auch in den Kontaktmöglichkeiten, die zum sozialen Umfeld gehören - jetzt die richtigen Öffnungen geschaffen werden, damit bei einer anderen Alterszusammensetzung die Menschen nicht mit Sorge in die Zukunft sehen müssen.

Wir müssen vor allen Dingen die Kraft haben - ich bin da hoffnungsfroh -, eine Rentendiskussion zu führen, die in der Tat am Ende zur Stabilität dieses entscheidenden sozialen Pfeilers unserer Gesellschaft führt. Ich bin hoffnungsfroh, weil ich die Freude und die Ehre habe, als Vertreter der Länder auf der A-Seite - wie der Sprachgebrauch ist - an diesem Rentengipfel auf Bitte des Herrn Bundeskanzlers teilzunehmen, und die Gespräche, die vor Weihnachten geführt worden sind, doch eine Bereitschaft aller Parteien des Deutschen Bundestags, mit Ausnahme der PDS, gezeigt haben, miteinander zu reden und offen zu sein, eine Bereitschaft, die es zu nutzen gilt.

Herr Kollege Gerster wird morgen, wenn ich es richtig weiß, in der von diesem Rentengipfel eingesetzten Arbeitsgruppe

die Gespräche mit anderen Fachpolitikerinnen und -politikern fortsetzen. Es wäre schön und wichtig, wenn es uns gelänge, dort zu einem breit getragenen Konsens zu kommen. Alle Vorschläge, die dazu gemacht werden, sind meines Erachtens sehr ernst zu nehmen und in diese Entwicklungen einzubeziehen, weil eines nicht eintreten darf, nämlich dass wir zu einem tiefgehenden Interessenskonflikt und einer Auseinandersetzung zwischen den Generationen in Deutschland oder in unserem Land Rheinland-Pfalz kommen. Das darf nicht passieren. Da muss sich die Politik jetzt in hohem Maße verantwortlich zeigen, um eine solche Gefährdung erst gar nicht aufkommen zu lassen. Ich finde, das ist eine ganz wichtige Frage.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte eine Bemerkung zu einer der Voraussetzungen machen, um Zukunft zu meistern, nämlich der Frage der Infrastruktur. Da hört man immer wieder die unterschiedlichsten Vorschläge. Auf der einen Seite sagt uns die Union, wir würden nicht genug für Straßenbau aufwenden. Ich habe während der letzten Jahre gehört, wir hätten zu viel Mittel in die Schiene hineingesteckt, Herr Kollege Bauckhage. Die GRÜNEN sagen es auf der anderen Seite exakt umgekehrt, wir hätten völlig verantwortungslos Straßenbaumaßnahmen gemacht und würden das immer noch machen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ziehen Sie daraus nicht die Schlussfolgerung, dass Sie auf der richtigen Mitte liegen!)

- Nein, dafür sind die Gewichte in der Größenordnung Ihrer beiden Fraktionen noch zu unterschiedlich. So einfach mache ich es mir auch nicht. Aber dass wir nicht beiden folgen können, das ist auch klar. Sonst wären wir schizophoren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da brauchen Sie eine Weiche!)

Ich denke, wir versuchen insoweit in jedem Einzelfall den richtigen Weg zu gehen. Dieses Land Rheinland-Pfalz kann stolz darauf sein, dass es von Südbayern bis Schleswig-Holstein dafür bewundert wird, wie hier mit dem Rheinland-Pfalz-Takt der öffentliche Personennahverkehr wieder lebendig gemacht worden ist. Das ist ein Beitrag zur Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Wenn jemand vor 10 oder 12 Jahren Schienenstrecken, die jetzt wieder voll im Stundentakt - manchmal im Halbstundentakt - in Verkehr sind, genannt hätte und gesagt hätte, da fährt wieder ein Zug drauf, dann wäre sie oder er als Illusionistin oder Illusionist bezeichnet worden. Das haben wir ge-

schaft. Das möchte ich auch herausstellen. Meine Damen und Herren, die Bürger wissen dies auch zu schätzen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es führt kein Weg daran vorbei, dass eine Bundesstraße wie die B 10 oder die B 41 - um die Beispiele aufzugreifen, die Sie, Frau Thomas, genannt haben - nicht hängen gelassen werden kann. Wir brauchen dort einen verkehrsgerechten Ausbau.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir waren und sind bereit, gerade bei der B 10 mit eigenen Mitteln das zu tun, was der Bund in den letzten Jahren, meine Damen und Herren von der Union, aus finanziellen Gründen nicht hat tun können. Ohne unser Geld wären diese Umgehungen nicht entstanden. Viele andere Arbeitsplätze wären auch nicht entstanden, und viele Konversionsbemühungen wären im Raum Pirmasens - wenn ich an Annweiler und den Kurstadtcharakter und vieles andere mehr entlang der B 10 denke - in den Sand gesetzt worden. Wo Zweibrücken ohne die Anbindung stehen würde, müssen wir auch nicht beschreiben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das ist richtig. Das ist notwendig. Es wird fortgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nie unsere Absicht gewesen, das, was man Datenautobahnen, multimediale Entwicklungen nennt - - - Ich habe mit dem Wort auch noch nie so richtig viel anfangen können. Dies muss ich sagen. Es sagt alles und nichts. Aber es hat sich eingebürgert.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Aber
jeder sagt es!)

Natürlich sind diese Datenvernetzungen keine Alternative zum Schienen- oder Straßenverkehr. An manchen Stellen können sie tatsächlich Verkehrsbewegungen dann ersparen, wenn man anders miteinander kommunizieren kann. Aber sicher ist dies nur in einem begrenzten Bereich möglich. Dennoch, dieses Datennetz zu haben, diese Initiative „Rheinland-Pfalz Inform“ zu haben, gibt uns eine hervorragende Chance in der Konkurrenz mit anderen Regionen in Europa und anderen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland. Ich will dies jetzt nicht ausführen, weil es getan worden ist.

Meine Damen und Herren von der Union, ich kann Sie nur bitten, noch einmal nachzuprüfen, was Sie öffentlich in Ihrer Pressemeldung gesagt haben, weil so gut wie nichts zutrifft.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Ich habe es intensiv prüfen lassen. Heute Morgen hat sich Herr Kollege Böhr, sicher vertrauend auf das, was ihm Mitarbeiter oder wer auch immer aufgeschrieben haben, hier hingestellt und Haushaltsstellen genannt, zu denen es angeblich keine Ansätze gäbe.

Ich habe den Ansatz hier. Ich habe ihn gleich herausgesucht. Seite 165 des Einzelplans. Das kann man nicht nachvollziehen, was Sie da an Kritik üben. Es macht sich gut zu sagen, da steht überall eine Null. Wenn man zwei Haushaltsstellen zu einer zusammenfasst, um die Dinge zu koordinieren, dann steht an der anderen, weil es die Haushaltssystematik so gebietet, verehrter Herr Kollege Jullien, eine Null. Aber das war immer so. Dies wird auch immer so bleiben.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Glauben Sie mir, ich habe es nicht selbst gemacht. Sie wissen, wenn man immer so sagt, ich habe überprüft, als Ministerpräsident hat man nicht die Zeit, tausend Zahlen zu überprüfen, sondern man bittet die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sind ganz seriöse Leute. Ich habe zu jedem einzelnen Ihrer Vorhalte, die Sie öffentlich gemacht haben, eine Untersuchung. Ich muss sagen, kein einziger ist stichhaltig. Nichts davon trifft zu.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Es trifft auch nicht zu, dass wir Verwaltungskostenansätze oder Ersatz von PCs veranschlagt hätten. Richtig ist, dass die telekommunikative Verwaltung, die damit ausgelöst werden soll, als Ansatz dort ausgewiesen ist. Aber das einfach gleichzusetzen, ist etwas ganz anderes. Wir möchten, dass in wenigen Jahren in diesem Land Rheinland-Pfalz ein Architekt oder ein Bauherr oder jemand, der einen Antrag für die Genehmigung einer neuen Produktionsanlage stellen will, oder ein privater Bürger, der etwas von einer Behörde will, wenn sie oder er es wollen, sich telekommunikativ an die zuständige Behörde wenden kann. Wenn diese nicht zuständig ist, müssen sie es zu der Stelle durchleiten können, die zuständig ist. Das bereiten wir derzeit vor, und dafür stehen hier Mittel und nicht für das, was Sie öffentlich behauptet haben. Das ist schlicht und einfach unwahr.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen Ansätzen ist ein Punkt verbunden, der uns wichtig war, ist und bleibt, nämlich Investitions- und Innovationsfreundlichkeit nicht nur im Mund zu führen. Es gehört auch dazu, dass wir einen sehr guten Kontakt zur Wirtschaft in diesem Land Rheinland-Pfalz haben. Dies wird niemand ernsthaft bestreiten. Dies ist ein wirklich sehr guter Kontakt. Dies werden wir auch in Zukunft so beibehalten, und ich bedanke mich bei allen Gesprächspartnern. Dies gilt in gleicher Weise für die Kontakte zu den Gewerkschaften. Da wird offen, manchmal kritisch miteinander diskutiert. Aber wir reden miteinander über die Probleme, und wir versuchen, sie miteinander zu lösen.

Unsererseits haben wir Verwaltungsstrukturen zu verbessern. Es ist intensiv genannt worden, was auf den Weg gebracht worden ist. Zu keinem Zeitpunkt zuvor ist innerhalb eines Zeitraums von vier, fünf Jahren so viel an Verwaltungsorgani-

sationsweiterentwicklungen auf den Weg gebracht worden als in den letzten Jahren. Das war nicht immer bequem. Das war manchmal sehr schwer. So wie andere auch bin ich bei den Personalversammlungen überall vor Ort gewesen. Ich habe meine sonntäglichen Sprechstunden. Die Leute kommen zu mir. Mir muss niemand sagen, wie schmerzhaft es ist, wenn man jemandem gegenüber sitzt, dem man sagen muss, du musst dich aber jetzt auf etwas Neues einstellen. Das ist gar keine Frage. Dennoch muss es sein. Dennoch ist es notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben diese Anstrengungen dadurch ergänzt, dass wir auch eine Menge an Vorschriften aus dem Vorschriftenschwungel herausgenommen haben. Wir haben nicht nur geredet. Ich habe eine Kommission unter der Leitung von Herrn Professor Böhret eingesetzt. Sie haben Vorschläge gemacht, und dies ist umgesetzt. Ich kann Ihnen heute berichten, wir hatten am 1. Januar 1999 allein 889 Verwaltungsvorschriften. Es sind am 1. Januar 2000 noch 461. Ich finde, man darf davon reden, wenn die Vorschriften in diesem Land halbiert worden sind, dass wir über Bürokratieabbau nicht nur reden, sondern auch handeln. Dies schafft uns auch im personalpolitischen Bereich Spielräume.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Politik gilt sicher, weil Darstellen und Sichdarstellen dazugehört, dass man die unterschiedlichen Bereiche auch immer wieder nennen und in Erinnerung rufen muss, an denen angesetzt wurde und in denen es Veränderungen gab. Ich möchte dem Kollegen Zuber ausdrücklich für die Art und Weise, wie er die Aufgaben im Bereich der Polizei wahrgenommen hat, und dem Justizminister dafür - vor allen Dingen denke ich an den Kollegen Caesar -, wie im Bereich der Justiz in diesem Land Rheinland-Pfalz Offenheit, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit zusammengehalten worden sind, danken. Dies war auch unter früheren Regierungen so, wie ich ausdrücklich betonen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Polizeireform verdient nicht die Apostrophierungen, die hier vorgenommen worden sind. Das will ich deutlich sagen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Weil es richtig und zur Motivation und zur Anerkennung der hohen Verantwortung der Polizeibeamtinnen und der Polizeibeamten notwendig war, haben wir die Ausbildung der Polizeibeamten völlig verändert, auf eine völlig neue Basis gestellt, aber auch ihre Aufstiegsmöglichkeiten auf eine völlig neue Basis gestellt. Viele Beamte, die jetzt für ihre Tätigkeit dadurch anerkannt werden, dass sie in der Kommissarslaufbahn sind, wären früher nie in diese Bereiche hineingekommen. Das wird doch niemand ernsthaft in Abrede stellen wollen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Deshalb weiß ich nicht, was diese demotivierenden Bemerkungen sollen.

Eines möchte ich bei der Gelegenheit auch unter Bezug auf das, was in den letzten Tagen von Unionsabgeordneten in Bezug auf die Justiz gesagt worden ist, tun, nämlich deutlich machen, dass es keinen Grund und keine Rechtfertigung dafür gibt, dass die Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz in diesem Land Rheinland-Pfalz öffentlich infrage gestellt wird.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Gelegenheit der Aussprache zum Justizetat dazu nutzen würden, das zu korrigieren. Es war falsch. Ich denke, Sie haben es zwischenzeitlich gemerkt. Sie sollten es richtig stellen. Dann reden wir darüber nicht mehr. Da dürfen wir nicht daran wackeln, sonst wackelt noch mehr. Es wackelt derzeit schon genug.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen insoweit mit der Bereitschaft zur Korrektur, mit der Bereitschaft, die finanziellen Zügel anzuspinnen und unsere Anstrengungen zu intensivieren, in die kommenden Jahre gehen. Wir wollen ein kulturell reiches und gut nachbarschaftliches Land mit den anderen Ländern und Regionen um uns herum und darüber hinaus in Europa sein. Dabei wollen wir möglichst viele Menschen mitnehmen. Wir wollen dafür auch werben. Das sage ich zu dem Stichwort Imagekampagne. Ich wollte, wir könnten mehr dafür einsetzen. Vor dem Hintergrund unserer Sparbemühungen ist das aber nicht möglich.

Das Land Baden-Württemberg setzt in diesem Bereich bis zum Jahre 2005 100 Millionen DM ein. Ich bin der Meinung, dass sie Recht mit diesen Anstrengungen haben. Wenn sich das nicht mit den anderen Zielen beißen würde, mit einer deutlich größeren finanziellen Dimension in diesen Bereich hereinzugehen, würde ich mich nicht scheuen, Ihnen gegenüber das auch zu verantworten. Wir machen das, was finanziell verantwortbar, aber auch in der Sache notwendig ist. In einer solchen Konkurrenzsituation muss man auf sich aufmerksam machen, sonst wird man nicht wahrgenommen. Wenn man nicht wahrgenommen wird, steht man bei der Standortgunst hinten an und ist bei vielen anderen Entscheidungen nicht in den Herzen und Köpfen der Entscheider, und das wollen wir nicht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich als Regierungschef zu dem, was der Herr Kollege Mertes und der Herr Kollege Kuhn zu der aktuellen politischen Diskussion ausgeführt

haben, nichts hinzufüge, ist das erstens dadurch begründet, dass sehr verantwortlich das aus meiner Sicht Notwendige gesagt worden ist, und zweitens dadurch, dass ich der Meinung bin, dass wir alles vermeiden sollten, in diesen drei Tagen eine Schärfe in die Debatte mit einzubringen, die der Debatte und der anstehenden Entscheidung nicht gut tut, die am Ende aber eher zusätzliche Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung dessen schafft, was aufgearbeitet werden muss. Dieser Appell ist an uns alle gerichtet. Es fällt ein bisschen schwerer, wenn der Versuch unternommen wurde, mich nach dem Motto einzubeziehen: Wehe, wenn ich sage, was ich weiß.

Ich rate dazu, dass wir alle sagen, was wir wissen, wenn wir etwas wissen. Wenn wir aber nichts wissen, sollten wir auch ruhig sein.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltend Beifall
der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich auf das eingehen, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben. Sie sind in keiner Weise auf das eingegangen, was unser Fraktionsvorsitzender Christoph Böhr heute Morgen der Landesregierung vorgehalten hat.

(Nagel, SPD: Wie bitte! -
Unruhe im Hause)

Sie haben weder ein deutliches Wort zu der Höhe der exorbitant hohen Verschuldung des Landes gesagt ---

(Mertes, SPD: Ach Gott, Sie haben
doch auf Ihren Ohren gegessen!)

- Hören Sie doch zu, Herr Mertes. Sie haben zu dem Thema „Pensionsfonds“ nichts gesagt und bei den Themen „LBB“ und „Bezirksregierung“ sind Sie auch auf Tauchstation gegangen. Ich bin der Meinung, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn Sie mit fundierten Zahlen und begründeten Angaben das widerlegt hätten, was Ihnen heute Morgen der Fraktionsvorsitzende der CDU gesagt hat.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, darüber hinaus empfehle ich Ihnen doch einmal - anscheinend machen Sie das nicht, aber bei der Einbringung des Haushalts habe ich Ihnen das bereits ge-

sagt -, den Prüfungsbericht des Landesrechnungshofs zu lesen. Anscheinend existiert diese Institution für Sie nicht, und Sie lesen auch nicht die Feststellungen des Landesrechnungshofs, weil der Landesrechnungshof zu der Erkenntnis kommt, dass in Rheinland-Pfalz natürlich viele und hohe Investitionen getätigt worden sind. Der Landesrechnungshof sagt aber auch in aller Deutlichkeit, dass diese Investitionen nur auf Pump getätigt werden. Sie sollen noch einmal überlegen,

(Beifall der CDU)

inwieweit eine Verschuldung in die Zukunft betrieben wird, die auf Dauer nicht mehr hingenommen werden kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch in aller Ruhe und Gelassenheit einiges zu dem sagen, was der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Mertes, heute Morgen gesagt hat. Herr Mertes, Sie sollten sich das wirklich einmal hinter die Ohren schreiben: Wer wie die SPD in Nordrhein-Westfalen eine Affäre mit der WestLB am Bein hat und sich mit Freiflügen und Hochzeitsreisen persönlich bereichert hat, sollte sich nicht hier vorn hinstellen und versuchen, den Saubermann zu spielen. Herr Kollege Mertes, der sollte vor der eigenen Tür kehren, wie die CDU dies auch macht.

(Beifall der CDU)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wer im Glashaus sitzt, sollte genau überlegen, was er sagt;

(Mertes, SPD: Wir sitzen in keinem
Glashaus, Herr Kollege, nicht
in Rheinland-Pfalz!)

denn die Steine, die Sie aufgehoben und geworfen haben, können sich auch sehr schnell als Stolpersteine für die SPD erweisen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Frau Kollegin Thomas, auch Sie haben sich in diese Richtung geäußert. Ich kann Ihnen nur das eine sagen: Wer sich - wie Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - rechtswidrig verhält oder verhalten hat - ich erinnere nur an die Blockaden bei den Castortransporten -, sollte sich nicht hier vorn hinstellen und versuchen, den Moralapostel zu spielen. Liebe Frau Thomas, das sollten Sie für sich beherzigen.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem kommen, was wir heute als Schwerpunkt der Diskussion beraten und diskutieren,

(Mertes, SPD: Das war doch
keine Antwort!)

nämlich den Doppelhaushalt für die Jahre 2000 und 2001, der im Oktober des letzten Jahres vom zuständigen Minister der

Finanzen mit den Worten überschrieben wurde „Sparsam und zukunftsfähig in Verantwortung für Rheinland-Pfalz“. Mit dieser Bezeichnung sollte der Bevölkerung suggeriert werden, dass die Landesregierung einen Sparhaushalt vorlegt und damit das Bemühen erkennen lässt, die exorbitant hohe Verschuldung des Landes Rheinland-Pfalz zurückzuführen.

Dies ist aber mitnichten der Fall. Insoweit kann und muss an dieser Stelle gesagt werden, dass dieser Haushalt weder sparsam noch zukunftsfähig ist und weiterhin dazu führen wird, dass die großen finanziellen Probleme des Landes nicht gelöst, sondern vielmehr noch verschärft werden und auf diese Art und Weise die Verschuldung des Landes weiter in die Höhe getrieben wird.

Meine Damen und Herren, unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz, insbesondere aus Leasing- und Mietkaufverpflichtungen nach dem so genannten Mogendorfer-Modell, das zwischenzeitlich beim Staßenbau sowie beim Gewässer- und Hochwasserschutz angewendet wird und unbestreitbar eine Verschuldung in die Zukunft bedeutet und zusätzliche Schulden für kommende Generationen mit sich bringt, wird sich die Gesamtverschuldung des Landes zum Ende dieses Doppelhaushalts im Jahre 2001 auf einen Betrag von rund 40 Milliarden DM belaufen.

Das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von 10 100 DM. Das ist die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, die es jemals in diesem Land gegeben hat. Ich muss sagen, dass dies ein unrühmlicher Spitzenplatz ist, den Rheinland-Pfalz mit dieser Verschuldung und mit dieser Pro-Kopf-Verschuldung einnimmt, Herr Ministerpräsident. Sie wissen genau wie wir, dass wir uns damit auf ein Finanzniveau begeben, das nur noch mit dem Saarland gleichkommt. Das ist mit Sicherheit kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung, für die sie tragenden Fraktionen und auch für diesen Ministerpräsidenten.

(Beifall der CDU)

Bei der Regierungsübernahme im Jahre 1991 belief sich die Gesamtverschuldung des Landes Rheinland-Pfalz auf 22 Milliarden DM. Das machte eine Pro-Kopf-Verschuldung von 5 900 DM aus. In elf Jahren SPD-geführter Landesregierung wird nunmehr diese Rekordverschuldung von 40 Milliarden DM erreicht und die Pro-Kopf-Verschuldung von 10 000 DM überschritten.

Meine Damen und Herren der SPD-Koalition, Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes die Bundessieger im Schuldenmachen. Dieser gewaltige Anstieg der Verschuldung ist absoluter Spitzenrekord und wird vielleicht noch irgendwo eine Würdigung erfahren. Vielleicht wird dieser Rekord irgendwann im Guinness-Buch der Rekorde nachzulesen sein. Diese Verschuldung - prozentual gesehen - vom Jahre 1991 bis zum Ende des Doppelhaushalts 2000/2001 bedeutet in Prozent exakt 82 % Anstieg, meine Damen und Herren. Die Verschul-

dung beträgt seit 1991 82 %. Bis zum Jahr 2001 wird sie darauf angestiegen sein, für die Sie, Herr Ministerpräsident, ohne Wenn und Aber die Verantwortung zu übernehmen haben.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, insoweit kann all das, was Sie, Herr Ministerpräsident, und der Finanzminister von einem sparsamen zukünftigen Doppelhaushalt erzählt haben, nur als ein Ablenkungsmanöver bezeichnet werden. Ihre Voraussage, dass Sie bis zum Jahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, nimmt Ihnen überhaupt niemand mehr ab. Wer in dieser Zeit in knapp zehn Jahren die Verschuldung so hochgetrieben hat, der muss natürlich heute einfach zwangsläufig die Bremse ziehen und zu der Erkenntnis kommen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Der Glaube ist vorhanden. Die Worte sind gefallen.

Herr Ministerpräsident, die Taten lassen sehr auf sich warten.

Im Verlauf der Haushaltsberatungen wurde - damit möchte ich zu dem Punkt der Haushaltsberatungen kommen - von der CDU mehrfach kritisiert, dass dieser Haushalt keine ausreichende Risikovorsorge beinhaltet, insbesondere, was bereits angesprochen wurde, sind die Personal- und Zinsausgaben unzutreffend veranschlagt.

Bei den Personalausgaben geht der Haushaltsentwurf von einer Steigerung von knapp unter 1 % im Jahr 2000 und 1,5 % im Jahr 2001 aus. Diese Tarifsteigerungen sind als Inflationsausgleich für die Landesbediensteten eingeplant. Da wir nunmehr zwischenzeitlich über die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag verfügen, dass die Tarife im öffentlichen Dienst nicht von vornherein für die beiden Jahre auf den Inflationsausgleich begrenzt werden, sind diese Haushaltsansätze der Personalkosten mit den darin enthaltenen Tarifsteigerungen nur noch Makulatur, meine Damen und Herren der Regierungskoalition.

(Staatsminister Mittler: Das ist Blödsinn!)

- Herr Finanzminister, Sie können das widerlegen. So sieht es aus. Ich möchte Ihnen auch sagen, wie dieser Haushalt aus den Fugen geraten wird, wenn Sie überlegen, dass allein 1 % Erhöhung bei den Tarifverhandlungen einen zusätzlichen Betrag von 100 Millionen DM für den Landeshaushalt ausmacht. Man braucht heute kein Prophet zu sein und keine hellseherischen Fähigkeiten zu besitzen, dass spätestens nach Abschluss der Tarifverhandlungen im Frühjahr dieser Landeshaushalt das Papier nicht mehr wert ist, auf dem er gedruckt wurde.

(Ministerpräsident Beck: Das haben Sie vor zwei Jahren auch gesagt!)

- Herr Ministerpräsident, aus den veranschlagten Zinsausgaben ergibt sich ein weiteres Haushaltsrisiko, weil nämlich die Landesregierung davon ausgeht, dass sich die Zinsen in diesem und im nächsten Jahr nach unten entwickeln werden. Das ist eine Prognose, die von allen Experten widerlegt wird. Nur die Landesregierung geht hier uneinsichtig und unbelehrbar weiterhin von sinkenden Zinsen aus.

Hinzu kommt, dass wir in den letzten Tagen die auch von Ihnen unbestrittene Feststellung zur Kenntnis nehmen konnten, dass sich weitere negative Auswirkungen im Zusammenhang mit der Steuerreform für den Landeshaushalt ergeben werden.

Herr Finanzminister, wie Sie selbst bestätigt haben, wird die von der Bundesregierung geplante Steuerreform das Land Rheinland-Pfalz rund 850 Millionen DM kosten, wovon 570 Millionen DM im Jahr 2001 zu finanzieren sind. Sie sprechen zwar davon und kündigen an, dass die Landesregierung solide gewappnet sei und das Ganze ohne zusätzliche Neuverschuldung oder eine Änderung des Etatentwurfs erwirtschaftet werden kann, widersprechen sich jedoch im gleichen Atemzug und weisen darauf hin, dass die Ministerien zunächst noch nicht voll über ihre Etats verfügen können und erst nach der nächsten Steuerschätzung im Mai dieses Jahres endgültig darüber entschieden werden soll, ob diese Auflagen aufrechterhalten bleiben und die Ressorts uneingeschränkt über ihre Etats verfügen können.

Herr Finanzminister, das haben Sie verkündet. Daraus kann man erkennen, auf welch tönernen Füßen dieser Haushaltsentwurf steht, über den wir heute diskutieren.

Meine Damen und Herren, insoweit zieht sich ein Widerspruch nach dem anderen durch diesen zur Verabschiedung anstehenden Haushaltsentwurf. Die Landesregierung versucht, mit Absichtserklärungen und Hinhaltetparolen das zu tun, was sie auch in der Vergangenheit immer wieder getan hat, nämlich die tatsächliche Verschuldungssituation des Landes zu verschleiern, Haushaltsrisiken zu verniedlichen und Anträge und Kritik der Opposition zu ignorieren --

(Zuruf des Abg. Hering, SPD)

- Herr Hering, hören Sie doch einmal zu. Dafür sind Sie noch gar nicht lange genug dabei.

-- und den Eindruck zu erwecken, als ob in Rheinland-Pfalz die Welt in Ordnung wäre und Rheinland-Pfalz in eine gute und erfolgreiche Zukunft gehen werde. Sie versuchen, diesen Eindruck zu erwecken.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal an dieser Stelle: Dieser Haushaltsentwurf wird den drängenden und brennenden Problemen unseres Landes nicht gerecht. Sie werden das in der Hälfte des Jahres 2000 erleben, was Sie jetzt noch mit Vehemenz

von sich weisen, nämlich dass dieser Haushaltsentwurf von Grund auf korrigiert werden muss.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie kommen nicht umhin, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, was Sie natürlich heute von sich weisen und nicht wahrhaben wollen.

Meine Damen und Herren, wer wie diese Landesregierung darauf hofft und damit spekuliert, dass sich durch erhöhte Einnahmen von Toto-Lotto die Haushaltssituation verbessert und damit die Neuverschuldung zurückgefahren werden kann, stellt damit eindeutig unter Beweis, wie schlecht es um die Finanzen dieses Landes bestellt sein muss.

(Beifall bei der CDU -
Billen, CDU: Glückshaushalt!)

Wenn man wie diese Regierungskoalition Haushaltskorrekturen in Erwartung höherer Einnahmen aus dem Toto-Lotto-Geschäft dergestalt vornimmt und veranschlagt und daraus eine Rückführung der Nettoneuverschuldung von 31 Millionen DM ableitet, kann man erkennen, wie eng der finanzielle Handlungsspielraum des Landes ist und dass diese Landesregierung mit dem Rücken an der Wand steht.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie sollten sich einmal das Motto des Unternehmens Toto-Lotto zu Eigen machen, die damit werben: Hol dir die Millionen! - So kann man auch ohne Abweichung dieses Motto auf die Landesregierung übertragen.

(Lewentz, SPD: Das müssen
Sie gerade sagen!)

Herr Finanzminister, Sie sollten entsprechend Ihrer Einbringungsrede eines tun. Sie sollten abends nicht die Hühner zählen, sondern in Zukunft mehr oder weniger die Ziehung der Lottozahlen verfolgen; denn das könnte mit Sicherheit finanzielle Konsequenzen für das Land Rheinland-Pfalz haben.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem sich die Regierungskoalition auf Losentscheidungen im Bundesrat festgelegt hat, spielt man nun auch Toto und Lotto mit der Erwartung, dadurch zusätzliche Millionen in die Landeskasse zu bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das erinnert mich an die Werbung einer bestimmten Automarke, in der es heißt: Nichts ist unmöglich. - Das ist nicht nur bei Toyota so, sondern auch bei dieser Landesregierung ist alles möglich.

(Beifall bei der CDU -
Remy, SPD: Das müssen Sie
gerade sagen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen dieser Grundsatzausprache muss auch auf den Verlauf der Beratun-

gen im Haushalts- und Finanzausschuss eingegangen werden und insbesondere auf das Verhalten der Vertreter von SPD und F.D.P. hingewiesen werden. Die Anträge der Regierungskoalition wurden verspätet eingereicht, was vom Herrn Berichterstatter heute Morgen nicht erwähnt wurde. Es war über die Landtagsverwaltung ein Abgabetermin für den 13. Dezember 1999 bis 16.00 Uhr vereinbart. Die gemeinsamen Anträge von SPD und F.D.P. wurden nach Ablauf dieser festgesetzten Frist erst um 16.19 Uhr abgegeben.

(Heiterkeit bei der SPD)

- Herr Ministerpräsident, ich hätte einmal gern gehört, was es für einen Aufstand gegeben hätte, wenn diese Anträge von der CDU verspätet eingereicht worden wären.

(Beifall der CDU)

Es gibt nun einmal Vereinbarungen und demokratische Spielregeln, an die man sich halten sollte. Die Fraktionen von SPD und F.D.P. haben sich nicht daran gehalten. Sie müssen sich schon gefallen lassen, dass man sagt, dass diese Anträge nicht fristgerecht, sondern verspätet bei der Landtagsverwaltung eingereicht worden sind.

Darüber hinaus wird mit diesen 302 Änderungsanträgen der Versuch unternommen, große Veränderungen und Haushaltskorrekturen zu untermauern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese 302 Anträge der Koalition, bis zur letzten Sekunde mit heißer Nadel gestrickt und nach Ablauf der Abgabefrist verspätet eingereicht, bestehen zum größten Teil aus der Umwandlung von Null-DM-Ansätzen in 100-DM-Titel und in Korrekturen und Berichtigungen von Erläuterungstexten. Als Höhepunkt dieser Änderungsanträge werden fast 60 Einzelanträge mit einem betragsmäßigen Ansatz von null D-Mark und der viel sagenden Begründung „Neuorganisation der Landesverwaltung“ eingereicht. Dahinter verbirgt sich als großes Geheimnis die Auflösung der Bezirksregierungen, die in dem Haushaltsentwurf von der Landesregierung nicht berücksichtigt und ausgewiesen wurden.

Meine Damen und Herren, so einfach ist es. So schlampig war dieser Haushaltsentwurf, den diese Landesregierung und dieser Finanzminister vorgelegt haben. Daher muss es schon zu dem Vorwurf in Richtung Koalition kommen, dass wir einen unausgerekten und schlampigen Haushaltsentwurf vorgelegt bekommen haben und über 302 Anträge versucht wurde, noch zu reparieren und zu korrigieren, was zu reparieren war. Ich kann hierzu nur sagen: Dies ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen. Meine Damen und Herren, ein solch schlampiges Haushaltsaufstellungsverfahren ist einfach einer Regierungskoalition nicht würdig.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich das Thema Auflösung der Bezirksregierungen bei dieser Gelegenheit noch einmal ansprechen und darauf hinweisen, dass dieser verwaltungsmäßige Schwachsinn - entschuldigen Sie diesen Ausdruck - das Land rund 40 Millionen DM kosten wird. Diese Größenordnung ist von der Landesregierung selbst bestätigt worden. Diese 40 Millionen DM hätten sinnvoller und effektiver zur Rückführung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden können, hätte man auf die CDU gehört und die Finger von dieser unausgerekten Verwaltungsreform gelassen.

Genauso verhält es sich mit der landeseigenen Liegenschafts- und Baubetreuungsgesellschaft, kurz LBB genannt, deren Start als privatrechtliche GmbH & Co. KG nun zum dritten Mal verschoben werden musste. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass dies mit Sicherheit noch nicht das letzte Mal gewesen ist. Insoweit wäre auch hier, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Einsicht, wenn auch späte Einsicht vonnöten, um materiellen und finanziellen Schaden vom Land abzuwenden. Ich kann Sie nur auffordern: Lassen Sie es bei dem Landesbetrieb, wie es die CDU von Anfang an gefordert hat. Schaffen Sie endlich Klarheit; denn dies sind Sie nicht nur dem Unternehmen, sondern auch den dort beschäftigten Menschen schuldig.

Meine Damen und Herren, von der CDU-Fraktion wurden im Verlauf dieser Haushaltsberatungen insgesamt 82 Änderungsanträge vorgelegt, die folgende Schwerpunkte beinhalten:

1. Zukunft für Arbeit in Rheinland-Pfalz,
2. Familien stärken und die junge Generation fördern,
3. Stärkung der Inneren Sicherheit und
4. weniger Schulden und Rückführung der Verschuldung des Landes.

Diese Anträge der CDU umfassen ein Einsparvolumen von 377 Millionen DM, denen 300 Millionen DM Mehrausgaben gegenüberstanden, und zwar insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur; ein konkretes Multimediaprogramm, Herr Ministerpräsident, wofür 200 Millionen DM vorgesehen waren, und nicht ein Bermudadreieck wie von der Landesregierung vorgesehen, wo überall etwas und nirgendwo konkret etwas zum Multimediaprogramm zu finden war, weitere 70 Millionen DM zur dringend notwendigen Verbesserung vieler maroder Landesstraßen, 20 Millionen DM zusätzlich für die Sicherung schulischen Unterrichts sowie ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze für den Erwerb von Schulabschlüssen an den Volkshochschulen. Für die betreuende Arbeit der Studentenwerke an den Hochschulen waren 2,1 Millionen DM zusätzlich an Ausgaben vorgesehen. Für die Stärkung der Kinderbetreuung durch Tagesmütter, Stärkung der Jugendarbeit, Stärkung des Ehrenamts sowie zur Sicherung der Hilfe für Opfer von Gewalt in Familien wa-

ren nochmals 4 Millionen DM in den Anträgen der CDU vorgesehen.

Zur Stärkung der Inneren Sicherheit und insbesondere zur Verbesserung der Ausrüstung der Polizei und auch zur Verbesserung von Beförderungsmöglichkeiten hatte die CDU nochmals 4 Millionen DM vorgesehen, die in der Abschlussberatung im Haushalts- und Finanzausschuss - wie auch alle übrigen Anträge der CDU - von den Vertretern der Regierungsfaktionen mit der Arroganz der Macht abgeschmettert wurden. So war es, und nicht anders kann dieses Verhalten bezeichnet werden.

(Mertes, SPD: Mit Handerheben!)

- Mit Handaufheben und mit Arroganz, Herr Kollege Mertes.

(Ministerpräsident Beck: Einfach eine Mehrheit!)

- Ja, Herr Ministerpräsident auch so kann man Politik machen. Mehrheit ist Mehrheit. Man sollte sich aber einmal Gedanken über Anträge machen, die die Opposition vorgelegt hat. Dabei waren gute und sehr gute Anträge.

Meine Damen und Herren, mit diesen begründeten, fundierten Anträgen der CDU-Fraktion wären wir dem Ziel der Rückführung der Gesamtverschuldung des Landes ein gutes Stück näher gekommen; denn unter Berücksichtigung von 90 Millionen DM Einsparvolumen und den 60 Millionen DM aus erhöhtem Steueraufkommen im Jahr 2000, was auch seitens der Landesregierung bestätigt wird, wäre eine Rückführung der Gesamtverschuldung in einer Größenordnung von 150 Millionen DM möglich gewesen. Insoweit wäre dies ein wirklich guter und vor allen Dingen ein richtiger Einstieg in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gewesen. Da wäre auch der Ansatzpunkt zu dem gewesen, was der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion heute Morgen gesagt hat, die Probleme von heute können wir nicht mit dem Geld von morgen lösen. Insoweit teile ich seine Aussage, die er getroffen hat.

Meine Damen und Herren, wenn man dann überlegt, in welcher Größenordnung sich die Rückführung der Nettoneuverschuldung aus den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen belaufen hat, dann wird ein Betrag von 31 Millionen DM errechnet und ausgewiesen. Insoweit, glaube ich, kann man allein schon an dem Zahlenvergleich erkennen, wie ernst es diese Landesregierung mit dem Sparhaushalt nimmt und was sie von der immer wieder betonten Rückführung der Verschuldung des Landes hält. Ich habe es bereits mehrfach gesagt, wiederhole diese Meinung und bestätige das auch aus dem vorliegenden Zahlenwerk: Sparen ist für diese Landesregierung ein Fremdwort und wird es wohl auch noch recht lange bleiben.

Insoweit müssen die von der Landesregierung und der Regierungskoalition vorgelegten Anträge und der Haushaltsent-

wurf nicht mehr und nicht weniger als ein Verschiebebahnhof bezeichnet werden. Von einem Sparhaushalt kann absolut keine Rede sein. Dieser zur Verabschiedung anstehende Haushaltsentwurf ist geprägt von einer fehlenden Ausgaben- disziplin und der höchsten Verschuldung, die es je in Rheinland-Pfalz gegeben hat.

Lassen Sie mich zusammenfassen, meine Damen und Herren: Dieser Haushaltsentwurf zeichnet sich durch mangelnde Kreativität aus und ist insoweit ein Haushalt, dem jegliche Zielsetzung und Perspektive fehlt. Mit diesem Haushaltsentwurf wird es nicht gelingen, die Finanzkrise in Rheinland-Pfalz, die schwerwiegenden Finanz- und Haushaltsprobleme des Landes zu lösen, sondern eher noch zu verschärfen. Es wird das mit Sicherheit eintreten, was nicht nur die CDU, sondern auch der Landesrechnungshof dieser Landesregierung ins Gebetbuch geschrieben haben: Der Weg in die Schuldenfalle geht ungebremst weiter.

Meine Damen und Herren, insoweit ist dieser Haushalt kein Sparhaushalt. Dieser Haushalt ist nicht zukunftsfähig. Daher kann die CDU-Fraktion einem solchen Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hering das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt, den wir in dieser Woche verabschieden, trägt nicht nur ein markantes Datum, sondern er steht auch für einen Paradigmenwechsel in der Politik des Landes, im Wesentlichen für zwei Punkte: Zunächst ist dieser Haushalt der Einstieg in den Ausstieg aus der Neuverschuldung und auch der Beginn der grundlegenden Modernisierung der landeseigenen Verwaltung. Die Erfolge, die bei der Verwaltungsmodernisierung erzielt werden, die Effektivierung allen staatlichen Handelns in Rheinland-Pfalz schaffen für uns Gestaltungsschwerpunkte und ermöglichen für uns den konsequenten Ausstieg aus dem Schuldenstaat.

Meine Damen und Herren, bei der Grundsatzberatung bei der Einbringung des Haushalts im Oktober letzten Jahres wurde kritisiert, dass der Oppositionsführer keine Perspektiven für Rheinland-Pfalz aufgezeigt und seinen eigenen Politikansatz nicht dargestellt hat. Er hat dann in seiner Rede im Oktober ausgeführt: „Ich will jetzt keine Beispiele nennen, da die Januar-Debatte ausreichend Raum dafür geben wird, über die Perspektiven zu streiten.“

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren, wir haben gut zugehört, aber wir haben vom Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen CDU nichts darüber gehört, wie er sich eine zukünftige Entwicklung für Rheinland-Pfalz vorstellt. Wir haben nichts, aber auch gar nichts darüber gehört.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht darum, den Staat gerade in Zeiten des Umbruchs für die Zukunft fit zu machen, und zwar nicht im Sinne eines Übervaters, der alles regelt, sondern eines Staates, der zentrale Aufgaben wahrnimmt, eines Staates, der in der Lage ist, Lösungen für die Gesellschaft zu entwerfen, die tragfähig sind.

Wir haben hierbei einen Ansatz zu wählen, der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft. Gerechtigkeit, wie wir sie verstehen, bedeutet, Menschen Möglichkeiten der Artikulation zu geben, Menschen Chancen aufzuzeigen, Menschen unabhängig ihrer Leistungsfähigkeit als Menschen zu betrachten, Freiräume zu schaffen, um die Kreativität der Menschen in diesem Land zur Entwicklung zu bringen und auch Handlungsmöglichkeiten für zukünftige Generationen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Es war auch sehr bezeichnend, dass in den Ausführungen von Herrn Böhr und Herrn Jullien nur von Zahlen gesprochen wurde. Mit keinem einzigen Satz wurden die Menschen angesprochen, für die wir Politik machen, für die wir eine Zukunftskonzeption für Rheinland-Pfalz zu erarbeiten haben. Sie haben nur von nüchternen Zahlen gesprochen, nicht jedoch davon, dass Politik bedeutet, für Menschen sowie für ein modernes, zukunftsfähiges und lebenswertes Rheinland-Pfalz Perspektiven aufzuzeigen, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht.

Haushalt ist kein Selbstzweck. Haushalt ist lediglich ein Instrument, zukunftsfähige Politik zu gestalten.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir setzen mit diesem Haushalt die Politik eines neuen Staatsverständnisses fort. Wir betrachten den Staat als Begleiter, als Partner des Bürgers, der Rahmenbedingungen zu schaffen hat, die es ermöglichen, die Flexibilität und Kreativität der Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft zur Entfaltung kommen zu lassen.

Die Entwicklung in Rheinland-Pfalz gibt uns Recht. Ich verstehe nicht, warum es ein wichtiges Anliegen von Herrn Böhr ist, Rheinland-Pfalz schlecht zu reden,

(Beifall der SPD -
Pörksen, SPD: Das möchte
ich auch wissen!)

nicht die Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, wo in diesem Land gemeinsame Erfolge erreicht wurden, wo Entwicklungsperspektiven für dieses Land bestehen, wo gerade in den letzten zehn Jahren viel erreicht wurde.

Er hat die Existenzneugründungen angesprochen. Wir hatten im Jahre 1992 24 000 Existenzneugründungen in Rheinland-Pfalz. 1998 waren es 33 000 Existenzneugründungen, es fand also eine enorme Entwicklung in Rheinland-Pfalz statt.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie viele Insolvenzen?)

Warum zeichnet Christoph Böhr nicht die Entwicklungsmöglichkeiten auf? - Auch der Wettbewerb der Regionen macht deutlich, dass Rheinland-Pfalz ein entwicklungsfähiges Terrain ist, wo man Chancen hat, als Unternehmer tätig zu sein. Warum ergreift er nicht die Möglichkeit, für das Land zu werben? Nein, ein wichtiges Anliegen von ihm ist es, Rheinland-Pfalz zu zerreden und nicht für dieses Land zu werben, was eigentlich unter anderem die Aufgabe eines Oppositionsführers sein müsste.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Warum hält man es nicht für notwendig, aufzuzeigen, dass Rheinland-Pfalz nach Aussage der EU eine führende Hochtechnologieregion in Europa ist? - Warum hält es die Opposition nicht für nötig, bei der Grundsatzaussprache darauf einzugehen, mitzuteilen, dass in Rheinland-Pfalz bedeutende Unternehmen im Multimediabereich einen Durchbruch geschafft haben, Existenzgründer wie beispielsweise 1 & 1 in Montabaur oder SER, die in Rheinland-Pfalz gerade in den letzten zehn Jahren Zukunftschancen hatten.

Wir haben in vielen anderen gesellschaftlich wichtigen Bereichen - in der Kultur, im Bereich „Arbeit statt Sozialhilfe“ - gezeigt, dass wir die Kreativität und die Eigeninitiative der Menschen fördern können und diese zum Durchbruch bringen können. Auf diesem Weg werden wir fortschreiten mit Programmen für Existenzgründer, mit dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ sowie mit dem in Rheinland-Pfalz neu entwickelten Mainzer Modell.

Es stellt sich die Frage, warum tritt die Oppositionspartei mit uns nicht in Wettbewerb um die besseren Konzepte für eine Arbeitsmarktpolitik? Warum diskutieren Sie mit uns nicht über den Weg, um noch bessere Möglichkeiten für Existenzneugründungen zu schaffen? Warum treten Sie nicht in den Wettbewerb ein, eine noch bessere Bildungspolitik zu gestalten, außer mehr Geld auszugeben?

(Pörksen, SPD: Sie müssen erst
einmal welche haben!)

Es gibt hierfür eine klare Antwort. Sie als CDU in Rheinland-Pfalz sind nicht in der Lage, neue Ideen zu entwickeln. Sie haben keine Perspektiven für ein Land. Sie sind nicht in der Lage,

in der inhaltlichen Diskussion, die derzeit in der Gesellschaft stattfindet, mitzuspielen.

Wir sind in der Lage, Reformen auf den Weg zu bringen, und wissen, was wir unter Staatsmodernisierung zu verstehen haben; denn Staatsmodernisierung ist weitaus mehr als Sparen. Staatsmodernisierung ist Beteiligung, ist die Suche nach neuen Wegen zur sozialen Gerechtigkeit. Staatsmodernisierung ist auch Bekämpfung der Korruption.

Meine Damen und Herren, Herr Böhr hat in seiner Rede ausgeführt, wenn er von der Landesregierung das Wort „Reform“ hört, befürchte er das Schlimmste.

(Frau Kohnle-Gros, CDU:
Ja, das ist auch wahr!)

So handelt er auch. Nein zur Landesforstverwaltung seitens der CDU, Nein zum Pensionsfonds, Nein zur Reform der Katasterverwaltung, Nein zur Reform der Straßenmeistereien, Nein zur LBB, Nein zur Polizeireform seitens der CDU und Nein auch zur Neuordnung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz.

(Zuruf von der CDU: Nein zu
dem ganzen Murks!)

Nein, Sie haben ein eiskaltes Kalkül getroffen. Sie wissen, dass Sie nicht in der Lage sind, bessere Reformkonzepte zu entwerfen, um dem Ideenstreit um neue Konzepte standzuhalten. Deswegen haben Sie sich zu einer destruktiven Politik des Neinsagens in Rheinland-Pfalz entschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben konkrete Vorstellungen, wie wir uns eine moderne Verwaltung in den nächsten Jahren vorstellen, die den Service für die Bürgerinnen und Bürger verbessern wird und Einsparpotenziale erzielen wird, sodass wir in der Lage sind, politisch weiter zu gestalten. Wir werden eine Verwaltung aufbauen, in der zukünftig viele Angelegenheiten online erledigt werden können, wie es zum Teil heute schon der Fall ist, wo es bessere Informationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gibt. Wir werden auch für die Leiter der Behörden die Freiräume schaffen, den Einsatz der Ressourcen selbst zu entscheiden, die für den Verwaltungsapparat erforderlich sind. Wir werden jedoch gleichzeitig verlangen, dass sie intensiv über die erbrachten Leistungen auch im Sinne der Bürgerzufriedenheit berichten.

Wir haben darüber hinaus die Bereitschaft erhöht, dort, wo früher die Verwaltung gehandelt hat, Aufträge nach außen zu vergeben. Hierdurch wird eine vielschichtige Dienstleistungsbranche entstehen, die sich beispielsweise um den internen Postverkehr, um Bauaufgaben, um Softwarebetreuung und andere Bereiche kümmern wird und dann auch in der Lage ist, fremde Wertschöpfung nach Rheinland-Pfalz zu holen und zukünftig Arbeitsplätze zu sichern.

Meine Damen und Herren, wir sind auf diesem Weg in Rheinland-Pfalz entscheidende Schritte vorangekommen, die Verwaltung zu modernisieren. Wir werden diesen Modernisierungsprozess in Rheinland-Pfalz konsequent umsetzen, unter Einsatz von modernen Steuerungsinstrumenten, die in der Privatwirtschaft üblich sind. Dies gehört zu unserer Vorstellung eines modernen und zukunftsfähigen Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, so konsequent wir den Ausstieg aus der Verschuldung in Rheinland-Pfalz betreiben, so entschlossen beschreiten wir auch den Weg der Modernisierung der Verwaltung in diesem Land. Wir bauen hierbei auf das größte Kapital des Landes, nämlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Wir werden in diesem Doppelhaushalt zunächst 40 Millionen DM für die Modernisierung der Verwaltung und die Fortbildung der Mitarbeiter bereitstellen. Wir wissen, dass dies im Vergleich zur Privatwirtschaft ein sehr geringer Betrag ist.

Was uns aber erstaunt, ist, dass die CDU diesen Betrag für zu hoch hält. Sie will ihn kürzen und nicht in eine moderne Verwaltung in Rheinland-Pfalz investieren, nicht in die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wer so handelt, kann natürlich nicht in der Lage sein, eine moderne und zukunftsfähige Verwaltung aufzubauen, die den modernen Anforderungen einer schnelllebigen Zeit gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die alten preußischen Verwaltungsstrukturen mit Beginn des Jahres 2000 grundlegend umbilden und damit eine zukunftsfähige Verwaltung aufbauen.

Die Kritik, die an der haushaltsmäßigen Umsetzung der Auflösung der Bezirksregierungen und der Bildung der neuen Verwaltungsstrukturen geübt worden ist, geht fehl. Wir wollen gerade die flexible Umsetzung dieser Reform, damit sie zu einem Erfolg wird. Wir wollen die Detailregelungen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern überlassen, die besser wissen, ob die Stelle am Punkt A oder am Punkt B besser umgesetzt wird, ob Haushaltsmittel im Detail an der oder der Stelle besser eingesetzt werden. Wir wollen diesen flexiblen Prozess ermöglichen und dann nach einem Jahr im Haushalts- und Finanzausschuss entscheiden, ob die getroffenen Regelungen sinnvoll sind. Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Prozess verstärkt mit einbinden. Sie wollen alles vom Plan her vom grünen Tisch vorgeben, ob es nun richtig oder falsch ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Schwarz, SPD: Planwirtschaft!)

Es erstaunt mich, dass bei der Beratung des Landeshaushaltsgesetzes von der Opposition mit keinem Wort erwähnt wird, dass Rheinland-Pfalz bei den Steuerungsinstrumenten des Haushalts führend ist. Wir haben in Rheinland-Pfalz das

Bonus-Malus-System bei der Budgetierung ergänzt und damit eines der modernsten Personalsteuerungsinstrumente in Rheinland-Pfalz geschaffen. Wir sparen hiermit jährlich ca. 200 Millionen DM Personalkosten ein. Mit dieser Modellsteuerung sind wir im Bundesvergleich führend. Das kann man auch als Opposition erwähnen, denn teilweise haben wir an diesem Modell gemeinsam gearbeitet. Warum verschweigt dies die Opposition?

(Pörksen, SPD: Die weiß es
gar nicht!)

Wir haben in unseren Anträgen die Landeshaushaltsordnung fortentwickelt und die Möglichkeit der Leistungsaufträge geschaffen, um somit zukünftig das Kostenbewusstsein noch mehr zu steigern. Wir werden konkret und konsequent daran arbeiten, Leistungsaufträge zu vergeben, um somit vermehrt Leistungen der öffentlichen Hand in den internen und externen Wettbewerb zu stellen.

Wir können uns durchaus vorstellen, dass viele Bereiche zukünftig mit Leistungsaufträgen aus einem reduzierten Zentralhaushalt gesteuert werden und wir damit dazu beitragen, dass die Staatsquote gesenkt wird und damit auch die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger reduziert werden, um Freiräume zu schaffen, um geplante Steuerermäßigungen zu finanzieren und weitere zu ermöglichen.

Es darf nicht sein - das gehört zu einem modernen sozialdemokratischen Verständnis von Haushaltspolitik dazu -, dass politische Handlungsspielräume verloren gehen, dass soziale Leistungen gekürzt werden müssen, weil öffentliche Leistungen zu teuer erbracht werden. Mit dem erweiterten Einsatz einer Kosten- und Leistungsrechnung werden wir zur weiteren Kostentransparenz im öffentlichen Bereich beitragen. Für uns ist der Weg klar, dass für viele Bereiche das kamerale Haushaltssystem in der Langfristspektive aufgegeben werden muss.

Es ist doch sehr erstaunlich, dass diese gesamte Debatte um die Einführung neuer Steuerungsinstrumente, wie sie in der Privatwirtschaft seit Jahren erfolgreich angewandt werden, ohne Beteiligung der CDU-Fraktion stattfindet, ohne wesentliche Anregungen und ohne, dass sich die CDU-Fraktion an diesem wichtigen Diskussionsprozess mit konstruktiven Beiträgen beteiligt.

Moderne Haushaltspolitik beschränkt sich nicht darauf, Gelder im Haushalt hin- und herzuschieben. Hierdurch werden die Aufgaben nicht gelöst, und es entstehen keine neuen Spielräume. Erst die Gestaltung neuer, effektiverer Verwaltungsstrukturen, die die Lösung derselben Aufgaben mit weniger finanziellen Ressourcen schaffen, bringt freie Spielräume, um neue politische Schwerpunkte zu setzen. Wir sparen in Rheinland-Pfalz langfristig und effektiv, indem wir in jedem Jahr 1 % weniger ausgeben, als wir zusätzlich einnehmen. Das ist ein Betrag von 200 Millionen DM, um den wir jährlich die Nettoneuverschuldung reduzieren und nachvoll-

ziehbar und realistisch das Ziel erreichen, dass im Jahre 2007 das Land letztmals neue Schulden aufnehmen muss und wir im Jahre 2008 damit beginnen können, den Schuldenberg in Rheinland-Pfalz zu tilgen.

Meine Damen und Herren von der CDU, es muss zugestanden werden, Sie haben in den Haushaltsberatungen einige Änderungsvorschläge gemacht. Herr Böhr hat kritisiert, dass nicht genug zur Schaffung von Arbeitsplätzen getan wird. Ein Antrag der CDU lautet, die Arbeitsmarktmittel in Rheinland-Pfalz um 6 Millionen DM zu kürzen. Es gibt auch eine sehr interessante Begründung der Kürzung, da die Mittel für den Bildungsbereich ausgegeben werden sollen: Die Qualität des Schulunterrichts hat Folgen für die Qualifizierung junger Menschen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. - Die Konsequenz dieser Politik ist, dass die CDU-Fraktion bei demjenigen Jugendlichen, der derzeit nach Abschluss der Ausbildung keinen Arbeitsplatz findet, sagt: Du bist im Grunde nicht genügend gebildet, du bist zu dumm, sonst würdest du einen Arbeitsplatz finden.

Unsere Aufgabe muss es sein, neben der Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der akuten Ausbildung auch Möglichkeiten zu schaffen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden können und die Zukunftsperspektiven junger Menschen nicht dadurch verschlechtert werden, dass die Arbeitsmarktmittel hierfür gekürzt werden.

Ein weiterer Antrag der CDU ist es gewesen, zur Finanzierung der Mehrausgaben, die in vielen Anträgen vorhanden waren, die Steuereinnahmen um 60 Millionen DM heraufzusetzen. Es ist wenig kreativ, wenn man keinen Deckungsvorschlag hat, die Steuereinnahmen heraufzusetzen. Herr Böhr hat im Juni 1999, als der Haushalt von der Regierung vorgestellt wurde, ausgeführt, dass die Einnahmen des Landes unrealistisch eingesetzt seien. Herr Böhr stellt fest, dass die Steuereinnahmen eindeutig zu hoch angesetzt seien, dies um mindestens 190 Millionen DM. Wenige Monate später kann man zur Deckung eigener Vorschläge 60 Millionen DM Mehreinnahmen verbuchen. So viel zur Haushaltspolitik und Seriosität der CDU.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte nicht auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Jullien eingehen, weil es im Grunde immer die gleichen sind. Die Ausführungen sind, dass die Eckdaten nicht eingehalten werden, dass ein Nachtragshaushalt erfolgen muss. Die Einnahmen seien zu hoch angesetzt. Diese Ausführungen sind in jedem Jahr Lügen gestraft worden. Der Haushalt 1999, von dem es negative Prognosen der CDU gab, schließt mit einem Plus von 280 Millionen DM ab, und zwar 210 Millionen DM Mehreinnahmen und 70 Millionen DM, die weniger ausgegeben wurden als vom Parlament genehmigt. Das schafft uns einen Handlungsspielraum für den Fall, dass die Steuerreform, wie vom Bund geplant ist, umgesetzt wird, dass die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz von 2 Milliarden DM, die eine Belastung von 850 Millio-

nen DM für den Landeshaushalt 2001 bedeuten wird, seriös im Rahmen des zu verabschiedenden Doppelhaushalts finanziert werden kann, weil bereits Vorsorge in der Größenordnung von 370 Millionen DM in dem zu verabschiedenden Haushalt geschaffen wurde.

Für den Fall, dass die Steuermehreinnahmen, die zu erwarten sind, bei einem prognostizierten Betrag von 100 Millionen DM verbleiben, sehen wir realistisch die Möglichkeit, den verbleibenden Betrag von 300 Millionen DM in den beiden Haushaltsjahren durch Einsparungen zu finanzieren. Wir sind bereit, auf eigentlich notwendige und wichtige Maßnahmen zu verzichten, um die Bürgerinnen und Bürger hier in Rheinland-Pfalz steuermäßig zu entlasten. Schwierigkeiten in der Argumentation haben diejenigen, die eigentlich noch eine größere Entlastung vom Volumen her wollten als die geplanten 44 Milliarden DM des Eichel-Vorschlags.

Meine Damen und Herren, zu einem Schwerpunkt unserer Politik gehört auch die Förderung des Ehrenamts. Wir haben sehr eindrucksvoll auf dem kürzlich stattgefundenen Ehrenamtskongress sehen können, was in Rheinland-Pfalz alles zur Förderung des Ehrenamts geschieht. Wir alle im politischen Bereich haben ein Interesse daran, dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt ehrenamtlich tätig werden, damit Aufgaben, die eigentlich der Staat zu lösen hätte, ehrenamtlich erfüllt werden, um so auch finanzielle Handlungsspielräume zu schaffen.

Man ist aber nur dann bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren, wenn man den Eindruck hat, dass es in der Politik ehrlich und redlich zugeht. Bürgerinnen und Bürger haben die Erwartung, dass die Politik ihre Arbeit ordentlich macht, sich nicht bereichert und sich an geltende Gesetze hält.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es ist mehrfach die derzeitige Diskussion um die Spenden angesprochen worden. Ich möchte keine Schärfe in diese Debatte bringen, aber mit Sicherheit ist es notwendig, dass die CDU nicht nur auf Bundesebene, sondern auch hier in Rheinland-Pfalz zu einem Neuanfang finden muss, um verloren gegangenes Vertrauen in die Politik insgesamt, aber natürlich auch für ihre Partei zurückzugewinnen.

Ich glaube, Sie hätten in der heutigen Debatte einen Beitrag dazu leisten können, indem Sie ein Stück mehr auf die Gemeinsamkeiten in der Politik eingegangen wären und aufgezeigt hätten, wo gemeinsam Erfolge erzielt worden sind, wo Entwicklungsmöglichkeiten dieses Landes gemeinsam aufgegriffen werden können, wo Ansätze der Regierung fortentwickelt werden können, statt im alten Ritual zu verbleiben und alles zu zerreden, was die politisch Andersdenkenden zu Stande gebracht haben. Als Opposition alle Leistungen der Regierung madig zu machen, ist das alte Spiel der Politik. Ich glaube, wir tun uns alle einen Gefallen - insbesondere Sie als Opposition -, wenn wir von diesem überkommenen Stil, den Herr Jullien wieder präsentiert hat, abkommen und ein

Stückweit einen anderen Stil in der Politik pflegen; denn um Glaubwürdigkeit wird die Politik in den nächsten Jahren massiv werben müssen, damit dieser Schaden ausgeglichen wird, den das politische System jetzt erlitten hat und - wie ich befürchte - in den nächsten Monaten noch erleiden wird.

Mit dieser Debatte, wie Sie sie heute geführt haben, haben Sie sich mit Sicherheit keinen Gefallen getan.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Tausende junger Menschen von dem, was jetzt geschieht, angewidert sind und - wie ich befürchte - für alle Zeit für politisches Engagement verloren gegangen sind. Sie werden nie bereit sein, sich politisch zu engagieren.

Meine Damen und Herren, ein Weiteres gehört zum System Kohl: die Befriedigung momentaner Bedürfnisse und Probleme mit dem Geld kommender Generationen. Dies haben wir Ende der 80er-Jahre und Anfang der 90er-Jahre als einen Ausfluss des Systems Kohl auch schon erlebt - neben der Missachtung von Gesetzen, von der wir jetzt erfahren mussten.

Wir stehen auch für einen Neuanfang in der Politik und dafür, dass wir damit aufhören, unsere momentanen Bedürfnisse mit dem Geld kommender Generationen zu befriedigen,

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir nicht bereit sind, dazu beizutragen, dass die Zukunftschancen junger Menschen zum Machterhalt derzeitiger Regierungen verkürzt werden. Dieser Haushalt steht dafür, dass wir den Ausstieg aus der Neuverschuldung schaffen. Ich glaube, die Opposition hätte ein gutes Stück dazu beitragen können, dieses gemeinsame Ziel zu unterstreichen und Wege aufzuzeigen, wie dieses gemeinsame Ziel - das Sie vom Grunde her auch vertreten müssen - erreicht werden kann, damit Rheinland-Pfalz eines der ersten Länder sein wird, die perspektivisch dauerhaft ohne neue Schulden auskommen. Damit wird auch Gerechtigkeit im Sinne der kommenden Generationen gewahrt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Rieth von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss schon noch einmal auf einen Punkt eingehen, den sowohl der Mi-

nisterpräsident als auch der Kollege Hering hier vorgebracht haben und den sie in den Himmel gelobt haben: Es geht um die Existenzgründungen.

Wenn von diesem Pult aus gesagt wird, Rheinland-Pfalz sei Spitze in Sachen Existenzgründungen, dann wird dabei vehement verschwiegen, dass dieser Zahl der 33 000 Gewerbeanmeldungen - so will ich das einmal relativieren - mittlerweile über 26 000 Gewerbeabmeldungen oder Insolvenzen gegenüberstehen.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist nur
eine Spitze!)

Herr Beck, ich gehe auch deshalb darauf ein, weil diese Schlagwortrhetorik, die Herr Kollege Brüderle, als er hier noch Wirtschaftsminister war,

(Pörksen, SPD: Das ist so gesagt
worden!)

bis zum Exzess gepflegt hat, für uns der Anlass gewesen ist, in einer Großen Anfrage nachzufragen, wie denn diese Zahlen unterlegt sind, die hier immer propagiert werden. Da muss ich Ihnen sagen, und das hätte ich gern auch von Ihrer Seite zumindest richtig gestellt oder bestätigt, je nachdem,

(Pörksen, SPD: Ihre falschen Angaben
richtig stellen!)

dass diese Existenzgründungen wirklich nur eine Seite der Medaille sind. Diese etwa 600 Millionen DM, die für Existenzgründungen aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr ausgegeben wurden, bedürfen einer ebenso deutlichen Erfolgskontrolle, wie das in anderen Förder- und Subventionsbereichen auch der Fall ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlt dem Parlament insgesamt an Informationen über die Koordination der Aktivitäten im Bereich der Existenzgründungen, an Daten über die einzelnen Branchen, an Daten über die Hilfen für Kleinstgründungen und an Informationen über den Großteil dieser Existenzgründungen. Mehr als 61 % sind nämlich Nebenerwerbsgründungen; und davon sind hauptsächlich Frauen betroffen.

(Pörksen, SPD: Reine Fliegenbeinzählerei!)

Die Landesregierung hat ausweislich ihrer Antwort nichts als heiße Luft zu bieten.

(Dr. Schiffmann, SPD: Oberlehrer!)

Wenn man diese Entwicklung beschreibt, dann muss man sie auch in der ganzen Breite beschreiben. Man sollte sich nicht mit diesen Zahlen frohreden. Ich würde darum bitten, dass das in Zukunft besser wird und diese Zahlen künftig auch re-

lativ dargestellt werden, und dass man nicht nur eine Zahl feiert, sondern auch sagt, welche Probleme bei Insolvenzen damit verbunden sind.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Wir sollten zu einer ehrlicheren und auch effektiveren Umgangsweise mit diesen statistischen Zahlen kommen und nicht weiter diese Dinge einseitig propagieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Pörsken, SPD: Dafür ist das Instrument
der Kurzintervention nicht geschaffen
worden, für einen solchen Quatsch!)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer erneuten Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Hering das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Herr Rieth, zur Antwort auf Ihre Anmerkungen. Zunächst: Die Zahlen für Rheinland-Pfalz sind schon klar. 1992 hatten wir 24 000 Existenzneugründungen im gewerblichen Bereich, und mittlerweile haben wir über 33 000. Das ist eine deutliche Steigerung.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie ist das mit den Abmeldungen?)

Es gab auch Jahre, in denen der Abstand zwischen Neugründungen und Auflösungen von Existenzen erheblich kleiner gewesen ist. Der Abstand wird größer, es werden in Rheinland-Pfalz neue Existenzen gegründet.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Davon ist aber in der Antwort
nichts zu lesen!)

Wir haben auch effektive Strukturen geschaffen, um Existenzgründungen zu ermöglichen. Das ist der entscheidende Punkt: ob in Rheinland-Pfalz die Voraussetzungen und das Klima geschaffen werden für Existenzneugründungen. Wir haben die gesamte Förderung in diesem Bereich auf neue Füße gestellt und mit der Investitions- und Strukturbank effektive Fördermöglichkeiten geschaffen, die Programme zusammengeführt und damit ideale Rahmenbedingungen für Existenzgründungen in Rheinland-Pfalz geschaffen. Der Kollege Bruch hat mir gerade ein Beispiel genannt, bei dem aus der Garage heraus in wenigen Jahren ein modernes Unternehmen im Hightechbereich gegründet wurde, mit mittlerweile 60 Beschäftigten - unter Förderung der Investitions- und Strukturbank. Machen Sie doch deutlich, dass in Rheinland-

Pfalz gute Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Existenzgründungen bestehen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aber immer diese Antwort, in Rheinland-Pfalz ist es schlecht, dort sind die Zahlen negativ, dort geht es herunter. Man kann doch in einem Beitrag der Opposition zunächst einmal das gemeinsame Positive herausstellen und dann die Zahlen infrage stellen,

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber bei Ihnen fängt alles damit an: Es ist schlecht bei uns. - Eigentlich - das wäre die Konsequenz Ihrer Beiträge - wünschen Sie sich, dass es noch ein Stück schlechter wird. Dann könnten Sie ein Stück mehr kritisieren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist jetzt eine Unterstellung!)

Vizepräsident Schuler:

Ebenfalls zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Creutzmann von der der F.D.P.-Fraktion das Wort

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Kollege Rieth, es ist typisch, was die GRÜNEN immer bringen und worüber sie sich einmal informieren sollten.

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Creutzmann, die Kurzintervention bezieht sich auf die Ausführungen des Kollegen Hering, bitte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überlegen Sie sich bitte, was Sie sagen.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Es geht um das Thema Existenzgründungen, das hier angesprochen ist. Bei diesem Thema müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es leider immer wieder Konkurse geben wird. Es gibt viel zu wenig Wagniskapital in Deutschland, das stelle ich immer wieder fest. Leider werden Konkurse so stigmatisiert, dass sich manche gar nicht trauen, eine Existenz zu gründen.

Wenn heute ein Existenzgründer kommt, haben wir in Rheinland-Pfalz doch auch die Banken, die dieses prüfen und

die Mittel nicht einfach so ausgeben. Insofern haben sie auch eine gewisse Kontrolle. Wenn Sie Förderungen machen, können Sie nie ausschließen, dass natürlich auch einmal ein Konkurs passiert.

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Creutzmann spricht zurzeit auch für den Kollegen Hering.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Zu Existenzgründungen ---

Vizepräsident Schuler:

Nein, Herr Kollege Creutzmann, Sie beziehen sich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Hering.

(Pörksen, SPD: Der hat auch etwas zur Existenzgründung gesagt!)

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Gut.

Vizepräsident Schuler:

Deshalb stelle ich das nur fest, damit das in Zukunft entsprechend gehandhabt wird.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, ich halte fest, dass Effizienzmessung, welche bei Existenzgründungen gefordert wurde, sehr schwierig sein wird. Sie können mit Steuergeldern nur so umgehen, dass Sie diese sorgfältig ausgeben. Das wird über die verschiedenen Kontrollmechanismen gemacht.

Vielen Dank.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Haben Sie gehört, Herr Kollege
Hering? Jetzt wissen Sie es!)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Braun, Frau Kollegin Bill.

(Itzek, SPD: Haben Sie auch eine
Ahnung von Existenzgründung?)

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man gewinnt hier nach und nach den Eindruck, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen nicht so ganz wissen, was die Rolle der Opposition ist. Wenn man darauf dringt, einmal die Zahlen eindeutig darzustellen, wenn man einmal versucht, Kritik zu üben - ich glaube, das ist die Rolle der Opposition -, dann wird man dargestellt - Herr Creutzmann, Sie haben es gerade versucht, aber leider vergeblich -, als würde man nur herummäkeln wollen und als hätten die beiden Fraktionen der Regierung ohnehin immer Recht.

(Pörksen, SPD: Ihr unterscheidet eben
nicht zwischen Mäkeln und Kritik!)

Wenn Sie so in die Debatte gehen, dann können wir uns die Debatte natürlich auch sparen. Ähnlich spannend ist sie bisher auch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Bischel, CDU: Sie müssen immer die
Landesregierung loben, dann
sind Sie willkommen!)

- Ja, Herr Bischel, Sie haben vollkommen Recht. Zunächst müsste ich dann sagen: „Alles wird gut in Rheinland-Pfalz“, das müssen wir ab jetzt immer vorausschicken, und dann haben wir auch das entsprechende Rederecht.

Was ich gern ansprechen würde - dazu haben Herr Mittler in seiner Einbringungsrede in der letzten Plenarsitzung des Landtags und Herr Beck heute nur sehr kurz Stellung genommen -, ist natürlich der ökologische Aspekt, ist die Zukunftsfähigkeit dieser Regierung, ist die Zukunftsfähigkeit der Politik, die diese Regierung macht. Dazu ist außer vom Finanztechnischen her bisher so gut wie überhaupt nichts gesagt worden. Herr Mittler hat es geschafft, vier Sätze auf die Ökologie und auf die Umweltpolitik dieser Landesregierung zu verwenden. Herr Beck hat das heute mit einem Satz abgehakt. Er hat gesagt: Natürlich machen wir auch Ökologie, aber ich möchte jetzt zu den Finanzen kommen. -

Meine Damen und Herren, so können wir die Zukunft des Landes nicht diskutieren, zumindest nicht verantwortlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Parteien und alle Politikerinnen und Politiker sagen heutzutage, wir machen Politik für die Zukunft. Zukunftsfähige Politik ist das Stichwort der gegenwärtigen politischen Diskussion.

(Pörksen, SPD: Wir verschleudern Geld!)

Deswegen müssen die Menschen doch auch wissen, was wir darunter verstehen. Wir müssen definieren, wie zukunftsfähig

hige Politik aussieht. Das ist heute außerhalb der finanztechnischen Diskussion überhaupt nicht passiert.

(Pörksen, SPD: Erzählen Sie doch keinen Unsinn!)

Die Zukunftsfähigkeit - das hat der Herr Ministerpräsident in einem Satz angesprochen - macht sich im Moment an dem Begriff „Nachhaltigkeit“ fest, also: Wie machen wir Politik, dass auch die zukünftigen Generationen noch leben können, dass sie auch Entscheidungen treffen können, dass sie in ihren Entscheidungen frei sind?

Dazu ist der Haushalt und die Finanztechnik natürlich eine nicht unentscheidende Sache, aber es gibt Rahmenbedingungen, wie man in einem Land in Zukunft leben kann und leben will. Ich glaube, genau in dieser Perspektive, zu der heute sehr wenig gesagt worden ist, unterscheiden wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns ganz essentiell von dem, was die anderen drei Fraktionen hier vortragen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte ist vielleicht auch deswegen ein bisschen langweilig, weil, wenn alle die gleiche Zielbeschreibung machen, nämlich: „Wir wollen mehr Straßen in Rheinland-Pfalz, wir wollen mehr

(Kuhn, F.D.P.: Bildung!)

Ausbildung in Rheinland-Pfalz und wir haben alle die gleichen Wege dahin zu gehen, wir machen es genauso wie die anderen, nur, weil wir es machen, ist es besser“, kommt meines Erachtens keine Diskussion zu Stande. Wir haben in unseren Anträgen vorgelegt, wie wir uns die Zukunft in Rheinland-Pfalz vorstellen. Das unterscheidet sich von dem, was Sie sagen.

(Kuhn, F.D.P.: Sehr stark! -

Pörksen, SPD: Wie nennt man so etwas? Crashkurs!)

Natürlich kann man sich hierher stellen und lamentieren, die Landesstraßen in Rheinland-Pfalz vergammeln. Das kommt außerdem noch von jemandem, der aufpassen muss, dass nicht seine Partei vergammelt. Wir müssen doch im Auge behalten, was wir in Zukunft wollen und wie wir eine zukunftsfähige Politik machen. Die machen wir nicht, indem wir neue Landesstraßen bauen. Das haben wir deutlich gemacht. Die machen wir, indem wir das erhalten, was erhaltenswert ist. Da sind natürlich auch Landesstraßen mit dabei. Politik für die Zukunft machen wir, indem wir eine Wende in der Verkehrspolitik einleiten, indem wir eine neue Verkehrspolitik machen, die anders aussieht als die, die die CDU früher zusammen mit der F.D.P. betrieben hat, und die, die die SPD jetzt zusammen mit der F.D.P. weiterführt.

(Pörksen, SPD: Ihr macht keine Wende, ihr macht eine Halse! Ihr fahrt zurück!)

Sie haben noch keine Änderung der CDU/F.D.P.-Politik erreicht.

(Zuruf von der SPD: Was?)

- Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Änderungen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Pörksen, SPD: Warum seid ihr alles japanische Affen?)

Vielleicht ist es manchmal nicht so sehr im Bewusstsein, wenn man im Landtag Politik macht, wie sich der Trend der Umweltentwicklung im Moment abzeichnet. Es gibt Berichte von Seiten der Europäischen Union, es gibt aber auch von allen wissenschaftlichen Instituten im Moment Stimmen dazu, dass es keine Verbesserung der Umweltsituation gibt, wie immer behauptet wird, sondern eine allgemeine Verschlechterung. Gerade im Bereich der Artenvielfalt, gerade im Bereich Klima und Klimaschutz hat sich nichts getan. Es wird viel diskutiert, aber die Situation verschlechtert sich ständig. Wir können doch hier nicht so tun, als sei alles in Ordnung, meine Damen und Herren.

Deswegen ist es wichtig, Programme aufzulegen, die diese Politikbereiche tatsächlich auch abdecken und die Erneuerungen schaffen können, beispielsweise in der Klimapolitik. Ich denke, Sie haben auch die Worte von Herrn Töpfer wahrgenommen, der gesagt hat, die Stürme - wir hatten es früher immer wieder behauptet; es ist hier und auch an anderen Orten bisher bezweifelt worden -, die es in diesem Herbst gab, sind natürlich Vorboten einer weiteren Verschlechterung der Klimasituation. Der Ausgleich der Temperaturen findet viel heftiger statt, als noch vor einigen Jahren. Einer der ersten Vorboten einer zukünftigen Klimakatastrophe ist die jetzige klimatische Situation.

(Dr. Schiffmann, SPD: Erster apokalyptischer Reiter!)

Die stellt nicht nur Herr Töpfer fest, sondern dies stellen alle Institute fest, die sich mit dem Thema befassen. Deswegen muss gegengesteuert werden. Die Politik, die Sie machen, steuert nicht dagegen, die Politik, die Sie machen, ist ein deutliches „Weiter so“, und Sie haben keine Idee, wie wir aus der jetzigen Situation herauskommen sollen.

(Schweitzer, SPD: Wo sind Sie eigentlich in den letzten Jahren gewesen?)

- Herr Schweitzer, Sie haben es in der Kombination - -

(Schweitzer, SPD: Wo waren Sie denn in den letzten Jahren?)

-- mit der F.D.P. doch nicht geschafft, in den Haushalt entscheidende Verbesserungen für alternative Energieproduktion einzustellen.

(Schweitzer, SPD: Immer dieselbe Leier!)

Der SPD/F.D.P.-Haushalt enthält gerade einmal 4 Millionen DM pro Jahr für alternative Energien. Wenn Sie das hochrechnen, ist das 1 DM pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr in Rheinland-Pfalz, und das für einen entscheidenden Zukunftsfaktor. Nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist alternative Energie wichtig. Sie stellen nur 4 Millionen DM ein. Sie wissen, der Parteifreund des Wirtschaftsministers, Herr Petereit, hat für einen Prozess mehr bekommen, als wir in mehreren Jahren in die Förderung von alternativen Energien stecken. Der Haushalt zeigt, dass Sie hier keine neue Politik machen, meine Damen und Herren.

Der Verbrauch der Fläche, also die Siedlungsentwicklung insgesamt, das heißt, Siedlungsfläche mit Wohnungsbau, aber auch Gewerbefläche, Straßenbau, etc., schreitet in Rheinland-Pfalz ungebremsst weiter fort. Sie müssen das nur einmal auf die zukünftigen Jahre hochrechnen. Auch das wird so nicht weitergehen können. Wir können keine ungebremsste Entwicklung befürworten und können sie auch noch fördern. Wir müssen natürlich die Ansiedlung von neuen Betrieben fördern. Wir müssen natürlich den Wohnungsbau unterstützen, aber wir müssen Kriterien anlegen, wie das auszusehen hat. Wir müssen ökologische Kriterien anlegen. Das geschieht im Moment nicht. Innerhalb von 20 Jahren nahm die Bodenversiegelung in Rheinland-Pfalz laut Zahlen des BUND um über ein Drittel zu. Dieser Trend muß gebremst werden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wie die Diskussion um die FFH-Gebiete läuft. Da war vielleicht zunächst einmal ein Informationsdefizit auf verschiedenen Seiten. Es gab aber nicht allein dieses Informationsdefizit. Die CDU versucht die Diskussion um FFH im Moment zu nutzen, um Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz zu verhindern. Man muss weiter sehen, dass die CDU einen Partner gefunden hat, der im Kabinett sitzt, Herr Bauckhage, der verhindert, dass FFH-Gebiete ausgewiesen werden. Darum sind wir doch Schlusslicht in Rheinland-Pfalz auch bei der Ausweisung von FFH-Gebieten und nicht nur beim Bruttosozialprodukt. Wir sind Schlusslicht in Rheinland-Pfalz, weil in der Regierung immer wieder gebremst wird, wenn ein Schritt in die richtige und vernünftige Richtung gemacht werden soll. Dann stehen gleich die Bremsen von der F.D.P. bereit und sagen, nein, da mache ich nicht mit, es wird sich in Rheinland-Pfalz in die Richtung Umweltschutz und Naturschutz mit uns in keinem Fall etwas bewegen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie von der SPD vernünftigerweise FFH-Gebiete ausweisen wollten, so verhindert dies im Moment die F.D.P. Sie setzt auf Zeit. Aber sie setzt auch darauf, dass die FFH-Gebiete nicht so umgesetzt werden und Naturschutz in Rheinland-Pfalz nicht so geschieht, wie es für

die Zukunft notwendig und wichtig wäre. Dies wird zur Folge haben, dass ein vermehrtes Artensterben droht, dem wir nicht entgegenlenken können. Dies wird aber auch zur Folge haben, dass die Wohnsituation und die Erholungssituation in Rheinland-Pfalz und auch der Wert, den Sie immer wieder anführen, beispielsweise der Wert des Tourismus in Rheinland-Pfalz, zurückgeht.

Meine Damen und Herren, das ist keine zukunftsfähige Politik, die Sie betreiben. Das ist eine Politik des „Weiter so“, der Nichtweiterentwicklung und der Rückentwicklung, was die entscheidenden Zukunftsbereiche angeht.

Sie haben auch in der Finanzdebatte - dies zu Recht - die Nachhaltigkeit angesprochen: Wie sehen die zukünftigen Generationen ihren Handlungsspielraum im finanziellen Bereich? - Sie haben die richtige Zielvorgabe gewählt - ob dies der richtige Weg ist, wird sich noch zeigen -, die Nettoneuverschuldung entscheidend zurückzufahren. Ich denke, da finden Sie auch überall Unterstützung, wenn Sie das machen könnten, wie Sie wollten. Aber mir scheint, der Weg ist nicht ganz sicher, den Sie hier gehen wollen. Der Ministerpräsident hat dies angesprochen. Im Jahr 2008 soll die Nettoneuverschuldung völlig zurückgeführt sein.

Es ist leicht, Sparziele, die in weiter Zukunft liegen, anzukündigen. Aber es ist sehr schwer, diesen Sparzielen zu folgen. Man sieht, dass die Anstrengungen, die unternommen werden, so nicht zu einem entsprechenden Rückgang der Nettoneuverschuldung führen werden.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wie kommen Sie darauf?)

Das Ziel ist bestimmt richtig. Aber die Ankündigung, die Sie machen, dass Sie jetzt im alten Haushalt durch Mehreinnahmen und durch Rückführung der Ausgaben oder Nichtverausgabung von Mitteln 210 Millionen DM sparen, ist eine schöne Sache. Aber man kann nicht davon ausgehen, dass das immer so weitergeht.

(Dr. Schiffmann, SPD: 280 Millionen DM!)

- 210 Millionen DM plus 70 Millionen DM, also 280 Millionen DM.

Sparen ist aber keine Sache, die die Politik in die Zukunft bringt, sondern Ihr jetziges Sparen ist reiner Zufall. Das ist die anlaufende Konjunktur, die Ihnen hilft.

(Itzek, SPD: Das hat mit dem nichts zu tun!)

Aber das ist und das war keine Planung vonseiten dieser Landesregierung.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich, wenn Sie sich hier zumindest verbal an Nachhaltigkeitskriterien orientieren,

dann auch fragen lassen, was Sie konkret tun. Immer wieder wird das Ehrenamt in verschiedenen Bereichen angesprochen, beispielsweise bei den Menschen, die in der Krankenpflege und bei den Feuerwehren aktiv sind. Sobald es aber um das Ehrenamt im ökologischen Bereich, im Naturschutz geht, dann kippt die Sache sehr schnell. Dann wird der Ehrenamtliche, der versucht, Baugebiete zu verhindern, oder der Ehrenamtliche, der versucht, Natur zu erhalten, ganz schnell zu Ihrem Gegner vor Ort. Der Ehrenamtliche im ökologischen Bereich wird dann derjenige, der für Sie der Verhinderer ist.

Sie müssen sich daran gewöhnen, wenn Sie das Ehrenamt wollen, dass es auch Leute gibt, die sich für Bereiche einsetzen, die sich in der Politik demokratisch für Dinge einsetzen, die Sie vielleicht nicht wollen. Wir wollen Ehrenamtliche auch im ökologischen Bereich fördern. Wir haben hierzu entsprechende Anträge gestellt. Ich weiß auch, dass die SPD einen Antrag in die Richtung gestellt hat. Allerdings ist die Fördersumme, die Sie eingestellt haben, zu gering, um überhaupt etwas zu bewirken.

Meine Damen und Herren, Sie haben auch die nachhaltige Entwicklung im Bereich der Lokalen Agenda 21 angesprochen. Auch hierzu wird es noch die entsprechenden Anträge geben. Die SPD hat 200 000 DM auf die eine Million DM, die vom Ministerium gekommen ist, draufgesattelt. Ich denke, das ist zu wenig. Wir müssen in diesem Bereich entschieden mehr tun. Wir müssen aber vor allem definieren, wie die eine Million DM oder die 1,2 Millionen DM, die jetzt im Haushalt stehen, verausgabt werden.

Es hat doch keinen Sinn, wenn wir neue Fördertöpfe schaffen, zu denen wir noch gar keine Richtlinien haben. Wir müssen klären, wer sich beteiligen kann, wer im Umweltschutz weiter gefördert und wer in der Lokalen Agenda 21 gefördert wird. Wenn solche Richtlinien nicht vorliegen, nutzt es auch nichts, wenn man die Fördersumme erhöht. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass Richtlinien erarbeitet werden, wie Kommunen von der Förderung profitieren können. Wir wollen, dass dieses Geld an die Kommunen geht. Wir wollen nicht, dass die Ministerin einen Verfügungstopf hat, aus dem sie weiterhin lediglich Broschüren drucken und Öffentlichkeitsarbeit für die Landesregierung machen kann.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sie wollen mehr Richtlinien!)

Die Kommunen sollen Nutznießer der Entwicklung auch bei der Lokalen Agenda 21 sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hierzu gibt es allerdings keine Vorlagen vonseiten der Landesregierung.

(Schweitzer, SPD: Richtlinien, Vorschriften!)

Sie alle, die länger im Landtag sind, alle, die länger ehrenamtlich, auch hauptamtlich Politik machen, wissen, wie langsam eine Wende in der Politik vollzogen werden kann. Sie kämpfen jetzt um die Wende in der Finanzpolitik. Wir kämpfen seit Jahren um die Wende in der Umweltpolitik in dem Bewusstsein, dass wir alle wissen, dass Politik eine Schnecke ist und dass sie sehr lange braucht, um auch nur kleine Wege zurückzulegen. Es ist fatal, wenn wir die Politik über längere Dauer in die falsche Richtung laufen lassen. Deswegen ist es wichtig, dass wir schnell umsteuern und dann in die richtige Richtung gehen, wenn wir auch im Moment das notwendige Tempo für die richtige Richtung vielleicht noch nicht ganz vorgeben können.

Der Wechsel der Paradigmen, wie Sie es so schön ausgedrückt haben, der Wechsel der Politik, der Wechsel der Politikinhalte ist notwendig. Ich glaube, das sollten wir gemeinsam angehen können. Aber andererseits ist auch klar, wenn wir nicht die gleichen Ziele haben, dann werden wir auch nicht die gleichen Anträge befürworten können.

Wir haben unsere Ziele eindeutig auf den Tisch gelegt. Ich fordere Sie zu einer inhaltlichen Diskussion über diese Ziele auf, und ich fordere Sie auf, diesen Zielen auch zu folgen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bauckhage das Wort.

Abg. Bauckhage, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten dienen immer dazu, die Politikentwürfe der einzelnen Fraktionen gegenüberzustellen. Aber lassen Sie mich zunächst sagen, es kann nicht jede Legende unwidersprochen stehen bleiben.

Herr Kollege Jullien tut hier so, als ob die Änderungsanträge der CDU-Fraktion dazu führen würden, die Nettoneuverschuldung abzusenken. Dabei ist völlig übersehen und vergessen worden, dass natürlicherweise durch die Steuerreform, die jetzt in der Form, wie sie vorgesehen ist, vorgezogen wird, die Länder mit belastet werden. An diesem Beispiel kann man sehr deutlich erkennen, dass diese Landesregierung mit dem Ihnen heute vorliegenden Haushalt die notwendige Vorsorge trifft und in den Eckpunkten überhaupt nichts verändert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, alle politischen Ziele und Schwerpunkte - also dieser Politikentwurf der Landesregierung - können trotz der

richtigerweise vorgezogenen Steuerreform so umgesetzt werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird von Herrn Kollegen Jullien geflissentlich verschwiegen; denn sonst hätte man seriöse Rechnungen aufmachen und darüber hinaus den Mut haben müssen, zu sagen, wir nehmen den Kommunen 10 Millionen DM für die Abwasser-versorgung ab, um damit anderes zu decken. Aber das ist zu wenig.

Meine Damen und Herren, das ist unseriös. Übrigens ist dahinter auch kein Politikentwurf erkennbar. Ich wehre mich auch ein Stück dagegen, die deutsche Sprache so zu „verhunzen“ und zu sagen, der Haushalt ist schlampig. Wo ist er schlampig? - Das ist ein ganz klarer und transparenter Haushalt. Auf beiden Seiten ist klar, wie viel für die Neuverschuldung benötigt wird und wo die politischen Schwerpunkte liegen. „Finanzkrise“, das ist schon eine Verhöhnung der deutschen Sprache, meine Damen und Herren.

Eins kommt noch hinzu, das sehr interessant ist. Man stellt sich in den Lokalzeitungen vor Bilder, und dann steht dort zu lesen: Abbruch der Bezirksregierungen ist ein Abbruchunternehmen. - Meine Damen und Herren, wer nicht den Mut hat, zu sagen, dass die 40 Millionen DM im Haushaltsplan, die für die Umstrukturierung benötigt werden - - - Hinterher wird dieses Geld gut investiert sein; denn wir werden die Verwaltungsstrukturen verändern, verschlanken und effizienter gestalten.

(Dr. Weiland, CDU: Im Leben nicht!)

Natürlich ist damit eine Personaleinsparung verbunden. Diese wird nicht erreicht, wenn man nur verharren will und meint: Wir lassen alles so, wie es ist und dann verändern wir um Gottes willen nichts. - Dann muss man aber auch von einer Verminderung von 40 Millionen DM ausgehen.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist Quatsch!)

Man muss also wissen, was man will, meine Damen und Herren. Ich füge hinzu, wenn man dann sagt, die Bürgernähe werde auf dem Altar der Koalition geopfert,

(Heiterkeit des Abg. Schwarz, SPD)

dann ist das schon ein Stück weit rührend, weil man weiß, wie viele Bürger täglich mit der Bezirksregierung zu tun haben. Die Entscheidung war richtig. Die Landesregierung hat die Kraft, die Strukturen zu verändern, wobei man wissen muss, dass solche Veränderungen nicht leicht durchzuführen sind.

(Zuruf des Abg. Schöneberg, CDU)

Lassen Sie mich ein Wort zur Frage der Multimedia-Initiative sagen, wenn man schon eine Haushaltsdebatte führt. Der Herr Ministerpräsident und der Herr Minister der Finanzen haben vorhin dazwischen gerufen, dass das im Einzelplan 08 weggefallene Kapitel 08 76 jetzt im Kapitel 08 77 etatisiert ist. So einfach ist die Angelegenheit, meine Damen und Herren. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Pörksen, SPD: Schon peinlich,
was da passiert ist!)

Lassen Sie mich nun etwas zum Politikentwurf der GRÜNEN sagen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Thomas, wenn ich Ihre Änderungsanträge betrachte, suche ich einmal die Wirtschaftsförderung heraus. Später komme ich noch zu den Existenzgründungen. Nach Ihrer Meinung soll die Wirtschaftsförderung - also die Zuschüsse für Investitionen an mittelständische Unternehmen - für die Investitionsseite um 56 % im Jahre 2000 und um 33 % im Jahre 2001 gekürzt werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, das ist nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht des Mittelstands der gewerblichen Wirtschaft,

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein Schlag ins Gesicht gegen Innovationen und ein Schlag ins Gesicht gegen den technischen Fortschritt.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Darauf komme ich später zu sprechen. Herr Rieth, auf Ihre ökonomisch hervorragenden Aussagen komme ich noch gesondert zu sprechen.

Investitionsförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen: Investitionen und Arbeitsplätze bilden immer einen Zusammenhang. - Die EU-Mittel des Strukturfonds sollen um 60 % im Jahr 2000 und um 83 % im Jahr 2001 gekürzt werden. Meine Damen und Herren, das ist gegenüber den Unternehmen und gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land unverantwortlich. Das bedeutet einen Verzicht auf Arbeitsplätze und eine Zerstörung von Arbeitsplätzen und keine Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Frage des Straßenbaus. Das ist natürlicherweise Ihr Thema. Herr Rieth, das ist Ihr Politikentwurf, den Sie vertreten müssen. Daran

habe ich nichts zu kritisieren. Sie müssen im Westerwald, im Hunsrück und in der Eifel vertreten können, dass Sie dort überall eine Eisenbahn installieren wollen

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bzw. überall Busse fahren lassen wollen. Busse können aber nicht ohne Straßen fahren. Das wird so bleiben.

Sie schlagen vor, den Ansatz im Jahr 2000 um rund 80 Millionen DM zu kürzen und im kommunalen Straßenbau noch einmal jeweils rund 40 Millionen DM zu kürzen. Das müssen Sie allerdings den Menschen vor Ort im Hunsrück, in der Eifel, im Westerwald und in der Westpfalz erklären und sagen - Herr Bracht, Sie kennen das Spiel auch -: Wir werden das jetzt alles im Bereich des ÖPNV regeln. Allerdings fährt kein Bus ohne Straße. Ich sage, das funktioniert nicht.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo sind denn keine Straßen?)

Dieser Politikentwurf ist ein Schlag ins Gesicht des ländlichen Raums, ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die mobil sein müssen, und ein Schlag ins Gesicht von Mobilität und Freiheit. Schlussendlich ist es ein Schlag ins Gesicht der Arbeitsplätze.

Jetzt kommen wir zur Frage nach den Anmeldungen von Existenzgründungen, zu der Frage der normalen Insolvenzen und zu der Frage der planwirtschaftlichen Kontrolle von allem und jedem. Das kann man natürlich alles machen. Ich garantiere Ihnen aber, wer ein Stück Lebenswirklichkeit hat und außerhalb der Staatswirtschaft ein Stück weit in die Marktwirtschaft hineingerochen hat, weiß, dass man weniger Unternehmen finden wird, die etwas unternehmen wollen. Wir müssen alles evaluieren. Das ist also ein schwieriges Unternehmen.

Hinzu kommt, dass es in einer Marktwirtschaft immer Insolvenzen gegeben hat. Herr Rieth, ich nenne Ihnen ein Datum, das Sie sich sehr gut merken sollten. Ich habe einmal mit Herrn Kollegen Gerster den Arbeitsamtsbezirk Worms besucht. In diesem Arbeitsamtsbezirk sind aus unterschiedlichen Gründen über einen bestimmten Zeitraum über 2 000 Arbeitsplätze abgeschafft worden. Im gleichen Zeitraum sind 1 600 Arbeitsplätze neu geschaffen worden, wobei alle ausnahmslos aus Existenzgründungen hervorgingen. Meine Damen und Herren, man sieht, wie wichtig Existenzgründungen sind. Wenn man den Saldo betrachtet, gibt es natürlich mehr Gewerbeanmeldungen als Gewerbeabmeldungen.

Es war interessant, als Herr Böhr heute Morgen über die Handelsregistereintragungen sprach. Es ist natürlich völlig klar, dass es in diesem Land, weil es mittelständisch strukturiert ist - insbesondere in Deutschland -, Personengesellschaften, also keine Kapitalgesellschaften gibt. Deshalb ist dieser Vergleich auch nicht zulässig. Man vergleicht Äpfel mit Birnen.

Meine Damen und Herren, wer die Unterschiede - auch im Saldo - genau betrachtet, wie wir bei den Existenzgründungen abschneiden, wer sieht, dass es immer mehr werden und der Saldo größer wird, wer etwas von Marktwirtschaft versteht und wer etwas davon versteht, wie Herr Mertes es heute Morgen so schön sagte - eine Existenz übernimmt bis zu fünf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -, der weiß: Das ist im wahrsten Sinne des Wortes das Rezept, weshalb wir in diesem einzig gültigen Parameter der Arbeitslosigkeit günstiger dastehen als andere Bundesländer, weil wir über eine mittelständische Struktur verfügen und weil in diesem Land die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen und Arbeitsplätze gut sind.

Meine Damen und Herren, insgesamt bedeutet ein Haushaltsplan einerseits eine Gegenüberstellung der Politikentwürfe und andererseits, wie man die Zukunftsfähigkeit der Menschen in einem Land sichert. Ich bin der Meinung, dass das in diesem Haushalt gut gelungen ist, unter der Prämisse einer schwierigsten Finanzsituation und mit dem Ziel, die Neuverschuldung mittelfristig abzubauen. Meine Damen und Herren, das muss das Ziel sein und nicht irgendeine Rechenexempel, die uns vorgelegt werden und die hinten und vorne nicht halten.

(Vereinzelt Beifall der F.D.P.
und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe des Eduard-Spranger-Gymnasiums Landau. Seien Sie herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Rieth das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bauckhage, ich will noch einmal auf Ihre Ausführungen eingehen. Sie behaupten, unsere Anträge würden Arbeitsplätze gefährden, weil wir Subventionen im Lande abbauen.

(Zuruf des Abg. Bauckhage, F.D.P.)

Das Gegenteil ist richtig und ganz deutlich der Fall. Wir denken und handeln in unserer Politik vernetzt. Wie Sie auch wissen müssten, hat die rot-grüne Bundesregierung mittlerweile ein Unternehmensteuerkonzept auf den Weg gebracht, das Sie innerhalb von 16 Jahren nicht geschafft haben: Der Spitzensteuersatz wird von 53 % auf 45 % gesenkt. Der Körperschaftsteuersatz in Höhe von 45 % wird auf 25 % gesenkt.

Der Eingangssteuersatz wird von 25 % auf 15 % gesenkt. Der Grundfreibetrag wird von rund 12 000 DM auf 15 000 DM angehoben.

Das entlastet die privaten Haushalte summa summarum um rund 54 Milliarden DM, den Mittelstand um rund 11 Milliarden DM und die Großunternehmen um etwa 10 Milliarden DM. In der Summe werden Entlastungen von ca. 75 Milliarden DM vorgenommen.

Herr Bauckhage, wann, wenn nicht jetzt, müssen auch wir die Subventionen auf den Prüfstand stellen? Sie werden genauso gut wie wir, immer wieder, wenn wir Unternehmen besuchen, damit konfrontiert, dass uns gesagt wird: Leute senkt die Steuern und baut die Belastungen für die Wirtschaft ab. - Jetzt wird es getan. Jetzt ist es auch an der Zeit, dass das Land ebenfalls vorangeht und Subventionen abbaut. Von daher ist es für uns eine absolut logische Sache, dass wir Subventionen abbauen, und zwar so, wie wir auf Bundesebene die Steuern für den Mittelstand, die Unternehmen und die privaten Haushalte senken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Gölter das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich der letzte Redner bin, aber ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur Situation des Landes und auch zu der heutigen Debatte machen.

Gestatten Sie, dass ich mit einem kleinen persönlichen Erlebnis in diesem Hause beginne. Nehmen Sie mir ab, dass es genauso abgelaufen ist, wie ich das jetzt sage. 1990 hat die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem in keiner Grundschulkasse des Landes Rheinland-Pfalz mehr als 20 Kinder unterrichtet werden dürfen. Das war eine abenteuerliche finanzielle Perspektive. Derjenige ist anwesend, der - gelegentlich lese ich alte Protokolle, und überwiegend freue ich mich - diesen Gesetzentwurf begründet hat und mir vorgehalten hat, was für ein herzloser und kinderfeindlicher Kultusminister ich bin.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer war es denn?)

- Der Kollege Schweitzer. Sie wissen das nicht. Was meinen Sie, warum Herr Scharping damals dem Herrn Schweitzer geraten hat, nachdem man an der Regierung war, das Thema zu wechseln? Das hatte seinen Grund.

Ich bin hinterher zu Herrn Scharping, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, mit dem ich - ich sage das ganz offen - in dieser

Angelegenheit offen reden konnte, und habe gesagt: Das können Sie doch nicht machen. - Ich werde das nie vergessen. Herr Scharping hat mir gesagt: Sie nehmen das zu ernst. Wir sind doch Opposition.

Wissen Sie, das geht einem dann gelegentlich durch den Kopf, wenn hier wortreich und volltönend die Opposition charakterisiert wird. Mir geht gelegentlich auch durch den Kopf, wie ich als Kultusminister zum Teil gnadenlos wegen des Unterrichtsausfalls angegriffen worden bin. Die höchste Rate war meiner Erinnerung nach - ich habe nicht nachgeschaut; ich will es gar nicht wichtiger nehmen als es ist - einmal in einem Jahr 2,3 %, und zwar bei einem Unterrichtseinsatz, der beispielsweise im Gymnasium um 8 % höher lag als das heute der Fall ist.

(Beifall bei der CDU)

Wie ist damals darüber geredet worden.

Wir haben in Deutschland - das ist ein Stück Ausfluss unseres eigenen Perfektionismus - ein schon etwas solitäres Parlamentsverständnis. Ich habe mich einmal damit beschäftigt, wie viele Sitzungswochen im Jahr das französische Parlament tagt und wie oft Ausschüsse tagen. Ihnen würden die Augen übergehen. Sie verstehen dann, warum die meisten französischen Abgeordneten gleichzeitig Bürgermeister, député maire, sind. Das ist ein Bruchteil von dem, was wir hier tun.

In Frankreich und in Großbritannien - das soll keine Entschuldigung sein, sondern einfach nur eine Beschreibung, die ich loswerden möchte - kommt eigentlich niemand auf die Idee, der Opposition von morgens bis abends vorzuhalten oder von ihr zu verlangen, sie müsse mit diesem Apparat genau so leistungsfähig wie die Regierung sein. Ich bin gar nicht dafür, dass die Apparate aufgebläht werden. Es ist nun einmal ein sehr unterschiedlicher Ausgangspunkt. Das sollte man zumindest auch in eine solche Debatte einbringen dürfen.

Der Kollege Mertes, mit dessen Rede ich mich ein kleines bisschen auseinander setzen will, hat gesagt - der Satz ist richtig -, in der Vergangenheit sei in Deutschland Politik gemacht worden, indem man versucht hat, die Probleme von heute mit dem Geld von morgen zu lösen.

Meine Damen und Herren, das ist in der Tat so, und das trifft auf viele zu. Wenn, wie er am Schluss seiner Rede einmal angedeutet hat, auch andere Sünder sind - er hat diesbezüglich den Bund genannt; auch der Bund bringt gute Gründe, wie die rheinland-pfälzische Landesregierung, zumindest zum Teil -, mindert das nicht das Problem, das wir uns aufgehalst haben. Die rheinland-pfälzische Landesregierung in den letzten Jahren, auch ihre Außendarstellung, ist ein Beweis dafür - ich amüsiere mich immer wieder; wir waren viel zurückhaltender -, wenn ich lese, dass Rheinland-Pfalz das kinder-, investitions-, wirtschafts-, reform- und technologiefreundlichste Bundesland ist.

Ich hatte am Silvestertag ein kleines Erlebnis. Im „Mannheimer Morgen“ war auf der Seite 2 abgedruckt, was einzelne Ministerpräsidenten zu ihrem Land und zur Zukunft sagen. Ich weiß ganz genau, dass der Ministerpräsident Beck das nicht selbst geschrieben hat. Es war seine Pressestelle.

Als ich gelesen habe, wie bescheiden sich der Herr Teufel geäußert hat, und in welchem Land ich lebe, müssen sich die Kabinette der umliegenden Länder die Haare raufen, weil sie sich diesem Wettbewerb, Herr Kuhn, überhaupt nicht mehr stellen können.

(Beifall bei der CDU -
Ministerpräsident Beck: Da haben Sie
eine andere Rede gelesen! Das
stimmt einfach nicht! Da
waren Auszüge drin!)

Ich habe es im „Mannheimer Morgen“ gelesen.

(Ministerpräsident Beck: Hören Sie doch
auf mit diesem Spiel, Herr Gölter!)

- Herr Ministerpräsident, Sie müssen vorsichtig sein, dass Sie nicht bei jeder auch freundlichen Kritik ---

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

- Wenn das keine freundliche Kritik war, weiß ich nicht, was freundliche Kritik ist, es sei denn, Sie hätten keinerlei Verständnis für eine gewisse ironische Darstellung. Haben Sie nicht. Das stellt schon die Frage, welches Verständnis Sie von der Opposition haben, wenn Sie wegen einer solchen Kleinigkeit so reagieren, Herr Ministerpräsident. Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen dies sage.

Sie haben viele Jahre selbst geglaubt, dass Sie die Probleme so lösen können, wie der Kollege Mertes es beschrieben hat.

(Mertes, SPD: Alle haben
das geglaubt!)

- Herr Mertes, wir sind nun einmal in diesem Haus der Hintergrund für diese atemberaubende Verschuldung. Sie müssen sich schon in einem bestimmten Punkt Ihrer Verantwortung stellen. Rheinland-Pfalz hat 1994 bis 1998 die Pro-Kopf-Verschuldung pro Einwohner - das ist ein objektives Datum - um 1 842 DM und der Durchschnitt der Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der neuen Länder mit großen Problemen um 1 242 DM erhöht. Das heißt, Sie haben schon eine Spitzenreiterposition.

(Kuhn, F.D.P.: Besondere
Bedingungen!)

- Was heißt „besondere Bedingungen“? Gehen Sie einmal in die neuen Länder, reden Sie einmal mit Herrn Vogel und anderen, welche Probleme die zu bewältigen haben. Es ist nicht

so, dass wir 1991 von den Bäumen, auf denen wir uns befunden haben, heruntergestiegen sind, um Bananen zu essen. In diesem Land war etwas vorhanden.

(Beifall der CDU)

Das ist schon eine bemerkenswerte Entwicklung.

Herr Ministerpräsident, man hat viel zu lesen. Ich komme nicht nach. Ab und zu lese ich wirklich. Ich weiß nicht, wer das sonst noch macht.

(Zurufe von der SPD)

- Alte Reden aus diesem Landtag. Entschuldigung, verehrter Herr Kollege, nein, ich hätte das anders sagen sollen. Das ist keine Arroganz. Ich lese alte Reden aus diesem Landtag.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Herr Pörksen, Sie sind fehlerlos, ich kenne Sie.

(Vizepräsident Heinz übernimmt
den Vorsitz)

Ich habe auch die Reden von Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Sie bei Ihren Haushalten hier vorgetragen haben, nachgelesen. Da findet sich schon sehr früh die Verantwortung gegenüber den weiteren Entwicklungen. Lesen Sie es selbst einmal nach. Diese Reden in der Vergangenheit unterscheiden sich von dem, was Sie heute gesagt haben, nicht wesentlich. Lesen Sie das selbst einmal nach. Trotzdem ist diese Verschuldung weitergegangen. Sie müssen sich heute schon als Problem für die nächsten Jahre mit der Aussage konfrontieren lassen: Sie haben jahrelang in die Vollen gegriffen.

Ich habe 14 Jahre lang zwei ganz große Ressorts geleitet. Ich habe das auf der so genannten Leitungsebene - das Wort wäre uns nie in den Sinn gekommen, dazu waren wir zu bescheiden - mit einem geringen Teil dessen gemacht, was heute auf den Leitungsebenen selbstverständlich ist.

Wer von Sparen redet, der muss auch in den sensiblen Bereichen anfangen. Sie haben schon in die Vollen gegriffen. Herr Bauckhage, ich sage jetzt etwas, das einen Menschen betrifft, dem ich persönlich, wie Sie selbst wissen, sehr nahe stehe. Mich hat selten etwas so geärgert wie diese Veranstaltung New Work, viel Lärm um nichts, mit den eingeflogenen Fassadenkletterern. Wer so Geld ausgibt, Entschuldigung, der muss schon wissen, was er damit in der Perspektive für die nächsten Jahre bewirkt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Mittler, Sie wissen das auch aus persönlichen Gesprächen: Ich schätze Sie selbst als einen außerordentlich seriösen Mann. - Ich würde mir aber einen Finanzminister wünschen, der gelegentlich auch gegenüber Diskussionen im Kabinett

und in der Koalition noch einmal ein Stück härter reagiert und früher die Notbremse zieht. Da bin ich schon ein Stück stolz auf die Finanzminister, die ich erlebt habe. Ich erinnere mich, dass Herr Gaddum in der Fraktion erklärt hat: Wenn ihr diese Anträge einbringt, dann werde ich im Plenum nach einer entsprechenden Rede gegen den von mir eingebrachten Haushalt stimmen. Dann waren die ganzen Anträge weg, schlicht und ergreifend weg. Ich denke, wenn wir 1990/1991 mit 22 Milliarden DM abgeschlossen haben und

(Zuruf der Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.)

stehen heute Ende 1999 bei 40,5 Milliarden DM, dann ist dies schon eine sehr problematische Entwicklung, die genau das erschwert, was Sie sich für die nächsten Jahre vorgenommen haben, weil nämlich durch die Politik der letzten Jahre das, was Sie wollen - und alle Interessierten und Sie selbst werden dieses große Abenteuer erleben und mit verfolgen, 2008 keine Mark Neuverschuldung -, gerade durch die Entwicklung der letzten Jahre ungeheuer schwer geworden ist.

Hat sich das gelohnt? Bei aller Sensibilität des Herrn Ministerpräsidenten gegenüber mir, wenn ich hier überhaupt etwas sage: Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sich hierhin stellen und sagen, das war alles schlecht und so weiter und so fort. - Den Rheinland-Pfalz-Takt, der wirklich vorbildlich ist, habe ich schon so oft im Ausschuss und im Plenum gelobt, dass ich es selbst kaum noch hören kann. Nur, es muss doch in diesem Haus auch möglich sein, dass man auf kritische Punkte hinweist. Ich finde es jetzt einfach unfair, wenn man gegenüber der Opposition, wenn sie dieser Aufgabe nachkommt, sofort den Knüppel aus dem Sack holt, man rede das Land schlecht. Die Opposition hat nun einmal, wenn man sie nicht nur verbal ernst nimmt, sondern wirklich ernst nimmt, eine ganz bestimmte Aufgabe.

Dann muss ich Ihnen schon einmal sagen: Natürlich lässt sich für alles Begründungen finden. Ein schönes Beispiel: Wenn wir sagen, wir liegen, was das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner betrifft, auf dem letzten Platz in der Bundesrepublik Deutschland, dann sagen Sie - der Herr Bauckhage schriftlich gegenüber dem Ausschuss -: Das hängt damit zusammen, dass jeder sechste rheinland-pfälzische Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz außerhalb des Landes hat und dass nur jeder elfte Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz aus den anderen Ländern kommt. Das trifft auch zu. Das bewirkt natürlich, dass das Bruttoinlandsprodukt relativ schlecht aussieht. Wir waren da schon besser, auch 1991. Wir standen nicht auf dem letzten Platz, sondern Rheinland-Pfalz ist auf den letzten Platz gekommen. Ob die Zuwanderung allein als Erklärung ausreicht, ist sehr die Frage.

Aber wenn das zur Erläuterung beim Bruttoinlandsprodukt benutzt wird, dann muss das Argument auch bei der Arbeitslosigkeit gelten. Stellen Sie sich einmal vor, diesen Überschuss von zurzeit knapp 120 000 Auspendlern hätten wir nicht, wie sähe dann unsere Arbeitsplatzsituation aus? Das heißt, man muss eine solche Geschichte von verschiedenen Seiten an-

schauen. Ich habe hier einmal gesagt: Die Exportquote von Rheinland-Pfalz, für die wir uns laufend selbst auf die Schultern klopfen, ist ein zweischneidiges Schwert. Das ist doch nicht das Land schlechtgeredet, sondern das sagt doch nur, dass Baden-Württemberg mit einer geringeren Exportquote eine stabilere mittelständische Wirtschaft hat und damit auch krisensicherer ist bei Exportstörungen und großen Wechselkursschwankungen als das Land Rheinland-Pfalz.

Man kann wirklich nicht hingehen und die Chemie, die BASF, Boehringer und Daimler ausschließlich als Erfolg der Landesregierung verkaufen.

Das wollte ich noch einmal sagen, dass man gelegentlich ein Stück redlicher sein sollte, bei allem Verständnis dafür, dass sich eine Regierung positiv darzustellen versucht. Das braucht mir niemand zu sagen.

Herr Kollege Mertes, der über den Tag hinaus wichtigste Teil Ihrer Rede war die Passage mit dem zutreffenden Satz: „Man merkt's an sich selber, wir werden älter.“ - Immer weniger müssen immer mehr schultern. Was mich im Übrigen schon seit meiner Zeit als Sozialminister bedrückt hat, ist - das liegt lange zurück -, wie wenig diese Grunderkenntnis in diesem Staat und in dieser Republik wirklich aufgenommen worden ist. Es kann sich nämlich niemand herausreden, in keiner Partei, weil die entsprechenden Untersuchungen zum Teil schon seit 15 Jahren vorliegen. In diesem Haus hat vor 1977 mein Vorgänger, Heiner Geißler, als Sozialminister dazu schon mehrfach mit Blick auf die Rentenversicherung gesagt, welches Menetekel heute schon an der Wand steht, und wir nehmen es nicht zur Kenntnis.

(Creutzmann, F.D.P.: Und was ist mit Blüm - die Rente ist sicher?)

- Das war auch ein sehr problematischer Satz. Natürlich ist die Rente sicher, aber die Art und Weise, wie er es gesagt hat - ich habe ihm das damals auch geschrieben -, war natürlich sehr problematisch. Ich erkenne das überhaupt nicht. Meine Damen und Herren, was die Rente betrifft, werden uns die Augen noch übergehen, auch denjenigen, die heute noch meinen, man käme ohne einen Demographie-Faktor aus. Ganz am Rand: In der Rentenpolitik und in der Steuerpolitik usw., finde ich, läuft der kleinere Bonner Koalitionspartner dem großen Bonner Koalitionspartner zurzeit voraus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es ist so. Sie werden zwar hier nur beschimpft, aber es ist so. Rentenpolitik, Steuerpolitik - vielleicht fällt mir noch etwas ein. Nicht in allen Punkten, damit ihr euch nicht zu wohl fühlt.

Herr Kollege Mertes, was wir aber sehen müssen, sind die Barrikaden, die mit Blick auf das Ziel, auf den Weg, 2008 keine Neuverschuldung mehr, selbst gebaut worden sind. Wer diesen Weg gehen will - so schön „Paradigmenwechsel“ ge-

nannt -, der muss sich darüber im Klaren sein, dass er den Menschen Dinge wird zumuten müssen, von denen wir uns heute zum Teil noch gar keine Vorstellung machen, auch diejenigen nicht, die versucht haben, darüber schon ein bisschen nachzudenken.

Ich habe noch im Rahmen dieser allgemeinen Debatte eine Bitte an die Landesregierung im Zusammenhang mit der Steuerreform. Ich möchte dies ganz bewusst auch in der allgemeinen Aussprache sagen.

Der vorliegende Entwurf von Herrn Eichel behandelt die BASF besser als die kleine, mittelständische Wirtschaft.

(Schwarz, SPD: Das stimmt nicht! -

Mertes, SPD: Das stimmt nicht! Herr Schüssler hat uns am letzten Freitag vorgerechnet, wer es bekommt, und da war die BASF nicht dabei! Herr Schüssler kam mir vor wie jemand, der etwas von der Sache versteht!)

- Herr Mertes, die Kapitalgesellschaften, die Aktiengesellschaften werden in diesem Entwurf grundsätzlich anders behandelt als die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, also die Personengesellschaften. Den Personengesellschaften soll angeboten werden, dass sie sich besteuern lassen wie eine Kapitalgesellschaft, mit überhaupt nicht absehbaren Konsequenzen für Erbschaft, Betriebsübertragung usw.

(Beifall der CDU)

Was ist mit denen, die keine Gewerbesteuer zahlen, nämlich mit den vielen 1 000 Kleinbetrieben auch in Rheinland-Pfalz, mit den Einmann- und Zweimannbetrieben mit 80-Stunden-Wochen, die die Gewerbesteuer dann nicht von der verbleibenden Einkommensteuer absetzen können?

Herr Philipp, der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und Präsident der Handwerkskammer Aachen, hat dazu in der vergangenen Woche - es war in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nachzulesen - einen sehr bemerkenswerten Beitrag geleistet und in dem Sinne veröffentlicht, dass es für persönliches Unternehmertum, persönlich haftendes Unternehmertum zurzeit in Deutschland kein ausreichendes Verständnis gibt.

Meine Damen und Herren, deshalb habe ich die Bitte - wenn ich das nicht völlig falsch sehe, aber ich beziehe mich in dieser Hinsicht auch darauf, was andere schreiben, die von dieser Thematik mehr verstehen als ich -, dass die Landesregierung darauf in hohem Maße achtet und in hohem Maße versucht, auch ihrerseits zu einer Korrektur beizutragen. Ich denke, Ministerpräsident Beck hat gesagt, dass es im Vermittlungsausschuss Möglichkeiten gibt. Ich hoffe, dass wir in dieser Frage ein Stück weiterkommen. Aber die Bitte, die ich in diesem Zusammenhang auch als ganz persönliches Empfinden mit mir herumtrage, wollte ich heute doch aussprechen.

Jetzt atme ich noch ganz kurz tief durch und möchte, damit keiner sagt, es hätte keiner etwas dazu gesagt, eine kurze persönliche Bemerkung machen. Entschuldigen Sie bitte, aber sie fällt mir nicht leicht.

Ich gehöre der CDU im 42. Jahr an. Ich war immer stolz auf meine Partei, und ich bin auch heute noch stolz auf meine Partei. Es ist schon ein schwieriges Gefühl, wenn man so Tag für Tag in die Zeitungen oder in den Fernsehapparat schaut und den Eindruck hat, dass ein Teil des eigenen Lebens verbrennt. Dies trifft uns auch in diesem Saal, an diesem Pult ganz besonders - es sah einmal anders aus -, und es betrifft uns in Rheinland-Pfalz und in der Pfalz.

Eine solche Geschichte wie gestern, ein diesbezüglicher Beschluss, das ist keine einfache Sache, und die Konsequenzen für die eigene Partei sind bitter, vor allen Dingen, wenn man weiß, dass damit noch nicht das Ende aller Diskussionen erreicht ist und ganz offensichtlich auch eine nicht aufgeklärte oder nicht aufklärbare Belastung in den kommenden Monaten bleibt.

Dass andere nur begrenzt in Trauer ausbrechen, wobei es sehr unterschiedliche Reaktionen gibt, auch ganz persönlich mir gegenüber, auch was beispielsweise Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei betrifft, das kann ich verstehen. Aber ich warne vor Schadenfreude, und ich warne auch vor Hämie.

(Itzek, SPD: Das hat keiner gehabt!)

- Vorsicht! - Ich warne nur, und ich habe damit auch nicht sagen wollen, dass dies heute der Fall war. Ich denke, ansonsten hätte ich Herrn Mertes anders angesprochen. Das werden Sie auch akzeptieren.

Es gibt in Rheinland-Pfalz eine zweite Diskussion, und auch sie ist natürlich ein Punkt, mit dem sich die Landtagsfraktion sowie einzelne Personen - angefangen vom Vorsitzenden - beschäftigen.

Ich will das Verhalten von Herrn Doerfert nicht bewerten. Das werden Gerichte tun. Meine Damen und Herren, aber ich möchte auf Folgendes hinweisen: Er war eine wichtige Vertrauensperson in einer wichtigen Funktion in der Diözese Trier und darüber hinaus.

Ich sage nun, ganz bewusst so formuliert, dass nicht wieder einer dazwischen ruft, weil ich den Satz verkehrt herum aufbaue:

Wenn ich Sozial- und Gesundheitsminister gewesen wäre, hätte ich wahrscheinlich dieselbe Rede gehalten wie Herr Gerster beim Jubiläum der CTT. Sie ist durchaus bemerkenswert in ihren Aussagen, was den Vorbildcharakter betrifft.

Als Wissenschaftsminister hätte ich wahrscheinlich das, was in Trier zwischen der Universität und einem Krankenhaus versucht worden ist, so gewürdigt und so belobigt wie Herr

Zöllner. Wenn ich Ministerpräsident gewesen wäre, hätte ich mich auf dem Fußballplatz sicherlich genauso daneben gesetzt, wie dies der Herr Ministerpräsident getan hat. Jetzt hoffe ich nicht, dass irgend jemand dies als eine gehässige Formulierung bezeichnet.

Wissen Sie, wenn das so ist, dann - so denke ich - hat auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Kreisvorsitzende der Trierer CDU den Anspruch darauf, dass ihm persönlich nur das zugerechnet wird, was er persönlich zu verantworten hat. Dass Herr Doerfert sehr viel gedreht hat und dass dabei sehr viele begünstigt waren, wissen wir mittlerweile. Das ist ein sehr breites Spektrum, wie Sie ganz genau wissen. Aber ich denke, auch wenn es um Listen geht, hat auch Herr Böhr zumindest den Anspruch - auch seitens der SPD-Fraktion -, dass ihm nur das vorgehalten wird, was im Zweifelsfall auch persönlich vorgehalten werden kann.

Seit einer bestimmten Rede im Dezember, die in diesem Plenum gehalten worden ist, habe ich Zweifel, ob Sie, die SPD, vielleicht auch die GRÜNEN, die Kraft haben, Nichtbewiesenes nicht zu instrumentalisieren. Aber auch wenn ich einige Zweifel habe, wollte ich Sie doch am Schluss dieser Ausführungen darum bitten.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Finanzminister Mittler das Wort. Bitte schön!

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Regierung steht es natürlich nicht zu, Reden, die in diesem Plenum, insbesondere von der Opposition, gehalten werden, zu bewerten.

(Dr. Gölter, CDU: Das ist ganz klar! -
Kramer, CDU: Richtig!)

In Bezug auf den Teil, der sich mit dem Haushalt befasst, danke ich Ihnen für die Sachlichkeit und die Reflexion, die Sie angestellt haben, Herr Kollege Dr. Gölter. Von dem vorangegangenen Teil, den ich anders empfunden habe, möchte ich nicht reden.

Es bedarf keiner langen Erklärung, sondern es liegt nahe, dass von dem Tempo und dem Ausmaß der Verschuldung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, niemand stärker umgetrieben ist als der Finanzminister. Aber ich bitte sehr darum, die Gesamtumstände, vor denen wir Haushaltspolitik zu betreiben hatten und haben, nicht aus dem Auge zu verlieren. Insbesondere bitte ich darum, dass Bewertungen in zutreffender Weise vorgenommen werden.

Wenn beispielsweise der Fraktionsvorsitzende der CDU heute Morgen hier in seiner Rechnung, die dann bei 40 Milliarden DM landet, obwohl es Stand 31. Dezember 1999 erheblich weniger ist, auch von dem Anteil, der aus der Krankenhausfinanzierung herrührt, redet, obwohl die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 21. Dezember vergangenen Jahres bereits ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass diese Verschuldung nicht dem Land, sondern den Krankenhausträgern zuzurechnen ist, dann ist das einfach eine Verweigerung von Akzeptanz und Entgegennahme von Fakten. Ich fordere nicht Nachsicht, aber ich fordere einen fairen Umgang mit den Tatsachen ein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch bei der Verschuldung verbleiben. Herr Dr. Gölter, die Neuverschuldung des Landes in dem von Ihnen genannten Zeitraum betrug 1 842 DM je Kopf. Die Zahl ist von Ihnen zutreffend genannt worden. In Nordrhein-Westfalen betrug sie 1 753 DM. Andere Länder liegen zum Teil beträchtlich darunter, beispielsweise Bayern oder auch Baden-Württemberg. Dies zu bestreiten, wäre töricht.

Ich bitte nur, Folgendes zu beachten: Wir haben eine Investitionsquote, die im Durchschnitt der letzten Jahre um zwei bis drei Prozentpunkte über der durchschnittlichen Investitionsquote der alten Bundesländer gelegen hat. Dies macht bezogen auf die durchschnittliche Ausgaben Summe unseres Haushaltsvolumens rund 400 Millionen DM pro Jahr aus. Unabhängig davon, ob das in die vorgestanzten Klischees hineinpasst oder nicht, haben wir im Lande Rheinland-Pfalz die kommunale Finanzausstattung beträchtlich günstiger dargestellt, als dies im Durchschnitt aller Länder geschehen ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das hängt auch damit zusammen, dass wir in Rheinland-Pfalz den geringsten kommunalen Aufgabengrad im Verhältnis der Aufteilung zum Land haben, dies im Vergleich zu allen anderen alten Bundesländern. Wenn man diese beiden Aspekte einbezieht, dann lag unsere Verschuldung nicht höher, als diese im Durchschnitt aller Bundesländer gelegen hat.

Meine Damen und Herren, ich bitte auch, noch Folgendes zu sehen. Seit einigen Jahren erleben wir insbesondere die weit ausgreifenden Formulierungen, die der finanzpolitische Sprecher der CDU dazu macht.

(Pörksen, SPD: Meistens inhaltslos!)

Ich sage Ihnen, wer es für normal hält und es sogar noch verteidigt, dass der Bund ohne die Kosten der Deutschen Einheit und in einer Zeit starker wirtschaftlicher Prosperität von 1982 bis 1990 seine Schulden verdoppelt hat, dann diese Summe in weiteren acht Jahren noch einmal verzweifacht, also vom Ausgangspunkt 1982 bis Ende 1998 seinen Schuldenstand vervierfacht hat, der kann doch angesichts der Tatsache nicht

aus den Schuhen fallen, dass wir im Lande Rheinland-Pfalz den Schuldenstand in acht Jahren von 21 Milliarden DM auf 36 Milliarden DM erhöht haben. Dies entspricht einer Größenordnung von 80 %. Ich sage dies nur mit der Bitte, die Fakten richtig zu bewerten.

Im Übrigen ist diese Entwicklung im Land Rheinland-Pfalz nicht neu. Von 1975 bis 1984 hatten wir im Land eine durchschnittliche Kreditfinanzierungsquote von 10,6 %. In den Jahren von 1992, also dem ersten Haushalt, für den diese Landesregierung die volle Verantwortung trägt, bis zum Jahr 1999 waren es 2,5 Prozentpunkte weniger, dies unter völlig anderen und ungünstigeren allgemeinen Bedingungen, als sie zuvor gegolten haben.

Herr Kollege Böhr, es stört mich überhaupt nicht, wenn Sie mir den Rücken hinkehren. Sie behandeln mich damit erheblich besser als den Ministerpräsidenten, dessen Rede Sie vom letzten Platz durch den vor Ihnen sitzenden, mit dem Rücken hierher gewandten Kollegen Keller im Zwiegespräch begleitet haben. Sie behandeln mich auch noch besser, als Sie den Kollegen Mertes behandelt haben, während dessen Rede Sie draußen zwischen Tür und Angel gestanden haben, obwohl er Ihnen zugehört hat.

(Böhr, CDU: Das ist doch dummes Zeug!
Ich war einmal drei Minuten draußen!)

- Ich habe das sehr genau beobachtet.

(Böhr, CDU: Das ist doch
dummes Zeug!)

- Doch, ich habe es sehr genau beobachtet. Ihr Verhalten in Parlamentssitzungen verrät schon eine besondere politische Kultur.

(Beifall der SPD)

Ich möchte schon darauf aufmerksam machen, dass in den Jahren 1996 bis 1999 der Ausgabenzuwachs bei uns im Land im Durchschnitt - bereinigt um die Bahnreform - 1,3 % betragen hat. In den zehn Jahren zuvor waren es 4,2 %. Auch die 1,3 %, Herr Dr. Gölter, die wir im Jahr 1999 erreicht haben, sind ein Wert, der von keinem Vorgängerkollegen und von keiner Vorgängerregierung in diesem Land jemals erreicht worden ist, nicht einmal annähernd. Auch darauf möchte ich gern aufmerksam machen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Zur Verschuldung möchte ich noch eine letzte Anmerkung machen. Ich bitte, bei der Würdigung des Phänomens, mit dem wir es zu tun haben, auch darauf hinweisen zu dürfen, dass bei einem Ländervergleich natürlich auch in besonderer Weise berücksichtigt werden muss, in welchem Umfang Erlöse aus der Privatisierung von Landesvermögen in die Landes-

kassen geflossen sind. Das war bei uns in Rheinland-Pfalz der erheblich geringste Teil der Privatisierungserlöse, nämlich im Wesentlichen aus dem Verkauf des Anteils an den öffentlichen Versicherungen. Dies ist in den Haushalt geflossen. Zu nennen ist außerdem die Heimstätte.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Landesbank!)

- Die Mittel der Landesbank sind bis zu einem geringen Betrag, der in Konversionsmaßnahmen geflossen ist, ausschließlich in Stiftungsvermögen geflossen und stehen dort nachhaltig zur Finanzierung von Aufgaben im Wissenschafts- und Kulturbereich zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung machen. Herr Dr. Gölter, ich nehme das auf, was Sie zur Steuerreform gesagt haben. Sie haben die Bitte vorgetragen, die Landesregierung möge ein waches Auge darauf haben, dass die Interessen, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, nicht zu kurz kämen. Die Großen sorgten schon für sich selbst. Damit rennen Sie eine offene Tür ein; denn dies ist auch unser Anliegen. Der Ministerpräsident hat es heute Morgen angedeutet. Ich möchte es gerne noch ein Stück präzisieren.

In den Brühler Empfehlungen, die dem Bundesfinanzminister die Vorlage für die Formulierung der Unternehmensteuerreform gewesen sind, war von der Einbeziehung des Einkommensteuertarifs und eines Vorziehens der Einkommensteuerreform keine Rede, sondern es war lediglich begrenzt auf den unternehmensteuerlichen Bereich. Dieser Grundansatz hat den Referentenentwurf, der nunmehr auf dem Tisch liegt, nicht erreicht. Der Ministerpräsident und auch der Finanzminister haben in sehr eindringlicher Weise in argumentativer Form ihren Rat mit eingebracht, das Interesse der mittelständischen Wirtschaft, die zumeist in Personengesellschaften oder in Einzelunternehmen organisiert ist, in die Reform mit einzubeziehen.

Das, was Sie genannt haben, was das Optionsmodell angeht, wird sorgfältig zu bedenken sein, auch unter dem Gesichtspunkt der Steuervereinfachung, die von diesem Modell - um es vorsichtig zu sagen - nicht in signifikanter Weise ausgeht.

Sie haben aber einen Aspekt übersehen, nämlich in Bezug auf die kleineren Personengesellschaften, die nicht mit - wie Sie es formuliert haben - ungeahntem Risiko in die Option der Besteuerung für Kapitalgesellschaften hineingehen wollen. Der Referentenentwurf, von dem ich denke, dass er jedenfalls in diesem Punkt auch nachher im Regierungsentwurf stehen wird, hat dafür eine Vorsorge getroffen, und zwar in der Weise, dass die Hälfte der Gewerbesteuer, die der betreffende Unternehmer zahlt, in standardisierter Form von der Einkommensteuerschuld abgesetzt werden kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

- Ja, aber Entschuldigung: Wer keine Steuern zahlt, der kann natürlich auch nicht entlastet werden, Herr Dr. Gölter.

Das ist der eine Teil meiner Antwort, warten Sie es ab. Das bezieht sich auf die Gewerbesteuer.

(Dr. Gölter CDU: Dann kann man nichts abziehen!)

- Das ist doch logisch! Jemand, der nichts zahlt, den kann ich auch nicht entlasten. Aber dem geschieht ebenfalls Entlastung, nämlich dadurch, dass der Steuertarif angepackt wird und dass ab dem Jahr 2005 - also über zwei Stufen - der Eingangssteuersatz auf 15 % abgesenkt werden soll, der Spitzensteuersatz auf 45 %. Es ist wohl keine Beschimpfung irgendeines politischen Lagers, wenn man feststellt, dass dieser Eingangssteuersatz erst Anfang der 90er Jahre unter der CDU-Führung im Bund von 19 % auf 25,9 % angehoben wurde. Der Union ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, den Spitzensteuersatz merklich zu senken. Dies aber geschieht mit dieser Reform.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Hinblick auf den vorgelegten Entwurf allerdings sehe ich ein anderes Bedenken, das noch der sorgfältigen Erörterung bedarf. Der Hintergrund besteht darin, dass eine solche Unternehmensestruktur in dieser Breite, wie wir sie in Deutschland haben - dass nämlich rund 90 % der Unternehmen in Personengesellschaften organisiert sind -, in keinem anderen Land zu finden ist. In den anderen Ländern gibt es nur die Kapitalgesellschaften, oder doch fast ausschließlich.

Ich habe nun die Sorge, dass durch diesen steuerlichen Reformansatz zugleich auch der Anreiz des Übergangs von der Personengesellschaft zur Kapitalgesellschaft gesetzt wird.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Dieser Übergang führt auf einer längeren Zeitschiene auch zu einer veränderten Unternehmenskultur,

(Beifall der Abg. Creutzmann, F.D.P.,
und Keller, CDU)

weil sie eine größere Distanz des Unternehmers zu seinem Unternehmen schafft. Damit ändert sich auch die Haftungskultur in den Köpfen der Unternehmer. Aus meiner Erfahrung sage ich - ich weiß, wovon ich rede -, dass gerade diese starke Identifizierung, die für den mittelständischen Unternehmer in seiner Wahl der Rechtsform - der Kommanditgesellschaft, der Personengesellschaft, der offenen Handelsgesellschaft, des Einzelunternehmers - zum Ausdruck kommt, auch ein konstitutives Element der gewachsenen Wirtschaftsstruktur ist, die für sich genommen ein hohes Gut ist.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Die Steuerreform hat auch mit dem zu tun, was der Kollege Gölter in Bezug auf die Verschuldung gesagt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass auch im dritten Jahr seit der Abschaffung der Vermögensteuer und des geschaffenen Ersatzes in Form der Veränderung bei der Erbschaftsteuer und der Erhöhung der Grunderwerbsteuer eine Kompensation der entgangenen Steuereinnahmen bei der Vermögensteuer nicht gelungen ist. Ich erinnere daran, dass wir 1996 noch eine Vermögensteuereinnahme in der Größenordnung von 480 Millionen DM hatten. Im Jahr 1997 wurde das Kompensationsziel unter der Prämisse statischer Verhältnisse noch um 79 % verfehlt. Es haben uns also 420 Millionen DM in der Kasse gefehlt. Im Jahr 1998 wurde das Kompensationsziel um 62 % verfehlt. Auch im vergangenen Jahr 1999 ist die Kompensation nur zu 75 % gelungen. Bezogen auf das Steuereinkommen von 1996 war dies in absoluter Höhe immerhin ein Betrag von 120 Millionen DM. Auch dies bitte ich, nicht aus dem Auge zu verlieren.

Herr Dr. Gölter hat seine Rede hier mit den Worten begonnen: Wir waren - er meint damit frühere Regierungen - zurückhaltender, was die Außendarstellung angeht und auch in Bezug auf das, was Werbemaßnahmen oder die Darstellung von Regierung und ihrer Leistungen und dessen, was man sich auf die Agenda geschrieben hat, angeht. Herr Dr. Gölter, dazu nur eine Zahl im Vergleich.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Im Jahr 1990, dem letzten vollen Jahr der Amtstätigkeit der alten Regierung, wurden für Öffentlichkeitsarbeit 13 471 000 DM ausgegeben. - Sie haben diese Zahl gerade nicht hören können.

(Dr. Gölter, CDU: Doch, ich kenne sie genau, ich habe sie im Kopf!)

Ich wiederhole sie: 13 471 000 DM. - Nunmehr hat die Landesregierung für das Jahr 2000, für dieses Jahr, 13 597 000 DM geplant, also 126 000 DM mehr.

(Kuhn, F.D.P.: Inflationsrate!)

Dieses Mehr nach zehn Jahren lässt sich nicht einmal mehr in Bruchteilen von Promillen rechnerisch darstellen. So viel zurückhaltender wart Ihr damals auch nicht! Ich musste dies der objektiven Betrachtung halber hier darstellen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Rieth das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Anmerkung zu dem, was Herr Finanzminister Mittler gesagt hat. Dann will ich noch ein Thema aufgreifen, von dem wir es für wichtig halten, dass es auch bei der Generalaussprache genannt wird.

Herr Mittler, Sie haben angesprochen, dass die Umwandlung von Personen- in Kapitalgesellschaften durch die Reform, die die rot-grüne Bundesregierung angestoßen hat, problematisch sein könnte. Diese Reform und diese Umwandlung in Kapitalgesellschaften bietet natürlich auch eine Chance für etwas anderes, das wir in Zukunft im Bereich der unternehmerischen Entwicklung und der Entwicklung der Gesellschaftsform beachten müssen. Es besteht nämlich durchaus die Chance, dass durch diese Reform auch die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Kapital ihrer Unternehmen eine neue Chance erhält.

Ich will Ihnen auch sagen, aus welchen Gründen das über diesen engen Bereich hinaus von Bedeutung ist. Zum einen kann damit die dritte Säule der Altersversorgung aufgebaut werden. Ich nenne als Stichwort nur das Drei-Säulen-Modell von Biedenkopf, das vor einigen Jahren im „Spiegel“ ausgebreitet wurde, welches auch heute Grundlage der Diskussion ist. Zum zweiten wird es bedeuten, dass es zu einer Eigenkapitalerhöhung kommt, was die Betriebe dringend brauchen, gerade die kleinen und kleinsten Betriebe, und dass durch diese Beteiligung natürlich auch die Standorttreue der Arbeitsplätze erhöht wird. Das Ablösen von der Form der Personengesellschaft hat durchaus auch Chancen in anderen Bereichen, was natürlich dann auch durchdacht und von der Landesregierung sowie von der Bundesregierung vernünftig begleitet werden muss, dass sich auch für die kleinen und kleinsten Unternehmen neue Möglichkeiten der Entwicklung eröffnen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, weil er sowohl für das Land als auch für den kommenden Haushalt bzw. die kommenden Haushalte von besonderer Bedeutung ist. Es geht um das Genehmigungsverfahren zum Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich. Jetzt ist vom Ministerium für Umwelt und Forsten niemand da, dann richte ich meine Äußerung allgemein an die Landesregierung. Wir haben einen Antrag zu diesem Kapitel „Genehmigungsverfahren 1. TG (funkelnagelneu)“, also die zweite 1. Teilgenehmigung (neu), eingebracht, und wir bitten auch die Landesregierung ganz ernsthaft, diese dort aufgeführten Punkte noch einmal mit dem abzugleichen, was sie derzeit im Genehmigungsverfahren in der Prüfung hat.

Erster Punkt: Es geht darum, dass es sich um die technische Sicherheit einer Anlage handelt, die seit 12 Jahren stillsteht. Das bedarf nach unserer Einschätzung einer Neubewertung. Eine solche Anlage, die so lange stillsteht, ist weltweit ein Unikat. Das hat es noch nicht gegeben. Dafür gibt es auch keine vorgefertigten Verwaltungsvorschriften oder Gesetze. Sie ist aber natürlich real vorhanden und muss aus techni-

schen Sicherheitsgründen einer besonderen Bewertung und Betrachtung unterzogen werden.

Zweiter Punkt: Der technische Standard der Anlage nach § 7 des Atomgesetzes ist für uns und nicht nur für uns, sondern auch für das Bundesumweltministerium, wie es uns im November auch schriftlich mitgeteilt hat, Maßstab der Genehmigung für die 1. Teilgenehmigung. Ich denke, das ist wichtig und deutlich. Sie sollten auch Ihre Dienstwege nutzen, um intern mit dem Bundesumweltministerium zu klären, dass auch dieser technische Standard der Anlage nach Wissenschaft und Technik Grundlage für die Erteilung oder Nichterteilung einer neuen Genehmigung ist.

Der dritte Punkt betrifft die Teilgenehmigungen 2 bis 7, zu denen auch schon einmal vonseiten der Landesregierung und der Regierungsfractionen gesagt wurde, sie seien rechtskräftig und wären nicht mehr angreifbar. Auch dazu hat uns das Bundesumweltministerium mitgeteilt, dass diese sehr wohl eine Wirkung auf die neu zu genehmigende 1. Teilerrichtungsgenehmigung entfalten. Es ist auch klar und offensichtlich. Das kann man auch in allen Protokollen - auch Gerichtsprotokollen - nachlesen.

Die RWE hat selbst bis zum Kippen der 1. Teilerrichtungsgenehmigung (alt) 1988 immer behauptet, die 1. Teilerrichtungsgenehmigung ist das vorläufige positive Gesamturteil. Bei allen Klagen - ob sie von der Stadt Neuwied oder von den Bürgern in der Region waren, die bei den Klagen um die 2. bis 7. Teilgenehmigung gesagt haben, wir greifen das aus diesen und jenen Gründen, Technik usw., an - wurde von Gerichts wegen immer darauf verwiesen, das sei in der 1. Teilgenehmigung (alt) damals geregelt, die als vorläufiges positives Gesamturteil bewertet werden müsste.

Als dann diese 1. Teilerrichtungsgenehmigung (alt) 1988 vom obersten deutschen Gericht gekippt wurde, hat die RWE ihre Argumentation geändert und gesagt: Nicht mehr vorläufiges positives Gesamturteil, die 1. Genehmigung beinhaltet nur noch die Baugrube und den großräumigen Standort. - Also kurz und gut, die Genehmigungen, die derzeit erteilt sind - 2 bis 7 -, entfalten Auswirkungen auf die 1. Teilerrichtungsgenehmigung. Wir bitten, dass das in diesem Genehmigungsverfahren mit berücksichtigt wird.

Ich komme zum letzten Punkt. Wir hatten das auch im letzten Plenum angesprochen. Wir haben uns auch zu unserem Erstaunen attestieren lassen, dass es eine Vielzahl von Erdbebenaktivitäten seit Beginn des Genehmigungsverfahrens Anfang der 70er-Jahre gegeben hat. Wir finden, dass das auf jeden Fall Anlass genug ist, diese Erdbebenaktivität in ihrer Vielzahl, nicht nur in ihrer Stärke von einzelnen Erdbeben, neu zu bewerten.

Frau Martini bzw. Vertreter des Umweltministeriums, die Menschen in der Region Koblenz, Neuwied und Andernach schauen sehr genau hin, wie diese Landesregierung mit diesem Genehmigungsverfahren umgeht. Der Kollege Remy

wird mir das bestätigen, wir haben im städtischen Haushalt vorsorglich die Mittel für weitere Klageschritte nach wie auch immer ausgehendem Teilerrichtungsgenehmigungsverfahren eingestellt. Sie sind im Haushalt des Jahres 2000 bereitgestellt. Die Stadt Neuwied wird wieder klagen. Die Mehrheit dafür wird es geben.

Von daher ist es wichtig, dass diese Landesregierung alles dafür tut, um ihren erklärten politischen Willen - den darf man haben, auch wenn man sich natürlich nach Recht und Gesetz verhalten muss; das werde ich von Frau Martini irgendwann wieder hören - auch umzusetzen, indem man diese Punkte, die ich eben genannt habe, in die Erwägung des Genehmigungsverfahrens mit einbezieht. Ich halte das für eine legitime und auch für eine verpflichtende Aufgabe, der sich die Landesregierung stellen muss.

Ich möchte noch kurz etwas zu dem sagen, was in Berlin in diesem Zusammenhang läuft. Wir tun - das sage ich für die Seite des grünen Regierungspartners auf Bundesebene - alles, damit der Atomausstieg in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion unumkehrbar wird. Ich würde mir wünschen, dass es mit der SPD in Berlin etwas schneller ginge. Dann kämen wir möglicherweise auch etwas schneller zu einem Ergebnis. Aber ich denke, je besser das vorbereitet ist, umso eher wird auch dieser Atomausstieg unumkehrbar im Bundestag eingebracht und verankert werden.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen und insbesondere der SPD, das hat nur marginal mit dem Genehmigungsverfahren um die 1. TG (funkelnagelneu) zu tun. Das wurde uns auch deutlich gemacht. Ein Herr Trittin, selbst wenn er wollte, und selbst ein Kanzler Schröder, wenn er wollte, kann uns die Verantwortung für das Genehmigungsverfahren nicht abnehmen. Die Landesregierung als Genehmigungsbehörde ist originär gefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dieses AKW nie mehr ans Netz gehen zu lassen.

Wie gesagt, nehmen Sie unsere Anregungen auf. Am besten ist es, Sie stimmen unserem Antrag zu und beauftragen Ihre Landesregierung damit, diese Punkte in das Genehmigungsverfahren mit einfließen zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Dr. Schiffmann, SPD: Die braucht
keine Beauftragung!)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Grundsatzaussprache - Einzelplan 02 - liegen nicht mehr vor.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Protokoll vom 9. September 1998
zur Änderung des Europäischen Übereinkommens
über das grenzüberschreitende Fernsehen
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5218 -
Erste Beratung**

Ich schlage vor, diesen Gesetzentwurf an den Medienpolitischen Ausschuss - federführend - sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Dazu gibt es erkennbar keine Einwände. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
und zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5219 -
Erste Beratung**

Ich schlage vor, diesen Gesetzentwurf ebenfalls an den Medienpolitischen Ausschuss - federführend - sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Hiergegen gibt es keine Einwände. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir setzen die Beratungen des Haushalts mit dem

**Einzelplan 05
- Ministerium der Justiz -**

fort.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Berg das Wort.

Abg. Berg, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Justiz genießt leider nicht überall den Stellenwert, der ihr als dritte Gewalt im Staat zukommt.“ - Gegen dieses Zitat aus dem Neujahrsgrußwort des Justizministers in der letzten Ausgabe des Justizblattes kann man sicherlich nichts einwenden. Noch treffender müsste es jedoch lauten: Die Justiz genießt leider nicht überall, insbesondere nicht bei dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, den Stellenwert, der ihr als dritte Gewalt im Staat zukommt;

(Pörksen, SPD: Frechheit!)

denn vor zwei Jahren wurde an gleicher Stelle im Neujahrsgrußwort im Justizblatt ebenfalls zutreffend - ich zitiere wörtlich -

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

von schwierigen Bedingungen, von personellen Engpässen und von unbefriedigender Sachausstattung im Bereich der Justiz gesprochen. Für den Bereich des Strafvollzugs wurde sogar von einer dramatischen Entwicklung gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese prekäre Situation in der rheinland-pfälzischen Justiz hat sich bis heute leider nicht entspannt, sondern eher noch verschärft. Da hilft auch kein Schönreden, die Justiz ist und bleibt das Stiefkind dieser Landesregierung,

(Pörksen, SPD: Ach je!)

nur, im Unterschied zu damals, vor zwei Jahren, reden Sie heute nicht einmal mehr darüber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tatsache, dass die Justiz trotz dieser Umstände funktioniert und nach außen hin ein weitgehend positives Bild beschreibt, ist einzig und allein dem großen Engagement und der Arbeitsmoral aller Justizbediensteten zu verdanken.

Leider beschränkt sich der vorgelegte Justizhaushalt auch in diesem Jahr wieder einmal weitgehend darauf, Misere fortzuschreiben, die Missstände und die Engpässe werden verwaltet, aber nicht beseitigt, große Probleme werden verdrängt, statt gelöst.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD -
Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Nur in wenigen Bereichen gibt es Lichtblicke. Der Fairness halber möchte ich sie auch nennen. Es wird im neuen Haushalt den langjährigen Forderungen der CDU entsprochen, wenn auch sehr spät, vielleicht zu spät.

Da ist zum einen die Verbesserung der Beförderungssituation im Bereich des Justizvollzugs im mittleren Dienst.

(Pörksen, SPD: Woran lag das denn?)

Damit hat sich eine langjährige Forderung der CDU durchgesetzt, die übrigens auch einmal kurzzeitig und kurzfristig eine Forderung der F.D.P. war. Konkret handelt es sich um neu geschaffene Stellen im Bereich A 8.

Wissen Sie, es handelt sich um Justizobersekretäre, die vor 20 Jahren bis 25 Jahren in A 5 eingestellt wurden und mittlerweile bei A 7 angekommen sind und jetzt erleben müssen, dass neue Kollegen bereits in A 7 eingestellt werden, während für sie die Beförderung zum Justizvollzugshauptsekretär, also nach A 8, praktisch ausgeschlossen ist. Insofern war eine Veränderung des Stellenplans überfällig.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Heinz:

Entschuldigung, Herr Kollege Berg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Frey?

Abg. Berg, CDU:

Ja.

Vizepräsident Heinz:

Herr Dr. Frey, bitte schön!

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Kollege Berg, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Stellenplanobergrenze im Justizvollzug erst dann verändert werden konnte, nachdem entsprechende bundesgesetzliche Regelungen geändert worden sind?

Abg. Berg, CDU:

Wissen Sie, mit dieser Ausrede haben wir jetzt lange Zeit gelebt. Herr Kollege Dr. Frey, Sie wissen genauso wie ich, dass Sie bereits vor zwei Jahren den Vertretern der Justizvollzugsbediensteten versprochen haben, im Stellenplan eine Korrektur - von A 7 nach A 8 - vorzunehmen und dieses Versprechen kurzfristig nicht einhalten konnten, aber nicht wegen der Regelungen der Stellenplanobergrenzen.

(Kuhn, F.D.P.: Keine Beantwortung
der Frage!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine späte Einsicht der Landesregierung, letztlich jedoch eine erfreuliche Botschaft für eine leider noch sehr begrenzte Anzahl von Betroffenen. Wir hoffen, dass die Landesregierung diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortschreiben wird.

Wir begrüßen weiterhin, dass die Ausgaben für die EDV-Ausstattung endlich spürbar aufgestockt wurden. Auch dies ist eine langjährige Forderung der CDU. Aber es genügt nicht, EDV-Anlagen in großer Zahl aufzustellen. Wir hören aus dem Justizbereich, dass ein wesentlich höherer Bedarf an Schulungen besteht, und wichtig wird sein, noch wesentlich intensiver als bisher die besonderen Stärken der EDV für die einzelnen Bereiche der Justiz festzustellen und zu nutzen. Computer dürfen nicht zur bloßen Dekoration werden, weil Schulung fehlt, sondern es geht um den optimalen Einsatz der EDV, und Computer sollen Vorgänge vereinfachen und nicht komplizierter machen.

Die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen in diesem Bereich der EDV sind groß. Als Stichworte nenne ich

elektronische Kommunikation und elektronischer Rechtsverkehr. Hier werden weitreichende Möglichkeiten eröffnet, zum Beispiel elektronische Übernahme der Daten von Verfahrensbeteiligten in die Justizverfahren, also weg von der Datenerfassung, eine weitgehende elektronische Aktenführung, Beschleunigung der Verfahren, Einsparung von Portokosten, Reduzierung der Archivräume und der Aktenaufbewahrung in den Geschäftsstellen, Rationalisierung des Geschäftsbetriebs durch den Wegfall von Schriftgutverarbeitung, raschere Verfügbarkeit von Entscheidungen usw.

Die CDU-Fraktion fordert erstens, dass hierzu gegebenenfalls noch notwendige Rechtsgrundlagen schnellstmöglich geschaffen werden, und zweitens, dass für die Bereiche, die heute bereits rechtlich möglich sind, Rheinland-Pfalz endlich Anschluss an Entwicklungen findet, die in vielen anderen Bundesländern bereits Standard sind. Hier haben wir einen erheblichen Aufholbedarf.

(Pörksen, SPD: In welchen Bereichen?)

In diesem Zusammenhang nur ein Beispiel: Seit langem besteht rechtlich die Möglichkeit eines elektronischen Grundbuches. Ebenso besteht seit langem die Rechtsgrundlage für den elektronischen Datentransfer von Grundbuchamt zum Katasteramt. Aber in Rheinland-Pfalz wurden diese Möglichkeiten bisher nicht ausgeschöpft. Andere Länder sind viel weiter. Dies kritisieren wir. Aber gleichzeitig begrüßen wir, dass wenigstens jetzt ein erster Einstieg zumindest gesucht und hoffentlich auch gefunden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zu den Problemfeldern, die uns große Sorge bereiten. Die Juristenausbildung ist das Rückgrat der Justiz. Nur eine gute Juristenausbildung sichert die Qualität der Rechtsprechung, Zuverlässigkeit der Rechtsprechung, Kontinuität der Rechtsprechung und insbesondere auch eine schnelle Rechtsprechung. Ohne qualifizierte Juristen kann es keine Rechtssicherheit in Deutschland geben. Ich sage dies vor dem Hintergrund all dessen, was zurzeit im Bereich der Juristenausbildung auf Bundesebene diskutiert wird und zum Beispiel auch vor dem Hintergrund der Reform der Referendarausbildung, wie wir sie in Rheinland-Pfalz erleben müssen.

Was hier diskutiert wird, sind weitgehend keine Reformvorschläge, sondern im Ergebnis reine Sparvorschläge. Dies gilt auch und gerade für die Reform der Referendarausbildung, wie sie in Rheinland-Pfalz beschlossen wurde.

Die wirklichen Probleme, die wir haben, sind Juristenschwemme - Stichwort: Zwischenprüfung -, Qualität der Juristenausbildung, insbesondere im europäischen Vergleich, Dauer der Juristenausbildung, auch hier im Vergleich zu Europa. Diese Probleme bleiben ungeklärt. Alle wissen, die Lösung dieser drängenden Probleme wird zwangsläufig zu Mehrkosten führen. Stattdessen zielen aber offenkundig sämtliche Re-

formbestrebungen allein darauf ab, dass zukünftig für die Juristenausbildung noch weniger Geld als bisher ausgegeben werden muss.

Ich darf für die CDU-Fraktion zwei Dinge feststellen, damit auch da Klarheit herrscht:

1. Wir wollen am Einheitsjuristen festhalten. Erst darauf kann die endgültige Spezialisierung aufbauen.
2. Die Juristenausbildung muss zweistufig bleiben, mit einem universitären und einem staatlichen Teil sowie zwei staatlichen Examinas.

Meine Damen und Herren, wenn es um die Qualität der Juristenausbildung geht, gibt es einfach nichts mehr zu sparen. Sparen auf Kosten der Juristenausbildung kann fatale Folgen haben, nicht nur für die Rechtssicherheit, sondern auch für den Rechtsstaat insgesamt.

Was den konkreten Haushalt betrifft, werden wir natürlich sehr genau hinsehen, ob die Versprechen im nächsten Jahr eingelöst werden und ob tatsächlich mehr Rechtsreferendare ausgebildet werden, wie es uns jetzt von der Landesregierung versprochen wird.

Der Haushalt weist für die nächsten beiden Jahre die bisherige Stellenzahl in Höhe von 1 227 Stellen aus, während die Ausgaben allerdings gesenkt werden. Es wird in dem Bereich gespart, in dem der geringste Widerstand der Betroffenen zu erwarten war. Nach unserer Auffassung ist an der falschen Stelle gespart worden. Deswegen konnten wir dem Gesetzesentwurf der Landesregierung nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, eine weitere große Sorge bereitet uns die Justizreform auf Bundesebene, insbesondere die Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz. Wir begrüßen es, dass sich die Landesregierung bereits ablehnend gegenüber den Plänen der Bundesjustizministerin geäußert hat. Es ist allerdings bedauerlich, dass diese ablehnende Haltung der Landesregierung bei den verschiedenen Gelegenheiten an verschiedenen Orten mal mehr und mal weniger stark zum Ausdruck gekommen ist, je nachdem, wo man gerade spricht. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele: Einmal wird in einer pfälzischen Tageszeitung von „Taschenspielertricks“ gesprochen. An einer anderen Stelle - im Justizblatt - wurde kürzlich ausgeführt: Man soll keineswegs voreingenommen an die Reformpläne herangehen und sie nicht schon im Vorfeld rundum ablehnen. - Das Letzte hört sich fast schon wie eine Zustimmung an. Das Ganze klingt insgesamt sehr doppelzüngig.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Von dieser Landesregierung sind wir Doppelzüngigkeiten durchaus gewohnt.

(Pörksen, SPD: Hören Sie doch auf mit dem Ton! Das ist doch schrecklich!)

Neu ist allerdings, dass man sich jetzt auch im Justizressort dieser Doppelzüngigkeit bedient. Ich bin der Meinung, dass das geklärt werden müsste. Deshalb fordert die CDU-Fraktion Klarheit in diesem Punkt. Das heißt, wir fordern im Interesse der Bürger von Rheinland-Pfalz eine glasklare Position gegen die Reformpläne von Rot-Grün.

Sehr geehrter Herr Justizminister, wenn Sie der Auffassung sind, dass es sich bei diesen Reformplänen der Bundesregierung um „Taschenspielertricks“ handelt, müssen diese Reformpläne konsequenterweise unmissverständlich abgelehnt werden; denn es sind nicht nur einige Landgerichte - zum Beispiel Bad Kreuznach oder Landau -, deren Bestand durch diese Reform gefährdet wird. Es sind insbesondere alle - ich betone alle - kleinen Amtsgerichte, die dann infrage stehen. Die Bürger aus meiner Heimat wollen wissen, ob die Amtsgerichte in der Eifel und im Hunsrück geopfert werden.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Interessant wäre es - Sie sind wieder so vorlaut, Herr Pörksen -, zu diesem Thema auch etwas von den Rechtspolitikern der SPD-Fraktion zu hören,

(Pörksen, SPD: Was bin ich?)

die bei diesem Thema bisher geschlossen untergetaucht sind. Sie sind aufgefordert und haben auch gleich die Gelegenheit dazu, unmissverständlich dazu Stellung zu nehmen, ob bewährte Gerichtsstrukturen und Bürgernähe dem sinnlosen Aktionismus und der Selbstdarstellung Ihrer Genossin,

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

der Bundesjustizministerin, geopfert werden sollen.

Eines ist doch klar: Wenn nur noch Eingangsgerichte mit mindestens zwölf bis 15 Richtern überleben sollen, bedeutet das zwangsläufig einen Kahlschlag in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz, insbesondere in den ländlichen Gebieten.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das wollen, sagen Sie das. Wenn Sie das jedoch nicht wollen, sind Sie aufgefordert, diesen rot-grünen Plänen nachdrücklich zu widersprechen.

Alle Fachleute bestätigen übrigens, dass diese Reform ihre Ziele - es sind gute Ziele - nicht erreichen wird. Es wird also keine schnelleren Verfahren und keine Personaleinsparungen geben. Wenn es nur eine Tatsacheninstanz gibt, werden Prozesse noch aufwendiger und zeitintensiver bearbeitet und geführt werden müssen als bisher. Das bedeutet: Längere Verfahren und mehr Personal. - Das weiß jeder Praktiker.

Man möge sich vorstellen, ein Rechtssuchender aus Saarburg müsste wegen eines Streitwerts von 1 700 DM mitsamt Zeu-

gen zur Berufung bis nach Koblenz anreisen. Hier drängen sich bereits verfassungsrechtliche Bedenken auf.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das steht in einem sehr engen Zusammenhang mit dem Haushalt, weil suggeriert wird, dass durch eine solche Reform Personaleinsparungen möglich seien. Das ist eine Täuschung, die wir uns nicht gefallen lassen dürfen.

(Pörksen, SPD: Dann müssen Sie in Berlin Reden halten und nicht hier!)

Deshalb fordern wir vom Justizminister eine klare Stellungnahme und nicht Stellungnahmen, die mal so und mal so ausfallen.

(Vereinzelte Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiteres gravierendes Problem in diesem Land - das ist hinlänglich bekannt - ist der Strafvollzug und insbesondere die dramatische Überbelegung unserer Justizvollzugsanstalten. Es steht fest, die Baumaßnahmen, die jetzt ergriffen wurden, werden eindeutig zu spät ergriffen: Jahr für Jahr wurde zugebracht und auf das Wunder einer sinkenden Zahl von Strafgefangenen gehofft.

Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist eingetreten, mit der Folge, dass die Justizvollzugsanstalten jetzt aus allen Nähten platzen. Ich will das nicht im Einzelnen schildern, weil das bekannt ist: Einzelzellen wurden zu Doppelzellen umfunktioniert, Sozialräume wurden zu Haftzellen usw.

Ganz neue Töne zum Strafvollzug ausländischer Häftlinge hört man seit einigen Wochen aus der Bundeshauptstadt Berlin: Ausländer sollen ihre Haftzeit in ihrem Heimatland verbüßen. - Das war von der Bundesjustizministerin kurz nach Weihnachten zu hören. Ziel des Vorstoßes ist es, die überfüllten deutschen Justizvollzugsanstalten zu entlasten. Die Vorstellung ist nicht uninteressant. Die Haftverbüßung im Ausland ist billiger, deutsche Haftanstalten würden entlastet und die Regelung hätte sicherlich auch eine nicht unbeachtliche präventive Wirkung auf ausländische Straftäter.

Bekanntlich hatte der hessische Justizminister im Frühjahr des letzten Jahres einen solchen Vorschlag bereits unterbreitet. Damals war die Reaktion der SPD noch einhellig ablehnend. Meine Damen und Herren, unsere SPD im Landtag ist, nachdem der Vorschlag von der Genossin aus Berlin gekommen ist, wieder einmal abgetaucht. Auch hier müssen Sie Farbe bekennen und sagen, ob Sie die Auffassung von Frau Dr. Däubler-Gmelin teilen; denn Strafvollzug ist ein landespolitisches Thema, das im Zusammenhang mit dem Haushalt steht. Dem darf sich die SPD im Land nicht verweigern.

Die CDU-Fraktion fordert eine ernsthafte Prüfung dessen, was auf Bundesebene diskutiert wird und wozu viele andere

bereits Stellung genommen haben. Ich erwarte eine klare Position seitens der SPD im Land zu den Vorschlägen der eigenen Bundesjustizministerin.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU -
Pörksen, SPD: Ist das hier
eine Fragestunde?)

Meine Damen und Herren, einstweilen können wir, solange die Justizvollzugsanstalten hoffnungslos überbelegt sind, auf wohlformulierte Presseerklärungen aus der Konservendose zu hochtrabenden Resozialisierungsbemühungen gerne verzichten. Angesichts der Tatsache, dass in Rheinland-Pfalz noch nicht einmal die Grundstandards in Form von ausreichendem Haftraum, sanitären Anlagen und Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben sind, ist es wirklich fehl am Platz, dass wir diese Presseerklärungen zu wirklich hochtrabenden Resozialisierungsbemühungen über uns ergehen lassen müssen.

Zum Stichwort „Überlastung“ der Justiz muss auch ein Feld angesprochen werden, das selten angesprochen wird. Ich möchte heute die Situation der Gerichtsvollzieher im Land ansprechen. Fest steht, dass es zu wenig Gerichtsvollzieher gibt. Vom Verband wurden uns in Einzelfällen Überlastungen von durchschnittlich 160 % bis 210 % berichtet. Gründe hierfür sind unter anderem der Aufgabenzuwachs, zum Beispiel die Übertragung der Abnahme der eidesstattlichen Versicherung auf die Gerichtsvollzieher. Kurzfristige Abhilfe ist nicht in Sicht. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Die Gerichtsvollzieher beklagen sich zu Recht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer glaubt, dies sei in erster Linie ein Problem der Gerichtsvollzieher, der irrt. Hier entsteht Tag für Tag den Gläubigern ein wirtschaftlicher Schaden, wenn Vollstreckungsmaßnahmen verspätet durchgeführt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man seinen vor Gericht durchgesetzten Titel nicht mehr in angemessener Zeit realisieren kann, geht ein Stück Rechtsstaat verloren. Es ist nicht zu erkennen, dass die Landesregierung ein Konzept vorlegen könnte, um diesem Problem zu begegnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn diese von mir aufgezeigten Mängel bestehen - daran besteht überhaupt kein Zweifel -, müssen wir auch darüber reden. Nicht darüber zu reden heißt, Missstände fortzuschreiben und weiter zu vergrößern. Eines steht fest: Die Zeche zahlen im Ergebnis der Rechtsstaat und die Bediensteten.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Abg. Redmer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Justizhaushalt ist wie immer unspektakulär, aber nicht problemlos. Die Justizpolitik der vergangenen Jahre erfolgte geräuschlos und ohne Skandale. Das alles kann aber nicht bedeuten, dass wir wegschauen und uns nicht mit einzelnen Punkten auseinandersetzen müssen. Es kann gar nicht bedeuten, dass wir nicht Perspektiven für die Zukunft entwickeln müssen.

Dass die Opposition dies alles anders und viel problembeladener sieht, haben wir von dem Kollegen Berg hören können. Das haben wir auch vor zwei Jahren von ihm hören können. Auch damals hat er ein Horrorszenario an die Wand gemalt. Herr Kollege Frey musste damals noch antworten. Der Kollege Caesar stand voll in der Schusslinie des Kollegen Berg, was er alles falsch gemacht hätte. Ich habe Ihre Rede gestern Abend nachgelesen. Schütteln Sie nicht den Kopf. Ich weiß, was Sie vor zwei Jahren gesagt haben. Sie haben massive Vorwürfe gegen das vorgebracht, was Herr Caesar an Rechtspolitik im Land gestaltet hat.

Wir haben die Rechtspolitik des Herrn Caesar vor mehreren Jahren, vor zwei Jahren und in den letzten Wochen immer gleich beurteilt. Wir sind froh, dass der Kollege Mertin als neuer Justizminister den Weg des Kollegen Caesar weitergeht und in dessen Sinn die Rechtspolitik in diesem Land gestaltet.

(Vereinzelte Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dies beinhaltet insbesondere den Punkt, für die Unabhängigkeit, für das politische Gewicht der Rechtspolitik zu streiten und Rechtspolitik nicht an den Rand geraten zu lassen, wie wir das in verschiedenen Länderkabinetten mittlerweile leider erleben müssen.

Die Justiz nimmt für sich einen hohen Deckungsgrad in Anspruch, und zwar etwa 40 %. Dies kann nicht bedeuten, dass sie deswegen keinen Sparzwängen unterliegt. Natürlich unterliegt sie ebenfalls den Sparzwängen, die insgesamt für den Haushalt gelten. Dies bedeutet, dass wünschenswerte Vorhaben nur in kleinen Schritten verwirklicht werden können. Alles andere zu sagen, wäre unredlich. Der Kollege Mertens, unser Fraktionsvorsitzender, hat uns heute Morgen deutlich gemacht, dass es mitunter schmerzhaft ist, zu sagen, dass das und das nicht mehr geht. Wer würde nicht gern durch die Landgerichte und Amtsgerichte ziehen und sagen, ihr braucht alle mehr Richter, Rechtspfleger und Technik? Jeder würde gerne das Füllhorn ausschütten. Es muss jedoch bezahlt werden.

Herr Kollege Berg, wenn man sich einmal mit der Ausgangslage auseinander setzt und feststellen will, wie die wirkliche Belastung in der Justiz ist, empfiehlt es sich, sich einmal einige Zahlen zu Gemüte zu führen. So kann festgestellt werden, dass bei den Zivilsachen zwischen 1989 und 1998 - in neun Jahren - ein Anstieg von 9 % zu verzeichnen war. Ich muss die

Zahlen aus dem Jahr 1998 nehmen, weil die Zahlen aus dem Jahr 1999 noch nicht vorliegen.

Bei den Familiensachen war der Anstieg 17 %, bei den Staatsanwaltschaften 23 %, den Finanzgerichten 17 %, den Sozialgerichten 33 % und den Arbeitsgerichten 31 %. Das sagt eine ganze Menge über die soziale Situation, die dahinter steht, aus. Bei den Mahnsachen war der Anstieg 40 %. Das war der Anstieg der Fälle.

Wie sieht das mit der Verfahrensdauer aus? Diese ist nicht in gleichem Maße angestiegen. Dies bedeutet, die Justiz kann gar nicht so schrecklich schlecht ausgestattet sein, wie Sie das glauben machen wollten, Herr Berg. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen schon motiviert sein, um diese viele Arbeit zu bewältigen.

Immer wieder die Ausgangsjahre 1989 und 1998 genommen, kann man feststellen, dass die Verfahrensdauer beim Amtsgericht in Zivilsachen von 4,1 Monaten auf 4,4 Monate angestiegen ist. Das entspricht 7,3 %. In Zivilsachen ist sie bei den Landgerichten sogar zurückgegangen, und zwar von 17,1 Monaten auf 16,3 Monate. Das ist ein Minus von 4,7 %. Bei Familiensachen am Amtsgericht ist sie von 8,9 Monaten auf 10,4 Monate angestiegen. Das entspricht einem Anstieg von 16,9 %. Das ist insgesamt der stärkste Anstieg. Bei Strafsachen an den Amtsgerichten, die ausgeurteilt wurden, ist ein Anstieg von 4,2 Monaten auf 4,4 Monate zu verzeichnen. Das ist ein Anstieg von 4,8 %. Bei den Landgerichten sind die Strafsachen von 6,6 Monaten auf 6,1 Monate zurückgegangen. Das ist ein Minus von 7,6 %. So dramatisch ist das nicht, wie Sie uns glauben machen wollen.

Eine Lösung der Probleme finden zu wollen, bedeutet nicht, wie ich schon gesagt habe, mehr Richter und mehr Geld zu versprechen, sondern bedeutet zuallererst, dass wir sparen müssen. Neben dem Sparen müssen wir versuchen, moderne Technik einzusetzen. Dieser Schritt wird in Rheinland-Pfalz gemacht. Rheinland-Pfalz kann sich durchaus im Vergleich mit anderen Ländern sehen lassen.

Wir hatten mit unserem Arbeitskreis im Dezember Baden-Württemberg besucht und haben uns dort einmal umgesehen. Heute hat es der Kollege Berg nicht gemacht, aber bei anderer Gelegenheit hat er immer gesagt: Baden-Württemberg ist führend. Da geht das alles so toll. - Die Leute in Baden-Württemberg waren ganz erschrocken, als wir dort ankamen, weil die gar nicht wussten, warum wir nach ihrer Technik schauen wollten. Diese haben sie nämlich alles andere als für vorbildlich gehalten. In der Diskussion hat sich schnell herausgestellt, dass Rheinland-Pfalz weiter als Baden-Württemberg ist. Das war der Punkt. Von daher müssen wir uns gar nicht verstecken.

Wir müssen die Ausstattung mit moderner Technik konsequent weitergehen. Dabei muss jedem bewusst sein, dass das eine Menge Geld kostet. Im ersten Schritt wird es erhebliche Personaleinsparungseffekte geben, im zweiten Schritt nicht

mehr. Im zweiten Schritt muss die Technik ersetzt werden. Das kostet auch wieder viel Geld, aber die personellen Einspareffekte werden sich dann in Grenzen halten. Gleichwohl muss dieser Weg weitergegangen werden.

Ich habe von den motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz gesprochen, denen unser Dank gilt. Damit diese weiter motiviert bleiben, müssen die Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden. Sie sind in den letzten Jahren schon verbessert worden. Dazu gehört die eben erwähnte Technik. Dazu gehört aber auch, dass der Zugang zur Justiz für möglichst viele Menschen offen bleibt, zum Beispiel für Richter, Rechtspfleger usw. Dem diene unter anderem das, was wir als Änderung der Referendarausbildung beschlossen haben, und zwar die Umstellung vom Beamtenverhältnis auf ein öffentlich-rechtliches Verhältnis.

Ich weiß, das war nicht populär gewesen und ist mit Risiken behaftet. Das ist gar keine Frage. Für uns war es schmerzhaft, diesen Weg zu gehen. Gerade vor dem Hintergrund dessen, was ich am Beginn gesagt habe, dass man keine Füllhörner mehr ausschütten kann, ist dies ein sinnvoller Weg gewesen. Wir müssen schauen, dass wir ihn beibehalten und den Versuch wagen, dass mehr Referendare in die Ausbildung kommen und die Warteschlangen kürzer werden, wenn unter den einzelnen Referendaren weniger verteilt wird.

Das müssen wir tun, auch wenn die Justizministerkonferenz gesagt hat: Wir wollen die Zahl der Jura-Zugänge im Studium von 17 500 auf 10 500 reduzieren. - Diese Maßzahl, die man sich vorgenommen hat, ist schön. Ob sie erfüllt wird, steht in den Sternen, insbesondere was die Dauer des Doppelhaushalts anbetrifft.

In Bezug auf die Gerichtsvollzieher hat Herr Kollege Berg auch einiges gesagt, aber die Zahl derjenigen, die in Ausbildung sind, ist in letzter Zeit erhöht worden. Das hat auch seinen Sinn. Durch die Insolvenzordnung, durch die eidesstaatlichen Versicherungen ist eine höhere Arbeitsbelastung bei den Gerichtsvollziehern entstanden. Wenn wir das nicht abarbeiten können, so wie das erwartet wird, müssen wir in zwei Jahren noch einmal hinschauen und ggf. nachladen.

Jetzt haben Sie im Brustton der Überzeugung gesagt, die Anhebung bei den Strafvollzugsbeamten, das ist eine alte Forderung der CDU, müsst ihr jetzt endlich machen, weil wir es solange gefordert haben.

(Pörksen, SPD: Das hätten die
längst lösen können! -
Zuruf des Abg. Berg, CDU)

- Es soll mir egal sein, wen Sie noch ins Boot nehmen wollen, aber es wird dadurch nicht richtiger, was sie gesagt haben.

Es gibt ein Versorgungsreformgesetz aus dem Jahr 1998, verabschiedet und beschlossen, nachdem der letzte Doppelhaushalt in diesem Haus verabschiedet wurde. Damit wurde erst

die Voraussetzung geschaffen, um diese Anhebung vornehmen zu können. Der Geschäftsführer unserer Fraktion hat unmittelbar, nachdem das 1998 passiert war, mit dem Justizministerium Kontakt aufgenommen, um den Weg für diesen Doppelhaushalt zu öffnen, damit wir das in diesem Haushalt geklärt bekommen. Wir haben das übrigens mit den Betroffenen diskutiert. Diese finden die Lösung, die wir ihnen anbieten, angemessen, vernünftig und sind froh, dass wir das in die Hand genommen haben und dass wir das mit dem Justizministerium gemeinsam regeln können.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Jetzt könnte natürlich eine Justizreform eine weitere Verbesserung bei den Gerichten bringen. Wir haben dazu im November eine Anhörung gemacht und haben das feststellen können, was Sie vorher auch schon der Presse entnehmen konnten. Die Reaktionen bei den Betroffenen sind höchst unterschiedlich. Es gibt welche, die sagen: Prima, dass so etwas gemacht wird. - Andere sehen den Rechtsstaat untergehen und haben bestimmte Lobbyinteressen, die eingebracht werden. Das war immer so, wenn über Justizreform geredet wurde. Es gibt meiner Auffassung nach keinen Königsweg bei der Justizreform. Die Reformen der 90er-Jahre zur Justizbeschleunigung und -vereinfachung haben auch gezeigt, dass es keinen Königsweg gibt. Diese reichen auch bis heute nicht. Deswegen wird weiter über Justizreformen nachgedacht.

Aus unserer Sicht ist eine wirkliche Strukturreform erforderlich. Dazu gibt es Eckpunkte. Das müssen nicht alle Punkte sein, die einem dazu einfallen, aber ich will diese Eckpunkte einmal nennen. Dazu gehört schon die Verfahrensvereinfachung. Auch dazu haben wir vor zwei Jahren gesprochen. Das bedeutet, bei einvernehmlichen Scheidungen kann man anders vorgehen, als das bisher der Fall ist. Bei Registersachen geht man diesen Weg zum Teil schon. Man sollte ihn konsequent weitergehen, dass man vereinfacht.

An der Schnittstelle zwischen Zivil- und Strafverfahren, denke ich, muss man auch ein kleines Stückchen mehr noch zur Beschleunigung und zur Vereinfachung machen. Man kann sagen, ein einmal festgestellter Sachverhalt bleibt festgestellt und muss nicht bei den unterschiedlichen Rechtsarten noch einmal ein zweites oder drittes Mal festgestellt werden. Die außergerichtliche Streitschlichtung sollte populärer und attraktiver gemacht werden.

Da gibt es seit dem vergangenen Jahr ein Gesetz. Wir sind nicht mit allen Punkten in diesem Bundesgesetz einverstanden, weil wir denken, gerade das Land Rheinland-Pfalz müsste ein Interesse daran haben, dass auch außergerichtliche Streitschlichtungen in den Fällen möglich sind, wenn der Gegner in einem anderen Bundesland wohnt. Das ist im Moment nicht möglich. Ein Fall, bei dem einer in Wiesbaden und einer in Mainz sitzt, kann außergerichtlich nach diesem Gesetz nicht geregelt werden. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Gerade Rheinland-Pfalz mit seinen Grenzen zu Baden-

Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland muss ein Interesse daran haben, dass an dieser Stelle nachgebessert wird.

Es gibt darüber hinaus den Vorschlag, das Kammersystem weiter zu verschlanken, nicht abzuschaffen. Auch darüber sollte man nachdenken: Man sollte auch schauen, dass man Verständigung statt Urteil stärker in den Mittelpunkt von Reformplänen stellt.

Alles in allem, glaube ich, der Rechtsstaat ist nur so gut, wie er von den Bürgerinnen und Bürgern auch akzeptiert wird. Akzeptiert werden kann er umso eher, je überblickbarer er ist. Deswegen sollten Fristen, die wir in ganz unterschiedlicher Form im Verwaltungsrecht, im Zivilrecht und im Strafrecht haben, so weit es irgendwie geht, aneinander angeglichen werden. Je einheitlicher sie sind, umso einfacher sind sie auch beim Bürger wahrzunehmen und können sich umso einfacher auch einprägen.

Unter dem verballhornten Filmtitel „Im Kittchen ist kein Zimmer frei“ hat die „Allgemeine Zeitung“ vor einigen Monaten über die Situation im Stafvollzug berichtet. Herr Kollege Berg hat das auch aufgegriffen. Nur, Herr Berg, das ist kein rheinland-pfälzisches Problem. Das ist ein bundesweites Problem. In Nordrhein-Westfalen versucht man mit der Haftanstalt „Light“ eine kleine Entlastung zu schaffen. In Hessen versucht man es damit, ausländische Staftäter so schnell wie möglich nach draußen zu bekommen. Wie sie in dem Zusammenhang Frau Däubler-Gmelin zitieren, das ist so nicht richtig. Ich habe die Interviews mit ihr gehört. Sie bleibt auf der Basis der jetzt schon bestehenden rechtlichen Möglichkeiten und will sie nicht verändert wissen. Das kann ich dann gar nicht so dramatisch finden, wie sie es dargestellt haben.

Der Deutsche Anwaltsverein sagt: Bewährungsstrafen sollen von zwei auf drei Jahre erhöht werden, damit man in den Justizvollzugsanstalten Entlastung schafft. Also Sie sehen, das ist kein spezifisch rheinland-pfälzisches Problem. Das wird bundesweit gesehen. Wir fahren in Rheinland-Pfalz zweigleisig. Auf der einen Seite gibt es Dinge wie „Schwitzen statt Sitzen“. Das hat sich von 1991 bis 1998 von 351 Fällen auf 960 Fälle erhöht. Wir versuchen, stärker zu resozialisieren: Von 1996 bis 1998 sind 255 Häftlinge zu einer Berufsausbildung gebracht worden, die ihnen bei der Resozialisierung hinterher erheblich geholfen hat.

Die Stiftung Entschädigungshilfe für Straffällige trägt bei zur Entschuldung von Häftlingen. Auch das ist ein ganz wichtiger Ansatzpunkt; denn wer kann vernünftig nach der Haftentlassung ins Zivilleben starten, wenn er den Buckel voller Schulden hat?

Schließlich gibt es den Täter-Opfer-Ausgleich, der seit wenigen Wochen in der StPO eine neue gesetzliche Grundlage gefunden hat und der bei uns im Jahre 1998 1 184 Mal angeregt wurde und 614 Mal funktioniert und zu einem Ergebnis geführt hat. Das sind alles Dinge, die wir unterstützen und

weiter fördern wollen. Dafür gibt es auch Ansätze im Haushalt, damit Menschen beim Täter-Opfer-Ausgleich mithelfen können. Dieser Täter-Opfer-Ausgleich ist ungeheuer wichtig, um das Rechtsstaatsempfinden der Opfer zu sichern.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei der F.D.P.)

Herr Kanther, bis vor zwei Tagen Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestags und auch in anderen Funktionen bekannt, hat gesagt: Das ist Täterschutz, was ihr macht und kein Opferschutz. - Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es nicht nur Täterschutz ist. Es ist Opferschutz. Was hat das Opfer davon, wenn der Täter drei Jahre hinter Gittern sitzt, aber der Schaden, den der Täter verursacht hat, nicht beseitigt wird. Ich habe selbst schon als Anwalt einen Brandstifter verteidigen müssen. Er hat eine Bewährungsstrafe bekommen, die er normal nie bekommen hätte. Der Richter sagte: „Du bist Bauhandwerker. Du verdienst so viel im Monat, dass du damit deine Schäden monatlich abbezahlen kannst. Du machst mit deinem Anwalt einen entsprechenden Entschuldigungsplan. Dann ist den Opfern gedient und du musst nicht in Haft gehen.“ Damit war beiden Seiten gedient. Das ist Opferschutz. Dann können die Opfer sagen: Mit diesem Urteil kann ich leben. - Das ist besser als immer stärkere Forderungen nach höheren Haftstrafen. Das ist Rechtsstaat, wie wir ihn sehen wollen und wie wir ihn auch weiter ausbauen müssen. Dazu hätte ich gern etwas von der CDU gehört, aber herzlich wenig erfahren.

Die CDU sieht in diesem Land den Rechtsstaat ohnehin bedroht. Wenn wir Frau Granold glauben dürfen, was sie in der letzten Rechtsausschusssitzung gesagt hat, dann ist der Rechtsstaat in Rheinland-Pfalz bedroht bzw. gefährdet. Ich kann das nicht erkennen. Ich kann nur sehen, dass die CDU selbst seit Monaten versucht, die Justiz zu instrumentalisieren. Ich kann nur erkennen, dass sie die Justiz demotiviert. Wenn ich an den Rotlichtausschuss und an andere Dinge denke, dann bin ich der Meinung, dass das schon ein Beitrag zur Demotivierung der Justiz ist, was teilweise von Kolleginnen und Kollegen der CDU alles gemacht wird.

Ich will das aber nicht weiter vertiefen, sondern auf den Kollegen Gölter eingehen. Herr Kollege Gölter, Sie haben vorhin mit einem Fanfarenstoß ihren Redebeitrag begonnen. Sie haben dann am Ende gesagt, man solle Herrn Böhr nichts anrechnen, was ihm nicht anrechenbar ist - d'accord. Man soll Nichtbewiesenes nicht instrumentalisieren - d'accord. Aber Sie hatten unterstellt, dass die SPD, als sie in der Opposition war, --

(Abg. Dr. Gölter, CDU, verlässt
den Plenarsaal)

- Hören Sie ruhig zu, lesen Sie es im Protokoll nach, Herr Gölter, wenn Sie wieder Zeit zum Lesen haben.

-- einen Gesetzentwurf mit der Klassenmesszahl 20 vorgelegt hätte. Er war hell empört, weil das überhaupt nicht finanzierbar ist. Mir liegt der Antrag der SPD vom 20. November 1990 vor. Darin steht: „Die Landesregierung wird aufgefordert, ab dem Schuljahr 1991/1992 die Messzahlen für die erste und zweite Klasse an rheinland-pfälzischen Grundschulen auf 25 zu begrenzen.“

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Wenn Herr Dr. Gölter all das gelten lassen will, was er als Morallatte für andere aufgelegt hat, sollte er wieder in den Plenarsaal zurückkehren und seine Äußerung korrigieren.

Danke.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Vizepräsident Heinz:

Gestatten Sie zunächst noch eine Kurzintervention des Kollegen Berg. - Bitte schön!

Abg. Berg, CDU:-

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe mich veranlasst, zu den Bemerkungen, die Herr Kollege Redmer zu Beginn seiner Rede gemacht hat, kurz etwas zu sagen.

Herr Kollege Redmer, Sie haben meine Haushaltsrede kritisiert, die ich vor zwei Jahren gehalten habe, und darauf repliziert, dass ich den zwischenzeitlich verstorbenen Justizminister Peter Caesar kritisiert hätte. Ich möchte hierzu Folgendes feststellen:

1. Meine Haushaltsrede aus dem Jahr 1998 enthielt überwiegend Sparvorschläge mit neuen Denkansätzen.
2. Herr Kollege Dr. Schiffmann - ich nehme an, er erinnert sich daran - hat mich nach meiner Rede spontan darauf angesprochen und sich für die Sachlichkeit und die interessanten neuen Denkanstöße bedankt.

(Zurufe von der SPD)

3. Zu Herrn Justizminister Caesar hatte ich ein gutes kollegiales Verhältnis. Er hat mit mir auch über diese Vorschläge aus meiner Haushaltsrede gesprochen.

Ich bin stolz darauf, dass er mir handschriftliche Grüße mit einigen Zeilen anlässlich meines Geburtstags geschickt hat.

Herr Redmer, ich weiß nicht, wie tief wollen Sie eigentlich noch sinken?

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Kollegin Frau Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ohne, dass ich es wusste, hatte ich mir für die Einleitung meiner Rede etwas überlegt, was an dieser Stelle nun besonders gut zu passen scheint. Im Rechtsausschuss wurde der Entwurf des Justizhaushalts übereinstimmend - und zwar wirklich in Worten, übereinstimmend - als wenig spektakulär bezeichnet. Sie werden es nicht glauben, welche beiden Personen diesen Haushaltsentwurf so bezeichneten, nämlich zum einen Herr Berg und zum anderen Herr Redmer. Dies ist wirklich eine sehr seltene Übereinstimmung, wie ich aus meiner Erfahrung sowohl im Rechtsausschuss als auch im Untersuchungsausschuss „Rotlicht“ sagen kann.

Ich finde es eigentlich schade. Ich finde, es ist kein Kompliment für ein Ressort, wenn man es als wenig spektakulär bezeichnet; denn dies zeigt natürlich auch, dass man von den drängenden Problemen, von notwendigen Reformen sowie auch von der seit langem geforderten Neuorientierung der Justiz in diesem Haushalt bisher wenig zu spüren scheint.

Natürlich geht er auf die ansteigende Zahl der Studierenden ein, aber in einer sehr defensiven Art und Weise, die nur wenig nach vorn gerichtet ist. Er beschäftigt sich auch nicht mit der Reform der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, und last but not least gibt es viel zu geringe Ansätze auf die grundlegende Neuorientierung in unserem Rechtswesen, dass nämlich der außergerichtlichen Streitschlichtung und der Stärkung des Opferschutzes ein immer größerer Stellenwert eingeräumt wird.

Es ist also ein sehr konservativer, wenig spektakulärer Haushaltsentwurf, eher stagnierend und rückwärts gewandt. Das war meiner Meinung nach - so hatte ich Herrn Berg auch verstanden - auch die Hauptkritik, wie er sie dort auch vorgebracht hat.

(Pörksen, SPD: Wenig spektakulär ist
doch nicht rückwärts gewandt,
Frau Kollegin!)

Das ist eigentlich schade; denn von der Aufbruchstimmung, wie sie auf Bundesebene momentan in diesem Bereich herrscht, ist in diesem Haushalt nichts zu spüren.

Die Zahlen sprechen doch wirklich für dringenden Handlungsbedarf. Bundesweit stehen heute 180 000 berufstätige Juristen und Juristinnen ca. 135 000 Nachwuchsjuristinnen in Studium und Vorbereitungsdienst gegenüber. Dies sind also Zahlen, die man sich kaum klar machen kann. Die Referendarausbildung kostet die Länder jährlich ca. 1 Milliarde DM.

Auch der prognostizierte Anstieg der Studienanfängerzahlen wächst von momentan 13 % auf 28 % für das Jahr 2008. Die Landesregierung hat in diesem Bereich natürlich die Notbremse gezogen, kann man sagen. Ihr Lösungsangebot besteht darin, durch ein öffentlich-rechtliches Auszubildendenverhältnis die Möglichkeit zu schaffen, die Referendarbezüge herabzusetzen und dadurch - so hofft man - vielleicht noch vorhandene Ausbildungskapazitäten voll zu nutzen. Dies wurde von einigen in der Anhörung bestritten.

Meine Damen und Herren, Herr Mertin, das ist zu defensiv und der Problemlage wirklich nicht adäquat. Wir erwarten von der Landesregierung eine intensivere Anstrengung und eine klarere und eindeutige Unterstützung der bereits fortgeschrittenen Reformdiskussion der gesamten Juristinnen- und Juristenbildung. Ich möchte jetzt nicht auf einzelne Punkte eingehen. Das haben wir schon getan. Aber das ist das, was zukunftsweisend ist, und - bitte schön! - nicht die Kürzung der Referendarbezüge.

Meine Damen und Herren, auch für diesen Haushalt gilt: Da der Justizhaushalt zum größten Teil ein Personalhaushalt ist, können weiter ansteigende Zahlen von Gerichtsverfahren - Herr Redmer hat soeben den prozentualen Anstieg deutlich gemacht - nicht mit einer Personalsteigerung beantwortet werden. - Ich glaube, darüber herrscht im Prinzip auch Übereinkunft. Dies macht aber natürlich Reformen unumgänglich. In diesem Bereich ist der Handlungsbedarf in der Justiz besonders drängend.

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass ein allgemeiner Konsens darin besteht, dass durch eine klare Gliederung und Zuständigkeitsteilung ein transparentes, also für den Bürger durchschaubares, und bürgernahes Gerichtssystem erhalten bleibt. Auch herrscht Einigkeit darüber, dass das Grundrecht auf Einzelgerechtigkeit durch Verfahren gewährleistet bleiben muss und nicht eingeschränkt werden darf. Über diese Grundsätze gibt es keine Diskussion.

Meine Damen und Herren, die neue Bundesregierung hat den seit Jahrzehnten bestehenden Reformdruck ernst genommen und im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit einen Referentenentwurf zur Reform der Zivilprozesse vorgelegt. Sein Ziel ist ausdrücklich, mehr Bürgerinnennähe, mehr Effizienz und mehr Transparenz. Ich möchte noch einmal sagen, geplant ist, die erste Instanz aufzuwerten, das heißt, die Eingangsgerichte zu stärken. Der Streitwert von Berufungen soll von 1 500 DM auf 1 200 DM gesenkt werden, und Amts- und Landgerichte sollen zu umfassenden Eingangsgerichten zusammengefasst werden und den Streit möglichst umfassend und abschließend würdigen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet natürlich Veränderungen in den Strukturen sowie den Organisationsabläufen. Wie stellt sich die Landesregierung dazu? - Welche Stellung nimmt sie zu dieser Reform ein?

Herr Berg hat bereits darauf hingewiesen, und ich muss auch sagen, ich fand es nicht besonders sachgerecht, in einer etwas schnodderigen Art von Taschenspielertricks und Ähnlichem zu sprechen, mit der Herr Mertin in Landau auf diese Reform eingegangen ist. Ich glaube, dass man den gesamten Reformanstrengungen auf Bundesebene nicht gerecht wird, wenn man zunächst einmal abwehrt und sagt, das kann eigentlich nur negativ ausgehen, und somit die Leute vor Ort, die natürlich vor einer Schließung ihrer Gerichte Angst haben, verunsichert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, natürlich sind in diesem Gesetzentwurf noch viele Fragen offen. Das ist ganz klar. Eine Auseinandersetzung ist notwendig. Aber sie sollte dann auch nicht so polemisch geführt werden wie beispielsweise in Landau vom Landgerichtspräsidenten Assmus. Es geht der Bundesregierung nicht darum, aus Einspargründen den Rechtsschutz für Bürgerinnen zu verkürzen, sondern im Gegenteil, die Stärkung der ersten Instanz liegt durchaus im Interesse rechtsuchender Bürgerinnen, da dadurch der Amtsgerichtsprozess gestärkt wird und vom Landgericht dann nicht mehr wie heute so oft als Vorspiel für die eigentliche Auseinandersetzung angesehen wird.

Meine Damen und Herren, seit dem 1. Januar ist nun auch - darauf wurde von Herrn Redmer bereits hingewiesen - die vorgerichtliche Streitschlichtung in Kraft getreten. In ihrem Ausbau sehen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Instrument, den Rechtsfrieden dauerhaft herzustellen und Konflikte zu schlichten. Eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten werden sich dadurch schneller einer für alle Seiten befriedigenden Lösung zuführen lassen, als dies innerhalb der sehr formalisierten Gerichtsverfahren möglich ist. Die Möglichkeiten von vorgerichtlichen Schlichtungsverfahren sind bei den Zivilgerichten auszubauen. Ich denke, das ist eine wichtige Aufgabe für das Justizressort in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren.

Meine Damen und Herren, wir halten darüber hinaus auch den Ausbau von Mediationsstellen für sehr wichtig, um eine bürgernahe und bürgerfreundliche Justiz zu schaffen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke insbesondere an die Bereiche Familienrecht, zum Beispiel in Scheidungs- und Trennungssituationen, aber auch an das Mietrecht, an nachbarliche Streitigkeiten und an das Verbraucherrecht. Wir haben in einem Antrag ebenso, wie wir es schon vor zwei Jahren gemacht haben, die Landesregierung aufgefordert, bestehende Möglichkeiten der Konfliktlösung und Streitverhandlungen durch Verhandlung und Mediation in Rheinland-Pfalz im justiziellen Bereich zu unterstützen und Informationen für ihre Vernetzung bereitzustellen. Besonders fordern wir die Schaffung von Anlauf- und Orientierungs- sowie Verweisungsstellen, in denen sich Rat

suchende Bürgerinnen und Bürger über die unterschiedlichen Möglichkeiten informieren können, wie man eine außergerichtliche Konfliktbearbeitung angeht.

Meine Damen und Herren, natürlich gehört in diesen Bereich auch, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit in der juristischen Aus- und Fortbildung Lehrveranstaltungen angeboten werden, in denen die neuen Streitverhandlungsfertigkeiten angeboten und dann auch gelernt werden können.

Meine Damen und Herren, in den Bereich der neuen Verfahren zur Herstellung des Rechtsfriedens gehört natürlich auch die Stärkung des Opferschutzes. Die neue Bundesregierung hat durch umfassende Anwendungsmöglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs den Wiedergutmachungsgedanken im Straf- und Prozessrecht gestärkt. Darauf wurde schon hingewiesen. Bisher wurde der Täter-Opfer-Ausgleich vor allem im Jugendbereich mit sehr großem Erfolg durchgeführt. Es wurden dadurch dem Täter nicht nur die Folgen seiner Tat viel plastischer und eindringlicher vor Augen geführt, sondern es wird dadurch auch das Opfer stärker in den Vordergrund der Betrachtung gerückt, worauf schon hingewiesen wurde. Das Opfer bekommt eher und besser seine Genugtuung, als es in einem traditionellen Gerichtsverfahren der Fall ist. Ich glaube, dass die Landesregierung hier besonders gefordert ist. Der Ausbau des Ausgleichs- und Schlichtungsverfahrens auch in Rheinland-Pfalz gehört zu den Reformanstrengungen, die in den nächsten Jahren bewältigt werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, wenn wir jetzt bei den Reformen sind, von dem ich heute weniger gehört habe. Bei diesen Reformvorhaben dürfen wir die Reform der inneren Struktur, Stichwort Reform der Binnenstruktur der Justiz, nicht aus dem Auge verlieren. Es erscheint uns als wichtigste Strukturmaßnahme für eine dauerhafte Sicherung einer funktionsfähigen Rechtspflege, dass die innere Struktur reformiert wird. Die Änderung der Präsidialverfassung, die gerade abgeschlossen worden ist, ist nur ein erster Schritt. Eine Innovation der inneren Organisation spielt bei der Reformdebatte leider bisher eine geringe Rolle. Hier geschieht zu wenig. Das bedeutet, dass die vorhandenen Ressourcen in der Justiz durch eine Reform der inneren Verfassung eher stärker zur Wirksamkeit kommen können.

Meine Damen und Herren, es ergeben sich auch Möglichkeiten, Personalressourcen freizusetzen, die dann anderswo eingesetzt werden können, alles immer unter dem großen Oberbegriff, dass viel Personalbedarf vorhanden ist, dass man aber diesen Personalbedarf durch Reformen befriedigen kann. Man muss hier nicht mit neuen Personalforderungen herangehen. So weit zu dem Bereich der Justiz.

Es gibt in diesem Haushalt noch einen zweiten großen Bereich, Herr Mertin, nämlich den Strafvollzug. Hier ist die politische Arbeit viel mühsamer, denn die Strafgefangenen können sich nur begrenzt auf Lobbyisten und gesellschaftliche Unterstützung berufen. Aber der Strafvollzug hat eine im-

mens wichtige gesellschaftliche Funktion, vor allem in Bezug auf die viel beschworene Innere Sicherheit. Man schaut immer nur so lange hin, bis der Straftäter dann verurteilt ist und im Gefängnis verschwindet.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das sind doch Geschichten von vorgestern!)

Aber, dass er nach dem Strafvollzug auch wieder herauskommt und dass er dann entlassen wird, darauf wird viel weniger geschaut.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das sind doch Geschichten von vorgestern! -
Hartloff, SPD: Das stimmt doch nicht!)

- Herr Dr. Schiffmann, Strafgefangene haben bei uns in der Gesellschaft eine viel geringere Lobby als viele andere. Das ist genau das, was ich gesagt habe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Hartloff, SPD: Aber die Opfer haben noch eine geringere Lobby als die Strafgefangenen!)

- Das glaube ich nicht.

(Hartloff, SPD: Aber sicher!)

- Herr Hartloff, ich möchte dies vor allem aber auch nicht gegeneinander aufrechnen.

(Hartloff, SPD: Da sind wir uns einig!)

- In Ordnung.

Vor diesem Hintergrund ist auch das, was mit den Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten passiert, von enormer Wichtigkeit für unsere Gesellschaft und für unseren gesellschaftlichen Frieden. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben schon seit der Zeit, in der wir im rheinland-pfälzischen Landtag sind, den Schwerpunkt unserer politischen Arbeit im Strafvollzug immer sehr deutlich auf Resozialisierung und Prävention gelegt. Präventive Maßnahmen und Resozialisierungsmaßnahmen fangen schon am ersten Tag an, den ein Gefangener in einer JVA verbringt. Wir sind der Meinung, dass in Rheinland-Pfalz gerade auf dem sehr schwierigen Gebiet der Therapie von Gewalt- und Sexualstraftätern in den Gefängnissen noch immer große Lücken bestehen. Wir sind in unserem Land in den letzten Jahren glücklicherweise von besonders furchtbaren Fällen von Sexualverbrechen verschont geblieben, aber darum darf der Druck, dass hier mehr für die Therapie von Gewalttätern in Gefängnissen getan werden muss, nicht nachlassen.

Leider sieht der Justizminister keinen Handlungsbedarf, was er auch im Ausschuss mehrfach dargelegt hat. Dabei fordert der von allen Fraktionen, auch von der F.D.P. unterstützte Antrag zur Bekämpfung von Gewalt von Männern gegenüber Frauen auch gerade vom Justizminister einen eindeutigen finanziellen zusätzlichen Einsatz für die Täterarbeit, und zwar für die Täterarbeit in den Justizvollzugsanstalten, aber auch danach bei der Bewährungshilfe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Kuhn, F.D.P.: Das ist doch Prävention!)

Es ist sehr bedauerlich, dass, abgesehen von dem üblichen finanziellen Einsatz, der natürlich in dem Ressort von Frau Dr. Götte zu finden ist, offensichtlich nur der Innenminister diesen gemeinsamen Antrag ernst genommen und zusätzliche Mittel in seinem Bereich dafür eingestellt hat.

Meine Damen und Herren, wir fordern in unseren Anträgen, dass die Mittel, die für die sozialmedizinische und therapeutische Behandlung von Gewalt- und Sexualstraftätern veranschlagt sind, deutlich erhöht werden.

Wir fordern weiterhin, dass auch die Aus- und Fortbildung der Sachverständigen für diese Fachgebiete in den Justizvollzugsanstalten kontinuierlich verbessert werden.

Meine Damen und Herren, wir müssen mit Bedauern feststellen, was auch schon angesprochen wurde, dass die Zahl der Strafgefangenen genauso wie in anderen Bundesländern auch in rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten in den letzten Jahren ständig angestiegen ist. Das bedeutet, dass Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren nicht nur Gefängnisse des Landes ausbaut bzw. neue baut, sondern es wird auch die Zahl der Vollzugsbeamten in den nächsten beiden Jahren um 45 Stellen ansteigen.

Meine Damen und Herren, auch wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden uns unter den gegebenen Umständen nicht gegen diese neuen Stellen aussprechen, aber man muss sich doch fragen, woran das liegt, dass die Zahlen so stark steigen. Wenn wir genau hinsehen, dann bedeutet dies wenigstens zum großen Teil nicht, dass mehr Menschen zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, sondern dass sich in vielen Fällen das Strafmaß erhöht hat. Es werden längere Strafen ausgesprochen. Von der Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung wird immer weniger Gebrauch gemacht.

Ich komme darum zu einem, wie ich glaube, sehr entscheidenden Punkt, wie man nämlich den Übergang von der Strafvollzugsanstalt wieder in die Freiheit gestaltet. Ich denke, das ist ein Punkt, an dem noch viel zu wenig gearbeitet wird, wo es viel zu wenig überlappende Begleitung gibt.

Wenn es ein viel dichteres Netz von so genannter Bewährungshilfe gäbe, das den Strafgefangenen bei der Entlassung auffängt und in der ersten Zeit begleitet, dann würde es si-

cher den Staatsanwälten und Richtern auch leichter fallen, einen Strafgefangenen vorzeitig nach der Hälfte oder nach zwei Dritteln des Absitzens der Strafe zu entlassen. Wir müssen sehen, dass es in Rheinland-Pfalz noch gewaltige Mängel gibt. Die Relation von Bewährungshelfern zu Probanden hat sich in den letzten beiden Jahren noch verschlechtert. Die Tendenz ist weiterhin steigend, wie mir von den Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern bestätigt wurde.

In Rheinland-Pfalz muss eine Bewährungshelferin im Durchschnitt 81 Personen betreuen. Vor zwei Jahren lag der Durchschnitt noch bei rund 79. Damit liegt Rheinland-Pfalz weiterhin sehr deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 35 betreuten Personen pro Bewährungshelfer. Meine Damen und Herren, auch diese Relation liegt noch weit unter dem, was notwendig wäre, um Bewährungshilfe zu einem erfolgreichen Präventionsinstrument zu machen. Erst ungefähr bei einem Verhältnis von 45 Klienten pro Bewährungshelfer bzw. pro Bewährungshelferin kann Bewährungshilfe durchgreifend wirksam werden. Das zeigen Erfahrungen, die in anderen Staaten gemacht wurden.

Darum ist unsere Forderung, zehn neue Stellen für Bewährungshelferinnen zu schaffen, nur ein erster Schritt. Wir wollen damit deutlich machen, dass wir die Arbeit der rheinland-pfälzischen Bewährungshelferinnen anerkennen, da sie in den zahllosen Projekten, die schon angesprochen wurden - Schwitzen statt Sitzen, soziale Trainingskurse, Antigewaltkurse und last, but not least die ständige Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs -, in Rheinland-Pfalz wirklich einen guten Namen hat.

Meine Damen und Herren, Geld, das in die Unterstützung der Bewährungshilfe gesteckt wird - das wissen wir alle, das ist eine Binsenwahrheit -, macht sich mehr als bezahlt: Schon mit einem erfolgreichen Probanden, also mit einem entlassenen Strafgefangenen, der nicht rückfällig wird, hat sich eine Stelle in der Bewährungshilfe finanziert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichts ist teurer als ein Gefängnisplatz, und darum lautet unsere Forderung, das Netz der Bewährungshilfe auszubauen - langfristig ist dies ein Sparvorschlag.

Das Gleiche gilt für unsere nächste Haushaltsforderung, nämlich der nach sinnvoller Arbeit und gerechter Entlohnung im Strafvollzug. Beides trägt in hohem Maße zur erfolgreichen Resozialisierung von Strafgefangenen bei, dass Gefangene also in die Lage versetzt werden, sich nach der Verbüßung ihrer Strafe erfolgreich in die Gesellschaft einzugliedern. Wir wissen, dass es sehr schwierig ist, Arbeit und Arbeitsplätze für Strafgefangene zu bekommen. Aber eine Arbeitslosenquote von über 50 % in einzelnen Justizvollzugsanstalten ist wirklich nicht akzeptabel. Hier verlangen wir verstärkte Anstrengungen. Hier muss die Landesregierung nach neuen Wegen suchen, um allen Gefangenen, die arbeitsfähig sind, auch Ar-

beit zu beschaffen; denn arbeitswillig sind sie - wie wir auf unsere Große Anfrage erfahren haben - so gut wie alle.

Meine Damen und Herren, wenn Arbeit vorhanden ist, so ist der zweite wichtige Punkt eine angemessene Entlohnung. Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Juli 1998, eine Erhöhung vorzunehmen, ist mit dem Beschluss der Justizministerkonferenz vom März 1999, die Entlohnung der Arbeit von 5 % des Durchschnittslohns auf 7 % heraufzusetzen, sicher nicht erfüllt worden. Wir fordern, dass die Entlohnung der Gefangenen in einem weiteren Schritt wenigstens auf 10 % der Bemessungsgrundlage erhöht wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Maßnahme wird für die Strafgefangenen nicht nur die Anerkennung ihrer Arbeit deutlich, sondern sie haben mit diesem erhöhten Einkommen auch mehr als nur ein Taschengeld zur Verfügung - Geld, das von ihnen sowohl beim Abtragen eventueller individueller Schulden, bei der Unterstützung ihrer Familie und auch bei der Wiedergutmachung von Opfern eingesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung auf, sich in diesem nicht gerade besonders publicityträchtigen Bereich der Gefangenenentlohnung nochmals stärker für eine Verbesserung des jetzigen Beschlusses einzusetzen.

Wie wir gesehen haben, steht die Justiz wie auch der Strafvollzug in den nächsten Jahren vor großen und herausfordernden Reformen. Wir werden diesen Prozess zwar kritisch, aber konstruktiv begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man mag es Ritual nennen, man mag es Tradition nennen, aber im Ausschuss wird immer sehr harmonisch über den Einzelplan 05, den Haushalt des Ministeriums der Justiz, diskutiert. Dann entdeckt die Opposition im Plenum plötzlich die großen Schwachstellen in diesem Einzelplan und will uns weismachen, dass der Rechtsstaat in Gefahr ist, wenn nicht dieses oder jenes oder vielleicht noch viel mehr passiert, was gefordert wird.

Lassen Sie mich doch einmal auf den Boden der Tatsachen kommen, die in Rheinland-Pfalz tatsächlich vorliegen. Zu Ihnen, Frau Grützmaker, vielleicht zu Anfang: Nicht das, was jetzt in Berlin, vielleicht auch von Ihrer Fraktion, im Bundestag gefordert wird, ist neu. Wenn Sie sich umschauchen würden, was in Rheinland-Pfalz in der Justiz- und Rechtspolitik in den letzten Jahren geschehen ist und seit vielen Jahren geschieht, dann würden Sie feststellen, dass vieles von dem, was Sie heute gefordert haben, gar nicht mehr umgesetzt werden muss, weil es bereits Realität ist.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD
und der F.D.P.)

Ich rede ungern von Wahrnehmungsdefiziten, aber manchmal befällt das auch Politiker.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die rheinland-pfälzischen Gerichte und Staatsanwaltschaften haben sich auch im letzten Jahr wieder mit einer Fülle von Verfahren beschäftigt, und auch in den Strafvollzugsanstalten ist die Arbeit nicht geringer geworden. Es wurde bereits mehrfach angesprochen, dass die Zahl der Strafgefangenen erheblich angestiegen ist, die Probleme dadurch auch. Für diese wichtige Arbeit, die bei den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften und in den Strafvollzugsanstalten von den Bediensteten der rheinland-pfälzischen Justiz geleistet worden ist, möchte ich auch einmal Dank sagen. Diese Arbeit wurde gut und qualifiziert erledigt, und sie hat auch letztlich zu einem Erfolg geführt.

Bei jeder Beratung eines Justizhaushalts werden wir feststellen, dass dies natürlich ein Haushalt mit einem hohen Personalbudget und geringen Investitionen ist, und dass er deshalb auch nur über eine geringe Bandbreite der Entscheidungsmöglichkeiten verfügt. Diese kleine Bandbreite an Umschichtungen nehmen wir in diesem Doppelhaushalt erneut wahr. Wir regulieren in Teilen neu.

(Unruhe im Hause)

- Sie brauchen mir nicht unbedingt zuzuhören, aber Sie könnten vielleicht doch alle ein bisschen leiser sein. Vielen Dank.

Wir regulieren neu, wir schichten um, und das zeigt sich natürlich ganz besonders bei den bereits genannten Gerichtsvollziehern. Hier sind 18 neue Stellen aufgrund der neuen Zuständigkeitsregelungen geschaffen worden. Das wurde bereits gesagt. Ich halte dies für einen großen Erfolg; denn hier wurde erneut ein wichtiges Arbeitsgebiet unterstützt.

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Ich halte das für einen erheblichen Fortschritt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auch zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Einzelnen kommen.

Es muss unser aller Bestreben sein, in Rheinland-Pfalz eine bürgernahe Justiz zu erhalten. Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist es nämlich wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger in einer zumutbaren Entfernung Gerichte und Staatsanwaltschaften antreffen. Es ist uns nicht damit gedient, wenn nur in Ballungszentren Gerichte und Staatsanwaltschaften anzutreffen sind. Gerade die Justiz ist ein Dienstleister par excellence, und deshalb muss sie zu den Bürgerinnen und Bürgern gehen und kann nicht erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger lange Wege auf sich nehmen, um zur Justiz zu kommen.

Wenn wir in der Vergangenheit den einen oder anderen Justizstandort infrage gestellt haben, dann nur deshalb, weil er dort nicht mehr rentabel war. Aber die restlichen Justizstandorte, die wir in Rheinland-Pfalz haben, sind in jeder Hinsicht rentable Standorte, und die gilt es auch zu erhalten.

Sie werden sicherlich schon den Schluss bemerkt haben, den ich ziehen möchte. Es geht um die bereits diskutierte Frage der Justizreform. Dies ist ein heißes Thema, das in der Fachwelt sehr kontrovers diskutiert wird.

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Aber eines ist für uns klar: Wir wollen die Standorte erhalten. Das geht nun einmal leider nicht, indem man zum Beispiel, wie geplant, überall Amts- und Landgerichte zusammenlegt. Ich denke dabei nur an kleinere Gerichte, gerade in meinem Bereich. Ich denke an Grünstadt, Germersheim, Kandel und auch an die Zweigstelle in Bad Bergzabern. Dort wird man einen Gerichtsbetrieb, wie er bisher läuft, nicht auf Dauer aufrechterhalten können. Für Landgerichte gilt Ähnliches. Hier gilt es, ideologiefrei zu diskutieren, ob das, was in Berlin vorgelegt worden ist, tatsächlich so umgesetzt werden kann. Ich erinnere auch an den Beschluss der Justizministerkonferenz, der besagt, dass eine Justizreform unter der Voraussetzung unterstützt wird, dass sie für die Länder kostenneutral ist. Die Kostenneutralität dieser Justizreform muss aber hinterfragt werden.

Ich will jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen, die bereits angesprochen worden sind. Darüber ließe sich sehr viel sagen. Ich bin der persönlichen Auffassung, dass eine zweite Tatsacheninstanz erhalten bleiben sollte. - Frau Grützmaker, das ist genau das, was Sie als Bürgernähe eingefordert haben. Die Überprüfung einer gerichtlichen Entscheidung in vollem Umfang - das ist Bürgernähe. Eine bloße Rechtsüberprüfung erscheint mir weniger bürgernah. Darüber können wir aber sicherlich im Ausschuss, vielleicht auch im Plenum, bei Gelegenheit sehr intensiv diskutieren. Das würde unsere Diskussion des Justizhaushalts des Landes Rheinland-Pfalz - darum geht es heute - sicherlich überfrachten. Wir müssen uns mit den Mitteln, die wir haben, mit den Gesetzen, die im Augenblick aktuell sind, beschäftigen. Alles andere ist Zukunftsmusik. Es haben schon viele Justizminister, egal welcher Couleur, versucht, sich mit einer Justizreform Denkmäler zu bauen,

und es wäre nicht das erste Mal, wenn es zu diesem Bau nicht käme.

Lassen Sie uns in Ruhe abwarten. Ich bin diskussionsbereit und will mich nicht verschließen - aber in Ruhe, und in der Ruhe liegt die Kraft.

Genau in die bestehenden Strukturen, die wir haben, ist in den letzten Jahren investiert worden und wird auch weiter investiert. Ich nenne nur die Ausstattung mit EDV. Herr Berg, wenn Sie sagen, wir kommen jetzt in Rheinland-Pfalz mit dem Grundbuch viel zu spät, da gibt es andere Bundesländer, die das alles schon vor uns gemacht haben, dann muss ich Ihnen entgegnen, dass das stimmt. Das ist in Ordnung. Nur vergessen Sie dabei und erwähnen es nicht, dass wir dafür natürlich in vielen anderen Bereichen - nämlich in den Geschäftsstellen der Gerichte und auch in den Staatsanwaltschaften - mittlerweile flächendeckend EDV haben, die es in anderen Bundesländern nicht gibt. Da muss ich ganz offen sagen, da war die Priorität zunächst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, im richterlichen Bereich in den Entscheidungen zu investieren, richtig.

Dass wir jetzt mit den Grundbuchämtern nachziehen, dass wir dort über 4,5 Millionen DM investieren und bis 2001 an fünf Grundbuchämtern eine EDV-Ausstattung erster Güte und modernster Provenienz kommen wird, ist eine gute Leistung. Genau diesen Weg, der vor vielen Jahren mit der Investition in neue Techniken und in die EDV eingeschlagen worden ist, gehen wir konsequent weiter. Da braucht sich Rheinland-Pfalz nicht zu verstecken. Ganz im Gegenteil, wir waren auf Bundesebene Vorreiter. Wieso wird plötzlich unser ganzes Geschäftsstellensystem - MAJA, CUST usw. - von anderen Bundesländern kopiert, wenn das hier alles so schlecht sein soll, wie Sie das dargestellt haben?

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Lassen Sie mich zur Frage der Personalausstattung der Gerichte kommen. Wir werden das vorhandene Personal halten. Es wird keine Personaleinsparungen geben, wie das in anderen Bereichen der Fall ist. Wir werden natürlich Umschichtungen vornehmen müssen, wenn bei den Verwaltungsgerichten - wie absehbar gewesen ist - die Fallzahlen zurückgehen. Das war den Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, auch bekannt. Wir werden diese Umschichtungen in Bereichen vornehmen, in denen mehr Arbeit vorhanden ist als jetzt bei den Verwaltungsgerichten. Ich halte das für eine flexible Lösung, die in anderen Bundesländern so leider Gottes nicht erfolgt ist.

Lassen Sie mich auch einige Worte zur Juristenausbildung sagen. Die Geschichte der Juristenausbildung ist so alt wie die Juristerei selbst, also eine Uraltdiskussion. Wir haben diese Diskussion in einer der letzten Plenarsitzungen geführt. Wir müssen sie hier nicht wiederholen. Auch wird auf Bundesebene in nächster Zeit weiter gesprochen werden. Ich bin gespannt, was dabei herauskommen wird. Die Modelle jagen

sich von Tag zu Tag. Deswegen war es auch wichtig, dass wir in Rheinland-Pfalz Änderungen vorgenommen haben. Ich und die F.D.P.-Fraktion haben die Hoffnung und sind uns sicher, wir werden mehr Stellen für Referendarinnen und Referendare schaffen können.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das heißt, „die F.D.P.-Fraktion und ich“!)

Wir können im Justizhaushalt die Anzahl der Jurastudenten an den rheinland-pfälzischen und bundesweiten Universitäten nicht begrenzen, nicht einschränken und nicht regulieren. Wir können nur versuchen, die Absolventen der Universitäten in das Referendariat zu bringen. Das geht nur dann, wenn wir mehr Stellen schaffen. Das geht nur dann, wenn wir das Geld zur Verfügung haben. Wir haben keine zusätzlichen Mittel, also müssen wir schauen, dass wir mit den vorhandenen Mitteln auf solidarischer Grundlage mehr ehemalige Studierende ins Referendariat bekommen.

Herr Berg, Sie wissen genau wie ich, dass es einen gewissen Faktor gibt, nämlich die Anzahl der möglichen Ausbilder. Da gibt es Möglichkeiten der Steigerung. Diese werden wir auch ausnutzen.

(Berg, CDU: Da bin ich einmal gespannt!)

- Herr Berg, wir sind nicht allein auf weiter Flur. Schauen Sie einmal über Ihren Tellerrand und die Grenze hinaus. Das ist in anderen Bundesländern nicht anders.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD -

Frau Schneider, SPD: Ja!)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Thema kommen, dem Thema „Strafvollzug“. Die Gefangenenzahlen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Das wird teilweise problematisiert. Wenn Sie von der CDU das machen, finde ich das unverständlich. Sie haben immer wieder für härtere Strafen plädiert. Nun sind die Leute auch in den Gefängnissen. Nun müssen wir auch Haftplätze schaffen. Das passiert auch in Rheinland-Pfalz. Es ist in den letzten Jahren in bauliche Maßnahmen investiert worden. Es wird weiter investiert. In Diez werden neue Haftplätze geschaffen. In Schifferstadt in der Jugendstrafanstalt werden neue Haftplätze geschaffen. Es wird einen offenen Strafvollzug in Frankenthal geben. Es wird eine neue Anstalt in Rohrbach bei Wöllstein gebaut werden.

(Berg, CDU: Ersatz!)

- Herr Berg, alles viel zu spät. Das ist natürlich ganz klar. Das hätte man alles schon früher machen können. Das hätte man sehen müssen, klar. Hätten Sie in diese Glaskugel geschaut, die die CDU für Sie bereit hält, wir hätten Ihnen alles gezeigt.

(Kramer, CDU: Na! Na! Na!)

Wissen Sie, danach ist man immer schlauer. Ich sage Ihnen, wir haben kontinuierlich investiert.

(Frau Schneider, SPD: Ganz genau! -
Bruch, SPD: Langfristige Planung!)

Diese Kontinuität wird weitergehen. Da können Sie mäkeln und kritteln, da wird sich an der erfolgreichen Politik nichts ändern.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

Die erfolgreiche Politik ist nicht nur bei den Haftplätzen, sie ist auch bei der Frage der Personalausstattung der Vollzugsanstalten anzusprechen. Wir werden 45 neue Stellen schaffen. Das war Ihnen keine Bemerkung wert.

(Frau Schneider, SPD: Ja!)

Wir werden natürlich auch die Versetzung in die A 8 und in die A 9 gewährleisten. Ich weiß, dass das eine Forderung aller Fraktionen war, dass wir alle gemeinsam dafür gekämpft haben. Ich habe da keinen Alleinvertretungsanspruch. Sie sollten ihn übrigens auch nicht haben; denn vor zwei Jahren, als wir hier diskutiert haben, waren wir uns auch alle einig. Damals war es leider aus vielfältigen Gründen nicht möglich, auch, weil damals die bundesrechtlichen Rahmenmöglichkeiten noch nicht gegeben waren. Die sind jetzt vorhanden. Wir setzen es um. Es passiert etwas.

(Berg, CDU: Das haben wir vor
drei Jahren beschlossen!)

Sie können nicht sagen, die Landesregierung schläft. - Es passiert etwas.

Frau Grützmaker, wenn jetzt gesagt wird, im Strafvollzug liegt alles im Argen, weil die Resozialisierung nicht funktioniert, durch neue Haftplätze und neues Personal werden wir diese Resozialisierung natürlich verbessern. Strafvollzug hat zwei Zielsetzungen: Resozialisierung und natürlich auch Opferschutz. - Die Resozialisierung erfolgt durch den Vollzugsplan, durch eine Vielzahl von Maßnahmen innerhalb des Vollzugs, sei es durch Mitarbeiter der Strafanstalten, sei es auch durch freie Träger. Da gibt es eine große Palette. All das, was Sie eingefordert haben, gibt es in Rheinland-Pfalz.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber zu wenig!)

Es ist auch nicht so, wenn die Straftäter dann in die Freiheit entlassen werden, dass sie in die Leere fallen. Es ist nicht nur so, dass dort immer Bewährungshelfer als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, wir haben auch eine hervorragende Straffälligenhilfe in Rheinland-Pfalz. Wir haben soziale Trainingskurse und Antigewalttraining. Wir haben Betreutes

Wohnen. Ich könnte Ihnen die ganze Palette aufzählen, da würden wir morgen früh noch dastehen. Dies wird in Rheinland-Pfalz erfolgreich angeboten.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer macht die denn? Das machen doch
die Bewährungshelfer!)

Genau diese Träger bieten auch den Täter-Opfer-Ausgleich an.

Frau Grützmaker, das hat mich bei Ihnen vorhin wirklich geärgert, dass Sie gesagt haben, das müsste jetzt alles neu in Rheinland-Pfalz kommen. Das ist wunderbar. Schauen Sie einmal in die Zeitung. Da kommen die einschlägigen Journalisten nach Rheinland-Pfalz und sind erstaunt und begeistert, dass es hier so etwas gibt, dass es wunderbar läuft und dass es in anderen Bundesländern nicht läuft.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Wir sind hier sicherlich nicht die Insel der Seligen - das gebe ich zu -, aber auf der Seite ist eine Kritik wirklich unangebracht.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

Dass ein Förderverein dieses Täter-Opfer-Ausgleichs hier in Mainz gegründet worden ist, ist auch nicht gerade Zufall, sondern das zeigt, dass wir etwas tun. Gerade im Bezirk des Oberlandesgerichts Zweibrücken gibt es auch durch den Pfälzischen Verein für Straffälligenhilfe sehr rührige Mitarbeiter der Justiz, die sich auch ehrenamtlich engagieren. Es gibt darüber hinaus Sozialarbeiter, die diesen Täter-Opfer-Ausgleich anbieten. Das, was rechtlich möglich ist - das ist sehr viel mehr als das, was in der Öffentlichkeit bisher wahrgenommen wird -, wird auch ausgeschöpft.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist, was die Rechtspolitik angeht, innovativ und verschließt sich nicht den Möglichkeiten, die die Gesetze eröffnen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Gefangenenentlohnung sagen. So lange kein Gesetzentwurf des Bundes - der Bund ist dafür zuständig - vorliegt, ist es äußerst schwierig, konkrete Beträge zu etatisieren. Deswegen ist dies noch nicht möglich. Wir haben uns intensiv damit beschäftigt - auch die Justizministerkonferenz und andere -, aber letztlich sind noch keine konkreten Vorgaben vorhanden, sodass es nur mit Schwierigkeiten möglich wäre, nähere Aussagen zu machen. Deswegen gibt es noch keinen Ansatz.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen, insgesamt ist der Haushalt des Ministeriums der Justiz ein Einzelplan, der die Herausforderungen der Zukunft annimmt und mit dem die Justiz in Rheinland-Pfalz ihre wichtige Aufgabe für den Rechtsstaat, der leider Gottes in letzter

Zeit von der CDU ein bisschen infrage gestellt worden ist - möglicherweise, weil sie mit der einen oder anderen sie betreffenden Entscheidung nicht ganz einverstanden waren -, erfüllen wird. Durch entsprechende Investitionen machen wir die Arbeitsplätze bei der Justiz attraktiv und versuchen gleichzeitig, den Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger weiter zu effektivieren.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass in unserem Bundesland weiterhin eine effektive, bürgernahe und vor allen Dingen eine unabhängige Justiz erhalten bleibt.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Dr. Frey, zu Ihnen und dem Täter-Opfer-Ausgleich - Sie dürfen sowieso antworten, Sie brauchen gar nicht die Karte zu heben -: Es ist richtig, dass in Rheinland-Pfalz 1998 1 200 Strafverfahren der einvernehmlichen Konfliktregelung zugeführt wurden und die Hälfte, ungefähr jedes zweite, vielleicht auch etwas mehr, war erfolgreich.

Diejenigen, die diesen Täter-Opfer-Ausgleich durchführen, sind oft Bewährungshelfer, aber auch andere. Das ist klar. Aber wir sagen, dass Caesars Erfolgsmeldungen relativiert werden müssen. Das war damals der Vorgänger von Herrn Mertin, der diese Sachen gesagt hat.

Um den Täter-Opfer-Ausgleich könnte es weit besser bestellt sein, auch in Rheinland-Pfalz, wenn es genügend Vermittlungsstellen gäbe. Zum Beispiel - dies wird sogar von Puderbach gesagt - ist die Justiz in Österreich inzwischen so weit, dass der außergerichtliche Tatausgleich landesweit einheitlich organisiert ist. Genau solche Sachen habe ich gefordert. In Deutschland müssten erst noch Strukturen geschaffen werden, die es den Staatsanwaltschaften ermöglichen, den Täter-Opfer-Ausgleich ohne zusätzliche Belastung umzusetzen. Es ist gerade das Problem, dass viele Staatsanwälte glauben, dass der Täter-Opfer-Ausgleich eine zusätzliche arbeitsmäßige Belastung darstellt. Es muss auch in Rheinland-Pfalz viel gearbeitet werden. Das ist genau das, was ich in meiner Rede gefordert habe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile dazu Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Grützmaker, natürlich haben Sie recht, dass es in Österreich anders geregelt ist. Aber Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass wir in Rheinland-Pfalz Vorreiter für die Bundesrepublik sind. Dass es darüber hinaus Möglichkeiten gibt, dies weiter zu regeln, okay, darüber kann man reden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber mittlerweile auch so - Frau Thomas, Sie als rechtspolitische Sprecherin wissen dies sicherlich sehr gut -, dass bei den Dienstbesprechungen mit Staatsanwaltschaften und darüber hinaus auch dafür geworben wird, dass dieser Täter-Opfer-Ausgleich in der Praxis noch weiter angewandt wird. Es wird doch seitens des Justizministeriums dafür geworben, dass Verfahren, die sich hierfür eignen - - Es eignen sich nicht alle Verfahren. Einen Mord können Sie zum Beispiel beim Täter-Opfer-Ausgleich nicht einbeziehen. Darüber sind wir uns völlig einig.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um Bereiche der kleinen und mittleren Kriminalität. Das wird in Rheinland-Pfalz - soweit es geht - auch zugeführt. Es wird dafür geworben - auch durch die Öffentlichkeitskampagne und die Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums -, nicht nur gegenüber der Bevölkerung, sondern auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz, dies noch weiter anzuwenden. Von daher verstehe ich Ihre Kritik nicht. Dass man in Österreich eine andere Organisation hat, gut. Aber wir können in Rheinland-Pfalz als einzelnes Land kein Bundesrecht ändern. Deswegen sollten wir in Deutschland weiter den bestehenden Weg als Vorreiter gehen. Wenn darüber hinaus Neues kommt, wird Rheinland-Pfalz sicherlich das erste Land sein, das sich dafür engagieren wird, diese Sache auch umzusetzen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Justizminister Mertin das Wort.

Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wichtig eine unabhängige Justiz für die Bundesrepublik Deutschland ist, belegen die Vorgänge, die uns jetzt alle bewegen. Sie sind nämlich letztlich Ausfluss der Ermittlungen einer unabhängigen Staatsanwaltschaft in Augsburg, die dazu geführt hat, dass dieser Stein ins Rollen kam.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Wir haben zwischenzeitlich einen Beschuldigten mit Namen Helmut Kohl. Das macht deutlich, dass niemand über dem Gesetz steht.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist Ausfluss einer unabhängigen Justiz.

Aber wir alle, die wir an Aufklärung interessiert sind, müssen berücksichtigen, dass ein Beschuldigter, auch wenn er Helmut Kohl heißt, Rechte hat. Er hat nämlich, solange er den Status eines Beschuldigten hat, das Recht zu schweigen und sich nicht zur Sache auszulassen. Dazu kann ihn niemand zwingen, solange dieser Status andauert. Auch das sollten wir, die wir an Aufklärung interessiert sind, trotzdem beachten; denn wir müssen, wenn wir aufklären, selbstverständlich das Recht beachten, und deswegen müssen wir auch respektieren, dass er, solange er den Status eines Beschuldigten hat, auch das Recht hat, zu schweigen, so schwer es uns manchmal auch fällt.

Wir selbst haben in Rheinland-Pfalz auch schwierige Ermittlungsverfahren zu führen. Wir haben Ermittlungsverfahren, die auch Prominente treffen, auch deshalb ein erhebliches öffentliches Interesse auslösen. Aber ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, noch einmal ausdrücklich zu betonen, dass diese Ermittlungsverfahren absolut rechtsstaatlich, ohne jegliche politische Einflussnahme geführt werden und die Justizbehörden mein volles Vertrauen und unser aller Vertrauen haben sollten.

Ich danke dem Ministerpräsidenten ausdrücklich dafür, dass er dies vorhin in der Aussprache klargestellt hat.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Selbstverständlich hat der Justizhaushalt, über den wir heute sprechen, Schwerpunkte, insbesondere im investiven Bereich und dort natürlich bei den Justizvollzugsanstalten; denn, Frau Kollegin Grützmaker, es ist Ausfluss dieser Unabhängigkeit der Justiz, dass ich nichts daran machen kann, dass Haftstrafen verhängt werden. Ich muss versuchen, das zu bewältigen. Dazu gehört eben auch, dass ich versuche, die entsprechenden Vollzugseinrichtungen zu schaffen; denn es macht keinen Sinn, in überfüllten Einrichtungen den Strafvollzug durchzuführen. Das ist weder für die Bediensteten gut noch für die dort Einsitzenden.

Deshalb müssen wir, weil wir eine Kapazität von etwa 3 351 und derzeit eine Belegung von etwa 3 760 haben, entsprechende Einrichtungen schaffen. Das tun wir. So haben wir mit dem Bau der Justizvollzugsanstalt in Rohrbach begonnen. Wir führen Erweiterungsbauten in Wittlich durch. In Wittlich wird demnächst eine neue Jugendstrafanstalt belegt, sodass 100 freie Stellen im Männerbereich neu belegt werden können. Wir führen Erweiterungsbauten in Diez durch. Wir führen kleinere Maßnahmen in Zweibrücken durch. Alles das mit dem Ziel, am Ende dieser Maßnahmen

die fehlenden Kapazitäten geschaffen zu haben, die notwendig sind, um einen ordnungsgemäßen Strafvollzug zu erreichen. Dies ist auch notwendig, weil dies auch für die Gefangenen von Bedeutung ist, um ihre Resozialisierung, die Ihnen auch am Herzen liegt, besser bewerkstelligen zu können; denn nur wenn entsprechende Konfliktpotenziale auch im Bereich des Vollzugs, die durch Überbelegung entstehen können, abgebaut werden, kann dieses Ziel erreicht werden.

Natürlich sind wir im Bereich der Justiz dankbar, dass uns auch das notwendige Personal für diese Erweiterungsmaßnahmen im Haushalt bewilligt wird. Wir benötigen etwa 45 zusätzliche Stellen, um diese zusätzlichen Kapazitäten auch verwalten zu können. Wir sind froh, dass der Stellenschlüssel verbessert werden konnte.

Herr Kollege Berg, es ist nicht so, dass wir das früher hätten machen können. Herr Kollege Redmer hat darauf hingewiesen, dass auf Bundesebene eine gesetzliche Änderung her musste, damit wir diese in Rheinland-Pfalz nachvollziehen können.

Wir wollen in Jahresschritten dieses Problem lösen, und, um damit beginnen zu können, können wir in den nächsten beiden Jahren 184 zusätzliche Beförderungen vornehmen. Ich meine, es hat sich gelohnt, dafür zu kämpfen, dass dies machbar ist, weil die Bediensteten im Strafvollzug, die keine leichte Arbeit zu leisten haben, eine Anerkennung bekommen können, die leider bisher nicht möglich war.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Wir sehen uns auch veranlasst, an anderer Stelle Verbesserungen im Personalbereich vorzunehmen. Ich denke hier an zusätzliche Gerichtsvollzieherstellen. Sie haben Recht, wenn sie kritisieren, dass Engpässe aufgetreten sind. Diese Engpässe liegen daran, dass die Gerichtsvollzieher die zusätzliche Aufgabe übernommen haben, die eidesstattliche Versicherung selbst abzunehmen. Sie und ihre Vertreter, die Verbände, haben uns, bevor diese Aufgabe übertragen wurde, gesagt, sie könnten das ohne zusätzliches Personal übernehmen. Als wir es dann gemacht haben, stellte sich heraus, dass dies nicht der Fall war. Deshalb haben wir 18 Gerichtsvollzieherstellen vorgesehen. Wir versuchen, auch mit ausgebildeten Rechtspflegern, die in diesen Bereich abgeordnet werden, vorübergehend für Entlastung zu sorgen, um die Engpässe zu beseitigen, weil mir selbstverständlich daran liegt, dass jemand, der in der ersten Stufe des Erkenntnisverfahrens sein Recht durchgesetzt hat, auch in der Zwangsvollstreckung nicht scheitert, weil Kapazitäten fehlen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der Stellenschlüssel für Rechtspfleger ist mit 51 Stellenanhebungen verbessert worden. Im mittleren Justizdienst konnten 25 Stellenanhebungen vorgenommen werden. Ganz besonders wichtig ist es für mich, dass es uns gelungen ist, fünf Justizoberinspektorenstellen in Staatsanwaltschaften umzu-

wandeln, weil wir auf diese Art und Weise nahezu gewährleisten können, dass demnächst die Sitzungsververtretung bei den Amtsgerichten in Strafsachen von Anwälten durchgeführt wird. Ich halte es für einen beträchtlichen Fortschritt, dass dies gelungen ist.

Im Übrigen setzen wir auch bei der Ausstattung der Justiz an. Wenn Sie vorhin behauptet haben, unter diesem Ministerpräsidenten führe die Justiz ein Stiefkinderdasein, muss ich sagen: Wenn es allen Stiefkindern so gut ginge wie der Justiz in Rheinland-Pfalz, wünschte man sich geradezu, ein Stiefkind zu sein.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Man kann nicht sagen, dass wir wunschlos glücklich sind, Herr Kollege Berg.

(Berg, CDU: Sie haben einen taktischen Fehler gemacht!)

Natürlich würde ich gern der Forderung der Frau Kollegin Grützmacher nachkommen und mehr Personal zum Beispiel für Bewährungshelfer einstellen. Das ist mir aber nach den Personalvorgaben des Landeshaushalts nicht möglich. Natürlich wünsche ich mir mehr Personal in diesem Bereich, Frau Kollegin Grützmacher. Mir sind die Zahlen durchaus bekannt. Ich werde auch versuchen, das in Zukunft bei der nächsten Haushaltsrunde zu verbessern. Dieses Mal war es aber nicht machbar, weil wir in anderen Bereichen Investitionen vornehmen mussten.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich setzen wir auch in anderen Bereichen der Justiz bei der Ausstattung Akzente, zum Beispiel durch bauliche Maßnahmen. Wir hoffen, dass in diesem Jahr das Justizzentrum in Frankenthal fertig gestellt werden kann, das zu einer verbesserten Arbeitsfähigkeit der Amtsgerichte und insbesondere der Staatsanwaltschaft führt. Wir hoffen, dass wir im Februar dieses Jahres bzw. in den nächsten Wochen den Spatenstich für das neue Justizzentrum in Kaiserslautern anbringen können, damit dieser Bau begonnen werden kann. Wir sind dabei, weiterhin das Hauptjustizgebäude in Koblenz zu sanieren. Wir sind bereits seit vier Jahren damit beschäftigt und wollen diese Sanierung in den nächsten zwei Jahren fortsetzen.

Selbstverständlich setzen wir auch in der technischen Ausstattung der Justiz Akzente. Herr Kollege Berg, es ist nicht zutreffend, dass wir rückständig sind. Mittlerweile sind fast flächendeckend alle Geschäftsstellen mit EDV ausgestattet. Darüber hinaus haben wir auch Organisationsveränderung vorgenommen. Das alles benötigt selbstverständlich Zeit, weil die Gebäude entsprechend technisch umgerüstet werden müssen. Die Mitarbeiter haben in dieser Hinsicht Erhebliches hingekommen, weil die Sanierungen und die Umbauten häufig bei laufendem Betrieb erfolgen mussten und die Arbeitsfähigkeit trotzdem aufrechterhalten wurde. Die Mitarbeiter, die

dieses in den letzten Jahren erduldet haben und trotzdem ihre Arbeit hervorragend erledigt haben, verdienen unseren Dank. Selbstverständlich wollen wir die EDV-Ausstattung in den nächsten Jahren fortsetzen.

Ein Schwerpunkt der nächsten Jahre wird das elektronische Grundbuch sein, das die Arbeitsabläufe, insbesondere für die Anwender aus der Wirtschaft, erheblich verbessern wird. Notare müssen nicht mehr zum Gericht gehen, sondern sie können die Daten per Fernleitung abrufen. Auch Rechtsanwälten, Banken und Versicherungen steht diese Möglichkeit offen. Dadurch wird die Finanzierung bei Grundstücksgeschäften beschleunigt, sodass letztlich auch der Bürger einen Vorteil hieraus zieht. Das Vorhaben wird uns sehr viel kosten. Wir schließen uns einem entsprechenden Entwicklungsverbund mit anderen Bundesländern an, sodass Innovationen zu Einsparungen führen können.

Frau Kollegin Grützmacher, Sie haben das Problem der gerechten Entlohnung von Gefangenen angesprochen. Selbstverständlich ist das ein Problem. Allerdings können Sie die Arbeit von Strafgefangenen nur bedingt mit der Arbeit einer Person außerhalb der Gefängnismauern vergleichen. Sie müssen sehen, dass wir derzeit versuchen, die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Personen zu verteilen, sodass der Produktivitätsgewinn nicht so hoch ist wie außerhalb der Gefängnisse. Der Produktivitätsgewinn kann auch deshalb nicht so gut sein wie draußen, weil bestimmte Maßnahmen des Strafvollzugs dies verhindern, sodass eine Vergleichbarkeit - so wie Sie sie fordern - nicht möglich ist.

In der Zeitung habe ich gelesen, dass Sie geäußert hätten, wir würden in Rheinland-Pfalz die niedrigsten Löhne zahlen. Das kann nicht sein. Wie alle anderen Bundesländer auch zahlen wir den gesetzlich festgeschriebenen Lohn. Wenn Sie es so wollen, verhalten wir uns tariftreu. Wir können nichts anderes zahlen als das, was der Gesetzgeber vorsieht, und den Vorgaben folgen wir auch.

Den Beschluss der Justizministerkonferenz habe ich auch mit gefasst, weil er die Belastungen für die Justizhaushalte noch in Grenzen hält. Sie belaufen sich auf etwa 1,4 Millionen DM für Rheinland-Pfalz. Würden wir jeder Forderung Rechnung tragen, kämen weitere 2,4 Millionen DM hinzu, die uns - das muss man ehrlich zugeben - nicht zur Verfügung stehen und die wir anderswo einsparen müssten, um dieses Vorhaben durchzuführen.

Sie und Herr Kollege Berg sprachen die Juristenausbildung an und vermissten entsprechende Schwerpunkte im Haushalt. Die Juristenausbildung können wir von Rheinland-Pfalz aus nur sehr bedingt beeinflussen, weil sie auf Bundesebene, wenn sie reformiert werden soll, entsprechend ihren Niederschlag finden muss. Ich bekenne aber freimütig, dass ich ein Anhänger des Einheitsjuristen und ein Anhänger des Referendariats bin, wie auch immer wir das Referendariat in Zukunft gestalten wollen. Hierüber gibt es unterschiedliche Meinungen quer durch die Parteien. Das ist nichts, was par-

teigebunden ist. Die Diskussion muss man auf Bundesebene weiterverfolgen.

Das, was wir in Rheinland-Pfalz zu tun haben, nämlich möglichst viele Ausbildungsplätze im Rahmen des Referendariats zur Verfügung stellen, haben wir getan, auch wenn es schmerzhaft ist und auch wenn es zu Einsparungen und Opfern der Betroffenen führt. Wir hielten das Vorgehen aber für geboten, um möglichst Vielen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Herr Kollege Berg, Sie haben auch die Justizreform angesprochen. Ich muss klarstellen, dass sich die Landesregierung hierüber noch keine Meinung gebildet hat. Sie beruft sich auf Äußerungen des Justizministers, die also ich gemacht habe. Die Landesregierung als solche hat sich aber dazu keine Meinung gebildet, sich bisher damit auch nicht befasst und hat auch bisher keinen Anlass gesehen, sich damit zu befassen. Wenn das Thema im Bundesrat zur Abstimmung gestellt wird, werden wir uns damit befassen.

(Zuruf des Abg. Berg, CDU)

Die rheinland-pfälzische Struktur der Landgerichte ist recht unterschiedlich. Es gibt sehr große und sehr kleine Landgerichte in Rheinland-Pfalz. Wenn man den Landgerichten sämtliche Rechtsmittelinstanzen wegnimmt, hat das gewisse Konsequenzen, insbesondere für die kleinen Landgerichte. Das muss man sehen und bei einer solchen Reform berücksichtigen. Das kann man auch nicht verschweigen, sondern muss es ansprechen.

Genauso muss man die Frage der Finanzierung einer solchen Reform ansprechen. Auch hier gibt es noch Diskussionsbedarf. Ich bin nicht der Meinung, dass eine solche Reform zum Nulltarif zu haben ist. Herr Kollege Berg, aber nicht jeder Reformansatz, der in diesem Referentenentwurf enthalten ist, ist auch zurückzuweisen.

(Zuruf des Abg. Berg, CDU)

Gegen die Stärkung der ersten Instanz können wir beide doch nichts haben. Wir beide können dagegen doch zunächst einmal nichts haben, die erste Instanz zu stärken und so auszustatten, dass sie mit noch mehr Zeit die Fälle intensiver bearbeiten kann.

(Berg, CDU: Sie wissen,
dass das Unsinn ist! -

Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist doch kein Unsinn! Das, was

Sie sagen, ist Unsinn!)

- Herr Kollege Berg, wir können doch nicht einen Referentenentwurf ganz und gar, ohne ihn sorgfältigst analysiert zu haben - er ist zwischen den Jahren zum Referentenentwurf geworden -

(Berg, CDU: Das haben Sie doch
schon getan!)

in allen Einzelheiten verwerfen. Ich habe nur gesagt, dass diese Reform - so wie sie angedacht ist - die Bedürfnisse eines Flächenlandes wie Rheinland-Pfalz, mit unterschiedlichen Gerichtsgrößen, so nicht berücksichtigt. Ich lege Wert darauf, dass in einem Land wie Rheinland-Pfalz Justiz - auch Rechtsmitteljustiz - in der Fläche vorhanden ist. Ich bin der Meinung, dass die Bürger des Landes einen Anspruch darauf haben, dass der Justizminister das auch so äußert.

Im Übrigen geht die Diskussion zur Justizreform noch weiter. Dann wird man sehen, was letztlich bei den Beratungen herauskommt.

Sie haben auch das Problem der Abschiebung ins Ausland angesprochen. Selbstverständlich teile ich die Meinung der Bundesjustizministerin, dass dann, wenn dies möglich ist, eine entsprechende Abschiebung stattfinden kann. Sie müssen wissen, dass diese Äußerung der Frau Bundesjustizministerin auf Staatsverträgen beruht, die noch von vielen ratifiziert werden müssen.

Außer der Bundesrepublik Deutschland hat dies, glaube ich, nur Moldawien getan. Sie müssen wissen, dass nach diesen staatsvertraglichen Regelungen eine Abschiebung zur Ableistung der Haftstrafe im Heimatland nur möglich ist, wenn dieses Heimatland zustimmt. Das heißt, gegen die Zustimmung des Heimatlands ist dies überhaupt nicht möglich, sodass wir die Realitäten betrachten müssen. Allzu viel Entlastung werden wir hieraus nicht bekommen.

Im Großen und Ganzen ist der Justizhaushalt, wie er vorliegt, geeignet, die Arbeitsfähigkeit der Justiz in Rheinland-Pfalz sicherzustellen. Er ist insbesondere geeignet, die Arbeitskraft der Beamten optimal einzusetzen und auch ihre Motivation aufrechtzuerhalten. Die Justiz ist äußerst motiviert. Sie hat sämtliche Maßnahmen, die erforderlich waren, um wieder Arbeitsfähigkeit herzustellen und aufrechtzuerhalten, in den vergangenen Jahren klaglos, diszipliniert und unter Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebs ermöglicht. Mit diesem Haushalt tun wir gut daran, diese Arbeitsfähigkeit der Justiz aufrechtzuerhalten.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Ich lade Sie für morgen, Donnerstag, den 20. Januar, 8.30 Uhr, ein. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Feierabend.

Danke schön.

Ende der Sitzung: 18.02 Uhr.